

III. Beziehungen zur VR Polen, ČSR/ČSSR und Sowjetunion vor dem Hintergrund von Vertreibung und Gebietsverlusten sowie verbliebener deutscher Minderheit – die 1950er und 1960er Jahre

1. Deutsche in Polen: Auswirkungen auf das Verhältnis DDR – VR Polen

a. DDR-Aussiedlungsbemühungen contra polnische Assimilierungsstrategie 1949–1955

Sowohl Polen als auch die ČSR waren vom nationalsozialistischen Deutschland überfallen, zerstückt und besetzt worden. Zahllose Menschen waren dort Verbrechen zum Opfer gefallen. Nun zählten Polen und die Tschechoslowakei zu den Siegern. Die DDR hingegen war Teil des besiegten Deutschland, das Gebiete aufgeben, Vertriebene aus den Ostgebieten aufnehmen und Reparationen zahlen mußte. Dem Streben der DDR nach Gleichberechtigung im östlichen Block standen damit erhebliche Hindernisse entgegen. Polen und die ČSR verlangten von Ost-Berlin die uneingeschränkte Anerkennung des nach 1945 entstandenen Status quo. Die sich 1949 staatlich konstituierende DDR mußte sich nicht nur mit der Vertreibung von Millionen Deutschen abfinden, sondern auch damit, die Interessen von Hunderttausenden noch in den Nachbarstaaten lebenden Deutschen nicht vertreten zu dürfen. Der ostdeutsche Staat anerkannte die Oder-Neiße-Grenze und die damit verbundenen territorialen Verluste, er akzeptierte die polnische und tschechoslowakische Forderung, die Frage der deutschen Minderheiten nicht mehr aufkommen zu lassen.¹

Die Beziehungen der DDR zu Polen und der ČSR standen unter enger sowjetischer Aufsicht und unterlagen starken sowjetischen Einflüssen. Warschau und Prag nahmen Ost-Berlin nicht als gleichberechtigten Verhandlungspartner wahr. Das galt so lange, wie die Existenz der DDR im außenpolitischen Handeln der Sowjetunion zugunsten des Zustandekommens eines neutralen Gesamtdeutschlands zur Disposition stand. Dies änderte sich 1954/55. Mit der Verkündung der „Zwei-Staaten-Theorie“ durch die Sowjets 1955, der einseitig von der UdSSR erklärten Anerkennung der Souveränität der DDR 1954, der Erlangung der „vollen Souveränität“ der DDR durch bilaterale Regierungsverhandlungen zwischen Moskau und Ost-Berlin 1955 und schließlich der formal gleichberechtigten Aufnahme der DDR in den Warschauer Vertrag 1955 vollzog sich eine deutliche Aufwertung der DDR als eigenständiger Staat. Alle diese Schritte führten dazu, die DDR gleichberechtigter und fester in die sozialistische Staatengemeinschaft zu integrieren, und sie werteten sie im Rahmen der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz auf. Parallel dazu besserte sich das außenpolitische Verhältnis der DDR zu Polen und der Tschechoslowakei, es begann sich eine vertiefte Kooperation zwischen den Staaten abzuzeichnen.²

Obwohl die Themen Flucht und Vertreibung bzw. der Verlust größerer deutscher Territorien nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im offiziellen und öffentlichen innergesellschaftlichen Diskurs der DDR nicht vorkamen, mußte sich die DDR-Regierung bzw. die

¹ Vgl. Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 99–104.

² Vgl. ebenda, S. 96ff., 108f.

SED-Führung in ihren außenpolitischen Beziehungen, vor allem zu ihren unmittelbaren östlichen bzw. südöstlichen Nachbarstaaten Polen und der Tschechoslowakischen Republik, dieser Problematik stellen. Der polnische und der tschechoslowakische Staat reagierten auf diese Thematik äußerst empfindlich, die DDR übte deshalb hier größte Zurückhaltung.

Millionen der Flüchtlinge und Vertriebenen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße, die nun in der DDR lebten, hatten noch vielfältige kulturell-mentale und persönliche Beziehungen in ihre ehemaligen Heimatorte. Auch die Hoffnung auf Rückkehr in die alte Heimat war vielfach ungebrochen. Das hatte seinen Grund auch darin, daß eine größere Zahl von Deutschen in Polen verblieben war. Im Zusammenhang mit dem Thema Vertreibung und Gebietsverluste und dem Umgang mit den Vertriebenen ist zu fragen, wie die SED- und DDR-Spitze auf die polnische Politik gegenüber der deutschen Minderheit reagierte. Welche Politik betrieb die DDR aus eigenem Antrieb und Interesse im Hinblick auf die verbliebenen Deutschen in Polen? Verstand sie sich als Anwalt dieser Deutschen, oder aber nahm sie sich dieser Rolle widerstrebend und erst unter dem bundesdeutschen Konkurrenzdruck an? Wandelte sich die Haltung der DDR-Regierung zu diesem Problem in den 1950er und 1960er Jahren?³

Nach dem Ende von Flucht und Vertreibung und dem offiziellen Abschluß der durch das Potsdamer Abkommen im August 1945 festgelegten sogenannten Aussiedlungsmaßnahmen von Deutschen aus Polen sollen nach polnischen Angaben 1948, bzw. zur Zeit der „doppelten deutschen Staatsgründung“ 1949, noch zirka 125 000 bis 160 000 Deutsche, nach westdeutschen Angaben 430 000 bis sogar 900 000 Deutsche auf dem nunmehr polnischen Staatsgebiet gelebt haben.⁴ Einigkeit besteht bis heute darin, daß trotz verbesserter Quellenlage nach 1989 keine annähernd realen Kenntnisse über die tatsächlichen Zahlen vorhanden sind. Ausgegangen werden kann davon, daß die polnischen Angaben sehr untertrieben und die westdeutschen wohl übertrieben waren, aber die Zahlen der Bundesrepublik der Realität letztlich näher kamen. Um eine etwaige Größenordnung im Auge zu behalten, ist für die Zeit um 1950 sicher von weit mehr als einer halben Million Deutschen in Polen auszugehen.⁵

Wieder anders, aber genauso differierend und verwirrend, nahmen sich die zeitgenössischen Verlautbarungen über die Deutschen in Polen aus. Die polnische Volkszählung von 1946 wies zwei Millionen Deutsche aus, 1950 sollen sich nur noch 27 000 Menschen zur deutschen Abstammung bekannt haben.⁶

Relativ sicher scheint, daß in der Zeit zwischen 1950 und 1958 gut 320 000 Personen in die beiden deutschen Staaten ausreisten.⁷ Die hohe Zahl der Ausreisen in den 1950er Jahren läßt den Schluß zu, daß ein großer Teil der deutschen Minderheit Polen in jenem Jahrzehnt verließ. Ältere Deutsche hingegen, die eine enge Bindung an ihren Heimatort hatten, blieben in Polen zurück, auch manche andere, die sich in das polnische Umfeld eingewöhnt hatten, u. a. schon immer zweisprachig lebten, reisten nicht aus. Darüber hinaus gab es auch eine große Gruppe derjenigen, die kurz nach Kriegsende, später dann

³ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, „Meinetwegen sperrt sie ein ...“, S. 495.

⁴ Vgl. Bernadetta Nitschke, Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949, S. 280f.

⁵ Vgl. ebenda, S. 280–283; Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 12–14.

⁶ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, „Zuerst bei den polnischen Genossen anfragen“, S. 476.

⁷ Vgl. Bernadetta Nitschke, Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949, S. 282.

per Gesetz und unter Druck, die polnische Staatsbürgerschaft angenommen hatten und deshalb nicht ausreisen durften.

Ende der 1950er Jahre waren nach sehr kleingerechneten polnischen Angaben um 3 000 Deutsche in Polen verblieben, die Bundesrepublik ging 1960 von der realeren Größe von 85 000 Angehörigen der deutschen Minderheit aus.⁸

Die DDR paßte sich in ihren Angaben über die im Nachkriegspolen verbliebenen Deutschen zunächst den Vorgaben der polnischen Seite an. So sprach die DDR-Regierung 1949 von einigen zehntausend Deutschen in Polen, Mitte 1955 von 65 000 bis 70 000 früheren deutschen Staatsbürgern.⁹ Im Dezember 1955 berichtete die DDR-Botschaft in Warschau dem Außenministerium in Berlin über „noch Hunderttausende von Menschen deutscher Nationalität [...], die die polnische Staatsbürgerschaft nicht besitzen.“ Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Ost-Berlin wies diese Zahlen jedoch als zu hoch zurück und unterstrich: „Wir sind der Auffassung, daß diese Zahl übertrieben ist und keinesfalls mit den Tatsachen übereinstimmt. Selbst die westliche Presse schreibt nur im Höchstfall von 150 000. In Wirklichkeit dürfte die Zahl, die uns natürlich nicht genau bekannt ist, jedoch unter 100 000 liegen.“¹⁰ In der Phase der Entstalinisierung nach dem XX. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) näherte sich auch die DDR-Führung realistischeren Zahlen. Im September 1956 sprach das Sekretariat des SED-Politbüros davon, daß „etwa 200 000 Menschen deutscher Abstammung in der Volksrepublik Polen [...] früher oder später auf eigenen Wunsch nach Deutschland überführt werden können.“¹¹

Regionale Konzentrationen von Deutschen in Polen existierten Ende der 1950er Jahre in den neuen polnischen West- und Nordgebieten und im schlesischen Raum, hier insbesondere in den Regionen, in den Wojewodschaften Olsztyn (Allenstein), Wrocław (Breslau), Gdansk (Danzig), Katowice (Kattowitz) und Opole (Oppeln).¹²

Die Unstimmigkeiten in den Zahlenangaben standen auch in direktem Zusammenhang mit der Frage, wer als Deutscher oder als Pole von Seiten des polnischen Staates bzw. von Seiten der DDR und der Bundesrepublik angesehen wurde und wie es sich mit den jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen der polnischen und der deutschen Staatsbürgerschaft verhielt. Die hier beteiligte polnische, ostdeutsche und westdeutsche Seite vertrat sehr unterschiedliche, nicht immer eindeutige und auch wechselnde Positionen.

Nach der großen Flucht- und Vertreibungswelle der Deutschen 1944/45 und den Aussiedlungen 1946–1949 verblieben, wie bereits oben erwähnt, mehrere hunderttausend Deutsche in Polen. Dazu zählten in erster Linie Facharbeiter im Bergbau aus dem schlesischen Gebiet und sehr viele Landarbeiter, die als Arbeitskräfte in Polen dringend gebraucht wurden und deshalb nicht vertrieben wurden bzw. dann nicht ausreisen durften. So waren oft Familienverbände auseinandergerissen worden.¹³ Unter diesen Deutschen befanden sich:

⁸ Vgl. ebenda, S. 283.

⁹ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, *Die DDR und die Deutschen in Polen*, S. 13.

¹⁰ Beziehungsbericht 1955 und Perspektivplan 1956, 30. Dezember 1955, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/183.

¹¹ Beschlußvorlage an das Sekretariat: Familienzusammenführung der in der Volksrepublik Polen lebenden Deutschen, 7. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390, Bl. 206.

¹² Vgl. Bernadetta Nitschke, *Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949*, S. 283; Ortsbezeichnungen. Frühere deutsche Ostgebiete, März 1982, in: BStU MfS HA XX/4, 1787, Bl. 18–25.

¹³ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, „Meinetwegen sperrt sie ein ...“, S. 495.

1. Bürger des Deutschen Reiches, die seit jeher (also auch vor dem 1. September 1939) Bewohner der nunmehr an Polen angegliederten Gebiete waren;
2. Polnische Staatsbürger deutscher Nationalität – Angehörige der deutschen Minderheit in der zweiten polnischen Republik (1918–1939);
3. Deutsche, die während des Krieges in polnische Gebiete angesiedelt wurden – deutsche Umsiedler, Beamte (Wehrmachts- und Besatzungspersonal), Evakuierte und Bombenkriegs-geschädigte;
4. eine nicht unbedeutende Anzahl von Deutschen, die mit Polen (und umgekehrt) verheiratet waren, ihre Kinder und Kindesinder, und¹⁴
5. die sehr große Gruppe der sogenannten Autochthonen.¹⁵

Die deutsche Minderheit in der zweiten polnischen Republik und andere polnische Bürger, die einen familiären Berührungspunkt zur deutschen Nationalität nachweisen konnten, ließen sich zwischen 1939 und 1944 sehr oft in die „Deutsche Volksliste“ der NS-Besatzer (sogenannte Volksdeutsche) eintragen und erhielten damit die deutsche Staatsbürgerschaft.¹⁶ Nach dem Krieg bezichtigte der polnische Staat diese Personen der „faschistisch-hitleristischen Kollaboration“, bestrafte sie, verhängte ihnen gegenüber Repressalien und verweigerte ihnen 1945 die polnische Staatsbürgerschaft. Diese Aberkennung der Staatsangehörigkeit wurde 1950 gesetzlich amnestiert. Es hieß: „Alle Personen, die vor 1939 polnische Staatsbürger waren und heute noch in Polen wohnen, haben deshalb auch heute die polnische Staatsangehörigkeit – ohne Rücksicht auf frühere Zugehörigkeit zur Volksliste [...]“¹⁷

Der Begriff „Autochthone“ war ein polnisches Kunstgebilde. Zur „autochthonen“ Bevölkerung zählte die polnische Seite mehr als eine Million Menschen, die vorzugsweise in Oberschlesien (Oppelner Land), im südlichen Ostpreußen, im Danziger Raum, in Pommern und in der ehemaligen Grenzmark Posen-Westpreußen ansässig waren. Während die polnische Staatsgewalt in den Menschen dieser Gebiete „Autochthone“ sah, sie also als eine alteingesessene Bevölkerung ursprünglich polnischen Volkstums betrachtete, die nach Jahrhunderten der Germanisierung im historischen Jahr 1945 zum sogenannten Mutterland zurückgekehrt war, zählten diese Menschen für die Bundesrepublik, intern wohl auch für die DDR¹⁸, eindeutig zu den Deutschen.¹⁹

¹⁴ Vgl. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950, Band 3, S. 20ff.

¹⁵ Begriffserklärung folgt einen Absatz später.

„In den autochthonen Gebieten liegen Anträge auf Übersiedlung von Personen vor, welche die deutsche Staatsbürgerschaft früher besaßen und jetzt polnische Staatsbürger sind. [...] Diesen Personen sollte die Einreise in die DDR gestattet werden.“ SED-Politbüro an das Politbüro der PVAP, September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/176; vgl. Bernadetta Nitschke, Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949, S. 29.

¹⁶ Vgl. zum Problem der „Deutschen Volksliste“ in: <http://de.wikipedia.org/wiki/Volksliste>.

¹⁷ Abriß des polnischen Rechts, das für die konsularische Tätigkeit von Bedeutung ist, August 1953, in: PAAA MfAA A 4165, Bl. 23.

¹⁸ Vgl. An das ZK der SED: Deutsche in Polen, 12. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/176.

¹⁹ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, „Zuerst bei den polnischen Genossen anfragen“, S. 475.

Polnische Behörden argumentierten nach 1945 bezüglich der Rechtmäßigkeit der Eingliederung der neuen Nord- und Westgebiete zum polnischen Staat auch mit der polnischen Abstammung der autochthonen Bevölkerung. Schlesier, Pommern, Ermländer und Masuren seien polnischer Herkunft und hätten sich nur aufgrund einer repressiven Germanisierungspolitik von ihrer polnischen Nationalität entfernt. Sie könnten aber (re-)polonisiert werden. Aus diesem Grund bezeichnete man sie als „Autochthone“, also als eine ureingessene Bevölkerung, die lediglich in den Jahrhunderten der deutschen Fremdherrschaft germanisiert worden war und die durch staatlich organisierte (Re-)polonisierungsaktionen zu loyalen polnischen Staatsbürgern gemacht werden sollte. Vgl. Die Deutschen

Die polnische Regierung hatte nach 1945 in ihrer Assimilierungsstrategie zirka einer Million „Autochthonen“ die polnische Staatsangehörigkeit zuerkannt. In Aktionen von „nationaler Verifikation“, die in Form einer Loyalitätserklärung gegenüber dem polnischen Staat und Volk, einer Art Überprüfung der Haltung der Menschen in der Vergangenheit und ihrer Verknüpfung mit der polnischen Kultur ablief, erhielten die positiv Überprüften bis 1949 die polnische Staatsangehörigkeit. Das neue Staatsbürgerschaftsgesetz der Volksrepublik Polen vom 8. Januar 1951 machte in Artikel 3 dann auch jene „Autochthonen“, die sich nachdrücklich der Verifizierung widersetzt hatten, summarisch zu polnischen Staatsbürgern. Nach polnischer Auffassung existierte seitdem keine deutsche Minderheit mehr.²⁰ Sehr viele „verifizierte Autochthone“ widersetzten sich der polnischen Assimilierungspolitik, die häufig mit Diskriminierungen einher gingen, und betrieben, nachdem sich die Nachkriegssituation in West- und Ostdeutschland entspannt hatte, ihre Ausreise.²¹

Trotz der polnischen „Sammeleinbürgerung“, der verständlichen anti-deutschen Nachkriegs-Stimmung in Polen und den Diskriminierungen staatlicherseits bzw. durch die polnische Mehrheitsbevölkerung hatten sich Anfang der 1950er Jahre viele Alteingesessene in den neuen westlichen und nördlichen Gebieten Polens für die deutsche Volkszugehörigkeit entschieden. Für ganz Polen rechnete man damals mit 130 000 Menschen.²² Diese Personengruppe besaß aufgrund der verweigerten Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft keine amtlichen Personalausweise, sondern lediglich eine Art Meldekarte, „Karta Meldunkowa“, mit dem Eintrag „deutsch“ oder „nicht feststellbar“²³ unter der Rubrik Staatsbürgerschaft.

Der polnische Kunstbegriff „Autochthone“ stand in enger Verbindung mit dem gleichfalls propagandistischen Terminus der sogenannten wiedergewonnenen Gebiete, der sich auf die angegliederten ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reiches an Polen bezog. Mit der Begrifflichkeit sollte die Übernahme der Herrschaft in den neuen polnischen West- und Nordgebieten durch Polen nach 1945 legitimiert werden. Gelegentlich griff die polnische Seite auch auf die Begriffe „Mutterland“ oder „Piastenland“²⁴ zurück. Die pseudo-

östlich von Oder und Neiße 1945–1950, Band 1, S. 438f.; Anna Wolff-Poweska, Das deutsche Problem aus polnischer Sicht, S. 206; Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn, 1965, in: BStU MfS HA XX/4, 464, Bl. 196–198.

²⁰ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, „Zuerst bei den polnischen Genossen anfragen“, S. 476f.

²¹ Die „Autochthonen“ konnten weder von polnischer noch von deutscher Seite pauschal national vereinnahmt werden. Eine allgemeine Bestimmung, wer deutsch und wer polnisch war, ist nicht möglich. Einzelfallprüfungen und vor allem die Entscheidung der Betroffenen selbst – wer identifiziert sich mehr mit der deutschen bzw. polnischen Sprache, Kultur, Denk- und Lebensart, dem territorialen und religiösen Zusammengehörigkeitsgefühl (Grenzlandbewußtsein) – konnten nur Klärung bringen. Über die Wahl des Vaterlandes und der Nationalität entschied in den Grenzregionen vor allem auch eine Attraktivitätsbilanz, also eine wirtschaftliche Gewinn- und Verlustrechnung, die dann mit den unterschiedlichen nationalen, politischen und staatlichen Optionen verbunden war. Vgl. Bernadetta Nitschke, Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949, S. 34f.

²² Vgl. ebenda, S. 288.

²³ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 13.

²⁴ Vgl. Trybuna Ludu vom 8. Mai und 20. Juni 1955: Polnische Sicht auf die Geschichte von Wrocław (Breslau) und Opole (Oppeln), in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/180; Gomulka in Trybuna Ludu, Die Politik der VR Polen, 27. März 1960, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/163.

Die Piasten waren eine europäische Dynastie, deren Ursprung im 9. Jahrhundert beim westslawischen Stamm der Polanen lag. Die Geschichte Polens begann mit einem ersten Staatsgebilde auf dem Gebiet Posen-Gnesen-Kalisch (Großpolen) unter den Piasten. Zeitweise waren Schlesien, Pommern, Böhmen, die Slowakei und beide Lausitzen Teil des Staates der ersten Piasten. In anderen Zeiten war das junge Polen auf sein Kerngebiet Großpolen – Region um Posen-Gnesen – und Kleinpolen – Region um Krakau – reduziert.

patriotische Ausdrucksweise, mit der die polnische Anwesenheit an Oder, Neiße und Ostsee begründet wurde, war in den 1950er und 1960er Jahren durchgängig gebräuchlich. Neutralere Bezeichnungen setzten sich seit den 1970er Jahren durch.²⁵ Polnische Argumentationen hörten sich dann so an: Polen erwarb 1945 die östlich von Oder und Neiße gelegenen Gebiete nicht auf dem Weg einer unrechtmäßigen Annexion, wie insbesondere bundesdeutsche Politiker und Autoren immer wieder behaupteten, sondern dehnte seine Herrschaft über diese Gebiete aufgrund der Beschlüsse der drei alliierten Siegermächte aus. Die Polen vertraten die Ansicht, daß das Potsdamer Abkommen den Friedensvertrag mit Deutschland ersetzte. Zudem sahen sie in dem am 6. Juli 1950 in Görlitz/Zgorzelec geschlossenen Abkommen zwischen Polen und der DDR über die Errichtung der deutsch-polnischen Staatsgrenze eine Bestätigung des geschaffenen Zustandes. In diesem Vertrag wurde – dies zur Erinnerung – „die festgelegte und bestehende Grenze“ an Oder und Lausitzer Neiße als „Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen“ anerkannt. Die Bundesrepublik unterzeichnete eine ähnlich lautende Feststellung erst im Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970.²⁶ Mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die DDR 1950 hatte die SED-Führung zudem unmißverständlich klargemacht, daß es keine Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen (also der „Umsiedler“) in die alten deutschen Ostgebiete geben würde.

Nach dem Abschluß der Vertreibungsaktionen 1947/48 war eine Ausreise von Deutschen aus Polen nur noch schwer möglich. Die erste Übereinkunft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die „Repatriierung der noch in Polen befindlichen Deutschen“ wurde im Januar 1950 in Ost-Berlin abgeschlossen. Die Ausreisen erfolgten formlos, ohne besondere Anforderungslisten seitens der DDR. Nach polnischen Verlautbarungen sollten 120 000 Personen ausreisen dürfen, bis zum März 1951 verließen aber nur 72 621 Deutsche Polen, davon blieben 29 941 in der DDR und 42 680 reisten weiter nach Westdeutschland. Mehr als ein Drittel der erwarteten Deutschen blieb aus. Und weit mehr Deutsche, als von der SED erwartet, gingen nach Westdeutschland und blieben nicht in der DDR.²⁷

Die DDR verhandelte, mal mehr, mal weniger intensiv, die gesamten 1950er Jahre hindurch mit der polnischen Regierung über, wie es bis 1956 hieß, „Familienzusammenführungen von Personen deutscher Nationalität“ und danach über die „Übersiedlung von ehemaligen deutschen Staatsangehörigen in die DDR“. Vor allem innenpolitische Gründe veranlaßten die DDR-Regierung seit 1949/50, sich der Deutschen in Polen anzunehmen. Sie stellte sich dem Problem der durch Kriegsereignisse, Flucht und Vertreibung getrennten Familien. Diese waren keine Einzelfälle, sondern Massenerscheinungen. Sowohl das Innenministerium in Ost-Berlin als auch die DDR-Botschaft in Warschau wurden mit Anträgen auf Familienzusammenführung bzw. Ausreiseersuchen von Deutschen in die

²⁵ Die Absurdität der polnischen Argumentation über die „wiedergewonnenen Gebiete“ wird heute öffentlich eingestanden. Vgl. Frijof Meyer, Warum die Oder-Neiße-Grenze, wozu eigentlich die Vertreibung?, S. 609–618.

²⁶ Endgültig geregelt wurde die deutsch-polnische Grenze jedoch erst mit dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze, der am 14. November 1990 in Warschau unterzeichnet wurde. Vgl. Bernadetta Nitschke, Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949, S. 27 ff.

²⁷ Vgl. Plan über die Familienzusammenführung deutscher Nationalität, 14. August 1953; Analyse über den Stand der Familienzusammenführung: Sonderaufstellung, 26. August 1955, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390.

DDR überschüttet. Um größere Unruhe unter den DDR-„Umsiedlern“ – den ehemaligen Pommern, West- und Ostpreußen, Schlesiern und Ostbrandenburgern – zu vermeiden, die Auskunft über den Verbleib von Familienangehörigen und Freunden verlangten und auf eine Zusammenführung drängten, handelte die DDR-Regierung.²⁸ Ein weiterer Grund, sich der Deutschen in Polen anzunehmen, lag immer auch in der Existenz der Bundesrepublik, die sich öffentlich und lautstark für die verbliebenen Deutschen in Polen und deren Ausreise einsetzte.

Ein nächstes Abkommen zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen wurde in Warschau am 24. Januar 1952 geschlossen. Beide Seiten kamen überein, daß die „Rückführungen“ über DDR-Anforderungslisten erfolgen sollten. Außerdem hatte man sich über Richtlinien zur „Zusammenführung der sich in Polen aufhaltenden Deutschen mit ihren [ausdrücklich nur!] in der DDR wohnhaften Familienangehörigen“ geeinigt.²⁹ Demnach gehörten zum Kreis der zur Ausreise aus Polen bestimmten deutschen Personen, die „bis zum 30. Dezember 1937 die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und im ehemaligen deutschen Territorium ihren Wohnsitz hatten, sowie deren Kinder“.³⁰ Das hieß demnach auch: Alle polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität und alle „Autochthonen“, gleichgültig ob sie die polnische Staatsbürgerschaft mehr oder weniger freiwillig angenommen hatten, waren grundsätzlich von dieser Familienzusammenführung ausgeschlossen.

Zeitgleich mit den Ausreisen verstärkte Polen seinen Assimilierungsdruck. Die polnische Regierung hatte zwar kein Interesse daran, große Gruppen deutscher Staatsbürger in Polen zurückzuhalten, aber auf die polnischen Staatsbürger, die sich zur deutschen Nationalität bekannten, und auf die „autochthone Bevölkerung“ wollte sie keinesfalls verzichten. Diese Menschen wurden dringend als Arbeitskräfte und zur Besiedlung der „wiedergewonnenen Gebiete“ im Norden und Westen Polens gebraucht.³¹ Die polnische Staatsbürokratie unternahm ab 1951 vieles, um Sanktionen, Benachteiligungen oder auch „nur“ negative Stimmungen gegenüber „Bürgern, die sich zu Volksdeutschen bekannten“, abzubauen.³²

Die SED-Führung war sich intern einig, daß das polnische Staatsbürgerschaftsgesetz die „Staatsangehörigkeit der ehemaligen Deutschen“ nicht geklärt hatte, und auch der polnischen Definition über die „Autochthonen“ konnte die SED nicht folgen. Trotzdem verhielten sich die Ostdeutschen in dieser diffizilen Problematik gegenüber den Polen äußerst zurückhaltend, denn sie wollten „nicht den Eindruck hervorrufen, daß die deutsche Botschaft die Frage der ehemaligen Deutschen [immer wieder] zur Diskussion“ stellt.³³ Nach außen hin akzeptierte die DDR die polnische Politik gegenüber der deutschen Minderheit. Wenige Jahre nach dem Ende des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges, der vor allem auch die polnische Bevölkerung getroffen hatte, wagte es die DDR-Führung nicht in

²⁸ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, *Die DDR und die Deutschen in Polen*, S. 16f.

²⁹ Schlußprotokoll über die Verhandlungen, 1. Februar 1952, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390.

³⁰ Ebenda.

³¹ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, *Die DDR und die Deutschen in Polen*, S. 18–20.

³² Im Schreiben der DDR-Botschaft in Warschau an das MfAA vom 30. November 1954 hieß es: „Die Herausgabe einer deutschen Zeitung, die Eröffnung deutscher Schulen und Sprachkurse, die Bildung von Kulturgruppen [...] zeigt, daß man polnischerseits diesen Deutschen alle Rechte einer nationalen Minderheit zuerkennt. [...] Indem man ihnen die Rechte einer nationalen Minderheit gewährt, will man sie durch Konzessionen und Überzeugungsarbeit [...] zur freiwilligen Annahme der polnischen Staatsangehörigkeit bewegen“. Schreiben der Botschaft, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/183.

³³ Ebenda.

der Frage der polnischen Minderheitenpolitik gegenüber den Deutschen Forderungen zu stellen und größere Mißstimmungen zu riskieren.

Das Abkommen vom Januar 1952 hatte eine vereinbarte Laufzeit bis Dezember 1954. Die DDR übergab der polnischen Seite insgesamt zwölf Listen mit rund 15 000 Deutschen, wovon nur rund 10 000 ausreisen durften. Wieder blieb ein Drittel der von der DDR angeforderten deutschen Ausreisewilligen unberücksichtigt. Die polnische Regierung kündigte das Abkommen zum 30. Mai 1953 sogar einseitig und erklärte die Listen-Transporte für die Familienzusammenführungen für beendet. Zukünftig würden nur noch Einzelfälle behandelt werden.³⁴

Bei den Verhandlungen über die Familienzusammenführungen zwischen Warschau und Ost-Berlin im Januar 1950 und im Januar 1952 war strikte Vertraulichkeit vereinbart worden, d. h. die Verhandlungsergebnisse wurden weder in Polen noch in der DDR öffentlich bekanntgegeben. Das hatte zur Folge, daß sowohl DDR-Bürger wie auch Deutsche in Polen verhältnismäßig spät von der Möglichkeit erfuhren, Anträge über die Ausreise bzw. die Zusammenführung von Familien bei den Behörden einzureichen. So kam es, daß nach dem Abschluß von Ausreisetransporten relativ schnell erneut Anträge in großer Zahl bei den zuständigen Behörden eingingen, und die Problematik der Familienzusammenführungen kein Ende fand.³⁵

Spätestens ab Mitte 1953 machte sich Verärgerung beim DDR-Innen- und dem Außenministerium über die polnische Verfahrensweise bei der Ausreise von Deutschen aus Polen breit. Der für Bevölkerungsfragen zuständige ZK-Abteilungsleiter Anton Plenikowski informierte den SED-Chef Walter Ulbricht Ende August 1953: „Die Analyse [über die] Abkommen mit der VR Polen über die Familienzusammenführung deutscher Nationalität [...] zeigt, daß [...] Polen die getroffenen Vereinbarungen nicht eingehalten hat.“³⁶ Das DDR-Innenministerium kritisierte das polnische Verhalten in mehrfacher Hinsicht: Die polnischen Behörden erklärten der DDR-Seite nie, aus welchen Gründen zirka ein Drittel der angeforderten Deutschen aus Polen nicht ausreisen durfte. Die offiziellen Nachfragen der DDR-Staatsorgane wurden entweder überhört oder man vertröstete sie auf eine spätere Antwort, die aber nicht erfolgte. Auf unterer Ebene bekamen die ostdeutschen Beamten von der polnischen Seite zu hören, die Anforderungslisten seien unvollständig und fehlerhaft, die nachgefragten Personen stünden nicht auf den Listen oder hätten längst auf eine Ausreise verzichtet. Ging die DDR diesen Fällen nach, stellte sich heraus, daß die Polen nicht die Wahrheit sagten.³⁷ So berichtete im August 1953 das DDR-Innenministerium der SED-Führung: „Ob die Angehörigen in der VR Polen in jedem Falle den im Abkommen vorgegebenen Antrag bei den polnischen Behörden abgegeben haben, kann von hieraus nicht überprüft werden. Uns ist aber aus einigen Mitteilungen bekannt, daß Verwaltungs-

³⁴ Vgl. StS für Inneres: Plan über die Familienzusammenführung von Personen deutscher Nationalität, 14. August 1953, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390.

Bis zu diesem Zeitpunkt waren erst 4 000 Personen ausgereist. Vgl. Übersicht über die Entwicklung der Familienzusammenführung aus der VRP in die DDR und nach Westdeutschland, 9. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/176.

³⁵ Vgl. StS für Inneres: Plan über die Familienzusammenführung von Personen deutscher Nationalität, die auf dem Gebiete der DDR und VRP leben, 14. August 1953, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390.

³⁶ SED-Hausmitteilung betreff: Abkommen mit der VRP über die Familienzusammenführung deutscher Nationalität, 24. August 1953, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390.

³⁷ Vgl. StS für Inneres: Plan über die Familienzusammenführung von Personen deutscher Nationalität, die auf dem Gebiete der DDR und VRP leben, 14. August 1953, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390.

organe der VR Polen die Antragsteller abweisen mit der Bemerkung, es läge von deutscher Seite kein Antrag vor.³⁸

Nach der einseitigen polnischen Aufkündigung der Transporte von Deutschen aus Polen in die DDR Ende Mai 1953 versuchte die DDR-Seite, bei den zuständigen polnischen Regierungsbehörden vorzusprechen. Das Ergebnis war zunächst negativ, es gab keine Verhandlungsbereitschaft bei den staatlichen Stellen Polens.³⁹

Nach intensiven Bemühungen der DDR-Botschafterin in Warschau, Aenne Kundermann⁴⁰, gelang es ihr, ein Gespräch mit dem polnischen Ministerpräsidenten Bolesław Bierut⁴¹ führen zu können. Ihr Bericht nach Ost-Berlin fiel nicht sonderlich positiv aus: „Endlich am 23. Juli 1953 fand die gewünschte Besprechung mit dem Ministerpräsidenten [...] statt. Meine Vermutung über die Verzögerung ist, daß die polnischen Stellen ahnten, was ich will [...] Meine Ausführungen wurden vom [Ministerpräsidenten Bierut] kühl aufgenommen, und er zeigte keinerlei Anzeichen eines Entgegenkommens [...] Wiederholt betonte er, daß die Listenüberreichung und Transporte nicht ewig gehen könnten.“⁴² Die DDR-Diplomatin konnte beim polnischen Ministerpräsidenten nichts ausrichten.

Um die Verhandlungen und vor allem die Transporte zur Familienzusammenführung wieder in Gang zu bringen, mußten Anfang November 1953 die beiden SED-Spitzenfunktionäre Hermann Matern⁴³, SED-Politbüromitglied, und Peter Florin⁴⁴, ZK-Abteilungsleiter für Internationale Verbindungen und Abteilungsleiter im Außenministerium, nach Warschau reisen und beim ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP)⁴⁵ vorsprechen. Matern und Florin zeichneten in den 1950er Jahren in der SED-Spitze für die Fragen der „Umsiedlung Deutscher aus Polen“ verantwortlich. In Warschau kamen die polnische und die DDR-Seite überein, die Ausreise von Deutschen aus Polen auf der Basis einer weiteren DDR-Anforderungsliste fortzuführen. Auch sollten bilaterale Verhandlungen und

³⁸ Ebenda.

³⁹ Vgl. ebenda.

⁴⁰ Aenne Kundermann (1907–2000), Diplomatin, 1928 KPD, ab 1928 Mitarbeiterin der KJL in Moskau und im Militärapparat der KPD, ab 1933 Emigration, Staatsbürgerschaft der UdSSR, ab 1945 KPD/SED-Landesvorstand in Mecklenburg-Vorpommern, 1951–1953 Chef der diplomatischen Mission in Polen, dann im MfAA, 1960/61 Botschafterin in Albanien. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 488f.

⁴¹ Bolesław Bierut (1892–1956), 1918 Mitglied der KP Polens, 1925 Besuch der KI-Schule in Moskau, ab Kriegsbeginn 1939 in sowjetisch besetzten polnischen Gebieten, ab 1943 in Warschau als Führer der Polnischen Arbeiterpartei, 1945/46 unter seiner politischen Führung werden Dekrete zur Vertreibung der deutschen Bevölkerung erlassen, 1947–1952 Staatspräsident der VRP, 1952–54 Ministerpräsident, seine Macht wird nach dem XX. KPdSU-Parteitag erschüttert, März 1956 vermutlich Selbstmord.

⁴² Chef der Diplomatischen Mission der DDR bei der Regierung der Republik Polen an das MfAA, 28. Juli 1953, in: PAAA MfAA A 17547, Bl. 1; vgl. auch Aktennotiz über die Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Bierut, 23. Juli 1953, in: ebenda, Bl. 2, 3.

⁴³ Hermann Matern (1893–1971), 1911 SPD, 1919 KPD, hauptamtlicher Parteifunktionär, 1928/29 Lenin-Schule in Moskau, ab 1935 Emigration u. a. in die Schweiz, Frankreich, Norwegen, Schweden, 1940 UdSSR, ab 1946/50 Mitglied des ZS und des PB des ZK der SED, ab 1948 Vorsitz der ZPKK und ab 1950 Stellvertretender Präsident der Volkskammer. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 557.

⁴⁴ Peter Florin (*1921), Sohn des KPD-Spitzenfunktionärs und MdR Wilhelm Florin, 1933 Emigration nach Frankreich, 1935 in die UdSSR, ab 1941 Rote Armee, Mitarbeiter der KI, ab 1945 Redakteur verschiedener KPD-Zeitungen in der SBZ, ab 1949 ZK-Funktionär, verantwortlich für Internationale Beziehungen, und im MfAA, ab 1954 ZK der SED, 1967–1969 Botschafter in der ČSSR, 1973–1989 Stellvertretender Außenminister, 1973–1981 DDR-Vertreter bei der UNO. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 216.

⁴⁵ PVAP – Polnische Vereinigte Arbeiterpartei – Dezember 1948 Vereinigungskongreß; Abkürzung auch PZPR – Polska Zjednoczona Partia Robotnicza.

ein Erfahrungsaustausch zum Problem Familienzusammenführung geführt werden. Die polnischen Funktionäre unterstrichen ihrerseits nochmals, daß die Ausreise über DDR-Listen zu beenden sei, und weitere Zusammenführungen von Angehörigen nur noch in Einzelfällen erfolgen sollten.⁴⁶ Der polnische Staat wollte so schnell wie möglich öffentlich erklären, daß die „Familienzusammenführungen zwischen Deutschland und Polen“ beendet seien, ein Slogan, der nach jeder weiteren Verhandlung verbreitet wurde.

Was folgte, waren fortlaufende Besprechungen – am 29./30. Dezember 1953 in Warschau, am 3./4. März 1954 in Ost-Berlin, am 12./13. Mai 1954 in Warschau und vom 23.–25. November 1954 wieder in Warschau. Die Verhandlungen führten von Seiten der DDR der Leiter der Abteilung Bevölkerungspolitik des Innenministeriums und von polnischer Seite Vertreter des Amtes für Bevölkerungspolitik beim Ministerrat. Ihre Ergebnisse nahmen sich dürftig aus. Die Listentransporte wurden laut Vereinbarung vom Januar 1952 fortgesetzt, 1954 reisten in zwanzig Transporten 5016 Deutsche aus Polen aus. Alle Anträge auf erweiterte Familienzusammenführung – alles was über die Zusammenführung getrennter Eheleute, minderjährige Kinder zu ihren Eltern und alleinstehende Eltern bzw. Elternteile zu ihren Kindern hinausging – wurden von den polnischen Behörden abgelehnt.⁴⁷ Das betraf etwa 35 000 Personen.

Auf der November-Beratung 1954 in Warschau erklärten die Polen wieder, „daß weitere Transporte nicht mehr durchgeführt werden können, da die Transporte eine [...] dauernde Unruhe bei den in der Volksrepublik Polen verbliebenen Deutschen hervorrufen. Die restlichen Personen sollen als Einzelreisende übersiedeln.“⁴⁸ Die DDR mußte hinnehmen, daß die Transporte über Anforderungslisten beendet waren. Die Familienzusammenführungen in die DDR wurden von Seiten Polens erneut eingestellt.⁴⁹

Die DDR-Behörden erkannten, daß mit den Ausreisetransporten bei den Polen Ende 1954 eine Schmerzgrenze erreicht war. Die Gereiztheit in dieser Sache schien polnischerseits ausgesprochen groß zu sein. In Gesprächen mit polnischen Funktionären stellten DDR-Diplomaten diese politische Empfindlichkeit immer wieder fest. Die Ostdeutschen mußten vielfach wiederholen, daß es sich bei den Ausreisewilligen nicht mehr um deutsche Staatsbürger, sondern um polnische Staatsangehörige deutscher Nationalität handelte – was die DDR-Funktionäre aber intern nicht in jedem Fall so sahen. Ein Mitarbeiter des DDR-Außenministeriums bemerkte über eine Unterhaltung mit einer polnischen Kulturbefragten: „In dem Gespräch hatte ich den Eindruck, daß bei den polnischen Freunden noch immer die Meinung vorherrscht, wenn diese Frage von uns angeschnitten wird, tun wir das mit dem Hintergedanken, diese Menschen zurückzubekommen. Die [polnische Kollegin] erklärte mir nämlich [...], daß es besser ist, wenn diese Menschen in [...] Polen verbleiben, da sie, wenn sie zurückgeführt würden, nur nach dem Westen gehen und dann unserer gemeinsamen Sache schaden.“⁵⁰

Um die Flut der Anträge auf Familienzusammenführung vor allem „ehemaliger Umsiedler“ einzudämmen, trugen ZK-Mitarbeiter in Ost-Berlin „Argumente für einen Verbleib in

⁴⁶ Vgl. Protokoll des SED-Politbüros, 10. November 1953, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/331.

⁴⁷ Vgl. Stand der Familienzusammenführung 30. Juni 1954, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390; Analyse über den Stand der Familienzusammenführung, 26. August 1955, in: ebenda.

⁴⁸ Protokoll der Besprechung über die Familienzusammenführung 23.–25. November 1954 in Warschau, 2. Dezember 1954, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390.

⁴⁹ Vgl. Übersicht über die Entwicklung der Familienzusammenführung aus der VR Polen in die DDR und nach Westdeutschland, 9. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390.

⁵⁰ Brief an die Botschaft der DDR in Warschau, 9. Dezember 1954, in: SAPMO BA DY 30 IV 2/2/183.

Polen“ zusammen. Danach sollte unter den Betroffenen verbreitet werden, daß die bisherigen Übersiedlungen als ein großes Entgegenkommen der polnischen Regierung zu werten sei und daß nur noch in begründeten Ausnahmefällen Ausreisen von Personen deutscher Nationalität aus Polen gewährt werden würden.⁵¹ Dem polnischen Staat feindlich eingestellten Antragstellern sollte von den DDR-Behörden vorgehalten werden, „daß die Trennung von Verwandten, die ihren früheren Wohnsitz in den Gebieten ostwärts der Oder-Neiße-Friedensgrenze hatten, eine Folge des faschistischen Raubkrieges“ gewesen sei.⁵² Antragsteller, die als Übersiedlungsgründe vorbrachten, „daß die in Polen lebenden Deutschen sozial sehr schlecht gestellt seien, keine Rente oder nur geringen Lohn erhielten“, wurden dahingehend aufgeklärt, daß die polnische Regierung ihre Politik bezüglich der deutschen Minderheit geändert habe. „Tatsache ist, daß die in Polen lebenden Bürger deutscher Nationalität genau so behandelt werden wie Bürger polnischer Nationalität. [...] Wo die deutsche Bevölkerung [in Polen] stärker konzentriert ist, hat jedes deutsche Kind die Möglichkeit, eine deutsche Schule zu besuchen. Dort werden auch deutsche Filme gezeigt, [...] es gibt deutsche Kulturhäuser, Bücher und Zeitungen [...]“⁵³ Und dem „schwierigen Argument von Antragstellern, [...] daß man die betreffenden Deutschen selbst entscheiden lassen soll, ob sie in der VR Polen oder in der DDR leben wollen“, sollte entgegnet werden, daß die Ausreisen bereits seit einigen Jahren erfolgten, und daß „Übersiedlungen aus wirtschaftlichen Gründen“ nicht mehr gerechtfertigt seien.⁵⁴ Diese SED-Argumentationsoffensive brachte nicht viel, Anträge auf Ausreisen aus Polen zur Zusammenführung von Familien häuften sich weiter in Ost-Berlin und in Warschau.

In der ersten Hälfte der 1950er Jahre trat die SED für eine großzügigere Politik gegenüber der deutschen Minderheit in Polen, insbesondere hinsichtlich der Familienzusammenführung, ein. Die DDR-Regierung versuchte mit angemessener Zurückhaltung, die Deutschen in Polen bei ihren Übersiedlungswünschen zu unterstützen. Die polnische Seite verhielt sich hingegen auf diesem für sie heiklen Politikfeld abweisend, und die DDR trat sofort den Rückzug an, wenn polnische Empfindlichkeiten zutage traten.

Das Jahr 1955 brachte einen Einschnitt in den außenpolitischen Beziehungen zwischen der DDR und der VR Polen wie auch der ČSR. Das betraf ebenfalls die Politik mit den deutschen Minderheiten. Die Verkündung der „Zwei-Staaten-Doktrin“ durch die Sowjetunion, die Souveränitätserklärung für die DDR durch den Staatsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR und die gleichberechtigte Aufnahme der DDR in den Warschauer Vertrag – alles 1955 – wertete die staatliche Existenz und Souveränität der DDR auf und band sie fester in den sogenannten Ostblock ein. Hinzu kam die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland im September 1955 sowie die erwartete, dann aber ausgebliebene, diplomatische Anerkennung zwischen der VR Polen und der Bundesrepublik. Die DDR-Regierung trat in der Ausreisepolitik für die deutsche Minderheit aus Polen von nun an fordernder auf. Der deutsch-deutsche Konkurrenzdruck ließ die SED in der Politik mit der deutschen Minderheit aktiver werden. Die DDR wünschte, bei Übersiedlungen von Deutschen in die Bundesrepublik von den polnischen Behörden vorher konsultiert zu werden. Diese Forderungen Ost-Berlins ignorierte

⁵¹ Vgl. Argumentation zur Frage der Übersiedlung von Familienangehörigen aus der VRP in die DDR, November 1954, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390.

⁵² Ebenda.

⁵³ Alle Zitate: ebenda.

⁵⁴ Vgl. ebenda.

die polnische Regierung weitgehend. Gleiches galt für die Beziehungen und die Minderheitenpolitik zwischen der DDR und der ČSR.⁵⁵

Am 18. Februar 1955 erklärte der polnische Staat den Kriegszustand mit Deutschland für beendet, und der polnische Ministerpräsident kündigte am 16. März 1955 in einer Regierungserklärung die polnische Bereitschaft an, die Beziehungen auch zur Bundesrepublik Deutschland normalisieren zu wollen.⁵⁶ Diese geänderten politischen Rahmenbedingungen zogen Veränderungen in der polnischen Politik gegenüber der deutschen Minderheit in ihrem Land und hinsichtlich der Ausreise von Personen in die Bundesrepublik nach sich.

Im März 1951 war die „Repatriierung Deutscher aus Polen“ in die Bundesrepublik eingestellt worden.⁵⁷ Familienzusammenführungen gab es seitdem nur in die DDR. Wieviel aus Polen in die DDR ausgesiedelte Deutsche in die Bundesrepublik weiterreisten, ließ sich nicht mehr ermitteln. Ende 1954 vermutete die Bundesrepublik noch etwa „175 000 deutsche Zivilpersonen“ in Polen.⁵⁸ Im Laufe des Jahres 1954 äußerte die DDR intern Überlegungen, ob es nicht auch sinnvoll sei, „Familienzusammenführungen nach Westdeutschland“ wieder aufzunehmen. Bei den staatlichen Organen in Ost-Berlin lagen zu dieser Zeit „Tausende von Anträgen westdeutscher Bürger vor [...], die wir nach Übereinkommen mit der [...] VR Polen nicht weiterleiten. Es erhebt sich nunmehr die Frage, ob Polen an einer Übermittlung dieser Anträge interessiert ist.“⁵⁹

Im Zuge der beginnenden Entstalinisierung begann auch die Volksrepublik Polen darüber nachzudenken, eine Familienzusammenführung auch wieder in die Bundesrepublik zuzulassen. Am 16. Dezember 1954 sollte mit der Aussiedlung von Personen deutscher Nationalität aus der VR Polen direkt in die Bundesrepublik begonnen werden. Die Transporte im Dezember 1954 und im Jahr 1955 umfaßten allerdings nur einige hundert Personen (zirka 750).⁶⁰

Vom 3. bis 5. März 1955 informierte sich eine DDR-Delegation unter Leitung des Außenministers Lothar Bolz⁶¹ beim Ersten Sekretär der PVAP, Boleslaw Bierut, und dem polnischen Ministerpräsidenten Józef Cyrankiewicz⁶² in Warschau über „Fragen, die sich aus der Normalisierung der Beziehungen der VR Polen zur Bundesrepublik“ ergeben und die DDR betreffen könnten.⁶³ Die Gespräche berührten auch das Thema „Deutsche in Polen“. Die polnischen Funktionäre stellten dem DDR-Außenminister die Frage, „ob weiterhin Deutsche nach Westdeutschland geschickt werden sollen“? Die DDR-Seite befürwortete Familienzusammenführungen in die Bundesrepublik, wollte aber öffentlich immer als der Initiator der

⁵⁵ Vgl. Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 121 ff.

⁵⁶ Vgl. Deutschland und Polen im 20. Jahrhundert, Bonn 2001, S. 387.

⁵⁷ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 22.

⁵⁸ Vgl. ebenda, S. 30.

⁵⁹ Analyse über den Stand der Familienzusammenführung seit der letzten gemeinsamen Besprechung am 23.–25. November 1954 in Warschau, 26. August 1955, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390.

⁶⁰ Vgl. Übersicht über die Entwicklung der Familienzusammenführung aus der VRP in die DDR und nach Westdeutschland, 9. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390.

⁶¹ Lothar Bolz (1903–1986), promovierter Jurist, 1929 KPD, nach 1933 emigriert u.a. in die UdSSR, 1948 NDPD-Vorsitz, 1953–1965 Außenminister. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 94.

⁶² Józef Cyrankiewicz (1911–1989), Jurist, 1931 Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), 1941–1945 KZ Auschwitz, 1945 Vorsitz PPS, polnischer Ministerpräsident 1947–1952 und 1954–1970, 1948–1971 ZK und Politbüro der PVAP (PZPR).

⁶³ Vgl. Bericht über die vom 3. bis 5. März 1955 in Warschau geführten Verhandlungen, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/183; Beate Ihme-Tuchel, „Zuerst bei den polnischen Genossen anfragen“, S. 480 f.

Ausreisen benannt werden und bevorzugte eine Sprachregelung, in der es hieß, daß „Überführungen nicht nach Westdeutschland, sondern nach Deutschland“ erfolgten.⁶⁴

DDR-Außenminister Bolz machte seine polnischen Gesprächspartner darauf aufmerksam, daß bei einer Verhandlungsaufnahme mit der Bundesrepublik die „Frage der Staatsangehörigkeit der in der Volksrepublik Polen lebenden Personen deutscher Nationalität an Bedeutung“ gewinnen werde. Vorsichtig merkte er an, daß dieses schwierige Problem auch zwischen der DDR und Polen noch nicht gelöst sei. Bolz äußerte: „Wir sind nicht daran interessiert, daß es in der VR Polen viele deutsche Staatsangehörige gibt. Vielmehr sind wir der Meinung, daß die auf dem heutigen Gebiete Volkspolens geborenen und seit her ständig wohnhaften Personen deutscher Nationalität (Autochthone), die nach der bisherigen polnischen Gesetzgebung noch nicht die polnische Staatsangehörigkeit erworben haben und daher noch [...] die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, die polnische Staatsangehörigkeit erhalten sollten. Damit tritt [...] nach deutschem Recht auch der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit ein. Wir haben die polnische Staatsangehörigkeitsgesetzgebung [...] studiert und sind dabei zu dem Schluß gekommen, daß dieses Problem noch nicht vollkommen gelöst ist. Im Gegenteil besteht für viele Einwohner der VR Polen noch Unklarheit in ihrer Staatsangehörigkeit. Im Interesse von Ruhe und Stabilität ist eine eindeutige Klärung notwendig, und zwar dahingehend, daß die oben bezeichneten Personen die polnische Staatsangehörigkeit erhalten. Zu diesen Fällen würden sicherlich auch Personen gehören, auf welche die DDR ihr Interesse an einer Familienzusammenführung geltend machen würde.“⁶⁵

Für die Bundesrepublik Deutschland waren die in Polen lebenden Personen deutscher Nationalität, dazu zählten auch große Teile der „autochthonen Bevölkerung“, die die Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft verweigert oder diese unter Zwang nach 1945 angenommen hatten, aber nun nach Deutschland ausreisen wollten, deutsche Staatsangehörige⁶⁶, denen auch das Recht zustand, Polen in Richtung Deutschland (West wie Ost) zu verlassen.⁶⁷ Auch für die DDR galt noch das alte Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913. Die DDR aber wollte, um den polnischen „sozialistischen Nachbarn“ nicht zu verärgern, das Problem so lösen, daß die in Polen lebenden Personen deutscher Nationalität die polnische Staatsangehörigkeit erhielten. Damit würden sie gleichzeitig die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. Wie aber mit den Menschen verfahren werden sollte, die die Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft verweigerten und auf eine Ausreise bestanden, dafür bot die DDR keinen Lösungsvorschlag an – auch wenn Ost-Berlin vorsichtig signalisierte, diese Deutschen vorzugsweise in die DDR ausreisen zu lassen. Die polnischen Verhandlungspartner in Warschau ließen die Delegation unter dem DDR-Außenminister Lothar Bolz wissen, daß sie sich mit der Staatsangehörigkeitsfrage intensiv beschäftigen würden.

⁶⁴ Vgl. Bericht über die vom 3. bis 5. März 1955 in Warschau geführten Verhandlungen, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/183; Familienzusammenführung nach Westdeutschland, 22. Juni 1954, in: PAAA MfAA A 4097, Bl. 67, 68.

⁶⁵ Bericht über die vom 3. bis 5. März 1955 in Warschau geführten Verhandlungen, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/183.

⁶⁶ Nach dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 22. Juli 1913, in: Reichsgesetzblatt (RGBl.) 1913, S. 583.

⁶⁷ Vgl. Das Bonner Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit, Teil der Kriegsvorbereitung der Adenauer-Regierung, 4. Juli 1955, in: PAAA MfAA A 1633, Bl. 11–16. Die Bundesrepublik rechnete 1956/57 mit 60 000 „echten“ Deutschen in Polen, die keinen polnischen Paß besaßen. Vgl. Beate Ihme-Tuchel, „Zuerst bei den polnischen Genossen anfragen“, S. 481.

Die deutsche Minderheit in Polen erkannte die Bemühungen um sie von Seiten der DDR nicht an. Das lag an der wohl zwiespältigen und auf polnische Empfindlichkeiten eingehenden ostdeutschen Politik der DDR in der Minderheitenfrage, mit der sie nicht an die Öffentlichkeit trat. Der DDR-Botschafter in Warschau, Stefan Heymann⁶⁸, berichtete Anfang 1956 über ein Gespräch mit dem Studenten Steiniger – er war der Sohn von Professor Dr. Peter Alfons Steiniger, einem bekannten DDR-Verwaltungsjuristen von der Ost-Berliner Humboldt-Universität⁶⁹ –, der als Korrespondent für eine polnische und eine DDR-Studentenzeitung schrieb und die Stimmung unter den Deutschen in Polen wiedergab: „Herr Steiniger hatte die Möglichkeit mit zahlreichen [...] ehemaligen [sic!] Deutschen im jetzigen Gebiet der VR Polen (VRP) [...] zu sprechen. Außerdem sprach er mit [...] Besuchern, die aus Westdeutschland zu ihren Verwandten in die VRP gefahren sind. Sein Eindruck aus diesen Gesprächen war der, daß insbesondere bei den Deutschen in der VRP die DDR ziemlich verhaßt sei. Diese Menschen erklären, die DDR habe sich nicht für ihre Interessen eingesetzt, sondern habe zugelassen, daß man sie zu polnischen Staatsbürgern erkläre. Sie meinten, daß die Bonner Regierung niemals eine solche Haltung eingenommen hätte und rechnen darauf, daß in absehbarer Zeit eine diplomatische Vertretung von Bonn nach Warschau kommt, bei der sie sich um die Rückwanderung nach Westdeutschland bemühen werden. [...] Außerdem stellte Herr Steiniger fest, daß viele Polen [...] keinen Unterschied zwischen beiden Teilen Deutschlands machen. [...] Vielfach wurde auch die Befürchtung laut, die DDR sei zu schwach und würde eines Tages doch von Westdeutschland verschluckt. Das wäre für Polen sehr schlecht, weil dann wieder die Militaristen an der deutsch-polnischen Grenze stehen.“⁷⁰

Irritiert und auch z.T. verständnislos zeigten sich Mitte der 1950er Jahre die ostdeutschen Funktionäre über die negative polnischeEinstimmung gegenüber der DDR. Obwohl, wie sie meinten, die DDR mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze 1950 eine große „Vorleistung“ für neue nachbarschaftlich-gute Beziehungen erbracht hatte⁷¹ und sich auch damit als „Basis des Friedenskampfes in Deutschland“ fühlte, mußten die ostdeutschen Diplomaten in Warschau immer wieder erkennen, daß diese Tatsache „leider noch nicht sehr tief in die [polnischen] Massen gedrungen ist, in denen vielfach noch kein Unterschied zwischen der DDR und Westdeutschland gemacht wird.“⁷² Die DDR-Führung wußte, daß sie ihre eigene Staatlichkeit nur in der Differenz zur Bundesrepublik legitimieren konnte. Sie war in der Gestaltung ihrer Beziehungen zu Polen darauf angewiesen, als der „bessere“ deutsche Staat anerkannt zu werden. Die DDR begann daran zu arbeiten,

⁶⁸ Stefan Heymann (1896–1967), jüdischer Herkunft, 1919 KPD, kommunistischer Parteifunktionär, Mitarbeiter im KPD-Geheim- und Militärapparat, 1933–1945 inhaftiert in verschiedenen KZ's, nach 1945 Mitarbeiter des SU-Nachrichtendienstes, 1951–1953 Chef der Diplomatischen Mission in Ungarn, 1953–1956 Botschafter in Warschau, dann im MfAA. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 356.

⁶⁹ Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 821.

⁷⁰ Aktennotiz über eine Unterredung zwischen Botschafter Heymann und dem Studenten Steiniger am 19. Januar 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/183.

⁷¹ Für die SED war es nach 1945 ein schwieriger politischer Weg, bis die DDR 1955 zumindest formal ein gleichberechtigtes Mitglied des „sozialistischen Lagers“ (Warschauer Vertrag) wurde. Um von den Nachbarstaaten als Partner innerhalb des östlichen Bündnisses überhaupt erst akzeptiert zu werden, hatte die SED die politische „Vorleistung“ u. a. in Form der Grenzenerkennung zu Polen erbringen müssen. Vgl. Beate Ihme-Tuchel, „Zuerst bei den polnischen Genossen anfragen“, S. 473.

⁷² Botschafter Heymann in Warschau an das MfAA, 9. April 1955, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/172; vgl. Polen und die deutsche Frage, 15. August 1955, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/183.

sich in ihrer Außendarstellung als der „Friedensstaat“ zu positionieren, und die Bundesrepublik als „Hort des Revanchismus“ abzuqualifizieren.⁷³

Eine schwierige Situation für die SED ergab sich im Frühjahr 1955, als in der Partei Diskussionen über die Schaffung eigener Streitkräfte anliefen.⁷⁴ In diesem Zusammenhang lebten Bedrohungsängste und starke antideutsche Stimmungen in Polen auf. Botschafter Heymann beschrieb dazu diesen Vorfall: Vor einer Gemeinschafts-Rundfunk-Sendung von Militär-Ensembles aus Warschau, Berlin und Prag baten polnische Funktionäre die DDR, auf das Abspielen von deutschen Militärmärschen zu verzichten. „Der Vorfall zeigt, welche Abneigung gegen deutsches Militär in der polnischen Bevölkerung noch vorhanden ist.“⁷⁵

Botschafter Heymann wie auch die Mitarbeiter des MfAA in Ost-Berlin waren sich einig darin, daß es ebenso große Vorurteile von DDR-Bürgern gegenüber Polen gebe. So habe man in den Fällen der Familienzusammenführung auch immer darauf hingewirkt, daß Deutsche nach Polen umsiedeln. Diese Vorschläge haben die Betroffenen als „Zumutung“ aufgefaßt. „Zum großen Teil sind diese Antragsteller sehr aggressiv und bringen ihr Mißfallen darüber zum Ausdruck, daß die Regierung der DDR sich trotz des freundschaftlichen Verhältnisses mit der VR Polen nicht für ihre Angehörigen [in Polen] einsetzt, wobei sie ständig argumentieren, daß es sich um deutsche Staatsangehörige handelt.“⁷⁶

Die DDR-Staatsorgane und die SED-Führung rechneten Ende 1955 intern mit „noch Hunderttausende[n] von Menschen deutscher Nationalität, die die polnische Staatsbürgerschaft nicht besitzen“ und ihre Ausreise betrieben.⁷⁷ Damit schätzten sie die Lage zu treffend ein, und die DDR war sich des bestehenden Unruhepotentials im Kreis „ihrer Umsiedler“ und in den außenpolitischen Beziehungen zur VR Polen durchaus bewußt.

Ohne vorherige Absprache zwischen den polnischen und den ostdeutschen Staatsorganen und für die DDR überraschend kam es Anfang Dezember 1955 in Warschau zu Verhandlungen über die Familienzusammenführung zwischen den Roten-Kreuz-Gesellschaften der Bundesrepublik und der VR Polen. Der polnische Außenminister soll kurzfristig den DDR-Botschafter Heymann über die Verhandlungsaufnahme informiert haben, und am 23. November 1955 leitete Heymann diese Information an den SED-Chef Walter Ulbricht weiter.⁷⁸ Die SED-Spitze nahm im Dezember 1955 und Anfang 1956 an, daß es sich lediglich um einige Spezialtransporte aus Polen in die Bundesrepublik handele. Hier irrte die SED-Führung, die Transporte liefen weiter. Waren bis Ende 1955 weniger als 100 000 Deutsche aus Polen ausgereist, davon zirka 51 000 in die Bundesrepublik und 43 000 in die DDR, so siedelten bis Ende 1958 etwa 270 000 Deutsche aus Polen nach West- und Ostdeutschland über.⁷⁹

⁷³ Vgl. Erhard Crome, Jochen Franzke, Die DDR und Polen, S. 114f.

⁷⁴ Am 18. Januar 1956 beschloß die DDR die Schaffung der „Nationalen Volksarmee“ (NVA).

⁷⁵ Botschafter Heymann in Warschau an das MfAA, 9. April 1955, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/172.

⁷⁶ MdI: Einschätzung des jetzigen Standes der Familienzusammenführung von bzw. nach der VRP, 3. August 1955, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390.

⁷⁷ Vgl. DDR-Botschaft in Warschau an das MfAA, 30. Dezember 1955, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/183.

⁷⁸ Vgl. ebenda; Übersicht über die Entwicklung der Familienzusammenführung aus der VRP in die DDR und nach Westdeutschland, 9. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390.

⁷⁹ Vgl. Übersicht über die Entwicklung der Familienzusammenführung aus der VRP in die DDR und nach Westdeutschland, 9. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390; Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 31.

Nach polnischen Angaben wanderten zwischen 1955 und 1959 37 400 Personen aus Polen in die DDR aus, in die BRD kamen 226 400. Vgl. Philipp Ther, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 250.

Mehr als zehn Jahre nach Kriegsende mußte der polnische Staat einsehen, daß seine Assimilierungspolitik gegenüber der deutschen Minderheit – den deutschen Staatsbürgern und den polnischen Bürgern deutscher Nationalität, „Autochthonen“, die auf ihre deutsche Volkszugehörigkeit bestanden – gescheitert war. Eine weitgehend geräuschlose Assimilierung der Deutschen hatte nicht stattgefunden. Eine wirkliche Integration der Deutschen in die polnische Nachkriegsgesellschaft war unter den damaligen Bedingungen und nach der brutalen und verbrecherischen NS-Herrschaft und den Kriegsgewalttätigkeiten sehr schwer möglich.⁸⁰ Daß sie fast unmöglich wurde, lag auch an der verfehlten Politik der polnischen Staatsmacht gegenüber der deutschen Minderheit. Mitte der 1950er Jahre glaubte die polnische Führung zu wissen, daß 90 Prozent eine Rückkehr der Westgebiete Polens an Deutschland befürwortete.⁸¹ Polen war ab 1956 bereit, größere Teile der deutschen Minderheit, die beharrlich ihre Ausreise betrieben, in Richtung Ost- und Westdeutschland gehen zu lassen.

b. Liberalisierung ab 1956: Massenübersiedlungen nach Ost- und Westdeutschland. Registrierungsaktionen und die Arbeit der „Gemischt-deutsch-polnischen Kommission“

Die Zeit nach dem XX. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) zog eine Liberalisierung der Minderheiten- und Ausreisepolitik in der Volksrepublik Polen nach sich. Das veränderte auch die Bemühungen der DDR-Staats- und SED-Parteiorgane für die Deutschen in Polen. Dies geschah auch im Hinblick auf eine Konkurrenz mit der Bundesrepublik – denn, so erklärte Botschafter Heymann aus Warschau im November 1956, wenn die „DDR nicht sofort grundlegende und schnelle Maßnahmen“ ergreife, würden die „hier noch ansässigen Deutschen ganz in das Lager des Westens überlaufen“.⁸²

Die Verhandlungen zwischen den Roten-Kreuz-Gesellschaften der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik, die im Dezember 1955 anliefen und 1956 fortgeführt wurden, ermutigten auch die zuständigen DDR-Funktionäre, wieder bei den polnischen Stellen in Sachen Übersiedlung von Deutschen vorzusprechen. Vertreter der Innenministerien Polens und der DDR trafen vom 18. bis 20. und (vermutlich nochmals) vom 23. bis 25. Januar 1956 in Berlin zusammen. Das Neue an den Verhandlungen war, daß nicht mehr nur von „Familienzusammenführungen“, sondern auch von „Rücksiedlung von Personen und Familien aus den polnischen Westgebieten in die DDR“ die Rede war.⁸³ Damit war zum ersten Mal ausgesprochen, daß die Ausreise von Deutschen aus Polen in die DDR ganze Familien betreffen konnte und daß kein zwingender Nachweis von Familienzusammenführungen erforderlich war. Zur schnellen Übersiedlung sollten getrennt lebende Eheleute kommen, alleinstehende Eltern und deren Söhne und Töchter, Kinder und Jugendliche, die von ih-

⁸⁰ Vgl. Bernadetta Nitschke, Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949, S. 304ff.; Beate Ihme-Tuchel, „Zuerst bei den polnischen Genossen anfragen“, S. 485f.

⁸¹ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, „Zuerst bei den polnischen Genossen anfragen“, S. 485.

⁸² Stefan Heymann, Lage der deutschen Minderheit in der VR Polen, 26. November 1956, in: PAAA MfAA A 1811.

⁸³ Vgl. Vorschlag zur Durchführung der festgelegten Vereinbarungen über Familienzusammenführung und Rücksiedlung von Personen und Familien aus den polnischen Westgebieten in die DDR, Januar 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390.

ren Eltern getrennt waren.⁸⁴ Und erstmalig konnten mit einer „Rücksiedlung“ einige wenige Personen rechnen, „die erst durch die Kriegsereignisse nach den jetzigen polnischen Westgebieten evakuiert wurden und bisher nicht die Möglichkeit hatten, in die DDR überzusiedeln“, sowie ehemalige deutsche Kriegsgefangene in Polen, die bisher bei polnischen Dienststellen zur Arbeit verpflichtet waren und nicht ausreisen durften.⁸⁵

Diese nun erneut anlaufenden „Familienzusammenführungen und Rücksiedlungen“ sollten nicht in Form von Einzelübersiedlungen erfolgen, sondern man wollte wieder auf Transporte über Anforderungsliste zurückgreifen, die die DDR erstellte und die die polnische Seite prüfte. Insgesamt glaubte die DDR an schnelle und im Vergleich zu früher unkompliziertere Ausreisen von Deutschen aus Polen, „denn bei den Übersiedlungen nach Westdeutschland wird [...] von polnischer Seite äußerst großzügig verfahren“.⁸⁶

Das DDR-Innenministerium teilte im Januar 1956 der für Bevölkerungsfragen zuständigen ZK-Abteilung Staatliche Organe mit, daß zur Zeit einige 10000 Anträge auf Familienzusammenführungen und „Rückführungen von Familien aus den polnischen Westgebieten nach der DDR“ vorlägen. Außerdem sei zu beobachten, daß seit den Verhandlungen der Roten-Kreuz-Gesellschaften Polens und der Bundesrepublik die „Zahl der Neu-Anträge wiederum riesenhaft [...] anwächst“.⁸⁷

Bis September 1956 übergab die DDR Anforderungslisten mit den Unterlagen für 10000 Personen, wovon wieder nur 3000 in den nachfolgenden Monaten tatsächlich übersiedelten. Die DDR-Regierung beobachtete die Transporte aus der Volksrepublik Polen in die Bundesrepublik genau und mußte im Sommer 1956 feststellen, daß weitaus mehr Deutsche nach Westdeutschland ausreisten als in die DDR. Während von Januar bis September 1956 in die DDR nur 3000 Personen übersiedelten, gingen 8000 in die Bundesrepublik.⁸⁸ Der SED-Apparat kritisierte: Aus diesen Zahlen „geht hervor, daß die Volksrepublik Polen laufend bestrebt war, die Familienzusammenführung in die DDR einzustellen und weitere bürokratische Hemmnisse in den Weg legte, so daß im Jahre 1956 der Eindruck erweckt wird, daß Westdeutschland in der Frage der Familienzusammenführung von Seiten der örtlichen staatlichen Organe der Volksrepublik Polen bevorzugt wird.“⁸⁹

In Polen änderte sich die Wahrnehmung und Einstellung gegenüber der deutschen Minderheit. In der polnischen Gesellschaft ging die Phase der Entstalinisierung mit politischen Unruhen einher. Nach dem Tod des Parteichefs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), Boleslaw Bierut, im März 1956 brachen in der kommunistischen Staatspartei Auseinandersetzungen über den zukünftigen politischen Kurs aus. Diese verschärf-

⁸⁴ „Übersiedlung aller [...] Jugendlichen, die von ihren Eltern getrennt wurden [...] Bisher wurde von Seiten Polens die Übersiedlung abgelehnt mit der Bemerkung, daß die Genannten erwachsen sind und daher keine unbedingte Familienzusammenführung vorliegt.“ Vorschläge zu den Besprechungen zwischen Vertretern VR Polens und der DDR am 17. Januar 1956 in Berlin, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/176.

⁸⁵ Vgl. Vorschläge zu den Besprechungen zwischen Vertretern VR Polens und der DDR am 17. Januar 1956 in Berlin, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/176.

⁸⁶ Ebenda.

⁸⁷ MdI an das ZK der SED, 11. Januar 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390; vgl. SED-Hausmitteilung ZK-Abteilung Staatliche Organe an Walter Ulbricht, 3. Februar 1956, in: ebenda.

⁸⁸ Insgesamt siedelten zwischen 1950 und 1956 51000 Personen nach Westdeutschland und 43000 in die DDR über. Vgl. Übersicht über die Entwicklung der Familienzusammenführung aus der VR Polen in die DDR und nach Westdeutschland, 9. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390.

⁸⁹ Ebenda; vgl. Familienzusammenführung aus der VRP in die DDR, 20. August 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390.

ten sich durch Streiks und Protestkundgebungen der Posener Arbeiter gegen die hohen Arbeitsnormen und drastischen Versorgungsprobleme. Die Situation glich der in der DDR von 1953. Die Unruhen in Posen (Poznan) weiteten sich vom 26. bis 29. Juni 1956 zu Straßenkämpfen aus, die blutig niedergeschlagen wurden. Als im Oktober 1956 die Unruhen wieder aufflammten, rettete die Wahl von Władisław Gomułka⁹⁰, selbst Opfer stalinistischer Willkür, zum Ersten Sekretär des ZK der PVAP die politische Situation im Land.⁹¹

Vor diesem politisch-gesellschaftlichem Hintergrund kam es in der polnischen Gesellschaft zu Diskussionen über die bisherige Minderheitenpolitik, insbesondere auch gegenüber den verbliebenen Deutschen im Land. Offener sprach man in der polnischen Gesellschaft über die Diskriminierung der Deutschen nach 1945, über den brutalen Umgang mit den Deutschen bei der Inbesitznahme der neuen Westgebiete. Die in diese Gebiete zugewanderten Polen hätten dabei keinen Unterschied zwischen sogenannten Reichsdeutschen, Volksdeutschen, polnischen Danzigern, Kaschuben und „Autochthonen“ gemacht. In Polen wurde nun kritisiert, daß es damals, um in den Besitz fremden Eigentums zu gelangen, ausreichte, die Vorbesitzer als Deutsche zu verunglimpfen. Große Rechtsverstöße und Unmenschlichkeiten seien damals geschehen.⁹²

Polnische Parteifunktionäre gebrauchten auf dem 7. Plenum des ZK der PVAP Ende Juli 1956 zum ersten Mal öffentlich den Begriff „deutsche Minderheit“. Damit erhielten die Deutschen in Polen ihre erste Anerkennung als nationale Minderheit. Der polnische Staat erklärte zudem, daß die neue Politik der Familienzusammenführungen die Folgen des Krieges endgültig beseitigen werde und daß die Familienzusammenführung von Deutschen zu näheren und weiteren Verwandten fast ausnahmslos genehmigt werde.⁹³ Hatte man bisher von polnischer Seite die Zahlen der in Polen lebenden Deutschen kleingerechnet, sprach die Presse im Oktober 1956 von 1,1 Millionen Menschen deutscher Nationalität.⁹⁴

Die SED-Funktionäre mußten zu dieser Zeit aus den Reihen der polnischen „Bruderpartei“ auch die für sie politisch unangenehmen Diskussionen über die Grenze zu Polen hinnehmen: Die PVAP verbreite wiederholt, so Diplomaten aus der DDR-Botschaft in Warschau, „die feindliche Losung, daß die Oder-Neiße-Friedensgrenze von Stalin deshalb mit festgelegt wurde, um die Feindschaft zwischen Deutschland und Polen zu verewigen.“⁹⁵ Und aus Kreisen der polnischen Bevölkerung würde gefordert, „daß man die Grenzen mit der Sowjetunion korrigieren soll, d. h. daß die Städte Lwow [Lemberg] und Vilnius zu Polen zurückkommen sollen, und dafür die Westgebiete an die DDR zurückgegeben werden“.⁹⁶ Auch die für die SED-Funktionäre mißliche Tatsache, daß die Polen, auch viele

⁹⁰ Władisław Gomułka (1905–1982), 1926 KP Polen, 1939–1942 im sowjetisch besetzten Teil Polens, dann bis 1944 im Untergrund, nach 1945 Minister der „wiedergewonnenen Gebiete“, Vertreter des nationalpolnischen Kommunismus, 1948 abgesetzt, 1951–1954 verhaftet, 1960er Jahre wieder Verschärfung der Repressionen gegen Kritiker, Reformer und Katholische Kirche.

Das ZK der PVAP wählte auf dem 8. Plenum (19.–21. Oktober 1956) den früher gemäßregelten Gomułka zum Ersten Sekretär der PVAP. Dies geschah trotz sowjetischen Einspruchs.

⁹¹ Vgl. Heike Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963, S. 441.

⁹² Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 35.

⁹³ Vgl. Aktennotiz über Aussprache des Botschafters Hegen mit dem polnischen Innenminister, 4. April 1957, in: PAAA MfAA A 38 Bl. 1; Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 34f.

⁹⁴ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 33f.

⁹⁵ Die Entwicklung der PZPR nach dem XX. Parteitag, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/158.

⁹⁶ Botschafterkonferenz im MfAA, 21.–24. Januar 1957, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/81.

Funktionäre der Staatspartei, kaum zwischen Ost- und Westdeutschland unterschieden, wurde immer wieder kritisch registriert.⁹⁷

Zwischen Polen und Ostdeutschen kam es auch bei Sprachregelungen häufig zu gegenseitigen Verstimmungen und Mißhelligkeiten. In offiziellen Dokumenten und Verlautbarungen hielt sich die DDR strikt und überkorrekt an die nun polnischen Namen für die ehemals deutschen Ostgebiete. Bis Mitte der 1950er Jahre mußte sogar die DDR-Botschaft in Polen für die polnische Hauptstadt die Bezeichnung „Warszawa“ und nicht „Warschau“ benutzen. In den internen Dokumenten des SED-Apparates allerdings scheuten sich die Funktionäre nicht vor dem Gebrauch der alten deutschen Städtenamen wie Stettin, Breslau oder Danzig.⁹⁸ Auf einer Tagung der Nationalen Front im April 1956 zum Thema deutsch-polnische Freundschaft sprach ein SED-Funktionär die Schwierigkeiten mit den Nennungen der Orts- und Städtenamen an: „Es gibt ein polnisches Lexikon der Ortsbezeichnungen, deutsch-polnisch und polnisch-deutsch, für die polnischen Westgebiete. Wir benötigen das dringend. Ich würde gern neben den deutschen Namen den polnischen setzen, was mir aber jetzt nicht möglich ist, weil ich ihn nicht kenne. Solches Material sollte ebenso wie Kartenmaterial [...] bei uns zugänglich sein.“⁹⁹ Im November 1957 beschwerte sich das ZK der PVAP beim ZK der SED über eine sprachwissenschaftliche Publikation in der DDR, die die historische Verbreitung – eine Frage der deutschen Wortgeographie – des Begriffs „Stecknadel“ untersuchte. Die Studie listete als Verbreitungsräume „Warschau, West- und Ostpreußen, Posen und Bromberg“ auf. Die Nennung der deutschen Orts- und Gebietsbezeichnungen empörte die polnischen Funktionäre. Die ZK-Abteilung „Internationale Verbindungen“ der SED versicherte den polnischen Funktionären, mit den Autoren eine „ideologische Auseinandersetzung [...] über den revanchistischen Inhalt des Artikel“ zu führen.¹⁰⁰

Auch auf Seiten der DDR existierten Empfindlichkeiten. Die gesamten 1950er Jahre hindurch betrieb die US-Botschaft in Warschau ein „Travel Permit Office for Germany“, eine Art Reisebüro für Deutschland – Überbleibsel der Tätigkeit der Alliierten Hohen Kommission –, welches u. a. Passierscheine für Reisen in die Bundesrepublik ausstellte. Die SED kritisierte 1959 die polnischen Funktionäre, daß die Bezeichnung „Reisebüro für Deutschland“ nicht der Existenz zweier deutscher Staaten gerecht werde. „Mit dieser Aufschrift wird dem Ausschließlichkeitsanspruch Adenauers Rechnung getragen und die DDR diskriminiert. Die Ostdeutschen waren ärgerlich über die polnische Untätigkeit. „Die polnischen Genossen waren über diesen Hinweis sehr überrascht, konnten hierzu keine Erklärung abgeben.“¹⁰¹ Das „Reisebüro für Deutschland“ arbeitete unter der Bezeichnung in Warschau weiter.

Die offeneren Diskussionen in Polen über die deutsche Minderheit seit 1956 animierten die DDR-Botschaftsangehörigen, sich für die Verbesserung der Lebensumstände dieser Deutschen einzusetzen. Der DDR-Botschafter in Warschau, Heymann, informierte den

⁹⁷ Vgl. Botschafter Heymann aus Warschau an den Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, 10. Mai 1956, in: SAPMO-BA DY 30/3652, Bl. 14; Tagung der deutsch-polnischen Historiker-Kommission, 14.–17. November 1956 in Berlin, in: ebenda, DY 30 IV 2/20/157.

⁹⁸ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 7f.; Berliner Journalisten in Breslau, 26. August 1948, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/75; Konferenz der Arbeiter- und Bauern-Korrespondenten in Stettin, 12. Mai 1952, in: ebenda, DY 30 IV 2/20/155.

⁹⁹ Nationale Front: Konstituierung der Kommission zum Monat der deutsch-polnischen Freundschaft, 3. April 1956, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1118, Bd. 1.

¹⁰⁰ Vgl. Schreiben ZK der PVAP an das ZK der SED, Antwortschreiben, 20. November bzw. 7. Dezember 1957, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/158.

¹⁰¹ Passierscheinbüro für Deutsche Bundesrepublik, Warschau, 1958, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/170.

SED-Chef Ulbricht im Mai 1956 über die „veränderte Haltung der polnischen staatlichen Stellen zur Frage der ehemaligen Deutschen, die heute noch in der VR Polen leben“.¹⁰² Er schlug vor, die DDR sollte die deutschsprachigen Schulen in Polen mit Schul- und Lehrbüchern, belletristischer Literatur und mit dem Entsenden von Deutschlehrern großzügig unterstützen. Der SED-Chef wiegelte die Vorschläge von Heymann ab und bestimmte, über diese Angelegenheit „zunächst bei den polnischen Genossen anzufragen“.¹⁰³

Aus der Warschauer Botschaft trafen in Ost-Berlin im Frühjahr/Sommer 1956 immer wieder Meldungen ein, die von polnischen Bitten hinsichtlich der Unterstützung der kulturellen Arbeit unter den Deutschen berichteten. So habe Ende April 1956 ein polnischer Gewerkschaftsfunktionär, der zuständig für die Kulturarbeit in der deutschen Bevölkerung in den polnischen Westgebieten war, in Warschau vorgesprochen und um Unterstützung für eine Kulturoffensive unter der deutschen Minderheit gebeten. „Ganz offen und ohne diplomatische Formulierungen“ habe der polnische Kulturbeauftragte den DDR-Vertretern erklärt, „daß die bisherige Einstellung zur deutschen Bevölkerung [in Polen] diese nicht gerade zu Freunden der VRP und der DDR gemacht hat“.¹⁰⁴ Nun wurden in den Wojewodschaften Wrocław (Breslau), Szczecin (Stettin) und Olsztyn (Allenstein), Bezirke mit größerem Anteil an deutscher Bevölkerung, Beauftragte für die Arbeit unter der deutschen Bevölkerung eingesetzt. Auch der polnische Gewerkschaftsfunktionär bat um Hilfe bei der Bereitstellung von deutschen Schul- und Lehrbüchern, bei zeitgenössischer deutscher Literatur und dramatischen Stücken für Theateraufführungen.¹⁰⁵

Ein polnischer Rechtsakt vom April 1951 hatte den Deutschen in Polen wieder die Gleichberechtigung im Arbeitsleben (Entlohnung, Erholung) und im kulturellen und Bildungsbereich zurückgegeben. Dieser Regierungsbeschluß wurde aber erst seit 1956 voll umgesetzt.¹⁰⁶ In den Wojewodschaften Koszalin (Köslin), Szczecin (Stettin) und Wrocław (Breslau) war mit dem Schuljahr 1950/51 ein deutschsprachiger Unterricht in Schulen aufgenommen worden. Den größten Umfang erreichte das deutsche Schulwesen im Schuljahr 1954/55. Damals gab es im Bezirk Koszalin (Köslin) 82 deutsche Schulen mit 3200 Schülern und im Bezirk Wrocław (Breslau) 54 Schulen mit 3800 Schülern. Insgesamt sollen in den West- und Nordgebieten Polens zu dieser Zeit 136 deutsche Schulen, darunter neun Oberschulen, mit 200 Lehrern und 8500 Schülern existiert haben. Probleme lagen im Mangel an Lehrbüchern und Deutschlehrern, der z. T. mit Hilfe aus der DDR ausgeglichen werden konnte. Die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache erfreuten sich großer Beliebtheit. Ärger und Empörung gab es aber immer dann, wenn den Kindern von Deutschen mit (oftmals nicht freiwillig angenommener) polnischer Staatsbürgerschaft dieser Schulbesuch verweigert wurde. Mit den großen Ausreisewellen bis 1958 verringerte sich die Zahl der Schulen, im Schuljahr 1959/60 gab es nur noch fünf Schulen mit 20 Lehrern und 148 Schülern. Die beiden letzten Schulen mit deutscher Unterrichtssprache in Wrocław (Breslau) und Legnica (Liegnitz) wurden 1963 geschlossen.¹⁰⁷

¹⁰² Botschafter Heymann aus Warschau an den Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, 10. Mai 1956, in: SAPMO-BA DY 30/3652, Bl. 18.

¹⁰³ Ebenda.

¹⁰⁴ Aktennotiz, Botschaft Warschau, 23. April 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/183.

¹⁰⁵ Vgl. ebenda.

¹⁰⁶ Vgl. Bernadetta Nitschke, Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949, S. 302–307.

¹⁰⁷ Vgl. ebenda, S. 308f.; Lehrerin der deutschen Schule in Cieplice (Bad Warmbrunnen) an das ZK der SED, 26. Februar 1951, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/155.

Im Pressebereich war die Zeitung „Arbeiterstimme“ die populärste deutschsprachige Zeitung. Sie erschien seit 1951¹⁰⁸, richtete sich an alle Deutschen Polens und erreichte 1956 mit 20 000 Exemplaren ihre höchste Auflage. 1958 wurde ihr Erscheinen mangels Leser eingestellt.

Die DDR beobachtete mit wachsender Kritik die polnische Ausreisepolitik. Mit Mißfallen registrierte die SED-Spitze, daß anscheinend wesentlich mehr Deutsche in die Bundesrepublik als in die DDR übersiedeln durften, und daß das Ausreiseverfahren in die Bundesrepublik unbürokratischer vonstatten ging. Die DDR-Organen erhielten über den Umfang und den Fortgang der Aussiedlungen in Richtung Westdeutschland keine Informationen von polnischer Seite, sie mußten ihre Kenntnisse aus, wie es hieß, der „Westpresse“ entnehmen.¹⁰⁹ Botschafter Heymann überreichte am 28. Juli 1956 ein Aide memoire an die polnische Regierung, um auf diesen Umstand hinzuweisen und zu bitten, das Verhältnis der Transporte von Deutschen aus Polen nach Westdeutschland und in die DDR dringend zu ändern. Aber in den folgenden Wochen und Monaten kam es zu keiner Änderung in der polnischen Ausreisepolitik.¹¹⁰

In der kurzen Entstalinisierungsphase ging die VR Polen pragmatischer mit den Übersiedlungswünschen von Deutschen in Richtung Bundesrepublik um. Die Familienzusammenführung fand nach Westdeutschland statt, weil ein großer Teil der deutschen Minderheit in Polen Angehörige in der Bundesrepublik hatte. Sicher war der polnische Staat auch bestrebt, seine politischen Beziehungen mit dem zweiten, ökonomisch weit stärkeren deutschen Staat zu verbessern. Polen wünschte gute nachbarschaftliche Beziehungen mit Deutschland insgesamt. Die Polen, auch die Staats- und Parteiführung, glaubten nicht an eine dauernde Zweistaatlichkeit Deutschlands. Ihre eigene Geschichte, die mehrfache Teilung Polens, bestärkte sie in dieser Ansicht.

Berichte der DDR-Botschaft in Warschau und von DDR-Antragstellern auf Zusammenführung mit noch in Polen lebenden Familienangehörigen bestätigten der SED-Führung immer wieder, „daß bei der Übersiedlung von Deutschen aus der Volksrepublik Polen nach Westdeutschland großzügiger verfahren wird, als bei der Übersiedlung in die DDR“.¹¹¹ So schrieb ein Deutscher aus Czarny Bór (Liebenau/Bezirk Liegnitz) dem ZK der SED, daß die polnischen Behörden ihm im August 1956 mitgeteilt hätten, daß sie gegen seine Ausreise in die Bundesrepublik nichts einzuwenden hätten, aber in die DDR könnten sie ihn wegen der nicht vorhandenen Verwandtschaft nicht reisen lassen.¹¹² Ein weiteres Beispiel kam aus dem Kreis Malchin/Mecklenburg von einem Berufskraftfahrer, der seit vier Jahren vergeblich versuchte, eine Übersiedlung seiner Eltern und Geschwister aus Polen in die DDR zu erreichen. Und die SED-Kreisleitung Klötze/b. Magdeburg berichtete nach Ost-Berlin über eine Bürgerin, die mehrfach und bisher erfolglos die Aussiedlung ihrer Mutter aus Polen betrieben habe. Nun sei die Mutter nach Westdeutschland ausgereist und dann zu ihrer Tochter in die DDR gekommen.¹¹³

¹⁰⁸ Vgl. Bernadetta Nitschke, Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949, S. 309; Exemplare in: PAAA MfAA A 1811.

¹⁰⁹ Vgl. Übersicht über die Entwicklung der Familienzusammenführung aus der VRP in die DDR und nach Westdeutschland, 9. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390, Bl. 222.

¹¹⁰ Vgl. Vorlage für das Politbüro, 14. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/176.

¹¹¹ Übersicht über die Entwicklung der Familienzusammenführung aus der VRP in die DDR und nach Westdeutschland, 9. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390, Bl. 223.

¹¹² Vgl. ebenda.

¹¹³ Vgl. ebenda, Bl. 224.

Andere DDR-Bürger, „ehemalige Umsiedler“, beschwerten sich über die unhöfliche, demütigende und abweisende Haltung der polnischen Botschaftsangehörigen in Berlin, die die Besuchsanträge von Ostdeutschen zu ihren Verwandten in die VR Polen bearbeiteten und meist verschleppten und schließlich ablehnten. „Frau Margot R.[...] aus Magdeburg wartet bereits seit April 1956 auf die Einreiseerlaubnis in die VR Polen. Ihr Bruder wohnt in Westdeutschland und stellte im Juli 1956 einen Antrag zwecks Einreise in die VRP und hat seine Reise bereits beendet.“¹¹⁴ Äußerungen von DDR-Bürgern wie die von „Polakenwirtschaft“ wären nicht selten im Zusammenhang mit diesem Vorgehen zu hören.¹¹⁵

Alle diese Beispiele würden sich in letzter Zeit häufen. Die zuständige SED-ZK-Abteilung verwies in zusammenfassenden Berichten vom September 1956 darauf, daß mit diesem Vorgehen in der eigenen Bevölkerung und unter den Deutschen in Polen „der Eindruck geweckt wird, daß die Familienzusammenführung nach Westdeutschland schneller vor sich geht als in die DDR, da sich die Bundesrepublik mehr um die Lösung des Problems der Familienzusammenführung bemüht, so daß eine Reihe von Deutschen, deren Angehörige in der DDR leben, sich nach Westdeutschland repatriieren lassen. Andererseits wurden Verwandte der in der VRP wohnenden Deutschen republikflüchtig, um von Westdeutschland aus die Familienzusammenführung zu beschleunigen.“¹¹⁶

Im September 1956 legten Funktionäre des SED-ZK-Apparates, Abteilung „Außenpolitik“ und Abteilung „Staatliche Organe“, dem Politbüro einen Plan vor, wie auf die Ausreisepolitik des Nachbarlandes Polen in DDR-freundlicherem Sinne Einfluß genommen werden könnte.¹¹⁷ Die ZK-Funktionäre zielten hier deutlich auf die Problematik, daß es ab diesem Zeitpunkt auch für die DDR um die „Regelung der Übersiedlung von ehemaligen deutschen Staatsangehörigen in die DDR“ ging, ohne die Voraussetzung eines Nachweises zur Familienzusammenführung.¹¹⁸ Selbstkritisch hieß es im SED-Plan: „Bis jetzt wurde die vorhandene Möglichkeit, Deutsche, die in der VR Polen leben, und den Wunsch äußern, nach Deutschland zurückzukehren und in der DDR zu siedeln, durch unsere zuständigen Organe nicht ausgenutzt, sondern es wurden lediglich im engen Rahmen Familienzusammenführungen durchgeführt.“¹¹⁹ Aus den seit Anfang 1956 laufenden Transporten in die Bundesrepublik sei hingegen ersichtlich, daß die Ausreisen von Deutschen weit über eine Familienzusammenführung hinaus gingen. In die Bundesrepublik könnten alle Deutschen ausreisen, die das wünschten, in die DDR nur die, bei denen eine ausdrückliche Anforderung von Verwandten vorläge. Ein Mitarbeiter des polnischen Innenministeriums habe zudem dem Deutschen Roten Kreuz der DDR signalisiert, daß eine „von Seiten der DDR geübte Rücksichtnahme für die Belange des Aufbaus der VR Polen durch Beschränkung

¹¹⁴ Ebenda, Bl. 225;

¹¹⁵ Vgl. Deutsche Volkspolizei (DVP) Magdeburg und DVP Cottbus: Auslandsreisen nach Polen, 28. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/157.

¹¹⁶ Übersicht über die Entwicklung der Familienzusammenführung aus der VRP in die DDR und nach Westdeutschland, 9. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390, Bl. 224.

¹¹⁷ „In der DDR entsteht [mit den Ausreisen von Deutschen aus Polen in die BRD] der Zustand, daß Bürger äußern, nach Westdeutschland zu gehen, weil sie der Meinung sind, daß ihre gegenwärtig in der VRP lebenden Angehörigen schneller dahin ausreisen können.“ Entwurf: Beschlußvorlage an das Politbüro, September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390, Bl. 208.

¹¹⁸ Vgl. Entwurf: Beschlußvorlage an das Politbüro, September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390, Bl. 207–212.

¹¹⁹ Vgl. ZK-Abteilungen Staatliche Organe und Außenpolitik: Beschlußvorlage an das Sekretariat, 7. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390, Bl. 204–207.

¹²⁰ Ebenda, Bl. 204.

von Familienzusammenführung auf ganz eng begrenzte Fälle nicht mehr erforderlich sei, da Polen das Facharbeiterproblem [...] gelöst habe [...]“¹²⁰

Der polnische Funktionär habe des weiteren mitgeteilt, daß „etwa 200 000 Menschen deutscher Abstammung in der VR Polen [...] früher oder später auf eigenen Wunsch nach Deutschland überführt werden können.“¹²¹ Auch vertrat die polnische Seite die Meinung, daß die Fragen der Übersiedlung bis nächstes Jahr „restlos gelöst werden müsse“, und daß „vom sozialistischem Standpunkt und [...] vom humanistischem Prinzip aus“ nicht vertretbar sei, daß ein Bürger, der beharrlich seine Ausreise betreibe und nicht in Polen leben wolle, zurückgehalten werde.¹²²

Die SED sah realistisch die Motive für den anhaltenden Übersiedlungswillen von Deutschen aus Polen nach Deutschland in „Sprachschwierigkeiten, unbefriedigenden [ökonomischen und sozialen] Entwicklungsmöglichkeiten in [...] Polen, im Wunsch nach einem besseren Lebensstandard sowie in der Tatsache, daß bei einem Teil die Verwandten sich fast ausnahmslos in Deutschland befinden.“¹²³ Auch hätte die Politik der polnischen Behörden gegenüber den Deutschen in Polen bisher nicht dazu beigetragen, diese Menschen wirklich in das gesellschaftliche Leben des Landes zu integrieren.¹²⁴

Die ZK-Mitarbeiter unterbreiteten dem SED-Politbüro Vorschläge für einen Beschluß zur „Übersiedlung“: Entsprechend der gesamtdeutschen Lage hielten sie es für notwendig, „jeden Antrag auf Einreise [...] in die DDR von in der VR Polen lebenden ehemaligen deutschen Staatsangehörigen“ zu genehmigen. Die Ausreise zu gestatten sei dann die Angelegenheit der polnischen Organe. Damit sollten nicht nur Familienzusammenführungen des 2. und 3. Grades möglich werden, sondern auch polnische Staatsbürger deutscher Nationalität – egal wie freiwillig die polnische Staatsbürgerschaft erworben wurde – und „Autochthone“, die auf ihrem Deutschtum bestanden, die Möglichkeit zur Ausreise erhalten.¹²⁵

Die SED wollte der PVAP empfehlen, „ihr Staatsbürgerschaftsgesetz in Ordnung zu bringen, damit klar feststeht, wer von den Menschen deutscher Nationalität nicht polnischer Staatsbürger ist.“¹²⁶ Die SED schätzte, daß zirka 50 000 bis 70 000 Personen deutscher Nationalität ohne „Identitätsausweis“, d. h. ohne polnischen Paß, überwiegend in den westlichen Wojewodschaften wie Koszalin (Köslin), Wrocław (Breslau), Szczecin (Stettin) und Zielona Góra (Grünberg) lebten. Nach dem deutschen Staatsbürgerschaftsgesetz von 1913, das sowohl in der DDR wie in der Bundesrepublik noch gültig war, besäßen diese Menschen noch immer die deutsche Staatsbürgerschaft.¹²⁷ Eine andere, Hunderttausende zählende Gruppe wären die „Autochthonen“, die vorwiegend in den Gebieten Opole (Oppeln), Katowice (Kattowitz, 1953–1956 Stalinograd), Olsztyn (Allenstein) und Gdansk (Danzig)

¹²⁰ Ebenda, Bl. 206.

¹²¹ Ebenda.

¹²² Vgl. Aktenvermerk über eine deutsch-polnische Besprechung, 27. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/183.

¹²³ Entwurf: Beschlußvorlage an das Politbüro, September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390, Bl. 208.

¹²⁴ Vgl. Vorlage für das Politbüro, 14. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/176.

¹²⁵ Wörtlich: „Anträge auf Übersiedlung in die DDR von ehemaligen deutschen Staatsangehörigen, die bereits seit der Zeit vor dem 1. September 1939 im jetzigen Gebiet der VR Polen wohnhaft sind, [sollen] großzügig behandelt werden.“ Entwurf: Beschlußvorlage an das Politbüro, September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390, Bl. 210.

¹²⁶ Vorlage für das Politbüro, 14. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/176.

¹²⁷ Vgl. ebenda.

lebten. Besonders die DDR-Diplomaten in Polen empfahlen der SED-Spitze, bei den polnischen Staats- und Parteiorganen darauf hinzuwirken, daß auch diese Personengruppe grundsätzlich die Möglichkeit zur Ausreise erhalten müsse.¹²⁸

Die SED-Vorschläge wurden im September 1956 – in deutlich abgemilderter Form – in einem Brief an die kommunistische Staatspartei PVAP formuliert.¹²⁹ Gestrichen hatten die SED-Politbüromitglieder u. a. solche drastischen Passagen wie: „Aus Informationen, die wir erhalten haben, entsteht bei uns der Eindruck, daß die Bundesrepublik in der Frage der Familienzusammenführung aufgrund ihres bedenkenlosen Vorgehens z. Z. Vorteile gegenüber der DDR herausschlägt. [...] Wir bitten darum, einen Weg zu finden, der es ermöglicht, Besprechungen, die zwischen der VRP und der Bundesrepublik in dieser Frage stattfinden, vorher mit der DDR zu beraten und uns Vorzüge bei der Lösung dieser Frage einzuräumen. [...] Wir erachten es als notwendig, für jeden Antrag auf Einreise in die DDR die Genehmigung zu erteilen.“¹³⁰

Die Überlegungen der verantwortlichen ZK-Funktionäre zur Einflußnahme auf die polnische Ausreisepolitik setzte die SED-Führung nicht um. Die Frage der „Umsiedlung Deutscher aus Polen nach Deutschland [sic!]“ – so vermerkte schließlich der Beschluß des Politbüros vom 18. September 1956 – sollte auf der „Parteilinie so behandelt werden, daß die Genossen Hermann Matern und Peter Florin [...] nach Warschau fahren, um mit dem Politbüro der PVAP den ganzen Komplex zu besprechen“.¹³¹ Die SED-Spitze schreckte vor einer politischen Brückierung der polnischen Staatspartei und Regierung zurück. Sie hatte nicht vor, das sich sehr langsam entspannende nachbarschaftliche Verhältnis zwischen Deutschen und Polen wegen der Frage der Familienzusammenführung aufs Spiel zu setzen.

Im Herbst und Winter 1956 berichtete der DDR-Botschafter Stefan Heymann wiederholt aus Warschau nach Berlin, daß in den Westgebieten Polens eine breite Bewegung der „Zurückführung der ehemaligen deutschen Staatsbürger nach Deutschland“ eingesetzt habe. Beide Staaten, so meinte der Botschafter, seien zur Zeit sehr daran interessiert, die Frage der deutschen Minderheit schnell und zur Zufriedenheit der Bevölkerung der DDR und Polens zu lösen. Die Aussiedlungsbewegung werde von der polnischen Gesellschaft, vom Staat und von der PVAP unterstützt, aber in Polen werde auch ein „breiter Kampf geführt gegen die Diskriminierung von Deutschen“.¹³² Ende Oktober 1956 trat eine Abgeordnetengruppe aus der Wojewodschaft Opole (Oppeln) mit einem Forderungskatalog über die „Familienzusammenführung von Deutschen“ an die polnische Öffentlichkeit. Hierin sprachen sich die Parlamentarier „im Namen von Gerechtigkeit und Humanität“ für eine

¹²⁸ „Aus den autochthonen Gebieten liegen Anträge auf Übersiedlung von Personen vor, welche die deutsche Staatsbürgerschaft früher besaßen und jetzt polnische Staatsbürger sind. Derartige Anträge nehmen in letzter Zeit ständig zu. Diesen Personen sollte die Einreise in die DDR gestattet werden.“ An das ZK der SED: Deutsche in Polen, 12. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/176.

¹²⁹ Ob dieser Brief an das Politbüro der PVAP tatsächlich abgesandt wurde oder nur Entwurf blieb, ist z. Z. nicht geklärt.

¹³⁰ An das Politbüro der Vereinigten Polnischen Arbeitspartei, 8. September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/390; vgl. auch: An das Politbüro des ZK der PVAP, September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/176.

¹³¹ Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/499.

¹³² Vgl. Heymann an das MfAA: Zur Lage in Polen, 15. November 1956, in: SAPMO-BA DY 30/365.

Funktionäre der PVAP fürchteten aber auch bei größeren Zugeständnissen an die deutsche Minderheit die nationalistischen Strömungen – z. B. deutschfeindliche Kundgebungen – bei der polnischen Bevölkerung. Vgl. Heymann: Lage der deutschen Minderheit, 5. Dezember 1956, in: PAAA MfAA A 3814, Bl. 53.

schnelle Lösung für die betroffenen Frauen, Kinder, Rentner, Invaliden und alle weiteren Personen aus. Sie kritisierten das bisherige zentralistische Verfahren und den geringen Umfang der Familienzusammenführungen. Das habe zu tiefer Erbitterung und einem wachsenden Gefühl von Unrecht bei der deutschen Minderheit geführt.¹³³

Bei der DDR-Botschaft in Warschau meldeten sich zur gleichen Zeit verschiedene Delegationen aus der deutschsprachigen Bevölkerung Polens. Was die Diplomaten zu hören bekamen, war für die DDR nicht schmeichelhaft. Sowohl die DDR-Botschaft als auch die DDR-Regierung besaßen bei der deutschsprachigen Minderheit nur ein geringes Ansehen. Das wurde damit begründet, daß die DDR in der ersten Hälfte der 1950er Jahre die Assimilierungsstrategie des polnischen Staates stillschweigend hingenommen habe: Die Deutschen in Polen „sind der Meinung, daß [DDR-]Regierung und Botschaft zu wenig getan haben, um die Wünsche hinsichtlich der Übersiedlung in die DDR bei der polnischen Regierung zu unterstützen. Sie betrachten die Nachrichten, die sie nach 1953 erhalten haben, daß die Übersiedlung laut Potsdamer Abkommen abgeschlossen ist und nur noch Familienzusammenführung stattfindet, als eine Desinteressiertheit, ja sogar als Verrat der DDR am Schicksal der Deutschen in der VR Polen.“¹³⁴ Hinzu kam, daß die Deutschen in Polen, die nicht im Besitz eines Passes waren, also die Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft verweigert hatten, selten eine Reise- und Besucherlaubnis in die DDR erhalten hatten.

Die Delegationen aus dem Kreis Wałbrzych (Waldenburg) oder dem Kreis Wrocław (Breslau) waren davon überzeugt, daß fast alle Deutschen aus ihren Wojewodschaften ausreisen wollten¹³⁵, und wünschten von den DDR-Botschaftsangehörigen konkret zu wissen, welche Möglichkeiten zur Einreise oder Übersiedlung in die DDR existierten, wie Besuchsmöglichkeiten von der DDR in die Bundesrepublik geregelt waren, und welche Stellung die DDR zur Anerkennung der deutschen Staatsbürgerschaft für die deutsche Bevölkerung in den polnischen Westgebieten bezog. Man bat um Unterstützung bei der Gründung eines deutschen Vereins – einer „Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaft“. Die Botschaftsfunktionäre versicherten, daß alle Anträge von Deutschen zur Übersiedlung in die DDR von Berlin prinzipiell genehmigt werden. Die DDR unterstütze die deutsche Minderheit mit deutschem Lehrmaterial und Kulturunterlagen – Bücher, Zeitungen und Filmen.¹³⁶

Die DDR-Botschaft und die SED-Spitze registrierten die Liberalisierung der polnischen Minderheiten- und Ausreisepolitik zunächst durchaus positiv. Die DDR war jedoch nicht besonders daran interessiert, daß eine große Zahl von Menschen ins Land einwanderte. Deshalb wollte sie den polnischen Staat unterstützen, eine größere Auswanderung abzuwenden. „Die Propaganda unter den Deutschen in der Volksrepublik Polen ist so durchzu-

¹³³ Vgl. Interpellation der Abgeordneten der Wojewodschaft Opole, 31. Oktober und 13. November 1956, in: SAPMO-BA DY 30/3652 und DY 30 IV 2/20/176.

¹³⁴ Aktennotiz über eine Besprechung mit einer deutschsprachigen Bevölkerung des Kreises Wałbrzych (Waldenburg), 21. November 1956, in: PAAA MfAA A 1811, Bl. 108.

¹³⁵ Am Ende des Gesprächs „betonten [die Delegationsmitglieder], daß die überwiegende Zahl in der VRP verbleiben würde, wenn es gelingt, das Leben der Deutschen in Polen so zu gestalten, daß sie sich nicht mehr benachteiligt fühlten [...] Dies um so mehr, da viele hier ihre Heimat haben, ein eigenes Haus besitzen und es für sie nicht leicht ist, alles aufzugeben.“ Ebenda, Bl. 111.

¹³⁶ Vgl. Aktennotiz über eine Besprechung mit einer deutschsprachigen Bevölkerung des Kreises Wałbrzych (Waldenburg), 21. November 1956, in: PAAA MfAA A 1811, Bl. 107–111; Aktennotiz über eine Besprechung mit Abgesandten der Lehrerschaft von der Wojewodschaft Wrocław, 2. November 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/176.

führen“, – so lautete ein SED-Politbürobeschuß vom 18. Dezember 1957 – „daß die Betreffenden in der VRP verbleiben.“¹³⁷ Noch weniger wünschte die DDR aber, daß Deutsche aus Polen in die Bundesrepublik übersiedelten.¹³⁸ Geradezu manisch fürchtete sich und mahnte die SED vor den „Gefahren der systematischen Bearbeitung“ der Bewohner der polnischen Westgebiete durch „westliche Agenturen“, u. a. durch die Vertriebenenverbände der Bundesrepublik.¹³⁹

Die SED-Führung äußerte intern den Verdacht, daß zahlenmäßig weiterhin größere Transporte von Deutschen aus Polen nach Westdeutschland nur deshalb so reibungslos liefen, weil die Übersiedlungen von der Bundesregierung finanziell entgolten wurden, was den Tatsachen entsprach.¹⁴⁰ So sprach am 12. November 1956 auf der 29. ZK-Tagung der SED das Politbüromitglied Karl Schirdewan das Problem an: „Das Politbüro entsandte die Genossen Matern und Florin zu einer Unterredung mit Vertretern des ZK der PVAP. [...] Unsere Genossen hatten u. a. die Aufgabe, über die Fragen der Zusammenführung von getrennten Familien zu verhandeln. Es hat sich gezeigt, daß die polnischen Genossen und Regierungsfunktionäre gegenüber Westdeutschland eine gewisse Großzügigkeit in dieser Frage walten ließen, die auch durch materielle Vergünstigungen von Seiten Westdeutschlands gefördert wurde.“¹⁴¹

Die großzügigere Ausreisepolitik für Deutsche aus Polen flankierten die polnische und die DDR-Staatsmacht mit massiven Versuchen der propagandistischen Beeinflussung der deutschen Minderheit, in der Volksrepublik Polen zu bleiben oder in die DDR überzusiedeln. Die „Lösung der Frage der deutschen Minderheit“ wollte man als einen ständigen Störfaktor in den Beziehungen zwischen der DDR und Polen ausschalten. Ein weiteres Instrument zur Einflußnahme und Kontrolle der deutschen Minderheit in Polen sollte die sogenannte Registrierung von ehemaligen deutschen Staatsbürgern in der Volksrepublik Polen werden. Das SED-Politbüro beauftragte im September 1956 den Innenminister Karl Maron und den Staatssekretär im Außenministerium, Georg Ulrich Handke, mit der Ausarbeitung von Richtlinien zur Registrierung von deutschen Staatsangehörigen, die auf dem Gebiet der Volksrepublik Polen leben, zu beginnen.¹⁴²

Aus der Sicht des neuen DDR-Botschafters in Warschau, Josef Hegen,¹⁴³ war die „Registrierung der ehemaligen deutschen Staatsbürger“ zur Lösung des deutschen Minderheitenproblems dringend notwendig.

Stefan Heymanns übermäßiger Eifer, Regierungs- und Parteifunktionäre Polens und der DDR zu drängen, das Problem mit der deutschen Minderheit zu klären, sein Einsatz für

¹³⁷ Protokoll des SED-Politbüros vom 18. Dezember 1957, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/572.

¹³⁸ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 40f.; Jahresbericht der DDR-Botschaft aus Warschau: Familienzusammenführung aus und nach der VRP, 29. Januar 1957, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/13/392.

¹³⁹ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 43.

¹⁴⁰ Die Bundesregierung zahlte für die gesamten Transportkosten in die Bundesrepublik, während bei den Übersiedlungen in die DDR die polnische Regierung die Kosten bis zur Grenze zu tragen hatte. Vgl. Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 157.

¹⁴¹ Protokoll: 29. SED-ZK-Tagung, 12. November 1956, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/1/165, Bl. 18, 19.

¹⁴² Vgl. Entwurf: Beschlußvorlage an das Politbüro, September 1956, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/13/390, Bl. 211.

¹⁴³ Josef Hegen (1907–1969), geboren in Hunschrün (ČSR), 1924 KPC, Parteifunktionär, ab 1939 Emigration in der UdSSR, ab 1943 Partisaneneinsatz, Verhaftung, KZ-Haft, 1945/46 leitete er die „Umsiedlung“ der Deutschen aus der ČSR in die SBZ, 1953–1956 StS im MdI, 1957 Botschafter in der VRP, 1961 in der VR China, 1966 StS im MfAA. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 321f.

Belange der Deutschen in Polen und seine positive Bewertung der Vorgänge von 1956 in Polen – u. a. die Wahl Gomułkas zum neuen Parteichef der PVAP – kosteten ihn Anfang 1957 das Amt des Botschafters. Sein Nachfolger in Warschau wurde im März 1957 Josef Hegen.¹⁴⁴

Kurz hingewiesen sei auf die Tatsache, daß die DDR-Botschafter in der VR Polen – Aenne Kundermann von 1951 bis 1953, Stefan Heymann von 1954 bis 1957 und Josef Hegen von 1957 bis 1961 – eingeschworene kommunistische „Kader“ waren, die aus dem Militärapparat der KPD kamen. Zum Teil waren sie zudem Moskau-Emigranten und Funktionäre im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) gewesen und hatten für den sowjetischen Nachrichtendienst gearbeitet.¹⁴⁵

Botschafter Hegen sah es zwar als Selbstverständlichkeit an, daß sich nur ehemalige deutsche Staatsbürger, die bisher keine polnische Staatsbürgerschaft angenommen hatten, als DDR-Bürger registrieren lassen können. Aber er machte auch auf die Problematik der sogenannten Optanten – in erster Linie meinte er damit die „autochthone Bevölkerung“ – aufmerksam. Noch im Januar 1957 erläuterte Heymann auf einer Botschafterkonferenz des MfAA: Wir müssen mit den „polnischen Genossen verhandeln, [daß] auch bei denen, die als Optanten die polnische Staatsbürgerschaft angenommen haben, eine Tendenz [Wille (sic!)] besteht, die deutsche Staatsbürgerschaft der DDR, vor allem aber [...] die westdeutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Ich möchte bemerken, daß eine lebhafte Korrespondenz mit [...] Regierungsstellen in Bonn vorhanden ist, und daß es eine ganze Reihe von Polen gibt, die bereits ein Dokument haben, daß sie westdeutsche Staatsbürger sind.“¹⁴⁶

Die seit Mitte 1956 geplante und am 1. April 1957 begonnene Registrierungsaktion umfaßte die „Registrierung von Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen bzw. von den polnischen Behörden als Deutsche betrachtet werden, als Staatsangehörige der DDR“.¹⁴⁷ Dabei handelte es sich nach polnischen Angaben um eine Gruppe von zirka 40 000 bis 50 000 Personen, die nicht die polnische Staatsbürgerschaft besaßen. Damit blieb – nach Vorgabe der polnischen Staatsmacht – die gesamte deutschsprachige Bevölkerung in den „autochthonen Gebieten“ von der Aktion ausgeschlossen.¹⁴⁸ Die DDR-Botschaft in Warschau bzw. das DDR-Konsulat in Wrocław nahmen die Registrierung in den Wojewodschaften Wrocław (Breslau), Koszalin (Köslin), Szczecin (Stettin) und Zielona Góra (Grünberg) auf, in den Wojewodschaften – mit den „autochthonen“ Bevölkerungsteilen – Opole (Oppeln), Katowice (Kattowitz), Gdansk (Danzig) und Olsztyn (Allenstein) blieb sie auf polnischem Einspruch hin verboten.¹⁴⁹ Zudem hatte die polnische Seite darauf bestanden, daß es keine öffentlichen Aufrufe über die Registrierungsaktionen in Presse und Rundfunk geben durfte.¹⁵⁰

Mit der Registrierung wollte sich die DDR als „Interessenvertreter der deutschen Staatsbürger in der Volksrepublik Polen“ profilieren.¹⁵¹ Als Ziele der Aktion erklärte die DDR:

¹⁴⁴ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 42.

¹⁴⁵ Vgl. ihre Biographien in: Wer war wer in der DDR?, S. 488f., 356, 321f.

¹⁴⁶ Niederschrift der Botschafterkonferenz im MfAA in Ost-Berlin vom 21.–24. Januar 1957, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/81.

¹⁴⁷ Registrierung der deutschen Staatsbürger in der VRP, 1957, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/177.

¹⁴⁸ Vgl. Protokoll der Verhandlungen der Gemischten deutsch-polnischen Kommission über Fragen der in der VRP lebenden Deutschen, 8.–10. Januar 1958, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/177 (S. 6).

¹⁴⁹ Vgl. Registrierung der deutschen Staatsbürger in der VRP, 1957, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/177.

¹⁵⁰ Vgl. MfAA an DDR-Botschafter Josef Hegen in Warschau, 1957, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/177.

¹⁵¹ Vgl. Deutsche Staatsbürger in der VR Polen, 1958, in: PAAA MfAA A 4161, Bl. 54.

1. Verstärkung der „Möglichkeit der politisch-ideologischen Beeinflussung von Seiten der DDR und [2. ...] Zurückdrängung des westdeutschen Einflusses wie auch [3. ...] der Ausreisepsychose [...] und damit [4.] diese Personengruppe für den Aufbau des Sozialismus in unseren Ländern zu gewinnen. Die Registrierung dieser Personengruppen als Bürger der DDR liegt also im Interesse der DDR wie auch der VRP.“¹⁵²

Die Registrierung führte jedoch nicht gleichzeitig zur Ausreise in die DDR. Wer sich erfassen ließ und den Wunsch hatte, in die DDR überzusiedeln, mußte zunächst einen Übersiedlungsantrag bei den polnischen und DDR-Behörden stellen, der dann erneut ein Bewilligungsverfahren durchlief.

Die Registrierungsaktion verlief ausgesprochen schleppend, 1957 konnten nur 1000 Personen erfaßt werden.¹⁵³ Die fehlende Möglichkeit einer Popularisierung wollte die ost-deutsche Seite mit Werbeversammlungen vor Ort ausgleichen. So reisten von April bis Ende August 1957 DDR-Diplomaten durch die neuen Westgebiete Polens. Mehrfach wurden die Orte und Regionen um Wrocław (Breslau), Wałbrzych (Waldenburg), Koszalin (Köslin), Gorze (Gottesberg-Rothembach) und Nowa Ruda (Neurode/Niederschlesien) bereist und Besprechungen mit lokalen polnischen Behörden sowie Versammlungen mit der deutschsprachigen Bevölkerung, vor allem Bergarbeitern und in der Landwirtschaft Tätigen, durchgeführt. Durchgehend zeigte sich das Bild, daß die polnischen Behörden vor Ort interessiert an der Problematik der deutschen Minderheit waren. Aber je weiter weg und politisch höher die polnischen Staats- und Parteistellen fungierten, desto uninteressierter, abweisender und bürokratischer verhielten sich die polnischen Funktionäre gegenüber dem deutschen Problem und den DDR-Registrierungsaktionen.¹⁵⁴

Auf den einberufenen Versammlungen klagten die Deutschen vor Ort gegenüber den DDR-Botschaftsvertretern über ihre anhaltende soziale und wirtschaftliche Diskriminierung durch die polnischen Behörden und die polnische Mehrheitsbevölkerung. Das Hauptinteresse der versammelten Deutschen richtete sich allerdings auf die Ausreisemöglichkeiten und das Ausreiseprozedere in die Bundesrepublik und in die DDR. Dabei überwog das Interesse an einer Übersiedlung in die Bundesrepublik. Immer wieder hielten die Botschaftsberichte fest: „Was die Registrierung anbetrifft, so spielt die Frage der Ausreise nach Westdeutschland eine große Rolle. Zahlreiche Bürger sind der Auffassung, daß sie bei der Annahme des Passes der DDR nicht die Gelegenheit mehr haben werden, in die Bundesrepublik zu ihren Familienangehörigen zu fahren.“¹⁵⁵

Auf wenig Zuspruch und sogar unverhohlene Ablehnung trafen jegliche DDR-Agitationen zum „unterschiedlichen Charakter der beiden deutschen Staaten“, zur „Entlarvung des Adenauerregimes, der Remilitarisierung und Faschisierung in Westdeutschland“.¹⁵⁶ Kenntnisse über das Leben in der DDR schienen nach DDR-Botschaftsangaben äußerst dürftig zu sein, wohingegen die Vorstellungen über die Bundesrepublik konkreter waren: „Auch in der Wojewodschaft Koszalin (Köslin) war der westdeutsche Einfluß auf die noch

¹⁵² Registrierung der deutschen Staatsbürger in der VRP, 1957, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/177.

¹⁵³ Vgl. Registrierung in der Volksrepublik Polen, 1957; Nur 900 wollen in die Zone, 24. Oktober 1957, in: PAAA MfAA A 1633, Bl. 69–71; A 4161, Bl. 99.

¹⁵⁴ „Die Atmosphäre während der Beratungen und Einzelunterhaltungen mit den polnischen Genossen [...] war offener und freundschaftlicher als sie z. Z. auf zentraler Ebene ist.“ Bericht über die Fahrt nach Wrocław und Wałbrzych am 13. und 14. April 1957, in: PAAA MfAA A 3759, Bl. 12.

¹⁵⁵ Aktennotiz über die Versammlung in Gorze, 3. August 1957, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/184.

¹⁵⁶ Vgl. Ergebnisse der Reise des Botschafters Hegen nach Wrocław und Wałbrzych vom 27.–30. Juli 1957, 7. August 1957, in: PAAA MfAA A 3814, Bl. 39–43. (Auch in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/184).

dort lebenden Deutschen deutlich zu spüren [...]“¹⁵⁷, u.a., so meinten die DDR-Funktionäre, durch Fragen, „ob sie bei Annahme des DDR-Passes noch unter den Lastenausgleich in der Bundesrepublik fallen werden“.¹⁵⁸

Die DDR-Botschaft berichtete anlässlich einer Kranzniederlegung in Nysa (Neisse) zum 100.Todestags des deutschen Dichters Joseph von Eichendorff¹⁵⁹ aus dem Gebiet Opole (Oppeln/Oberschlesien) über „revanchistische Umtriebe der Bundesrepublik“. Mit verschiedenen propagandistischen Mitteln werde versucht, Einfluß auf die Bevölkerung der Wojewodschaft zu gewinnen: „So werden die revanchistischen Zeitungen ‚Der Schlesier‘ und ‚Unser Oppeln‘ in Massen an die hiesige Bevölkerung gesandt. Besuchsreisende aus der Bundesrepublik machen Propaganda für Adenauers Wirtschaftswunder [...] Leider sei viel zu wenig über die DDR bekannt [...]“¹⁶⁰ Bemerkenswert fanden die Ostdeutschen, daß in der Stadt Opole (Oppeln) noch 30 Prozent der alten deutschen Vorkriegsbevölkerung lebten und in der gleichnamigen Wojewodschaft sogar über 60 Prozent.

DDR-Botschafter Josef Hegen und seine Mitarbeiter erklärten es zu ihren nächsten Aufgaben, im Zusammenhang mit der Registrierungsaktion, der „Ausreisepsychose mit allen Mitteln der [...] Agitation und Propaganda [...] entgegenzuwirken“, „die deutsche Bevölkerung für den Aufbau des Sozialismus zu gewinnen, ganz gleich, ob in der VR Polen oder in der DDR“¹⁶¹, und die gesamte Kulturarbeit unter der deutschen Minderheit quantitativ und qualitativ zu verbessern. Hegen mahnte, daß die seit Frühjahr 1957 in Polen zugelassene erste deutsche Kulturvereinigung, die „Deutsche sozial-kulturelle Gesellschaft“, sich tatsächlich nur mit der „Pflege und Popularisierung [...] der deutschen Kultur und Kunst zur [...] Bedürfnisbefriedigung der deutschen Bevölkerung“¹⁶² beschäftigen dürfe, und mit „ihrer Tätigkeit als Aussiedlungsorgan Schluß gemacht“ werden müsse.¹⁶³ Außerdem unterbreitete er dem DDR-Innenministerium den dringenden Vorschlag, „Erleichterungen für den Reiseverkehr der [deutschen] Bevölkerung nach der DDR zu schaffen, da es zeitweise leichter sei, nach Westdeutschland zu reisen als nach der DDR“.¹⁶⁴

Den DDR-Botschafts- und zuständigen SED-Funktionären war bewußt, daß mit all diesen Maßnahmen das große Problem der zirka eine Million Menschen in den „autochthonen Gebieten“ nicht im Ansatz geklärt war. Auf den Versammlungen der DDR-Botschaft in den polnischen Westgebieten war es zu Anfragen bis hin zu „organisiert-provokatorischem Auftreten von Autochthonen“ gekommen, die eine Registrierung als deutsche Staatsbürger

¹⁵⁷ Bericht über die Reise des Botschafters Hegen nach Koszalin am 9., 10. August 1957, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/184.

¹⁵⁸ Aktennotiz über die Versammlung in Bolków, 4. August 1957, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/184.

¹⁵⁹ Joseph von Eichendorff, *1788 bei Ratibor/Schlesien, †1857 in Neiße – deutscher Dichter der Romantik.

¹⁶⁰ Auszug aus dem Botschaftsbericht über die Kranzniederlegung am Grab Eichendorffs, 29. November 1957, in: PAAA MfAA A 1634, Bl. 99.

¹⁶¹ Ergebnisse der Reise des Botschafters Hegen nach Wrocław und Wałbrzych vom 27.–30. Juli 1957, 7. August 1957, in: PAAA MfAA A 3814, Bl. 39, 40.

¹⁶² Deutsche Sozial-Kulturelle Gesellschaft in der Wojewodschaft Wrocław. Satzung. 1957, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/177.

¹⁶³ Vgl. Ergebnisse der Reise des Botschafters Hegen nach Wrocław und Wałbrzych vom 27.–30. Juli 1957, 7. August 1957, in: PAAA MfAA A 3814, Bl. 40; Bericht über die Fahrt in die Wojewodschaft Koszalin, 3.–5. Juni 1957, in: ebenda, A 3759, Bl. 32–35; Bericht über eine Versammlung mit deutschen Staatsbürgern in Nowa Ruda, 3. August 1957, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/184; Verallgemeinerung der Erfahrung bei der Registrierung, 1957, in: PAAA MfAA A 1634, Bl. 154, 155.

¹⁶⁴ Bericht über die Reise von Botschafter Hegen nach Koszalin am 9. und 10. August 1957, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/184.

und ihre Ausreise forderten.¹⁶⁵ Die „Mißstimmung unter den Autochthonen“ in den Gebieten Opole (Oppeln), Katowice (Kattowitz), Olstyn (Allenstein) und Gdansk (Danzig) sei besonders groß, berichtete die DDR-Botschaft nach Berlin, die „Autochthonen geben vielfach an, die [polnische] Staatsbürgerschaft nur unter Druck angenommen zu haben“.¹⁶⁶ Diese Negativeinstellung zum polnischen Staat und die ungeklärte rechtliche Stellung hinsichtlich der Staatsbürgerschaft machte diese Bevölkerungsgruppe in den Augen der SED-Funktionäre besonders anfällig für den „revisionistischen Einfluß Westdeutschlands“, für die „Rückeroberungspläne ehemals deutscher Territorien durch die westdeutsche Bundesregierung“.¹⁶⁷

Da die polnischen Behörden die DDR-Registrierungsaktionen in den „autochthonen Gebieten“ weiterhin nicht gestatteten, mußten die Botschaftsangehörigen bei ihrem verordneten offiziellen Standpunkt bleiben. Der lautete: „Die DDR kennt keine doppelte Staatsbürgerschaft und kann keine polnischen Staatsbürger registrieren. In den für die Botschaft unklaren Fällen wurde den Bürgern der Hinweis gegeben, sich mit den polnischen Organen zur Klärung ihrer Staatsbürgerschaft selbst in Verbindung zu setzen. Von Seiten der Botschaft werden auf Wunsch der polnischen Organe bisher keine Pässe für deutsche Staatsbürger dieser Wojewodschaften [Opole, Katowice, Olstyn, Gdansk] ausgegeben.“¹⁶⁸

Inoffiziell aber baten die ostdeutschen Diplomaten die polnischen Behörden, das Problem mit der „deutschsprachigen Bevölkerung in den autochthonen Gebieten“ dringend neu zu überdenken. Nach ihren Erfahrungen gäbe es eine Reihe von polnischen Staatsbürgern aus diesen Gebieten, die ihre deutsche Staatsbürgerschaft einwandfrei nachweisen könnten. Eine Registrierung auch dieser Personen durch die DDR-Botschaft könnte ein erster Versuch sein, sie dem „starken westdeutschen imperialistischen Einfluß zu entziehen“.¹⁶⁹

Die Registrierungsaktion deutscher Staatsbürger in der Volksrepublik Polen lief bis Ende 1958. Sie scheiterte und das aus mehreren Gründen: Zum einen war für die betreffenden Deutschen in Polen unersichtlich und fraglich, welchen Sinn diese Registrierung zum „deutschen Staatsbürger der DDR“ hatte, da die Registrierung nicht an eine Ausreisemöglichkeit gekoppelt war. In der VR Polen bestand keine Ausweispflicht, und eine nicht kleine Gruppe von Personen, die sich hätte registrieren lassen können, war in der Sache abwartend. Sie ließ die Entscheidung noch offen, Bürger der DDR zu werden oder sich um die polnische Staatsbürgerschaft zu bemühen. Zum zweiten fürchteten viele der übersiedlungswilligen Deutschen, daß mit der Annahme eines DDR-Passes eine von ihnen oft bevorzugte Ausreise oder auch nur Besuchsreise in die Bundesrepublik unmöglich werden würde. Und zum dritten erledigte sich das Registrierungsvorhaben durch Massenausreisen vor allem in die Bundesrepublik und auch in die DDR bis Ende 1959.¹⁷⁰

Zwischen 1956 und 1958 durften insgesamt etwa 270 000 bis 290 000 Deutsche die VR Polen verlassen, davon gingen allein 250 000 in die Bundesrepublik und 30 000 bis 40 000

¹⁶⁵ Vgl. Ergebnisse der Reise des Botschafters Hegen nach Wrocław und Wałbrzych vom 27.-30. Juli 1957, 7. August 1957, in: PAAA MFAA A 3814, Bl. 42, 43.

¹⁶⁶ Verallgemeinerung der Erfahrung bei der Registrierung, 1957, in: PAAA MFAA A 1634, Bl. 154.

¹⁶⁷ Vgl. ZK-Abteilung Internationale Verbindungen: Bericht zur gegenwärtigen Lage der Registrierung deutscher Staatsbürger in der VRP, Stand 15. September 1957, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/176.

¹⁶⁸ Ebenda.

¹⁶⁹ Vgl. ebenda; Material Gemischte Kommission, November 1957, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/177.

¹⁷⁰ Vgl. Einschätzung der Tätigkeit der Konsularabteilung der Botschaft Warschau für 1958, 31. Januar 1959, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/184; Auszug: „Volksdeutsche. Von der Neiße an die Panke“, 24. Juli 1957, in: PAAA MFAA A 1633, Bl. 73-74.

in die DDR.¹⁷¹ Aus diesen Zahlen war u.a. auch ersichtlich, daß umfangreiche Gruppen der sogenannten autochthonen Bevölkerung aus Polen ausreisen durften. Nach Angaben des Stellvertretenden polnischen Außenministers Marian Naszkowski hatten in den Jahren zwischen 1952 und Ende 1957 zirka 81 000 Deutsche mit polnischer Staatsangehörigkeit – also „Autochthone“ – Polen verlassen und waren in die BRD oder in die DDR ausgereist.¹⁷² Anfang 1958 hörte man von polnischer Seite, daß noch weitere zirka 90 000 „Autochthone“ demnächst die Ausreisegenehmigung erhalten würden.¹⁷³

Im Januar 1959 beendeten die Warschauer DDR-Botschaft und ihr Konsulat in Wrocław (Breslau) die Registrierung der deutschen Staatsbürger in der VR Polen mit der offiziellen Einschätzung, daß nur noch einige hundert Personen in Polen lebten, denen das Recht auf Registrierung zustände. Die meisten Deutschen hätten bis Ende 1958 „den Weg der Umsiedlung einer Registrierung vorgezogen“.¹⁷⁴ Die DDR-Registrierungsaktion war gescheitert. Es hatten sich insgesamt nur 1 800 Personen von der DDR-Botschaft als deutsche Staatsbürger registrieren lassen, von denen bereits die Hälfte in die DDR bzw. die BRD ausgereist war. Die DDR-Botschaft zog den Schluß, daß die verbliebene deutsche Bevölkerung sich nun im individuellen Einzelantrag registrieren lassen bzw. die Ausreise beantragen könnte. Im übrigen sollte die Feststellung der Staatsangehörigkeit bei Bürgern, deren Staatsangehörigkeit bisher nicht geklärt wurde, den polnischen staatlichen Organen überlassen bleiben.¹⁷⁵

Die DDR-Registrierungsaktionen, das Problem der deutschen Staatsbürger in der VR Polen, die ungeklärte Frage der „Autochthonen“¹⁷⁶ und vor allem die Übersiedlungen

¹⁷¹ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S.45–47.

¹⁷² Vgl. Verhandlungen der Gemischten deutsch-polnischen Kommission über Fragen der in der VRP lebenden Deutschen, 8.–10. Januar 1958, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/177 (S.65).

¹⁷³ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S.37f.

¹⁷⁴ Einschätzung der Tätigkeit der Botschaft Warschau für 1958, 31. Januar 1959, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/184.

¹⁷⁵ Vgl. Konsularabteilung Warschau: Stand der Registrierung, 28. Januar 1959, in: PAAA MfAA A 3521, Bl. 1–10.

¹⁷⁶ Ende 1957 faßte die DDR-Botschaft ihre Sicht auf die Problematik der „Autochthonen“ für ihren Verhandlungsstandpunkt nochmals zusammen, indem sie formulierte: Die VR Polen bezeichnete die Bevölkerung in den Gebieten Opole, Katowice, Olsztyn und Gdansk (Oppeln, Kattowitz, Allenstein und Danzig), unabhängig von ihrer früheren Staatsangehörigkeit, als „Autochthone“. Diese Bevölkerungsgruppen erhielten nach dem polnischen Staatsangehörigkeitsgesetz vom 8. Januar 1951 die polnische Staatsbürgerschaft. Die polnische Staatsbürgerschaft konnte auch gegen den Willen der Betroffenen „von Amts wegen“ erteilt werden. „Die berechnete Politik [sic!] der Repolonisierung gegenüber diesen Staatsbürgern müßte unserer Meinung nach differenziert [...] werden.“ In diesen Gebieten lebten auch Deutsche, die entsprechend von Verträgen nach dem 1. Weltkrieg für Deutschland optierten, ihre deutsche Staatsangehörigkeit behielten bzw. wiedererlangten und sich nach 1945 weigerten, polnische Staatsbürger zu werden. Diese Weigerung beruhte auf Abkommen nach dem 1. Weltkrieg. „In Artikel 91 des Versailler Vertrags, dem Minderheitenschutzvertrag zwischen den Entente-Mächten und Polen vom 28. Juni 1919, dem deutsch-polnischen Abkommen über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen vom 30. August 1924 (Wiener Abkommen) sowie dem deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 (Genfer Abkommen) wurde festgelegt, daß alle deutschen Reichsangehörigen, die in den zu Polen fallenden Gebieten wohnen, mit der Gebietsabtretung die polnische Staatsangehörigkeit erhalten. Sie hatten jedoch das Recht, innerhalb von zwei Jahren für Deutschland zu optieren oder ihren Wohnsitz zu wechseln und somit stillschweigend die Option durchzuführen. Viele Menschen haben von dem Optionsrecht Gebrauch gemacht“ und zwischen 1922 bis 1939 laufend die deutschen Staatsangehörigkeitsausweise erneuert. Und diese Menschen, die 1951 polnische Personalausweise gegen ihren Willen erhielten, betrachteten sich weiterhin als Deutsche und nicht als Polen. Die Registrierung dieser Personen als deutsche Staatsbürger der DDR lehnt

nach Ost- und Westdeutschland wurden im Januar 1958 und nochmals im Dezember 1958 auf höchster staatlicher bzw. Parteiebene zwischen der DDR und der VR Polen zur Sprache gebracht. Vom 8. bis 10. Januar 1958 verhandelten in Warschau Delegationen der DDR und der VR Polen unter der Leitung der jeweiligen Stellvertretenden Außenminister, Marian Naszkowski, und Otto Winzer¹⁷⁷ über diesen Problemkomplex. Ende des Jahres, am 10. Dezember 1958, kamen die Gespräche bei Regierungsverhandlungen zwischen beiden Staaten, konkret zwischen dem SED-Chef Walter Ulbricht und Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz¹⁷⁸, auch auf dieses Thema zurück.¹⁷⁹ Bei den Treffen übte man von Seiten der Ostdeutschen in der Problematik der deutschen Minderheit Zurückhaltung, hier lautete die Devise: „In der Frage der Behandlung der Polen deutscher Nationalität wird nur Stellung genommen, wenn von polnischer Seite die Frage gestellt wird.“ Die SED-Spitze stellte aber fest: „In allen Fragen [auch die der Übersiedlungen], die Polen mit Westdeutschland behandeln will, [...] ist vorher die DDR zu konsultieren“.¹⁸⁰

Sowohl in den hochrangig besetzten Beratungen im Januar und als auch im Dezember 1958 zeichneten die SED-Politiker ein übertriebenes Bild von der „Gefahr des westdeutschen Imperialismus und Militarismus“ und von der „chauvinistischen Politik Westdeutschlands [...] bei der feindlichen Beeinflussung der deutschsprachigen Bevölkerung in der Volksrepublik Polen“.¹⁸¹ Otto Winzer und insbesondere Walter Ulbricht versuchten die polnischen Funktionäre eindringlich davon zu überzeugen, daß es im Interesse beider Staaten sei, den „westdeutschen imperialistischen Einfluß zurückzudrängen“, um die „deutschsprachige Bevölkerung in Polen für das sozialistische Lager zu erhalten“ und der bestehenden „Ausreisepsychose“ entgegenzuwirken. „Die Bundesrepublik“ – so die Sichtweise des SED-Politbüros – „arbeitet dabei auf lange Sicht, um diese Menschen später als 5. Kolonne zu mißbrauchen. Die Anerkennung dieser Personen als deutsche Staatsbürger durch die Bundesrepublik ist nur ein Mittel, die deutschsprachige Bevölkerung in der VRP für die Pläne der westdeutschen Imperialisten [...] leichter gefügig zu machen.“¹⁸² Das Politbüro beschwor die Gefährlichkeit der Landsmannschaften und Heimatverbände in der Bundesrepublik, „die gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze und die VRP mit ihren

Polen bis jetzt ab. Nach dem deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 sind diese Bürger jedoch, wenn sie nicht die Staatsangehörigkeit eines anderen Staates *durch Antrag* erworben haben, weiterhin deutsche Staatsbürger. Das Gesetz von 1913 gilt noch sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR. Für die Bundesrepublik sind diese Personen deutsche Staatsangehörige. Viele von ihnen besitzen einen sogenannten Heimatschein von der westdeutschen Seite. Die polnische Regierung erklärte diese Art Urkunden für ungültig. Vgl. MFAA: Stellungnahme zur Frage der autochthonen Bevölkerung in der VRP, November 1957, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/177.

¹⁷⁷ Otto Winzer (1902–1975), 1919 KPD, ab 1922 KJVD-Funktionär, 1928–1930 in der UdSSR, dort KI-Mitarbeiter, 1934 Emigration in die SU, ab 1947 ZK-Mitarbeiter, 1949–1956 StS beim DDR-Präsidenten, 1956–1965 Vizeaußenminister, 1965–1975 Außenminister. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 923.

¹⁷⁸ Józef Cyrankiewicz (1911–1989), ab 1935 Parteifunktionär, 1941 Verhaftung und KZ-Auschwitz, seit 1948 Mitglied im PB des ZK der PVAP, 1947–1952 und 1954–1970 Ministerpräsident der VRP, 1970–1972 Staatspräsident.

¹⁷⁹ Vgl. Verhandlungen der Gemischten deutsch-polnischen Kommission über Fragen der in der VRP lebenden Deutschen, 8.–10. Januar 1958, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/177; Verhandlungen zwischen der Regierung der PVR und der DDR in Warschau, 10. Dezember 1958, in: ebenda, DY 30 IV 2/20/170.

¹⁸⁰ Beide Zitate: Protokoll des SED-Politbüros, 15. Juni 1957, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/545.

¹⁸¹ Material für Gemischte Kommission, November 1957, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/177.

¹⁸² Ebenda; SED-Politbürobeschuß vom 23. Dezember 1957: Richtlinien für die Beratung der Gemischten deutsch-polnischen Kommission, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/177.

revisionistischen [...] Forderungen“ auftraten und ihren „schädlichen Einfluß auf die Bürger mit ungeklärter Staatsangehörigkeit in der VR Polen“ ausweiten würden.¹⁸³ Die SED-Spitze war überzeugt, daß die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei „im Hinblick auf die polnischen Westgebiete [sich] einer groben Vernachlässigung und Unterlassung im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus und der von ihm betriebenen Revanchepolitik“ schuldig machte.¹⁸⁴

Aber die polnischen Staats- und Parteifunktionäre beurteilten die „westdeutsche Gefahr“, bezogen auf die deutschen Staatsangehörigen in Polen und die „deutschsprachige bodenständige Bevölkerung“ – so bezeichneten sie in der Regel die „Autochthonen“ –, gelassener und differenzierter.¹⁸⁵ Die PVAP-Funktionäre folgten nicht dem SED-Schreckensbild der geschlossen gegen Polen und die DDR agierenden „revanchistischen Umsiedlermassen in Westdeutschland“. Die polnischen Verhandlungspartner lehnten es ab, von „einheitlichen Umsiedlermassen im politischen Sinn zu sprechen“. Viele dieser „Umsiedler“ hätten sich gut in das Wirtschaftsleben der Bundesrepublik eingegliedert und dächten nicht daran, wieder in die Westgebiete Polens zurückzukehren. Auch sei es übertrieben zu behaupten, so der Vizeaußenminister Polens, Marian Naszkowski, gegenüber Otto Winzer, „daß alle Leute, die von hier rausfahren, Militaristen wären [...], denn unter diesen befinden sich in der Mehrzahl alte Leute, Frauen, die sich nicht zu einer aktiven [politischen] Tätigkeit eignen“.¹⁸⁶ Die Ausreise der Deutschen sei für Polen günstig, weil sie dem Frieden und der Entspannung diene. Diese Menschen „gewaltsam zurückzuhalten, [...], die sich nicht in unsere [polnische] Gemeinschaft einfügen wollen, [...] wäre nicht haltbar und [...] schädlich“.¹⁸⁷ Der polnische Vizeaußenminister versicherte seinem DDR-Amtskollegen, daß man es lieber sähe, wenn die ausreisenden Deutschen in die DDR gingen, aber wenn die Angehörigen in der Bundesrepublik lebten, sollte auch die Aussiedlung dorthin möglich sein.¹⁸⁸

Die polnischen Staatsfunktionäre wollten auch dem SED-Vorschlag nicht folgen, den Besuchsverkehr zwischen Polen und der Bundesrepublik einzuschränken. Auch die Agentenhysterie des SED-Chefs Walter Ulbricht stimmte die polnischen Funktionäre in der Sache nicht um. Ulbricht war davon überzeugt, daß in den „Westgebieten [Polens] die Agenturen der Bundesrepublik sehr aktiv arbeiten. Dort ist Familienverkehr. Also Familienangehörige, die früher in Polen gewohnt haben und die jetzt in Westdeutschland wohnen, be-

¹⁸³ Stand Registrierung deutscher Staatsbürger in VRP, 28. Januar 1959, in: PAAA MfAA A 3521, Bl. 2; Verhandlungen der Gemischten deutsch-polnischen Kommission über Fragen der in der VRP lebenden Deutschen, 8.–10. Januar 1958, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/177.

¹⁸⁴ Deutschlandfrage auf dem III. Parteitag der PZPR, 20. März 1959, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/167.

Unter der Hand warf die SED den polnischen Behörden sogar vor, daß diese indirekt die „revanchistische Hetze Westdeutschlands“ unterstützten, indem sie „Reiseerlaubnisse an ehemalige Gutsbesitzer und Fabrikdirektoren“ erteilte. Vgl. Albert Norden an Walter Ulbricht, 14. Juli 1959, in: SAPMO-BA DY 30/3652.

¹⁸⁵ Die polnische Seite stand einem gemeinsamen agitatorischem Auftreten mit der DDR gegen die „revanchistischen Tendenzen der Bundesregierung“ zögerlich bis ablehnend gegenüber. Vgl. Bericht über Verhandlungen der Deutschen Presse mit polnischen Journalisten, 23. November 1957; Arbeit der ZK-Abteilungen Agitation der PVAP und der SED, 1. April 1959, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/9.02/59.

¹⁸⁶ Verhandlungen der Gemischten deutsch-polnischen Kommission über Fragen der in der VRP lebenden Deutschen, 8.–10. Januar 1958, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/177 (S. 15).

¹⁸⁷ Ebenda, (S. 15f.).

¹⁸⁸ Vgl. ebenda, (S. 16).

suchen sich ... Aber inzwischen sind sie von den westlichen Agenturen bearbeitet worden. Sie kommen als Agenten.“¹⁸⁹ Die polnischen Funktionäre wie der Vizeaußenminister Polens, Marian Naszkowski, hielten dem entgegen, „daß man einen breiten Touristenaustausch ermöglichen sollte [...], [da] wir erkannten, daß es schwierig ist, eine Politik der friedlichen Koexistenz zu proklamieren und gleichzeitig fast niemanden ins Ausland zu lassen“.¹⁹⁰

Alle Vorschläge und Bitten der SED-Funktionäre hinsichtlich deutscher Staatsbürger in der VR Polen beschied die polnische Staatsführung letztlich negativ. Die DDR durfte die deutschsprachige Bevölkerung in den sogenannten autochthonen Gebieten – den Wojewodschaften Opole, Katowice, Gdansk und Olsztyn – weder als deutsche Staatsbürger registrieren noch diese politisch-kulturell betreuen. Die polnische Seite wünschte keine weitere Diskussion über ihre Politik hinsichtlich der „autochthonen Bevölkerung“.¹⁹¹ Auch die mehrfach geäußerte Bitte der SED, Ausreisen vorzugsweise in die DDR zuzulassen, wurde trotz polnischer Zusagen nicht erfüllt. 1959 gab es nochmals eine beträchtliche Ausreisewelle in beide deutschen Staaten, mehr als 90 000 siedelten in die Bundesrepublik über und knapp 23 000 in die DDR.¹⁹²

Die Einstellung der SED-Führung zu den Deutschen in Polen war bestimmt von einem starken Interesse an der Arbeitskraft dieser Menschen, die in Zeiten der zunehmenden „Republikflucht“ möglichst allein der DDR zugute kommen sollte. Auch wollte sie verhindern, daß die deutsche Minderheit als permanenter Belastungsfaktor die Entwicklung der außenpolitischen Beziehungen zwischen der DDR und der VR Polen störte. Für die 1950er Jahre existierte aber auch eine stark ideologisch begründete Sicht auf die Deutschen in Polen. Übertrieb die SED-Spitze auch ihre Warnungen vor einer Instrumentalisierung dieser Deutschen durch den „Bonner Revanchismus“, so war diese Furcht zumindest teilweise echt und z. T. auch begründet. Bis zur vorläufigen Beendigung der Ausreisen Ende 1959/Anfang 1960 blieb innerhalb der SED die Furcht vor der Instrumentalisierung der „Umsiedler“ gegen die Oder-Neiße-Grenze und gegen die Staaten DDR und VR Polen präsent.¹⁹³

c. Verhärtungen in der polnischen Minderheitenpolitik 1959/60 Aussiedlungen von polnischen Staatsbürgern deutscher Nationalität in die DDR 1963–1968

Der polnische Staat betrachtete nach den großen Ausreisewellen in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre – wieder einmal vorschnell – das „deutsche Problem“ als erledigt. Offizielle Stellen gaben Anfang der 1960er Jahre eine Zahl von 3 000 Deutschen in Polen an – eine

¹⁸⁹ Walter Ulbricht, in: Verhandlungen zwischen der Regierung der PVR und der DDR in Warschau, 10. Dezember 1958, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/170 (S. 15); vgl. auch MfAA an Ulbricht, 17. Juli 1959, in: ebenda, DY 30/3652.

¹⁹⁰ Verhandlungen der Gemischten deutsch-polnischen Kommission über Fragen der in der VRP lebenden Deutschen, 8.–10. Januar 1958, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/177 (S. 17).

¹⁹¹ Vgl. Verhandlungen zwischen der Regierung der PVR und der DDR in Warschau, 10. Dezember 1958, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/170 (S. 26f.)

¹⁹² Vgl. Übersiedlungen aus der VRP, 11. Februar 1959; Familienzusammenführung Westdeutschland – VRP, 10. August 1959, in: PAAA MfAA A 4116, Bl. 4, 41–43; Beate Ihme-Tuchel, „Zuerst bei den polnischen Genossen anfragen“, S. 488.

¹⁹³ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, „Zuerst bei den polnischen Genossen anfragen“, S. 488f.

völlig untertriebene Zahl.¹⁹⁴ Warschau erklärte 1959/60 öffentlich – wie in den 1950er Jahren mehrfach – die Familienzusammenführungen für abgeschlossen. Ausreisegenehmigungen sollten fortan als Ausnahme- und Einzelmaßnahme erteilt werden. Die SED-Führung nahm diese Verlautbarungen offiziell hin,¹⁹⁵ intern hingegen, vor allem bei den DDR Botschafts- und Konsulatsmitarbeitern in Warschau und Wrocław¹⁹⁶, war man davon überzeugt, daß diese Frage noch keineswegs geklärt war. Ungeachtet dessen hatten Staat und SED größtes Interesse, die Problematik endgültig zu regeln.

Die Vorstellungen in Ost-Berlin für eine solche Regelung gingen davon aus, daß der polnische Staat sein Staatsbürgerschaftsrecht in naher Zukunft änderte und eine Paß- bzw. Ausweispflicht für alle Bürger Polens einführen würde. Mit dieser Ausweispflicht sei eine große Anzahl von Deutschen ohne ein gültiges Dokument gezwungen, sich entweder für einen Paß der DDR, für einen der VR Polen oder für eine Ausreise in die Bundesrepublik zu entscheiden. „Unsere Zielsetzung in der Bevölkerungspolitik in bezug auf die Deutschen in der VR Polen auf einen Nenner gebracht ist“, so verlautbarte Mitte 1961 das Außenministerium: „Die Deutschen vor die Entscheidung zu stellen, ob sie am Aufbau des Sozialismus in der VRP oder in der DDR teilnehmen wollen bzw. beabsichtigen, nach Westdeutschland zu übersiedeln [...] Administrative Maßnahmen [sind] zu vermeiden.“¹⁹⁷

Mit diesem Selbstverständnis wollte die deutsche Seite ihre Registrierungsaktion fortsetzen und zum Abschluß bringen. Als Voraussetzung für eine Registrierung als Deutscher in der VR Polen zum Staatsbürger der DDR galt, daß der Antragsteller in „seiner politischen Gesamthaltung sowie beruflichen Ausbildung“ geeignet erscheint, „am Aufbau des Sozialismus in der DDR teilzunehmen“.¹⁹⁸ Konkret hieß das, Deutsche in Polen konnten sich als DDR-Bürger registrieren lassen, wenn sie beabsichtigten, in die DDR überzusiedeln. Eine Registrierung war nicht möglich, wenn sie in die Bundesrepublik aussiedeln oder in der VR Polen verbleiben wollten. In der Vorlage des MfAA hieß es dazu: „Um den Prozeß der [...] Eingliederung in das gesamte gesellschaftliche Leben der VR Polen zu fördern, sind auch die Personen, die den Wunsch haben, ständig in der VR Polen zu verbleiben, nicht zu registrieren. Dieser Beschluß geht von der Überlegung aus, daß das Bestehen einer größeren Gruppe von deutschen Staatsbürgern, besonders in den Gebieten der VRP, die früher zu Deutschland gehörten, als ein Hemmnis bei der Festigung dieser Gebiete als untrennbarer Bestandteil der VRP angesehen werden muß. [...] Die Zugehörigkeit der ehemaligen deutschen Ostgebiete zur VR Polen ist eine Realität und unantastbar.“¹⁹⁹ Die DDR-Botschaft in Warschau unterstrich, daß weder die Polen noch die Ostdeutschen Interesse

¹⁹⁴ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, *Die DDR und die Deutschen in Polen*, S. 50.

¹⁹⁵ „Die Zahl der ehemals Deutschen ist auf ein Minimum reduziert worden und von der Existenz einer deutschen Minderheit kann nicht gesprochen werden.“ Politische Argumentation hinsichtlich der Registrierung als Staatsbürger der DDR in der VRP, 14. Juli 1961, in: PAAA MfAA A 4161, Bl. 5.

¹⁹⁶ Seit Mai 1958 arbeitete in Wrocław ein erstes DDR-Konsulat; ein weiteres Konsulat kam im Herbst 1961 in Gdansk hinzu, 1962 ein Generalkonsulat in Katowice. Außerdem gab es eine DDR-Schiffsverkehrsvertretung in Szczecin. Vgl. Einrichtungen von DDR-Konsulaten in der VRP, 25. Januar 1961, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/185; Botschafterberichte aus Warschau 1968, in: ebenda, DY 30 IV A 2/20/350.

¹⁹⁷ Zu einigen Staatsangehörigkeitsfragen im Blickpunkt der Registrierung in den sozialistischen Staaten, 2. Juni 1961, in: PAAA MfAA C 1917/72, Bl. 102.

¹⁹⁸ Politische Argumentation hinsichtlich der weiteren Registrierung von Personen als Staatsbürger der DDR in der VRP, 14. Juli 1961, in: PAAA MfAA C 1917/72, Bl. 64.

¹⁹⁹ Ebenda, Bl. 64, 65.

darán hätten, auf „unbestimmte Zeit eine stärkere Gruppe deutscher Staatsbürger in der VRP“ zu belassen, um ein „Deutschtum“ zu erhalten und zu pflegen.²⁰⁰

Die DDR bestärkte damit die nationalen Homogenisierungsvorstellungen Polens. Die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft verfügten über kein tragfähiges Konzept zur Regelung nationaler Minderheitenprobleme. Die Nationalitätenpolitik der sozialistischen Länder blieb von der marxistisch-leninistischen Vorstellung geprägt, wonach Nationen und Nationalitäten lediglich ein historisches Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung mit begrenzter zeitlicher Existenz darstellen, die in historischen Fristen „gesetzmäßig überwunden“ werden. Die volksdemokratischen Regierungen betrachteten daher die Ausschaltung nationaler Besonderheiten und die forcierte Assimilierung als wichtige politische Aufgabe.²⁰¹ Die sozialistische Minderheitenpolitik hatte eine nationale Homogenisierung der einzelnen Länder zum Ziel.²⁰²

Mitte 1961 versicherten sich Mitarbeiter im Ost-Berliner Außenministerium ihrer Haltung zu Staatsangehörigkeitsfragen von Deutschen in der VR Polen folgendermaßen: Eine weit verbreitete Meinung ginge von der Auffassung aus, daß auf der Grundlage des alten Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913 in beiden deutschen Staaten noch immer eine deutsche Staatsangehörigkeit bestehe. Die SED-Funktionäre im MfAA sahen es hingegen als gegeben an, daß mit der Bildung zweier deutscher Staaten auch zwei verschiedene „Bürgerschaften“ entstanden seien, was sich in Gesetzen der Bundesrepublik und der DDR widerspiegele. Würde die DDR eine Weiterwirkung des alten Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes anerkennen, könnte sie die Deutschen in Polen, die keinen Personalausweis besäßen, als DDR-Bürger betrachten.²⁰³ Aber, so resümierten die MfAA-Mitarbeiter, „die politischen Auswirkungen und die Ergebnisse einer solchen These sind [...] fragwürdig und entsprechen nicht unserer Politik [...] gegenüber den sozialistischen Staaten und ihrer [...] Prinzipien der Bevölkerungspolitik“.²⁰⁴ Ihre Politik sei hingegen daran interessiert, eine Klärung bezüglich der Staatsangehörigkeit der genannten Deutschen im Sinne Polens und der DDR herbeizuführen, um nicht der „Deutschen Bundesrepublik eine Basis für ihre revanchistische Zielsetzung“ zu liefern. Man setze darauf, daß die VR Polen gesetzliche Bestimmungen über die Ausgabe von Personaldokumenten erlasse und damit die Deutschen in Polen vor die Entscheidung stelle, im „sozialistischen Polen oder in der DDR“ zu leben oder „nach Westdeutschland zu übersiedeln“.²⁰⁵

²⁰⁰ Ebenda, Bl. 66.

Die DDR folgte der alten, ideologiebelasteten Argumentation, die Existenz einer deutschen Minderheit in Polen habe in der Vergangenheit den „deutschen Imperialisten zur Vorbereitung ihrer Expansionsbestrebungen gegen die östlichen Nachbarn (5. Kolonne)“ gedient, was heute zu verhindern sei, da west-deutsche Kreise wieder das gleiche Ziel verfolgten – so die DDR-Botschaft in Warschau. Vgl. ebenda.

²⁰¹ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 55–59.

²⁰² Eine Ausnahme vom Konzept der nationalen Homogenität machte auch der Vielvölkerstaat Sowjetunion nicht, da dort ein striktes Territorialprinzip in den einzelnen Unionsrepubliken und autonomen Gebieten favorisiert wurde. Nationale und ethnische Minderheiten sowie Grenzlandminderheiten hatten sich entweder zu assimilieren oder erhielten „ihre“ Siedlungsplätze nach dem Konzept des Territorialprinzips. Denjenigen, die sich einer Assimilierung widersetzen, blieb nur die Ausreise, wenn diese genehmigt wurde. Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 59.

²⁰³ Vgl. Zu einigen Staatsangehörigkeitsfragen im Blickpunkt der Registrierung in den sozialistischen Staaten, in der VRP und in der ČSSR, 2. Juni 1961, in: PAAA MfAA C 1917/72, Bl. 100–105.

²⁰⁴ Ebenda, Bl. 101.

²⁰⁵ Ebenda, Bl. 102.

Doch die VR Polen regelte ihr Staatsbürgerschaftsrecht nicht nach den Vorstellungen Ost-Berlins. Ein neues Gesetz über die polnische Staatsbürgerschaft, welches die deutsche Minderheit berührte, erging am 15. Februar 1962. Allen Personen mit unklarer Staatsangehörigkeit oder Staatenlosen (und ihren in Polen lebenden Kindern) konnte auf Antrag die polnische Staatsbürgerschaft verliehen werden, wenn sie seit mindestens fünf Jahren in Polen lebten. Das Gesetz brachte aber keine Klärung der rechtlichen Stellung der deutschen Bevölkerung in Polen, denn noch immer lebte eine größere Gruppe von vor allem älteren Deutschen, die sowohl die Beantragung der polnischen Staatsbürgerschaft als auch eine Ausreise aus Polen ablehnten. Sie wollten Deutsche in Polen bleiben, oder sie warteten auf eine offizielle Möglichkeit, Staatsbürger der Bundesrepublik zu werden. Einen letzten Versuch zur Regelung der Staatsangehörigkeit der Deutschen unternahm der polnische Staat mit der Einrichtung von „Verifizierungs-Kommissionen für Personen unklarer Volkszugehörigkeit“ im März 1964. Diese Kommissionen sollten feststellen, wie viele Menschen dieser Personengruppe die polnische oder die DDR-Staatsbürgerschaft annehmen wollten und wie viele keine der beiden Optionen wählen und einen Ausländerausweis beantragen würden. Im letztgenannten Fall wurde der Status der Staatenlosigkeit akzeptiert. Dabei handelte es sich um eine Gruppe, die aus unterschiedlichen Gründen ihre Staatsangehörigkeit nicht regeln wollte. Die Existenz einer deutschen Minderheit wurde in Polen nun akzeptiert, die Betonung deutscher Herkunft und Tradition war offiziell zulässig²⁰⁶, wenn auch staatlicherseits nicht gerne gesehen und keinesfalls gefördert.

Zeitgleich mit dem DDR-Entscheid zu einer weiteren Registrierung von Deutschen in Polen als Bürger der DDR bei gleichzeitiger Übersiedlung in die DDR – diese Maßnahme lief als Einzelantrag über die Botschaft in Warschau und sollte im DDR-Innenministerium entschieden werden – wies die SED-Führung an, jegliche Unterstützung für die Deutsche Sozial-Kulturelle-Gesellschaft in Polen einzustellen und der polnischen Regierung ihre Auflösung zu empfehlen. Als Gründe gaben die ostdeutschen Funktionäre im Außenministerium an: „Die DSKG ist eine polnische Organisation. [...] Die bisherige politische Tätigkeit der DSKG und die personelle Zusammensetzung gewährleisteten nicht eine Bekämpfung des westdeutschen Einflusses und tragen ebensowenig zur sozialistischen Meinungsbildung der deutschen Bevölkerung [in Polen] bei. [...] Infolge der Massenübersiedlung deutscher Personen in den Jahren 1957/58 ist die DSKG eine bedeutungslose Organisation geworden.“²⁰⁷ Diese Bedeutungslosigkeit unterstrich die DDR-Seite damit, daß die deutsche Tageszeitung „Die Arbeiterstimme“ im Mai 1958 zur Wochenzeitung umgewandelt wurde und ihr Erscheinen im November 1958 einstellte.²⁰⁸ Die DDR hatte es in den Jahren zwischen 1957 und 1961 nicht geschafft, über die Deutsche Sozial-Kulturelle-Gesellschaft Einfluß auf die deutsche Minderheit in Polen zu nehmen. Die Polen lösten die deutsche Kulturgesellschaft nicht auf, sie blieb aber insgesamt gesehen politisch und gesellschaftlich unbedeutend.

Mitte 1972 kam es im DDR-Außenministerium und in der Warschauer Botschaft im Zusammenhang mit der bevorstehenden Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der VR Polen und der Bundesrepublik zu neuen Überlegungen, mehr Einfluß auf

²⁰⁶ Vgl. Bernadette Nitschke, Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949, S. 289f.

²⁰⁷ Vorlage für das MfAA-Kollegium: Beziehungen der DDR-Botschaft in Polen zur DSKG, Januar 1961, in: PAAA MfAA A 1811, Bl. 269.

²⁰⁸ Vgl. ebenda; Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 48–50.

die Deutsche Sozial-Kulturelle-Gesellschaft ausüben zu wollen.²⁰⁹ Die Gesellschaft wirkte noch in und um Wrocław (Breslau) und Wałbrzych (Waldenburg). Nach Einschätzung des DDR-Konsulats handelte es „sich um eine politisch relativ indifferente Organisation von [registrierten] DDR-Bürgern, Staatenlosen deutscher Nationalität und polnischen Bürgern – vorwiegend Ehepartner aus den beiden erstgenannten Personenkreisen –, die sich die Aufgabe stellten, das ‚deutsche Kulturerbe‘ zu pflegen sowie den Mitgliedern soziale Unterstützung und Betreuung zu gewähren.“²¹⁰ Die Konsulatsmitarbeiter schlugen vor, den einzelnen Klubs der Gesellschaft vermehrt Filmmaterial, Literatur und Zeitschriften sowie Liederbücher für die Chorarbeit zur Verfügung zu stellen, um „an Stelle der indifferenten Aufgabe, das ‚deutsche Kulturerbe‘ zu pflegen, stärker auf die Kultur der DDR“ zu orientieren.²¹¹ Insgesamt sollte darauf geachtet werden, daß keine politische Aufwertung der Deutschen Sozial-Kulturellen-Gesellschaft erfolge. Jede weitere unterstützende Aktivität wurde davon abhängig gemacht, welche Haltung das ZK der PVAP zu dieser Sache einnahm.²¹² Da keine Stellungnahme erfolgte, blieb es beim Bereitstellen von Kultur- und Informationsmaterialien für die Klubs der Deutschen Sozial-Kulturellen-Gesellschaft.

Auch zu Beginn der 1960er Jahre wünschte die SED-Führung Ausreisen von Deutschen aus Polen stark zu reduzieren oder diese wenigstens vorzugsweise in die DDR zu lenken. Da die Mehrzahl der Ausreisewilligen aus Polen die Bundesrepublik bevorzugte, schien der SED der Verbleib dieser Menschen in Polen und damit ihre Erhaltung für das „sozialistische Lager“ sinnvoller. Diese Position teilte die PVAP-Führung in Warschau nicht.²¹³ Sie erlaubte eine zügige Ausreise jener Deutscher, zumeist der sogenannten Autochthonen, die trotz allen Drucks von polnischer Seite nicht zur Integration oder Assimilation bereit waren.²¹⁴

In den Beziehungen zwischen der DDR und der VR Polen traten immer wieder Mißstimungen und politisches Mißtrauen zutage, die sich auch in der Thematik der Vertreibung der Deutschen und der deutschen Territorialverluste widerspiegelten. Sie zeigten, daß auch 15 Jahre nach Kriegsende keine Normalität und schon gar nicht die so oft beschworene „brüderliche sozialistische Gemeinschaft“ zwischen Polen und Ostdeutschen entstanden war. Normale diplomatische Beziehungen zwischen beiden Ländern aufzubauen und sich von DDR-Seite für die Belange einer deutschen Minderheit in Polen politisch einzusetzen, war 15 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, die einem Fünftel der polnischen Bevölkerung das Leben gekostet hatte, sehr schwer durchsetzbar. Diese Konstellation schien es unmöglich zu machen, eine tragfähige Lösung des

²⁰⁹ Das DDR-Konsulat aus Wrocław berichtete nach Ost-Berlin: Es „wird [hier] über verstärkte Kontaktaufnahme von westdeutscher Seite zur Gesellschaft informiert. Wir sind der Meinung, daß das Konsulat seine bislang passive Haltung gegenüber der Gesellschaft revidieren muß.“ Konsulat Wrocław an das MfAA, 15. Juni 1972, in: PAAA MfAA C 2016, Bl. 37.

²¹⁰ Vorstellungen zum Verhalten gegenüber der Deutschen sozial-kulturellen Gesellschaft, 15. Juni 1972, in: PAAA MfAA C 2016, Bl. 38.

²¹¹ Ebenda, Bl. 39, 40.

²¹² Vgl. Der Bevollmächtigte Botschafter der DDR, 14. August 1972, in: PAAA MfAA C 2016, Bl. 33, 34.

²¹³ Das DDR-Konsulat Wrocław berichtete im Juni 1961 nach Ost-Berlin, daß die polnischen Behörden inoffiziell die Stimmung verbreiteten, wer von den Deutschen weder den polnischen noch den DDR-Paß annehme, werde in die BRD ausgesiedelt. So würden polnischerseits Hoffnungen der deutschen Minderheit geschürt, demnächst nach Westdeutschland ausreisen zu können. Vgl. Aktenvermerk über die Aktion der polnischen Organe, 5. Juni 1961, in: PAAA MfAA C 1917/72, Bl. 89, 90.

²¹⁴ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, *Die DDR und die Deutschen in Polen*, S. 57.

Minderheitenprobleme offen zu diskutieren und zu verhandeln. So wurden Nationalitätenprobleme nicht gelöst, sondern unterdrückt oder instrumentalisiert.²¹⁵

Selbstzufrieden schätzten SED-Botschaftsfunktionäre aus Warschau im Juni 1961 ein, daß die PVAP ihre „zeitweilig vorhandene Unterschätzung der Gefährlichkeit des westdeutschen Imperialismus und Militarismus und die weit verbreitete Illusion über die Entwicklung in Westdeutschland [...] heute im wesentlichen überwunden“ habe.²¹⁶ Die polnischen Staats- und Parteifunktionäre hätten sich den Forderungen der SED angeschlossen, entschieden „gegen die militaristische Politik des Adenauer-Regimes“ vorzugehen und „unmißverständlich auf Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze“ zu bestehen. Folgerichtig sei von den „polnischen Genossen“ erkannt worden, daß mittels staatlicher Maßnahmen und intensiver Propaganda in Zusammenarbeit mit der DDR gegen die „westdeutschen revanchistischen Forderungen auf Rückgabe der polnischen Westgebiete und anderer polnischer Territorien – die Unruhe [...] unter der Bevölkerung [...] erzeugten [und die dort] verbliebenen Deutschen [...] zum Aushalten aufrufen, um sie als Grundstock für eine 5. Kolonne zu nutzen“ – vorgegangen werden muß.²¹⁷ Dazu gehöre die Verhinderung der massenweisen Einschleusung von „Broschüren und Hetzschriften der westdeutschen Revanchistenverbände“ und das Stören des Empfanges von westdeutschen Rundfunksendern wie Radio „Freies Europa“. Lobend erwähnten die SED-Funktionäre die neuen polnischen Maßnahmen zur drastischen Einschränkung des Reiseverkehrs von Polen nach Westdeutschland. Im Vergleich zu 1960 sollte 1961 der Reiseverkehr von und in die Bundesrepublik auf ein Drittel reduziert werden, und ausgesiedelte Deutsche, die im Rahmen der Familienzusammenführung nach Westdeutschland gegangen waren, erhielten erst nach drei Jahren zum ersten Mal wieder die Möglichkeit, nach Polen einzureisen.²¹⁸

Die SED-Führung in Berlin sowie die zuständigen Funktionäre im SED-Parteiparat und vor Ort in der Volksrepublik Polen waren weiterhin verärgert über die, wie sie meinten, mangelnde Aufklärung und unzureichende Propagandaarbeit der polnischen Funktionäre, wenn es um die „differenzierende Betrachtung der Deutschen“ und die „prinzipielle Unterschiedlichkeit der beiden deutschen Staaten“ ging.²¹⁹ Von Seiten Polens hörten die DDR-Funktionäre: „Es gibt nicht nur bei älteren Menschen, sondern auch bei der Jugend noch eine Reihe von Vorbehalten [gegenüber den Deutschen]. Es sind [...] Fortschritte zu verzeichnen, doch darf man sich keine Illusionen machen, genau so, wie man in Polen auch nicht glaube, [...] in der DDR sei die Haltung aller Menschen zu den Polen im allgemeinen oder zur Oder-Neiße-Grenze im besonderen völlig klar.“²²⁰

Intern zeigten sich die SED-Kreise von der polnischen Propaganda über die „wiedergewonnen Gebiete“ genervt²²¹, was öffentlich und direkt den Polen gegenüber nie zum Aus-

²¹⁵ Vgl. ebenda, S. 55.

²¹⁶ Die Beziehungen VRP und Westdeutschland – der westdeutsche Einfluß auf die polnische Bevölkerung und Maßnahmen des Zurückdrängens, 10. Februar 1961, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/185.

²¹⁷ Ebenda.

²¹⁸ Vgl. ebenda. 1960 übersiedelten zirka 6000 Deutsche aus Polen in die Bundesrepublik, die Zahl der Besuchsreisen von Polen in die Bundesrepublik betrug etwa 5500. Vgl. ebenda.

²¹⁹ Vgl. Vermerk: Botschaft Warschau, 10. Mai 1966, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/329; Mieczyslaw Tomala, „Erzählen Sie keinen Unsinn, Genosse Ulbricht!“, S. 125.

²²⁰ Vermerk über ein Gespräch mit Genossen Pilichowski, Warschau, 13. März 1965, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/336.

²²¹ Zu diesen Westgebieten bzw. „wiedergewonnenen Gebieten“ zählten die Polen die Wojewodschaften Olsztyn (Allenstein), Gdansk (Danzig), Koszalin (Köslin), Szczecin (Stettin), Zielona Gora (Grün-

druck gebracht wurde.²²² Während die Polen noch 15 oder 20 Jahre nach Kriegsende darauf bestanden, daß mit der Grenzregelung durch das Potsdamer Abkommen 1945 „neue, günstige und gerechte Grenzen, die den gesamten geschichtlichen Boden Polens vom Bug bis an die Oder und Neiße umfassen“, entstanden seien,²²³ blieb die SED bei der Erklärung, daß der Verlust der alten deutschen Ostgebiete Teil einer Wiedergutmachung der nationalsozialistischen Kriegsverbrechen gegenüber den Polen war. Auch in direkten Disputen blieben SED-Funktionäre bei ihrem Standpunkt. Bei einem Treffen von polnischen und DDR-Schriftstellern im Mai 1964 beispielsweise sprach ein polnischer Kulturfunktionär die Frage direkt an, ob die DDR-Begründung „für die Zugehörigkeit der West- und Nordgebiete zu Polen nicht nur für die erste Nachkriegszeit geeignet sei und ob man nun nicht allmählich zu der in Polen bevorzugten historischen Begründung übergehen müsse. [Denn] wir haben nicht fremdes Land übernommen, sondern sind auf das eigene zurückgekehrt, das unserem Volk und Staat einstmals mit Gewalt entrissen wurde.“²²⁴ Ein anwesender DDR-Kulturfunktionär antwortete und blieb bei der ostdeutschen Kriegsschuld-Argumentation: Man habe Verständnis für die historische Begründung in Polen, bleibe aber selbst bei der „Begründung der Abrechnung mit der imperialistischen Vergangenheit“.²²⁵ Von Seiten der DDR, so auch im Warschauer Botschaftskreis, galt die Devise, sich mit den Polen auf keine Diskussion über diese Frage einzulassen.²²⁶ Die Rücksichtnahme auf DDR-Seite ging nie so weit, auf die polnische Argumentation von den „wiedergewonnenen Gebieten“ einzuschwenken. So äußerten im April 1965 DDR-Diplomaten in Warschau gegenüber polnischen Staatsfunktionären ihr Unverständnis darüber, daß in Katowice (Kattowitz) Straßenbezeichnungen mit Namen deutscher kommunistischer Revolutionäre – wie Karl-Liebnecht-Straße, Klara-Zetkin-Straße und Rosa-Luxemburg-Straße – umbenannt wurden. „Diese demonstrative Entfernung von Namen deutscher Revolutionäre kann die Botschaft zunächst nur so werten, daß in der Wojewodschaftsleitung der PVAP Katowice ein starker nationalistisch-antideutscher Komplex wirkt.“²²⁷ Die polnischen Verantwort-

berg), Wrocław (Breslau) und Opole (Oppeln). Vgl. Die Agrarproduktion der polnischen Westgebiete, 14. Mai 1961, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/163, Bl. 272.

²²² Vgl. Artikel des Genossen Gomulka: Die Politik der VR Polen, 27. März 1960, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/163, Bl. 157–172.

²²³ Ebenda, Bl. 160.

Bericht der DDR-Botschaft aus Warschau über den Staatsfeiertag in der VRP, 22. Juli 1962: „Die stark ins Auge fallende historische Begründung, daß ‚das polnische Volk in die Nord- und Westgebiete unserer Vorfahren zurückkehrte, die vor zehn Jahrhunderten einen integralen Bestandteil des entstehenden polnischen Staates bildeten‘, ist unseres Erachtens auf die politische Vergangenheit der Stadt Gdansk zurückzuführen und sollte den Bewohnern der drei Küstenwojewodschaften das Gefühl der Ruhe und Sicherheit geben.“ In: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/163.

²²⁴ Zum Kongreß der Schriftsteller der West- und Nordgebiete der VR Polen, 12. Mai 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/332.

²²⁵ Ebenda.

²²⁶ In der Warschauer Botschaft kamen Gespräche immer wieder auf die 1945 entstandene Grenze an Oder und Neiße und „die in Polen verbreitete Argumentation, wonach diese Grenze [...] aus der historischen Zugehörigkeit der Gebiete zu Polen herrührt. Dabei kamen die Seminarteilnehmer zu dem Schluß, daß keine Polemik um diese Frage geführt werden soll, daß sachlich fest unser Standpunkt bekräftigt wird.“ Tätigkeitsbericht aus Warschau, 28. Oktober 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/346; vgl. auch deutsch-polnische Diskussionen im Rahmen der Nationalen Front, 1960, in: ebenda, DY 6 vorl. 0684/1 und: Zu unserer Auslandsinformation in Polen, 29. September 1964, in: ebenda, DY 30 IV A 2/20/335.

²²⁷ Umbenennung von Straßennamen in Katowice, 13. April 1965, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/329.

lichen wiegelten ab und meinten, daß nur Teile von Straßenzügen im Rahmen von Rekonstruktionen und Neubauten umbenannt worden seien. Das entsprach aber nicht den Tatsachen.²²⁸

In persönlichen Gesprächen zwischen polnischen und ostdeutschen Staats- bzw. Parteifunktionären begannen sich Mitte der 1960er Jahre polnische Funktionäre von der Sichtweise der „wiedergewonnenen Gebiete“ zu distanzieren. Sie äußerten durchaus Verständnis für die Stimmung der Deutschen, die ehemals aus den nun polnischen Westgebieten stammten, und äußerten sich vermehrt auch so: „Die Polen respektieren die Gefühle dieser Menschen und verstünden das Leid durchaus. Es sei aber überflüssig zu betonen, daß dies eine Folge des Krieges sei, den nicht Polen sondern Deutschland angefangen habe. Heute würden in diesem Gebiet acht Millionen Polen leben. Nicht ohne Stolz werde gesagt, daß dort eine Gesellschaft neu gewachsen sei.“²²⁹ In privaten Zusammenkünften äußerten Polen der mittleren Partei- bzw. Staatsebene auch die Meinung, daß es zwar noch immer „führende polnische Genossen [gäbe], die in dem Bestreben, die geschichtliche Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Polen nachzuweisen, nur vom polnischen Charakter der Gebiete sprechen wollen, dabei völlig negieren, daß in der Jahrhunderte langen Zugehörigkeit der Gebiete zu Deutschland das deutsche Volk große Leistungen zur Entwicklung der Gebiete vollbracht hat.“ Sie brachten weiter „die Idee ein, daß viele hervorragende Deutsche in den Gebieten geboren wurden, und man sollte das Andenken solcher Deutscher [...] würdigen und in Ehre halten.“²³⁰

DDR-Staats- und SED-Parteifunktionäre auch der mittleren und unteren Ebene mußten sich bei ihren Reisen durch Polen und in Gesprächen mit polnischen Funktionären und der polnischen Bevölkerung auch Mitte der 1960er Jahre immer wieder solchen Fragen stellen: Wie steht die DDR-Bevölkerung tatsächlich zur Oder-Neiße-Grenze? Wieviel Ostdeutsche sind gegen den polnischen Staat und gegen die Grenze? „Existieren in der DDR ebensolche organisierten Gruppen von Umsiedlern wie in Westdeutschland“ und welchen Charakter haben ihre Tätigkeiten? Gibt es noch DDR-Bürger, die über die „verlorenen Gebiete“ trauern? „Haben die Umsiedler in der DDR, die Boden erhielten, ein neues Heimatgefühl entwickelt und ist dieses bei ihnen inzwischen stärker als das zur ehemaligen Heimat?“ Und „manche Touristen, die Gdansk besuchen, sprechen von ‚unserem Danzig‘, man weiß dann nie genau, ob es sich um Bürger der DDR oder Westdeutschlands handelt.“²³¹

Nach der endgültigen Grenzschießung der DDR zur Bundesrepublik durch den Bau der Berliner Mauer im August 1961 hörte die DDR-Führung aus der VR Polen häufiger Stimmungsberichte, die ein spürbares politisches Mißtrauen gegenüber den Deutschen allgemein und auch gegenüber denen aus der DDR ausdrückten. Immer stand die Frage im Raum, „ob es wirklich möglich ist, innerhalb von 15 Jahren in der DDR aus den ‚bösen Deutschen‘ friedliebende Menschen und ehrliche Freunde Polens zu machen, oder ob das

²²⁸ Vgl. ebenda; Vermerk über ein Gespräch mit Genossen Pilichowski, Warschau, 13. März 1965, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/336.

²²⁹ Tagung der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg: 1000 Jahre Polen – Nachbar in der Geschichte, 5. Mai 1966, in: BStU MfS ZAIG 1216, Bl. 5.

²³⁰ Vermerk über ein Gespräch mit Genossen Pilichowski, Warschau, 13. März 1965, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/336.

²³¹ ADN-Warschau nach ADN-Berlin, 17. November 1961, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/163; Generalkonsulat der DDR in Gdansk, Mai 1966, in: ebenda, DY 30 IV A 2/20/337.

[...] überhaupt durchführbar ist?“²³² „Irgendwas geschieht immer, damit wir nicht zur Ruhe kommen und wieder Angst vor einem neuen Krieg haben müssen. Einmal Adenauer mit der Atomausrüstung, das andere Mal die DDR mit ihren Maßnahmen [13. August 1961]. Die Deutschen sind doch alle gleich und werden sich nur schwerlich oder gar nicht ändern.“²³³

Obwohl die DDR 1950 offiziell die Oder-Neiße-Grenze anerkannt und jede öffentliche Debatte über die Grenze und die Vertriebenen-Problematik unter Tabu gestellt hatte, mißtrauten ihr die Polen. Hinter vorgehaltener Hand verwies die polnische Seite – auch Partei- und Staatsfunktionäre – auf ihre Befürchtung, daß sie nicht an eine dauerhafte Existenz der „sozialistischen DDR“ bzw. zweier deutscher Staaten glaubte. Wieso, so fragten sie sich, sollten 10, 20 oder auch 30 Jahre Spaltung ausreichen, eine nationale Zusammengehörigkeit zu zerstören, wenn die polnische Nation 120 Jahre eine Dreiteilung überstanden hatte?²³⁴

Eine Mißstimmung zwischen der Führungsebene der SED und der PVAP löste die Veröffentlichung des „Nationalen Dokuments des Nationalrats der Nationalen Front“²³⁵ am 25. März 1962 aus. Dieses Papier mit dem Titel „Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands“²³⁶ war ein SED-Propagandadokument im Rahmen ihrer Deutschlandpolitik. Der SED-Parteichef Walter Ulbricht erklärte dazu, daß die deutsche Nation heute in zwei Staaten gespalten sei, die sich „auf dem Boden Deutschlands feindlich gegenüber stehen“. Der Sieg des Sozialismus sei eine historische Gesetzmäßigkeit, die sich auch in Westdeutschland durchsetzen werde, und erst dann könne die Einheit Deutschlands wiedererlangt werden. Die DDR wurde als der einzig rechtmäßige deutsche Staat hingestellt, in dem die „demokratischen, humanistischen und fortschrittlichen Traditionen“ des deutschen Volkes weitergeführt werden.²³⁷

In diesem Zusammenhang nannte das Dokument eine Anzahl, vom SED-Standpunkt aus gesehen, positive nationale deutsche Traditionen und Persönlichkeiten, u. a. erwähnte man den Vertrag von Rapallo²³⁸ und das Wirken des Militärs, General Hans von Seeckt²³⁹. Am Rapallo-Vertrag lobte die SED-Propaganda die 1922 aufgenommenen diplomatischen Be-

²³² ADN-Warschau nach ADN-Berlin, 17. November 1961, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/163; Die Beziehungen der SED und PVAP, 12. März 1962, in: ebenda, DY 30 IV A 2/20/327; Die Haltung der PVAP zur Deutschlandfrage, 21. Dezember 1962, in: ebenda, DY 30 IV 2/20/31.

²³³ Informationsbericht: Stimmung in Polen im Zusammenhang mit Berlin, 22. August 1961, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/185.

²³⁴ Vgl. Erhard Crome, Jochen Franzke, Die DDR und Polen, S. 121f.

²³⁵ Nationale Front des demokratischen Deutschland – das war ein Zusammenschluß aller politischen Parteien und Massenorganisationen der DDR unter Führung der SED.

²³⁶ Abgedruckt in: Neues Deutschland, Berlin, 27. März 1962.

²³⁷ Über die Arbeit mit dem nationalen Dokument, 5. April 1962, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/9.02/6.

²³⁸ Im April 1922 kam es in Rapallo nahe Genua zu einem Vertragsabschluß zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion. Deutschland nahm seine 1918 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zur SU wieder auf, beide Seiten verzichteten gegenseitig auf den Ersatz von Kriegskosten und -schäden. Beide Staaten durchbrachen damit ihre internationale Isolierung nach dem Ersten Weltkrieg und intensivierten ihre wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit. Vgl. Lexikon der deutschen Geschichte, S. 1004.

²³⁹ Hans von Seeckt (1866–1936), Generaloberst, Generalstabsoffizier im Ersten Weltkrieg, 1919 Militärexperte der deutschen Delegation in Versailles, bis 1926 Chef der Heeresleitung der Reichswehr, Befürworter einer Revisionspolitik gegenüber Polen, unterstützte daher eine militärische Verbindung zur Sowjetunion; 1926 zurückgetreten, 1930–1932 MdR der DVP, Militärberater in China. Vgl. Lexikon der deutschen Geschichte, S. 1141.

ziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, die damals die Beziehungen zwischen beiden Ländern normalisierten und ihre internationale Isolierung durchbrachen. General Hans von Seeckt zollte die SED Respekt wegen dessen in der Weimarer Republik geäußerter Überzeugung von der Notwendigkeit friedlicher Beziehungen zur Sowjetunion.

Die Polen hingegen sahen die Verweise auf Rapallo und Hans von Seeckt als politischen Affront an. Nicht vergessen war die polenfeindliche Einstellung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg. Damals sahen sowohl die Westmächte als auch die Polen im Vertrag von Rapallo die Versailler Nachkriegsordnung gefährdet, besonders hinsichtlich der Existenz Polens. Tatsächlich befürwortete die Reichswehr unter General Hans von Seeckt eine gemeinsame militärische Aktion mit der Sowjetunion, um Polen zu liquidieren und die deutsche Ostgrenze von 1914 wiederherzustellen. Entgegen diesen internationalen Befürchtungen und den Hoffnungen politisch rechter Kreise in Deutschland begründete der Vertrag dann aber kein gegen Polen gerichtetes deutsch-russisches Bündnis.²⁴⁰ Aber die Äußerungen von Seeckts in einem Memorandum von 1922, in dem er zwar vor einem Angriffskrieg gegen die Sowjetunion warnte, aber dies auf Kosten Polens, waren in Warschau nicht vergessen. General Seeckt hatte seinerzeit verlauten lassen: „Die Existenz Polens ist eine unerträgliche Sache, eine Sache, die sich nicht vereinbaren läßt mit den Grundbedingungen des Lebens Deutschlands. Polen muß verschwinden und wird verschwinden. Seine Entfernung von der Landkarte Europas muß eines der Ziele der deutschen Politik sein.“²⁴¹

ADN-Korrespondenten und DDR-Diplomaten in Warschau meldeten nach Ost-Berlin, daß das „Nationale Dokument“ antideutsche Stimmungen in der VR Polen heraufbeschworen habe. So hieß es u. a.: „Leider haben auch leitende Genossen in der DDR noch keine rechte Vorstellung davon, wie ernst und hart [...] viele Polen die Deutschen immer noch beurteilen – nicht aus der Sicht allein von 1939–1945, sondern in gleichem Maße seit 1918 [...]“²⁴²

Den ostdeutschen Funktionären blieb 1962 in den Diskussionen über das „Nationale Dokument“ mit polnischen Vertretern nichts weiter übrig als zu beruhigen und abzuwiegeln, die ostdeutsch-polnische Verbundenheit und Freundschaft zu beschwören, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze zu versichern, und um Verständnis für diese Art der Argumentationen zu werben, die nach SED-Meinung notwendig seien, um den westdeutschen Staat mit seiner „antikommunistischen und revanchistischen Politik zu entlarven“.²⁴³

In den Jahren zwischen 1960 und 1963 handhabte der polnische Staat seine Ausreise- und Familienzusammenführungspolitik für Deutsche ausgesprochen rigide und streng. Trotzdem zeigten sich die DDR-Funktionäre nicht zufrieden. Die SED verfügte nach wie vor über keine Informationen und hatte keinen Einfluß auf die polnische Minderheiten- und Ausreisepolitik.

DDR-Berichte aus der Warschauer Botschaft sowie von der ZK-Abteilung „Außenpolitik und Internationale Verbindung“ von 1963 legten folgende Fakten dar: Die Zahl registrierter Bürger der DDR in Polen belief sich auf knapp über 1 000 Personen. Nach polnischen

²⁴⁰ Vgl. ebenda, S. 1004.

²⁴¹ Zitiert in: Informationsbericht des ADN-Korrespondenten in Warschau, 2. Mai 1962, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/163.

²⁴² Ebenda; Informations- und Diskussionsversammlung über die historischen Aufgaben der DDR, Warschau, 16. Mai 1962, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/186; Georg W. Strobel, Die polnische „Preußenkrankheit“ und ihre politische Instrumentalisierung, S. 21–33.

²⁴³ Vgl. Informations- und Diskussionsversammlung über die historischen Aufgaben der DDR, Warschau, 16. Mai 1962, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/186.

inoffiziellen Angaben würden in Polen noch etwa 15 000 Personen deutscher Nationalität mit ungeklärter Staatsbürgerschaft leben – die große Gruppe der sogenannten autochthonen Bevölkerung war hier ausgeschlossen –, welche juristisch die Voraussetzungen für den Erwerb eines DDR-Personaldokuments besäßen. Die Mehrzahl dieser Bürger wollte in Polen verbleiben und weder die polnische Staatsbürgerschaft annehmen noch in die DDR ausreisen. Die DDR-Botschaft in Warschau und ihr Konsulat in Wrocław (Breslau) waren von ostdeutscher wie von polnischer Seite angewiesen, keine Aktivitäten zu entwickeln, um diese Personen als Bürger der DDR zu gewinnen.²⁴⁴ Den DDR-Behörden war klar, daß viele Bürger deutscher Nationalität in Polen ohne Personaldokumente den Wunsch hegten, möglichst „Pässe der westdeutschen Bundesrepublik“ zu erwerben²⁴⁵, und die DDR hatte keinerlei Handhabe, dies auf längere Sicht zu verhindern.

Die Zahlen der Übersiedlungen in die DDR sanken kontinuierlich, während die in die Bundesrepublik wieder langsam anstiegen. 1961 reisten nach ostdeutschen Angaben rund 1 400 Deutsche aus Polen in die DDR ein, 1962 waren es zirka 1 200 und 1963 1 000. In die Bundesrepublik und nach West-Berlin siedelten 1961 8 700 Deutsche über, 1962 waren es zirka 9 200 Personen.²⁴⁶ ZK-Mitarbeiter werteten dieses Verhältnis relativ abgeklärt: „Obwohl diese Zahl gegenüber den Übersiedlungen in die DDR sehr hoch ist, stellt sie einen starken Rückgang im Vergleich zu früheren Jahren dar. Das hängt u. a. damit zusammen, daß keine geschlossenen Transporte, sondern nur noch Einzelübersiedlungen stattfinden. [...] Es ist zu erwähnen, daß auf Grund von Beschlüssen der PVAP der private Besuchsreiseverkehr nach Westdeutschland [...] 1961 auf etwa zehn Prozent des Vorjahres reduziert wurde. Die Mehrzahl der Übersiedler kommt aus den Wojewodschaften Katowice [Kattowitz], Opole [Oppeln] und Olsztyn [Allenstein].“²⁴⁷ Auch meinten die SED-Funktionäre einschätzen zu können, daß es sich bei den Ausreisenden in die Bundesrepublik um Personen handelte, deren Verbleib in Polen den Staatsorganen aus politischen Gründen als „nicht zweckmäßig“ erschien. Die SED-Seite zeigte hier ein gewisses Verständnis für die polnische Bevölkerungspolitik.²⁴⁸ Dieses wurde aber dadurch eingeschränkt, daß die ostdeutsche Seite bedauerte, daß mit der Ausreise von Deutschen aus Polen in die Bundesrepublik wertvolle Arbeitskräfte für die DDR verloren gingen. „Die Gewinnung eines Teiles dieser Menschen für unsere Republik könnte [...] dazu beitragen, den akuten Mangel an Arbeitskräften [...] zu mildern.“²⁴⁹

Mit großer Aufmerksamkeit registrierten die Botschaftsmitarbeiter in Polen und das Außenministerium den – wie sie meinten – „steigenden revanchistischen Einfluß Westdeutschlands“ auf die große Zahl der „autochthonen Bevölkerung“, die die Bundesrepublik mit 1,2 Millionen Personen²⁵⁰ bezifferte. Auf diesen Personenkreis würde sich nach ostdeut-

²⁴⁴ Vgl. Zur Information der Partei- und Regierungsdelegation der DDR 1963, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/327.

²⁴⁵ Vgl. Materialien für die Beratung der Partei- und Regierungsdelegation der DDR in der VRP, August 1963, in: SAPMO-BA DY 30/3653.

²⁴⁶ Vgl. ebenda.

²⁴⁷ Zur Information der Partei- und Regierungsdelegation der DDR 1963, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/327.

²⁴⁸ Vgl. Materialien für die Beratung der Partei- und Regierungsdelegation der DDR in der VRP, August 1963, in: SAPMO-BA DY 30/3653.

²⁴⁹ Bemerkungen der Botschaft Warschau zu Problemen der Übersiedlung aus der VRP nach der DDR und WD, 22. Mai 1963, in: PAAA MfAA A 1816.

²⁵⁰ Mit einer ähnlichen Zahl operierten auch die Polen und Ostdeutschen: Ein polnischer PVAP-Funktionär meinte in einem Gespräch mit einem DDR-Botschaftsangehörigen 1964: „Im Westen [...]“

scher Überzeugung die „revanchistische Ostpolitik Westdeutschlands“ stützen. Die polnischen regionalen Staats- und Parteiorgane besäßen, so die SED überheblich, keine klare politische Linie, um gegen die Beeinflussung vorzugehen. Im Gegenteil, die polnische Seite gäbe dem starken Drang zur Ausreise in die Bundesrepublik nach und unternähme nichts gegen provokatorisch auftretende westdeutsche Touristen.²⁵¹

Anfang März 1964 informierte die Warschauer Botschaft die SED-Parteiführung und das MfAA in Ost-Berlin darüber, daß besonders aus den schlesischen Wojewodschaften Katowice (Kattowitz) und Wrocław (Breslau) wieder deutlich vermehrt Anträge „von polnischen Staatsbürgern zur endgültigen Übersiedlung in die DDR“ gestellt werden. Der neue Botschafter in Polen, Karl Mewis²⁵², legte in einem Papier an den DDR-Ministerrat dar, daß es sich bei diesen Menschen „fast ausschließlich um frühere deutsche Staatsbürger [handele], die nach 1945 polnische Staatsbürger wurden, sich aber immer noch irgendwie mit Deutschland verbunden fühlen. Genosse Willi Stoph [Vorsitzender des Ministerrates] hatte über die ganze Sache mit dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Genossen Ulbricht, gesprochen und mir danach mitgeteilt, es sei durchaus zweckmäßig, die Antragsteller, welche Facharbeiter sind bzw. es werden können, zu akzeptieren.“²⁵³ Die offizielle Sprachregelung für diese Personen lautete „deutschsprachige polnische Staatsbürger“, der Begriff „Autochthone“ wurde von der SED vermieden. In offiziellen Dokumenten wählten die DDR-Staatsorgane eine noch neutralere, unverfängliche Bezeichnung: „Übersiedlung von Bürgern der Volksrepublik Polen in die DDR“.²⁵⁴

Die ausgesprochen positive Einstellung der SED-Führung gegenüber Umsiedlungen aus Polen in die DDR war, wie bereits angemerkt, durch den akuten Arbeitskräftemangel in der DDR begründet. Das SED-Politbüro beschloß am 31. März 1964, offiziell eine Anfrage an die Regierung der VR Polen bezüglich dieser Übersiedlungswünsche zu stellen,²⁵⁵ die die polnischen Staatsorgane im Mai 1964 positiv beschieden. Der ZK-Abteilungsleiter der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei für Internationale Verbindungen teilte dem Vorsitzenden des DDR-Ministerrates Willi Stoph Ende Mai 1964 schriftlich mit: „Wir sind damit einverstanden, daß die Regierung der DDR so vielen Familien bzw. Einzelpersonen die ständige Einreise in die DDR ermöglicht, wie das der deutschen Seite zweckmäßig erscheint. Wir haben keinerlei Bedenken und halten es auch nicht für notwendig, eine Begrenzung der Zahl festzulegen. Es soll allein das Bedürfnis der DDR ausschlaggebend

spricht man oft von einer Million Deutscher in Polen. Sicher ist diese Zahl übertrieben, doch gibt es noch etwa 900 000 Autochthonen in Schlesien, in den nordwestlichen und nördlichen Gebieten Polens.“ Aktenvermerk über die Unterhaltung, 25. November 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/335.

²⁵¹ Vgl. SED-Genossen in der Wojewodschaft Olsztyn, 26.–28. Oktober 1962, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/163; Bemerkungen der Botschaft Warschau zu Problemen der Übersiedlung aus der VRP nach der DDR und nach Westdeutschland, 22. Mai 1963, in: PAAA MfAA A 1816; Vorlage für das MfAA zu Fragen der weiteren Registrierung deutscher Staatsbürger in der VRP, Januar 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/176.

²⁵² Karl Mewis (1907–1987), 1924 KPD, KJVD-Funktionär, 1932–1934 Lenin-Schule in Moskau, Emigration u. a. nach Dänemark, Schweden, nach 1945/46 SED-Funktionär in Ost-Berlin und Rostock, ZK-Mitglied, 1963–1968 DDR-Botschafter in Polen. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 575f.

²⁵³ Botschafter Mewis an Bruno Leuschner: Übersiedlung deutschsprachiger polnischer Staatsbürger in die DDR, 24. März 1964, in: PAAA MfAA A 1816, Bl. 100.

²⁵⁴ Vgl. Direktive des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei vom 24. Juni 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/13/71.

²⁵⁵ Vgl. SED-Politbüroprotokoll vom 31. März 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2/926.

sein.²⁵⁶ Als einzige Einschränkung machten die Polen zur Bedingung, keine Personen aus den landwirtschaftlichen Gebieten im Norden und Nordwesten Polens für eine Umsiedlung zu übernehmen.²⁵⁷

Botschafter Karl Mewis sah sich zur selben Zeit aber genötigt, darauf hinzuweisen, „daß die Genossen in [Berlin] offenbar den Umfang der Sache bisher unterschätzt“ hätten. Allein für das Jahr 1964 müßte man mit 5 000 bis 10 000 Personen rechnen, die übersiedeln wollten. Und für die weiteren Jahre stellte Mewis in Aussicht, daß nur aus dem Gebiet Zabrze (Hindenburg/Oberschlesien) der Wojewodschaft Katowice über 20 000 Personen ihre Einreise in die DDR beantragen werden.²⁵⁸ Die Möglichkeit von Anträgen auf Übersiedlung in die DDR durch polnische Staatsbürger deutscher Nationalität war auch dann gegeben, wenn es sich um keine Familienzusammenführung handelte.

Im Auftrag des SED-Politbüros beschloß der DDR-Ministerrat am 9. bzw. 24. Juni 1964, Maßnahmen zur „Übersiedlung von Bürgern der Volksrepublik Polen in die Deutsche Demokratische Republik“ einzuleiten.²⁵⁹ Dieser Beschluß sollte zunächst vertraulich behandelt werden. Da diese Tatsache aber in der DDR-Bevölkerung bekannt wurde – der Bürgermeister einer Gemeinde des Kreises Zschopau äußerte z. B. gegenüber einer Arbeiterin, sie könne z. Z. keine Wohnung bekommen, da diese für polnische Bürger bereitgestellt werden müßte²⁶⁰ –, wies das SED-Politbüro an, eine kurze Mitteilung in der Presse zu veröffentlichen.²⁶¹ Das Presseamt beim DDR-Ministerrat ließ am 24. Juli 1964 verlautbaren, daß aufgrund von Vereinbarungen zwischen den Regierungen der VR Polen und der DDR in den nächsten Monaten „polnische Staatsbürger mit ihren Familien in einige Bezirke der DDR kommen, um hier ihren ständigen Wohnsitz zu nehmen und in Schwerpunktbetrieben die Arbeit aufzunehmen“.²⁶²

Diese DDR-Pläne blieben auch in der Bundesrepublik nicht unbeachtet und unkommentiert. Die bundesdeutsche Presse meldete: „Geplante Massenaussiedlungen deutschstämmiger Polen in die Sowjetzone“. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb am 25. Juli 1964: „Die etwa 800 000 im polnischen Machtbereich lebenden Deutschen sollen nach dem Willen Ulbrichts in die Zone ‚umgesiedelt‘ werden.“²⁶³ Die DDR dementierte diese Meldungen und wiederholte ihre vage Verlautbarung: „Wie in den letzten Jahren erhalten auch gegenwärtig in Einzelfällen polnische Bürger deutscher Nationalität auf Antrag die Genehmigung, ihren Wohnsitz in der DDR zu nehmen.“²⁶⁴

²⁵⁶ Übersiedlung von Bürgern der VRP in die DDR, Juli 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/13/71, Bl. 238, 239.

²⁵⁷ Vgl. Beschluß über Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der Übersiedlung von Bürgern der VRP in die DDR, 9. Juni 1964, in: BAB DC 20 I/4/960.

²⁵⁸ Vgl. Botschafter Mewis an Bruno Leuschner: Übersiedlung deutschsprachiger polnischer Staatsbürger in die DDR, 24. März 1964, in: PAAA MfAA A 1816, Bl. 101.

²⁵⁹ Vgl. Beschluß des Präsidiums des Ministerrates, 9. Juni 1964, in: BAB DC 20 I/4/959.

²⁶⁰ Vgl. SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt an ZK-Abteilung Parteiorgane, 15. Juli 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/13/71, Bl. 235.

²⁶¹ Vgl. SED-Politbürobeschluß, 23. Juli 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2/940.

²⁶² ADN-Meldung, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/13/71.

²⁶³ Ulbricht wirbt um Deutsche aus den Ostgebieten, in: FAZ, 25. Juli 1964; Warschau dementiert Umsiedlungs-Pläne. Meldungen über die Aussiedlung Deutscher in die Zone ‚völlig aus der Luft gegriffen‘, in: ebenda; Pankow dementiert Berichte über Massenaussiedlung, in: Der Tagesspiegel, West-Berlin, 25. Juli 1964 (alle auch in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/13/71).

²⁶⁴ Zitiert in: Pankow dementiert Berichte über Massenaussiedlung, in: Der Tagesspiegel, West-Berlin, 25. Juli 1964 (in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/13/71).

Das SED-Politbüro gab für den reibungslosen Ablauf der geplanten Übersiedlungen die Verantwortung an den Innenminister Friedrich Dickel weiter. Der wurde ermächtigt, „in Übereinstimmung mit dem Arbeitskräftebedarf unserer Volkswirtschaft sowie unter Berücksichtigung der [...] Versorgung mit geeignetem Wohnraum [...] einer größeren Anzahl von Bürgern der VR Polen die ständige Einreise in die DDR zu genehmigen“.²⁶⁵ Der Innenminister besprach die Frage der Übersiedlungen noch Ende Juni 1964 mit den Räten der Bezirke, den regionalen staatlichen Organen auf Bezirksebene, die den entsprechenden Wohnraum und die notwendige Arbeitsstelle zur Verfügung stellen mußten.²⁶⁶ Er wies die örtlichen Meldestellen der Volkspolizei an, in einem stark verkürzten Verfahren den Bürgern der VR Polen die deutsche Staatsbürgerschaft zu erteilen und ihnen die Einbürgerungsurkunden und Personalausweise innerhalb weniger Wochen auszustellen. Für das zweite Halbjahr 1964 kündigte Innenminister Dickel die Übersiedlung von 1 800 Familien aus dem Wroclawer und Katowicer Gebiet an.²⁶⁷

Die Antragszahlen zur Übersiedlung in die DDR überraschten sowohl die polnische als auch die ostdeutsche Seite. Bereits im Februar 1965 hatte das DDR-Innenministerium für 16 000 Personen die Einreisegenehmigung erteilt. Aber die polnischen Staatsorgane machten nun mit den Ausreisegenehmigung Schwierigkeiten.²⁶⁸ Die hohen Zahlen der Übersiedlungsanträge irritierte die Polen offenkundig. Sie schienen überfordert und nahmen Anfang 1965 eine deutlich reserviertere Haltung zur Übersiedlungsfrage ein.²⁶⁹ Es war nun keine Rede mehr davon, daß allein das Interesse der DDR an Arbeitskräften die Zahl der aus Polen ausreisenden Bürger deutscher Nationalität bestimmte.²⁷⁰

Das DDR-Konsulat aus Wroclaw meldete im Januar 1966 nach Berlin, daß 1964 und 1965 für insgesamt 14 917 polnische Bürger deutscher Nationalität die Einreiseerlaubnis in die DDR genehmigt wurde, aber bisher nur 3 000 tatsächlich übergesiedelt waren. „Daraus ist zu schlußfolgern“, so das Konsulat, „daß zwar formal die schriftliche Einreisegenehmigung vorliegt, jedoch diese bei den polnischen Behörden keine Bearbeitung findet.“²⁷¹

Der polnische Staat weigerte sich entgegen seiner Zusage vom Mai 1964, einer so großen und immer noch wachsenden Zahl von Personen die Ausreise aus dem Land zu gestatten. Der DDR-Ministerrat mußte daraufhin am 24. September 1965 seine Direktive vom 9. Juni

²⁶⁵ Übersiedlung Bürger der VRP in die DDR, Juli 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/13/71, Bl. 238.

²⁶⁶ Der Bedarf an Arbeitskräften in den DDR-Bezirken war groß, aber die Bezirksverwaltungen hatten große Schwierigkeiten, entsprechenden Wohnraum bereitzustellen. Vgl. Bericht über die Entwicklung der Übersiedlung von Bürgern aus der VRP sowie deren Eingliederung in Arbeit und Wohnung, 6. Mai 1966, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/13/71.

²⁶⁷ Vgl. Übersiedlung Bürger der VRP in die DDR, Juli 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/13/71, Bl. 239; Direktive des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei, 24. Juni 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/13/71, Bl. 230–233.

²⁶⁸ Vgl. Schreiben des Botschafters Mewis an den Vorsitzenden des DDR-Ministerrats über ein Gespräch im ZK der PVAP am 23. Januar 1965, in: PAAA MfAA A 1816, Bl. 157.

²⁶⁹ Vgl. Entwurf: Werter Genosse Honecker!, 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/13/71, Bl. 247–250.

²⁷⁰ Ein PVAP-Funktionär äußerte sich Ende 1964 gegenüber einem DDR-Diplomaten: „Die Situation in Oberschlesien sei [...] kompliziert. [...] Die Bewohner des Gebietes von Katowice werden von den anderen schon immer als die ‚Deutschen‘ bezeichnet. [...] Das sei die eine Seite, andererseits können die polnischen Stellen eine Einflußnahme nicht dulden, bei diesen Menschen ein Gefühl des Deutschums aufrechtzuerhalten [...] Wenn man das zuliebe, würde man mittelbar zugeben, daß das ja deutsche Gebiete seien und würde die verschiedensten Stimmungen [...] nähren.“ Aktenvermerk über die Unterhaltung, 25. November 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/335.

²⁷¹ Bericht über den Stand der Übersiedlung von Bürgern der VRP in die DDR 1964/65, 27. Januar 1966, in: PAAA MfAA C 234/72, Bl. 2, 3.

1964 über das „Verfahren zu Übersiedlung von Bürgern der Volksrepublik Polen in die Deutsche Demokratische Republik“ dahingehend abändern, „daß den Interessen der Volksrepublik Polen Rechnung getragen [wird und] die Anzahl der Übersiedlungen jährlich zirka 3 000 arbeitsfähige Personen – zusätzlich deren Familienangehörige – nicht überschreiten“ wird.²⁷² Danach kann vermutet werden, daß in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre zirka 45 000 polnische Bürger deutscher Nationalität vom DDR-Innenministerium die Einreiseerlaubnis erhielten, tatsächlich aber nur 18 000 übersiedelten.²⁷³ Der Ablauf und das Verfahren der „Übersiedlung von Bürgern der VR Polen in die DDR“ und die Frage der Staatsbürgerschaft änderte der DDR-Innenminister nochmals am 30. Juli 1973.²⁷⁴

Das DDR-Konsulat in Wrocław berichtete im Januar 1966 über die Motive der Antragsteller zur Übersiedlung. Die meisten Übersiedlungswilligen begründeten ihren Entschluß damit, „daß sie sich noch als Deutsche fühlen und auch deshalb unter Deutschen leben und arbeiten möchten und sich vor allem materiell verbessern wollen“.²⁷⁵ Manche der Antragsteller hatten Vergleiche angestellt, daß sich ihr Lebensstandard in der DDR bis zu 70 Prozent verbesserte. Andere Übersiedler brachten zum Ausdruck, daß sie trotz ihrer polnischen Staatsbürgerschaft noch immer diskriminiert und als Deutsche beschimpft und beleidigt werden. Einige der Antragsteller wünschten, daß ihre Kinder deutsch und nicht polnisch erzogen werden.²⁷⁶ Vor allem Personen älterer Jahrgänge äußerten: „Aufgrund von Sprachschwierigkeiten haben wir überall in Polen Nachteile, wir werden auch die polnische Sprache nicht lernen, deshalb wollen wir mit unseren Brüdern und Schwestern im Reich [sic!] leben.“²⁷⁷ Und letztlich sprachen auch einige unverhohlen aus, daß man schon immer nach Deutschland wollte, aber keine Möglichkeit sah, Polen zu verlassen. Man habe nach dem Krieg lange gehofft, daß ein noch ausstehender Friedensvertrag mit Deutschland regeln würde, daß die ehemaligen deutschen Gebiete, also die nunmehrigen West- und Nordgebiete Polens, wieder an Deutschland zurückfallen würden, und man so wieder in Deutschland lebe. „Diese Hoffnung hat sich allerdings schon vor längerer Zeit zerschlagen.“²⁷⁸

Die DDR-Konsulatsmitarbeiter in Wrocław berichteten auch über kursierende Gerüchte unter den Antragstellern, die, so vermuteten sie, von polnischer und westdeutscher Seite hineingetragen wurden. Viele Übersiedlungswillige wollten aus westdeutschen Zeitungen erfahren haben, daß ein Abkommen zwischen der DDR und der VR Polen bestehe, nachdem „150 000 Deutsche aus den von Polen z. Z. unter Verwaltung stehenden Gebieten in die DDR zur Arbeitsaufnahme übersiedeln sollen. [...] Angeworben werden in erster Linie

²⁷² Beschluß über die Aufhebung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats vom 9. Juni 1964 über Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der Übersiedlung von Bürgern der VRP in die DDR, 26. August 1965, in: BAB DC 20 I/4/1179; Direktive des Mdl über das Verfahren der Übersiedlung von Bürgern der VRP in die DDR und deren gesellschaftliche Eingliederung, insbesondere in Arbeit und Wohnung, 24. September 1965, in: BStU MfS/Rechtsstelle 737, Bl. 20–32.

²⁷³ Vgl. Bericht über die Entwicklung der Übersiedlung von Bürgern aus der VRP sowie deren Eingliederung in Arbeit und Wohnung, 4. Mai 1966, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/13/71.

²⁷⁴ Vgl. 1. Änderung zur Direktive des Mdl und Chefs der Deutschen Volkspolizei, 30. Juli 1973, in: BStU MfS/Rechtsstelle 737, Bl. 33–40.

²⁷⁵ Bericht über den Stand der Übersiedlung von Bürgern der VRP in die DDR 1964/64, 27. Januar 1966, in: PAAA MfAA C 234/72, Bl. 5.

²⁷⁶ Vgl. ebenda.

²⁷⁷ Ebenda.

²⁷⁸ Ebenda, Bl. 6.

solche Bürger, die bis 1945 die deutsche Staatsangehörigkeit“ besaßen.²⁷⁹ Eine weit verbreitete Meldung sei auch, daß alle Kinder der Umsiedler nach Ankunft in der DDR für zwei Jahre zur Sprachausbildung in ein Umschulungslager müßten.²⁸⁰ Einige der Gerüchte dienten sicher dazu, Übersiedlungswillige von der Antragstellung abzubringen. Das gelang aber nicht.

Die örtlichen polnischen Behörden äußerten ihr Unverständnis über diese Aktionen: Man wolle nur wissen, „wer dem [DDR-]Konsulat in Wrocław die Vollmacht gegeben hat, solche Abwerbungen durchzuführen [...] Die Deutschen ziehen uns alle Spezialisten raus.“²⁸¹

Die europäische Entspannungspolitik zu Beginn der 1970er Jahre und besonders die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland am 7. Dezember 1970 leitete eine nächste Phase der Familienzusammenführungen und Ausreisen von Deutschen, vorzugsweise der „autochthonen“ Bevölkerung, aus Polen vor allem in die Bundesrepublik ein. Allein in den zehn Jahren zwischen 1972²⁸² und 1982 reisten 200 000 Deutsche aus Polen in die Bundesrepublik aus, andere Autoren nennen eine doppelt so hohe Zahl.²⁸³ Die SED-Führung sprach Ende 1974 davon, daß zwischen 1970 und 1974 60 000 Deutsche aus der VR Polen in beide deutschen Staaten ausgereist seien.²⁸⁴ Das SED-Politbüro und das Politbüro der PVAP versicherten sich im Januar 1973 gegenseitig mit Blick auf die hohen Zahlen der Übersiedlungen in die Bundesrepublik, daß polnische Bürger deutscher Nationalität jederzeit die Ausreiselerlaubnis aus Polen und die Einreisegenehmigung in die DDR erhielten.²⁸⁵

Bis in die Gegenwart ist die Problematik der Ausreise von Deutschen aus Polen aktuell. Im Gebiet des zu Polen gehörenden Oberschlesien lebten nach der letzten Volkszählung von 2002 als größte ethnische Minderheit die sogenannten Polendeutschen. Etwa 250 000 Bewohner Oberschlesiens sind Doppelstaatler und verfügen neben der polnischen zugleich über die deutsche Staatsbürgerschaft.²⁸⁶

Als zum 1. Januar 1972 der paß- und visumfreie Besucher- und Reiseverkehr zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen eingeführt wurde und jährlich Hunderttausende DDR-Bürger, darunter auch sehr viele Vertriebene und ihre Familien, vor allem die angrenzenden polnischen Westgebiete besuchten, stellte die SED und ihr Ministerium für Staatssicherheit keine „Auffälligkeiten“ wegen der 25 Jahre zurückliegenden Flucht und Vertrei-

²⁷⁹ Ebenda.

²⁸⁰ Vgl. ebenda, Bl. 6, 7.

²⁸¹ Ebenda, Bl. 6.

²⁸² Der Moskauer und Warschauer Vertrag wurden im Mai 1972 vom Deutschen Bundestag ratifiziert.

²⁸³ Vgl. Andreas Rödter, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, S. 39; Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 52; Meinungen der polnischen Bevölkerung zum VII. Parteitag der PVAP, Warschau, 10. Dezember 1975, in: SAPMO-BA DY 30 IV B 2/20/141; Vermerk über ein Gespräch des SED-ZK-Sekretärs Kurt Hager mit dem 1. Sekretär des ZK der PVAP, Edward Gierek, 24. Oktober 1973, in: SAPMO-BA DY 30 B 2/20/144.

²⁸⁴ Vgl. Informationsaustausch zwischen ZK der PVAP und ZK der SED, 20. Dezember 1974, in: SAPMO-BA DY 30 B 2/20/144.

²⁸⁵ Vgl. Vorlage für das SED-Politbüro, 18. Januar 1973, in: SAPMO-BA DY 30 B 2/20/144.

Der bundesdeutsche Außenminister Walter Scheel forderte im Oktober 1973 bei einem Besuch in Warschau die Ausreiselerlaubnis für 280 000 „polnische Bürger, die sich als Deutsche fühlen“. Vermerk über ein Gespräch des SED-ZK-Sekretärs Kurt Hager mit dem 1. Sekretär des ZK der PVAP, Edward Gierek, 24. Oktober 1973, in: SAPMO-BA DY 30 B 2/20/144.

²⁸⁶ Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Oberschlesien>.

bung bzw. dem Verlust von ehemals deutschen Gebieten und Besitztümern fest.²⁸⁷ Zwar wurde darauf verwiesen, daß mit dem Reiseverkehr DDR-Bürger ihre „ehemaligen Wohnstätten besuchten“ und dort „Bekanntschaften schlossen bzw. erneuerten“, aber als politisches Problem sahen die DDR-Behörden dies nicht an.²⁸⁸ Hin und wieder gab es auch Hinweise, z. B. von einer der Blockparteien wie vom NDPD-Kreisvorstand aus Guben, einer durch die deutsch-polnische Grenze geteilten Stadt, daß mit dem neuen Grenzverkehr „bestimmte ideologische Probleme seitens der Parteifreunde und anderer Bürger älteren Jahrgangs zu erwarten sind, die einst im heutigen Gubin ihren Wohnsitz hatten“.²⁸⁹ Diese mahnenden Hinweise stellten jedoch eine Ausnahme dar.

Unter angestrengter geheimdienstlicher Beobachtung stand hingegen die Ausfuhr von Lebensmitteln und Konsumwaren (Schuhe, Stiefel, Kinderbekleidung usw.) aus der DDR nach Polen, die in der Mangelgesellschaft DDR für größere Mißstimmungen unter der Bevölkerung sorgten.²⁹⁰

Auf polnischer Seite stellten die Bewohner der West- und Nordgebiete fest, daß Ostdeutsche, die erstmals wieder ihre Geburts- und alten Wohnorte besuchten, ihre Grundstücke, Höfe und Häuser wiedersahen, diese gar nicht zurückhaben wollten. Ungeachtet dieser Reisen blieb aber ein Unbehagen bei den Vertriebenen in der DDR darüber, daß ihre regionale Herkunft und Identität öffentlich nicht gezeigt, gelebt oder nur erinnert werden durfte.²⁹¹

2. Deutsche Minderheit in der Tschechoslowakischen (Sozialistischen) Republik

a. Strategien der ČSR zur Assimilierung bzw. Erteilung von Zugeständnissen an „Personen deutscher Nationalität“ – 1950 bis 1960

Zwischen 1944 und 1947 mußten etwa drei Millionen Sudetendeutsche, deren Vorfahren über Jahrhunderte auf tschechischem Gebiet gelebt hatten, ihre bisherige angestammte Heimat verlassen.²⁹² Hunderttausende Deutsche – die Zahlenangaben schwanken zwischen

²⁸⁷ So der Historiker Philipp Ther treffend dazu: Eine anhaltende und drastische Unterdrückung bestimmter Probleme vermag diese zu einem gewissen Teil aus dem Bewußtsein der Gesellschaft zu verdrängen. Die DDR versuchte Vertriebene bereits zu reglementieren, wenn sie sich in größerem Kreis als dem Familienverband trafen. Die SED unterband jede öffentliche Debatte über die Vertreibung und die Frage des Zustandekommens und der Rechtmäßigkeit der Oder-Neiße-Grenze. Forderungen nach einer Revision der polnischen Westgrenze, nach Rückkehr in die alte Heimat, nach Lastenausgleich wurden so lange unterdrückt, bis sie tatsächlich von der politischen Agenda der Bevölkerung verschwanden oder durch neue Probleme überlagert wurden. Vgl. Ders., Deutsche und polnische Vertriebene, S. 324.

²⁸⁸ Vgl. Einschätzung des Reise- und Touristenverkehrs zur VRP und sich ergebende politisch-operative Probleme, 13. August 1971, in: BStU MfS HA VI 14850, Bl. 4–196.

²⁸⁹ Information über Meinungen und Reaktionen von Parteifreunden zum Besucherverkehr aus der VR Polen und der ČSSR, 7. Januar 1972, in: SAPMO-BA DY 16/79.

²⁹⁰ Vgl. Tagesinformation zur Abfertigung des paß- und visumfreien Reiseverkehrs DDR und VRP am 21. November 1972, in: SAPMO-BA DY 30/2476; SED-Bezirksleitung Frankfurt/O. an den Generalsekretär des ZK der SED, 31. Oktober 1977, in: ebenda, DY 30/2229, Bl. 75–79.

²⁹¹ Vgl. Burkhard Olschowsky, Die Gegenwart des Vergangenen, S. 30; Erhard Cromel, Jochen Franzke, Die DDR und Polen, S. 120f.

²⁹² Detlef Brandes, Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum ‚Transfer‘ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen, München 2001.

180 000 bis knapp 300 000 für 1950²⁹³ – blieben jedoch auch nach dieser Zeit in der Tschechoslowakei zurück. Diese waren vor allem in den ersten Nachkriegsjahren schweren Repressionen ausgesetzt, konnten das Land aber auch nicht verlassen. Nach den Gründungen der beiden deutschen Staaten 1949 war die z. T. widersprüchliche und Veränderungen unterworfenen tschechoslowakische Politik gegenüber der deutschen Minderheit, auch vor dem Hintergrund der bis 1947 bzw. 1949 vollzogenen Vertreibung der sudetendeutschen Bevölkerung, ein wichtiger Faktor in den Beziehungen zwischen der ČSR und der DDR.

Die Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen – im Tschechischen „Odsun“, „Ab-schub, Abtransport“²⁹⁴ genannt – vollzog sich in mehreren Wellen 1945/46, 1948 und 1950/51, zumeist unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen, Punkt XIII.²⁹⁵ In zeitgenössischen Dokumenten aus dem DDR-Außenministerium vom Beginn der 1950er Jahre las sich der Vorgang so: „Die Aussiedlung begann Ende Mai 1945 zunächst als unorganisierte Massenaussiedlung. Später wurden Lager errichtet, aus denen periodisch Transporte nach Ost- und Westdeutschland abgingen. Diese Maßnahmen liefen vor allem in der Zeit von 1945–1947, im Jahre 1949 erfolgten nochmals größere Aussiedlungen, dann aber schon fast ausschließlich auf freiwilliger Basis. Man kann sagen, daß die Aussiedlungsaktionen im Verlaufe des Jahres 1951 vollkommen abgeschlossen waren.“²⁹⁶

Durch einige der Beneš-Dekrete aus dem Jahr 1945 wurden alle Angehörigen der deutschen Nationalität in der ČSR staatenlos (Dekret Nr. 33 vom 2. August 1945), ihr Eigentum wurde konfisziert. Davon ausgenommen blieben nur „Antifaschisten, die eine aktive Teilnahme an der Widerstandsbewegung“ vorweisen konnten, was aber nur eine sehr kleine Gruppe von Deutschen betraf.²⁹⁷ 1945 und 1946 wurden ungefähr 1,8 Millionen Deutsche in die amerikanische Besatzungszone „umgesiedelt“, 800 000 kamen in die Sowjetische Besatzungszone²⁹⁸ und etwa 15 000 waren bereits nach Österreich geflüchtet. 1946 stoppten die tschechoslowakischen Behörden die Aussiedelung und Vertreibung vorerst, da sie es für notwendig erachteten, so eine historische Rückschau von SED-Verantwortlichen,

Die Deutsch-Tschechische Historikerkommission (von 1990) einigte sich auf die Zahlenangabe von zirka 30 000 Opfern der Vertreibung unter den Sudetendeutschen. Vgl. Frauke Wetzel, *Missverständnisse von klein auf?*, S. 961.

²⁹³ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, *Die tschechoslowakische Politik gegenüber der deutschen Minderheit*, S. 965.

²⁹⁴ Deutsch-Tschechisches Wörterbuch: „Odsun Němců – Aussiedlung, Umsiedlung der Deutschen“. Vgl. Frauke Wetzel, *Missverständnisse von klein auf?*, S. 958f.

²⁹⁵ Die Regierungen von Großbritannien, den USA und der UdSSR „erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.“ In: *Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland 1945*, Ergänzungsheft, S. 7.

²⁹⁶ Bericht über deutschsprachige Bevölkerung in der ČSR, 23. Juli 1953, in: PAAA MfAA A 2540, Bl. 3.

²⁹⁷ Vgl. Xavier Galmiche, „Dům po Němcích – von den Deutschen übernommenes Haus“, S. 941–954; Dieter Blumenwitz, *Die Beneš-Dekrete – eine Bestandsaufnahme im Lichte der tschechischen Beitrittsverhandlungen zur EU*, S. 258–267; Manfred Kittel, Horst Möller, *Die Beneš-Dekrete*, S. 557ff., S. 568–574.

²⁹⁸ Vgl. Susanne Bethke, *Der Weg der Deutschen aus der Tschechoslowakei in die SBZ 1945/46*; Manfred Wille, *Die „freiwillige Ausreise“ sudetendeutscher Antifaschisten in die SBZ*, in: Manfred Wille (Hrsg.), *Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, S. 5–61; *Die Sudetendeutschen in Nordböhmen. Situation nach 1918, Vertreibung in die SBZ und Ankunft in Sachsen 1945/46*, hrsg. von Manfred Jahn, Dresden 1993; Detlef Brandes, *Die Vertreibung als negativer Lernprozess*, S. 885–896.

„eine Reihe wichtiger Fachkräfte im Lande zu belassen. Die Braunkohlengruben in Sokolov (Falkenau) beispielsweise und die Gablonzer Schmuckwarenindustrie drohten völlig zu erliegen, wenn nicht eine Reihe von deutschen Fachkräften im Lande belassen worden wären, so daß ab Mitte 1946 alle wichtigen Facharbeiter eine [...] Legitimation erhielten, die sie zum Verbleib im Lande berechnigte [...] Das galt vor allem für Bergarbeiter. Die Inhaber der [...] [Legitimation] brauchten nicht nur nicht das Land zu verlassen, sondern sie durften zum großen Teil nicht umsiedeln.“²⁹⁹ Ähnlich also wie in Polen stoppte der akute Arbeitskräfte- und Facharbeitermangel die große Nachkriegs-Vertreibungswelle in der ČSR.

Eine Besonderheit bei der Vertreibung der Sudetendeutschen, die in die Sowjetische Besatzungszone kamen, war der planmäßige Transfer von sudetendeutschen Kommunisten, d. h. den deutschen Mitgliedern der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPČ), und von Sozialdemokraten. Auf der Grundlage eines Planes der SMAD, der sogenannten Shukow-Aktion, begannen im November 1945 gezielte Transporte von rund 17000 kommunistischen Familien. Hinzu kamen 1800 ehemalige Sozialdemokraten mit ihren Familien.³⁰⁰ Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ meldete Ende 1946, daß ungefähr „45000 bis 50000 sudetendeutsche Antifaschisten freiwillig [!] in die SBZ“ gekommen seien.³⁰¹ Der Transfer dieser Kommunisten und Sozialdemokraten war keineswegs freiwillig, auch sie waren als Deutsche in der Nachkriegstschechoslowakei nicht willkommen. Für die SED hatten die sudetendeutschen Kommunisten strategische Bedeutung. Sie füllten ihren zentralen Parteiparat mit ideologisch und politisch überprüften Funktionären auf und halfen mit, daß die SED in kurzer Zeit in eine sogenannte Partei neuen Typus, in eine leninistische Kaderpartei, umorganisiert wurde.

Nur wenige sudetendeutsche Kommunisten erlangten in den nächsten Jahren Spitzenposten im SED-Apparat oder repräsentative Positionen im DDR-Staat. Sie wirkten eher im Hintergrund. Der militärische und der geheimdienstliche Apparat wurde zu ihren Haupteinsatzgebieten. Auch im diplomatischen Dienst erlangten sie Rang und Einfluß.³⁰² Wie bereits oben erwähnt, war beispielsweise der Sudetendeutsche Josef Hegen von 1957 bis 1961 Botschafter in der VR Polen. Der erste Leiter der Diplomatischen Mission der DDR in Moskau war der sudetendeutsche Kommunist Rudolf Appelt, wie auch Rudolf Dölling, Botschafter in Moskau von 1959 bis 1965, Sudetendeutscher war.³⁰³

Nach einer kurzfristigen Wiederaufnahme der Aussiedlungen 1947/Anfang 1948 wurden die Vertreibungen nach dem kommunistischen Staatsstreich in der ČSR vom Februar 1948 wieder eingestellt. Im Januar 1950 kam es unter Mitwirkung des Internationalen Roten Kreuzes mit der Prager Regierung zu einem Abkommen, der sogenannten Operation Link, die die Ausreise von 20000 Deutschen in die Bundesrepublik ermöglichen sollte. Im Rahmen dieser Aktion übersiedelten zirka 17000 Sudeten- und Karpatendeutsche nach Westdeutschland, bis im Mai 1951 die tschechoslowakische Seite ohne Angabe von Gründen die Aktion abbrach. Die DDR war an dieser „Operation Link“ mit 400 bis 500 Aussied-

²⁹⁹ Aktenvermerk: Besprechung beim Genossen Lenk, April 1960, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/201.

³⁰⁰ Vgl. Jan Foitzik, Kadertransfer, S. 319.

³⁰¹ In: Neues Deutschland, Berlin, 18. Dezember 1946; Manfred Wille, Die „freiwillige Ausreise“ sudetendeutscher Antifaschisten in die SBZ, S. 28–61; Heike van Hoorn, „Opfer“ oder „Experten“ für den sozialistischen Aufbau, S. 848–855.

³⁰² Vgl. Jan Foitzik, Kadertransfer, S. 308, 320–323, 325–334.

³⁰³ Vgl. ebenda, S. 322.

lungen beteiligt, die nicht pauschal, sondern einzeln genehmigt wurden und schleppend verliefen. Auch die SED erhielt vom Abbruch der „Operation“ keine Kenntnis, die konsequente Nicht-Information der DDR über die tschechoslowakische Politik gegenüber der deutschen Minderheit war kennzeichnend für das Verhalten der Prager Regierung in den 1950er und 1960er Jahren.³⁰⁴

Im April 1948 sowie im November 1949 erließ die kommunistische Regierung in Prag die „Regierungsverordnungen über die Wiederverleihung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft an Personen deutscher Nationalität“, wonach auf Antrag u. a. Deutsche die Staatsbürgerschaft wiedererlangen konnten, wenn sie „die Pflichten eines tschechoslowakischen Staatsbürgers nicht verletzt“, keine andere Staatsangehörigkeit erworben hatten und einen ständigen Wohnsitz in der ČSR besaßen.³⁰⁵ Nach der amtlichen Nationalitätenstatistik der Tschechoslowakei von 1950 lebten von den einst zirka 3,5 Millionen noch 165 000 Deutsche in der ČSR.³⁰⁶

Die Angaben über die Zahl der Deutschen, die in den 1950er Jahren noch in der ČSR lebten, schwankten. Die Bundesrepublik ging von 250 000 Deutschen aus. Auch die Zahlen der DDR variierten sehr. In Ost-Berlin hieß es: Es „haben sich im Jahre 1950 von den etwa 250 000 verbliebenen Bürgern deutscher Nationalität 165 117 ausdrücklich zur deutschen Nationalität bekannt.“³⁰⁷ 1953 nannte die DDR-Botschaft in Prag eine Zahl von 180 000 Deutschen, die vorzugsweise in den Regionen um Liberec (Reichenberg), Jablonec (Gablonz an der Neiße) und Karlovy Vary (Karlsbad) lebten. Kleinere Gruppen sollen bei České Budějovice (Böhmisch Budweis), Plzeň (Pilsen) und Bratislava gewohnt haben. „Sie sind als Facharbeiter in der Industrie, besonders in der örtlichen Industrie (Glas- und Glaswaren, Bijouterie, Christbaumschmuck und Posamentenindustrie), als Bergleute (besonders im Sokolover Revier [Falkenberger Revier] und in Jáchymov [St. Joachimsthal]), aber auch in der Landwirtschaft beschäftigt. Unter ihnen gibt es ferner niedere bis mittlere technische Kader.“³⁰⁸

In den Jahren zwischen 1957 und 1960 nannte die DDR die Anzahl von 180 000, 167 000 und 164 000 Deutschen in der ČSR.³⁰⁹ Da die SED-Funktionäre für ihre politische Arbeit auf die „klassenmäßig-soziale Zusammensetzung“ der Deutschen in der ČSR Wert legten, fertigte die SED ZK-Abteilung Außenpolitik und internationale Verbindungen dazu eine Analyse an: Die Zusammensetzung der zirka „164 000 tschechoslowakischen Bürger deut-

³⁰⁴ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die tschechoslowakische Politik gegenüber der deutschen Minderheit, S. 967.

³⁰⁵ Vgl. ebenda, S. 966.

³⁰⁶ Vgl. ebenda.

Die amtliche Nationalitätenstatistik gab 1957 die Anteile der Nationalitäten in der ČSR so an: Bevölkerungszahl insgesamt: 13 261 600, davon: tschechisch 8,8 Millionen (66,5 Prozent), slowakisch 3,7 Millionen (28 Prozent), ungarisch 404 000 (3 Prozent), deutsch 164 000 (1,1 Prozent), polnisch 78 000 (0,6 Prozent), ukrainisch-russisch 75 000 (0,5 Prozent) und übrige (einschließlich Staatenlose 40 600 – 0,3 Prozent). Vgl. Zur Frage der Registrierung und der ständigen Übersiedlungen, 1. Juli 1961, in: PAAA MfAA C 1918/72, Bl. 6.

³⁰⁷ Exposé der Botschaft zur Frage der Einordnung und Behandlung der deutschen Nationalität in der ČSR, 28. April 1960, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/201.

³⁰⁸ Bericht über die deutsch-sprachige Bevölkerung in der ČSR, 23. Juli 1953, in: PAAA MfAA A 2540, Bl. 2; Ortsbezeichnungen: Frühere deutsche Ostgebiete, 1982, in: BStU MfS HA XX/4 1787, Bl. 24–25.

³⁰⁹ Vgl. Information über tschechoslowakische Bürger deutscher Nationalität, 6. November 1958, in: PAAA MfAA A 10996, Bl. 6; Zur Frage der Registrierung und der ständigen Übersiedlung, in: ebenda, C 1918/72, Bl. 6.

scher Nationalität [...] ergibt sich aus der Tatsache, daß mit den faschistischen Truppen 1945, also schon vor der Umsiedlung, die Kapitalisten und die bürgerlichen und faschistischen Intellektuellen [...] die ČSR verließen. Hinzu kommt, daß bei der Aussiedlung in den Jahren 1945/46 an erster Stelle unsichere Elemente, Mittelschichten und Bauern standen, während Facharbeiter zuletzt betroffen wurden. Daraus ergibt sich, daß etwa 90 Prozent dieser annähernd 164000 Bürger deutscher Nationalität Arbeiter (Bau- und Bergarbeiter, Textil- und Glasarbeiter) sind.“³¹⁰

Der Ausreisestop für die Sudetendeutschen 1951 läutete eine neue Phase ein, die die Assimilierung der Deutschen in die tschechoslowakische Gesellschaft befördern sollte. Die kommunistische Regierung in Prag befürwortete nun statt Massenausreisen eine Eingliederung der Deutschen in ihrem Sinne – eine Umerziehung der Deutschen zur aktiven und loyalen Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus im tschechoslowakischen Staat, wie es hieß. Parallel gestand der Staat der deutschen Minderheit, in eng begrenztem Rahmen zwar, Raum für ein eigenes kulturelles Leben zu.³¹¹

Die DDR-Botschaft in Prag nahm diese Veränderung der tschechoslowakischen Politik gegenüber der deutschen Minderheit erst im Frühjahr 1953 wahr. Sie berichtete darüber entschuldigend – „die tschechoslowakischen Quellen zur Frage der deutschsprachigen Bevölkerung sind nicht sehr umfangreich“ – dem Außenministerium nach Ost-Berlin. „In der Behandlung der deutschsprachigen Bevölkerung zeichnet sich zumindest seit Ende 1951 eine Wende ab, die durch die gesetzmäßige Verleihung der Staatsbürgerschaft im April 1953 ihren Abschluß fand.“³¹²

Das Verfassungs-Dekret 33 vom 2. August 1945 hatte, wie oben bereits angemerkt, alle Angehörigen der deutschen Nationalität staatenlos gemacht. Ein neues Gesetz vom 7. Mai 1953 berechnete formal alle „Personen deutscher Volkszugehörigkeit“, die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft ohne Antragstellung zu erwerben³¹³, was einer Art Sammeleinbürgerung (bzw. auch Zwangseinbürgerung) gleichkam. Damit verlor das Dekret vom 2. August 1945 faktisch seine Gültigkeit. Die DDR bewertete diese neue rechtliche Lage übertrieben positiv. Die Sammeleinbürgerung verlief nach Beobachtung der DDR-Botschaftsmitarbeiter in der ČSR nicht reibungslos. Einerseits verweigerte ein Teil der Deutschen die Annahme der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft, und andererseits waren Bevölkerung und tschechoslowakische Behörden nicht bereit, bestimmten Deutschen die ČSR-Staatsbürgerschaft wieder zu verleihen. Die Gründe dafür sah die ostdeutsche Seite darin: „1. Die Umgebung im Dorf kennt das [frühere] nazifreundliche Verhalten [dieser Deutschen] aus den Jahren 1938–1945 und will sie nicht als neue tschechoslowakische Staatsbürger anerkennen. 2. Viele Deutsche leben in der Hoffnung, nach Deutschland zurückkehren zu können, und stellen deshalb ihre ganze Lebensweise darauf ein. 3. Ein Teil der [...] Deutschen kam nach 1945 in die ČSR, als in Deutschland Not und Elend herrschte. Sie denken, daß man jetzt in der DDR besser leben könne und wollen wieder zurück. 4. Die Annahme der Staatsbürgerschaft ist mit dem Dienst in der Armee verbunden, wovor man-

³¹⁰ Exposé der Botschaft zur Frage der Einordnung und Behandlung der deutschen Nationalität in der ČSR, 28. April 1960, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/201.

³¹¹ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die tschechoslowakische Politik gegenüber der deutschen Minderheit, S. 967.

³¹² Beide Zitate: Bericht über die deutschsprachige Bevölkerung in der ČSR, 23. Juli 1953, in: PAAA MfAA A 2540, Bl. 1.

³¹³ Gesetzesvorlage abgedruckt in: Beate Ihme-Tuchel, Die tschechoslowakische Politik gegenüber der deutschen Minderheit, S. 969f.

cher zurückschreckt.“³¹⁴ Aber insgesamt gingen die DDR und die ČSR davon aus, daß nur ein „ganz geringer Prozentsatz der deutschsprachigen Bevölkerung sich entschieden weigerte, die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft anzunehmen“.³¹⁵

Ein Botschaftsbericht der DDR vom Juli 1953 teilte die in der ČSR lebenden Deutschen in vier Gruppen ein: In jene, die bis 1938 tschechoslowakische Staatsbürger waren, dann die Deutschen, die nach 1945 wegen besserer Lebensbedingungen in die ČSR gekommen waren, in Auslandsdeutsche und in die Gruppe vormals deutscher Kriegsgefangener. Aus der alltäglichen Konsulararbeit schlossen die Botschaftsmitarbeiter, daß ein großer Prozentsatz der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe, die bis 1938 tschechoslowakische Staatsbürger waren, den Wunsch hatte, auszusiedeln. Als Gründe nannten die übersiedlungswilligen Deutschen, die tschechische Sprache nicht zu beherrschen und deshalb im alltäglichen und beruflichen Leben benachteiligt zu sein. Wörtlich: „Einige von ihnen erzählten sogar von Schmähungen und Verleumdungen. Sie sind bereit, überall hinzugehen, um bloß nicht in der ČSR bleiben“ zu müssen.“³¹⁶

Die DDR-Diplomaten unterstützten die Ausreisewünsche der Deutschen nicht, sie rieten dringend zur Annahme der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft und wiegelten alle weiteren Übersiedlungsbitten, wider besseren Wissens, mit dem Argument ab, daß die Benachteiligungen der deutschen Minderheit in der ČSR der Vergangenheit angehörten. Die ostdeutschen Funktionäre waren davon überzeugt, daß kaum wirkliche Sprachschwierigkeiten bestanden, da große Teile der deutschen Minderheit sowohl die deutsche als auch die tschechische Sprache beherrschten.³¹⁷ Das stimmte allerdings nur teilweise.

Des weiteren lobten die SED-Funktionäre überschwenglich die bereits existierenden Freiräume im Kultur- und Bildungsbereich für die deutsche Minderheit. Sie zählten auf, daß seit September 1951 die deutschsprachige Wochenzeitung „Aufbau und Frieden“, herausgegeben von der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung (ROH) – der kommunistischen tschechoslowakischen Einheitsgewerkschaft – erschien. Ab April 1953 erschien sie zwei Mal wöchentlich und ab Januar 1954 wurde sie zur Tageszeitung.³¹⁸ Zeitgleich haben die tschechoslowakischen Gewerkschaften ihre politisch-ideologische Massenarbeit unter der deutschen Minderheit aktiviert. Diese zielte darauf ab, die Eingliederung der Deutschen in die tschechoslowakische Gesellschaft und ihre Beteiligung am sozialistischen Aufbau – wie es damals hieß – zu befördern. Im Laufe des Jahres 1952 wurden innerhalb der tschechoslowakischen Gewerkschaften deutsche Betriebsräte geschaffen: „In den Betrieben, wo große Teile der Belegschaft Deutsche waren, wurde innerhalb des Betriebsrates [...] meist ein Deutscher [...] für die deutschsprachigen Werktätigen [...] verantwortlich gemacht. Dieser war für alle gewerkschaftlichen Fragen zuständig. Er setzt die politische

³¹⁴ Bericht über die deutschsprachige Bevölkerung in der ČSR, 23. Juli 1953, in: PAAA MfAA A 2540, Bl. 9.

³¹⁵ Ebenda, Bl. 13.

Als ein Beispiel wurde der tschechische Ort Warnsdorf/Varnsdorf (direkt an der Grenze zur DDR gelegen) genannt. Von den dort lebenden 2000 Personen deutscher Nationalität verweigerten 23 die Annahme der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft. Die Annahme der ČSR-Staatsbürgerschaft erfolgte durch die Vorladung beim zuständigen Nationalausschuß. Nach einem individuellen Gespräch unterzeichnete man – oder auch nicht – den Antrag zum Erlangen der Staatsbürgerschaft. Vgl. ebenda, Bl. 10.

³¹⁶ Bericht über die deutschsprachige Bevölkerung in der ČSR, 23. Juli 1953, in: PAAA MfAA A 2540, Bl. 11.

³¹⁷ Ebenda, Bl. 12, 13.

³¹⁸ Vgl. ebenda, Bl. 5, 6.

Linie der Gewerkschaften unter den Deutschen durch, nimmt ihre Vorschläge und Kritiken entgegen und vertritt ihre Interessen.³¹⁹

Auch innerhalb der tschechoslowakischen Einheits-Jugendorganisation schuf man Zirkel für deutsche Jugendliche. Außerdem erschien ab 1953 eine deutschsprachige halbmonatliche Kinderzeitschrift mit dem Titel „Freundschaft“. Verschiedene Theaterensembles, Chöre, Laienspielgruppen und Filmvorführer tourten durch die noch von Sudetendeutschen bewohnten Orte im böhmischen Grenzgebiet der ČSR. Und ab Anfang 1957 gab es eine tägliche 15-Uhr-Sendung des tschechoslowakischen Rundfunks für die deutsche Bevölkerung, ausgestrahlt in den Grenzgebieten.³²⁰

Anders als für die anderen nationalen Minderheiten in der ČSR – die polnische, ukrainische und ungarische – war für die deutsche erst ab 1955 die Möglichkeit von regulärem Deutschunterricht gegeben, jedoch nicht in Form von Unterricht in der Muttersprache, sondern Deutsch als Sprache in besonderen Sprachzirkeln. Seit 1953 wurde die deutsche Sprache lediglich als Wahlfach an höheren Schulen angeboten.³²¹ Im Januar 1954 hatte die Regierung in Prag die Absicht, so lauteten Informationen von KPČ-Funktionären an DDR-Botschaftsmitarbeiter, in den ehemals sudetendeutschen Grenzgebieten deutsche Schulen für die deutsche Minderheit einzurichten, was zu einem Sturm von Empörungen unter der tschechischen Mehrheitsbevölkerung führte. Heftige Proteste muß es in und um Ústí nad Labem (Aussig) und Jablonec nad Nisou (Gablonz a. d. Neiße) gegeben haben. Eine Zulassung von deutschen Schulen unterblieb daraufhin.³²²

Funktionäre der kommunistischen Partei der ČSR, die besonders im Rahmen der tschechoslowakischen Einheitsgewerkschaft bzw. auf staatlicher Ebene für die Arbeit mit der deutschsprachigen Bevölkerung verantwortlich zeichneten, waren Josef Lenk und bis 1953/54 der bekannte Schriftsteller Louis Fűrnbërg. Der Kommunist Josef Lenk (1902–1985) war bereits zwischen 1930 und 1938 Funktionär beim tschechischen Einheitsverband der Angestellten gewesen. In der Zeit zwischen 1939 und 1945 emigrierte er nach Großbritannien. Ab 1945 wirkte er wieder im Zentralrat der Gewerkschaften in Prag. Dort war er bis 1967 für die „Arbeit unter den tschechoslowakischen Bürgern deutscher Nationalität“ verantwortlich. Danach schrieb und lektorierte er noch für die deutschsprachige „Prager Volkszeitung“ in der ČSSR. Er soll dort zeitweise Chefredakteur gewesen sein. Lenk war Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPČ). Er war zwischen 1946 und 1967 ein zentraler Ansprechpartner für die SED-Funktionäre der Prager DDR-Botschaft, wenn es um Fragen der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei ging.³²³

³¹⁹ Ebenda, Bl. 6.

³²⁰ Vgl. Brief: Fragen der deutschsprachigen Bevölkerung, 12. März 1957, in: PAAA MfAA A 2303, Bl. 3.

³²¹ Vgl. Bericht über die deutschsprachige Bevölkerung in der ČSR, 23. Juli 1953, in: PAAA MfAA A 2540, Bl. 14; Beate Ihme-Tuchel, Die tschechoslowakische Politik gegenüber der deutschen Minderheit, S. 968.

Ab 1957 war den Schulkindern der deutschsprachigen Bevölkerung, die die tschechoslowakische Schule besuchten, drei Stunden Deutschunterricht in der Woche garantiert. Vgl. Fragen der deutschsprachigen Bevölkerung, 12. März 1957, in: PAAA MfAA A 2303, Bl. 3.

³²² Vgl. Grenztreffen in Vejprty, 15. August 1954, in: PAAA MfAA A 2292, Bl. 8, 9; Zu Fragen der deutschsprachigen Bevölkerung, 12. März 1957, in: ebenda, A 2303, Bl. 2.

³²³ Vgl. Vermerk über ein Gespräch zwischen Genossen Bienert und Genossen Lenk, Prag, 27. Mai 1968, in: PAAA MfAA C 678/72, Bl. 25.

Der Schriftsteller Louis Fűrnnberg³²⁴ war seit 1928 Mitglied der deutschen Sektion der KPČ und als Journalist in Prag und Berlin in den 1920er und 1930er Jahren bei verschiedenen kommunistischen Zeitungen tätig. Zwischen 1939 und 1946 emigrierte er nach Palästina. 1946 kehrte er in die ČSR zurück, wo er wieder journalistisch tätig war. Zwischen 1949 und 1952 hatte er das Amt eines Ersten Botschaftsrats für Kultur der ČSR in der DDR inne, 1953/54 war er leitend zuständig für „anderssprachige nationale Gruppen“, also auch für die deutsche Minderheit, im Prager Ministerium für Schulwesen und Volkskultur. 1954 siedelte er in die DDR, nach Weimar, über und übernahm dort die stellvertretende Leitung der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätte der klassischen deutschen Literatur.

Der umfassende Bericht der DDR-Botschaft in Prag von Mitte 1953 bestätigte die Assimilierungsstrategie gegenüber der deutschsprachigen Bevölkerung in der ČSR: Partei und Regierung der ČSR sind „entschlossen, jetzt die Frage der festen Eingliederung der Deutschen in den tschechoslowakischen Staatsverband in die Hand zu nehmen und die frühere zögernde Haltung aufzugeben. Man will den Deutschen, die eine positive Haltung zur Republik erkennen lassen, [...] die feste Eingliederung [...] in das Bündnis der Völker und Nationalitäten der ČSR“ anbieten.³²⁵ Die DDR/SED akzeptierte die Assimilierungspolitik widerspruchsfrei, ja bewertete sie sogar anerkennend positiv.

Obwohl die tschechoslowakische Regierung – wenn auch langsam und zögerlich – ihre Haltung zur deutschsprachigen Bevölkerung einer angemesseneren Minderheitenpolitik anpaßte, blieb in Staat und Nachkriegsgesellschaft weiterhin die Furcht vor den Deutschen als einer Art „Fünfte Kolonne“ existent.³²⁶ Für nicht erwünscht hielten ČSR-Staats- und KPČ-Organen in der ersten Hälfte der 1950er Jahre jedes direkte Zusammentreffen von tschechoslowakischen Bürgern deutscher Nationalität mit Bürgern oder auch Verwandten aus der DDR und der Bundesrepublik. Auf regionaler Ebene der tschechoslowakischen und der ostdeutschen Seite nahmen die Funktionäre das Kontaktverbot nicht so streng. 1949 fand ein 1. Mai-Treffen zwischen Funktionären der SED des Kreises Pirna und Funktionären der KPČ des Kreises Aussig (Ústí) statt, obwohl das ZK der KPČ in Prag dies nicht wünschte. Die Kreise Pirna und Ústí waren an weiteren Zusammenkünften interessiert. Die SED-Spitze – Walter Ulbricht persönlich – befürwortete diese Idee³²⁷: Das SED-Sekretariat beschloß am 15. Juli 1949: „Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Verstärkung des Ge-

³²⁴ Louis Fűrnnberg (1909–1957), geboren in Iglau (Mähren), ausgebildeter Kunstkeramiker und Kaufmann, 1952 im Zusammenhang mit dem Slánský-Prozeß von allen Ämtern abberufen, daher auch Übersiedlung (bzw. eher Flucht) in die DDR. Im Juni 1969 ließ der tschechoslowakische Botschafter in der DDR den Witwen von Louis Fűrnnberg und F. C. Weiskopf Rehabilitationsurkunden überreichen, in denen es hieß, „daß die Beschuldigungen gegen diese beiden tschechoslowakischen Diplomaten, die in der DDR Zuflucht gefunden hatten, in den 1950er Jahren unbegründet waren“. Fűrnnberg verfaßte Gedichte, Lieder, Poeme, Erzählungen und einen autobiographischen Roman. Vgl. ČSSR-Botschaft, Prag, 19. Juni 1969, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/1156; Wer war wer in der DDR?, S. 237f. Vgl. die Lebensdaten von F. C. Weiskopf, in: ebenda, S. 901.

³²⁵ Bericht über die deutschsprachige Bevölkerung in der ČSR, 23. Juli 1953, in: PAAA MfAA A 2540, Bl. 13, 14.

³²⁶ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die tschechoslowakische Politik gegenüber der deutschen Minderheit, S. 970f.; Pavel Kolář, Vertreibung zwischen nationaler Meistererzählung und Deutungspluralität, S. 925–940.

³²⁷ Die SED hatte zu Beginn der 1950er Jahre keine Probleme, die ehemals sudetendeutschen Orte in der ČSR mit dem deutschen Namen und nicht dem tschechischen zu bezeichnen – wie beispielsweise Aussig, Pilsen, Reichenberg, Karlsbad. Vgl. SED-Landesleitung Sachsen an das ZK der SED, 23. Oktober 1950, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/193.

dankens der internationalen Solidarität würden wir empfehlen, das ZK der KPČ zu bitten, dem Kreis Aussig der KPČ die Anregung zu geben, am Kreistreffen der SED in Pirna mit einer Delegation teilzunehmen.“³²⁸ Vermutlich wurden diese Treffen zunächst wegen des Widerspruchs aus Prag nicht fortgesetzt.

Im August 1954 fand ein Grenztreffen in Vejprty (Weipert – südlich von Annaberg Buchholz) statt, das seit längerer Zeit vom Kreisverband Karlovy Vary (Karlsbad) vorbereitet worden war. Die DDR-Seite meinte dazu: „Das Freundschaftstreffen [...] sollte sicherlich zur Befriedigung der Wünsche der deutschsprachigen Bevölkerung in dem Grenzgebiet beitragen. [...] Die deutschsprachige Bevölkerung in den Grenzgebieten beabsichtigte [...], einen größeren Kreis von ehemaligen Bewohnern dieser Gebiete bei dem Grenztreffen begrüßen zu können.“³²⁹ An dem Treffen nahmen auch DDR-Botschaftsangehörige aus Prag teil, denen diese Zusammenkunft jedoch politisch unangebracht erschien.³³⁰ In denunzierender Art schrieb ein Diplomat über den tschechoslowakischen Organisator des Grenztreffens, den 1. Sekretär des Nationalausschusses Karlovy Vary, nach Berlin zum Außenministerium: „Mein persönlicher Eindruck über den 1. Sekretär ist, daß er die Probleme nicht genügend kennt [...] Er äußerte z. B., warum gibt es keine Zeitung der KPČ in deutscher Sprache, wie es früher gewesen ist. Früher hätte ‚Rude Pravo‘ [Zentralorgan der kommunistischen Partei] eine deutsche Seite gehabt, die wäre auch heute wieder notwendig. [...] Der Sekretär [...] erklärte auch, daß die Umsiedleraktion 1945/46 ein großer Fehler gewesen sei, daß es dadurch in den Grenzgebieten an Menschen mangelt und es kompliziert ist, den [...] Boden intensiv zu bewirtschaften.“³³¹

Der Botschaftsfunktionär versuchte seinen Gesprächspartner aus Karlovy Vary von der eigentlich üblichen tschechoslowakischen Agitation zu überzeugen, indem er ideologisch korrekt meinte, daß er die Frage der Umsiedlungsaktion anders sehe. Man könne doch nicht bestreiten, „daß die deutsche Bevölkerung in der ČSR als 5. Kolonne gewirkt habe“.³³² Zum Schluß urteilte der DDR-Mann etwas milder gestimmt, daß es sich bei dem tschechischen Sekretär um einen „offensichtlich [...] der Partei und Regierung der ČSR treu ergebenden Menschen handelt, der von ganzem Herzen die Freundschaft zwischen der deutschen und tschechoslowakischen Bevölkerung wünscht“, aber sich „von den Problemen [...] und Schwierigkeiten erdrücken läßt“.³³³

Den Bericht über das Grenztreffen in Vejprty am 15. August 1954 abschließend, zeigte sich der DDR-Funktionär beruhigt, daß dieses Treffen letztlich nur in sehr kleinem Rahmen – zirka 500 Personen, darunter 80 aus der DDR – stattfand und über die Region hinaus nicht weiter bekannt geworden sei.³³⁴ Für die DDR-Bürger, insbesondere für „ehemalige sudetendeutsche Umsiedler“, so seine Meinung, sei diese Art von Zusammenkünften

³²⁸ Vorlage für das Kleine Sekretariat, 15. Juli 1949, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/193; vgl. An Wilhelm Pieck, 4. Juli 1949, in: ebenda.

³²⁹ Grenztreffen in Vejprty am 15. August 1954, in: PAAA MfAA A 2292, Bl. 7.

³³⁰ Die Diplomaten schrieben nach Ost-Berlin: Vejprty hatte vor 1945 etwa 12000 Einwohner, 1954 noch etwa 6000, „so daß der zur Verfügung stehende Wohnraum nicht voll ausgenutzt ist. Diverse Gebäude sind unbewohnt. Oft sind [...] die Gebäude der Witterung ausgesetzt. Die jetzt in V. wohnhafte Bevölkerung ist [...] aus den Nord-Ost-Mährischen Gebieten nach V. umgesiedelt worden. Von Seiten der Behörden wird alles getan, um ein gutes Verhältnis der deutschsprachigen mit der tschechoslowakischen Bevölkerung herzustellen.“ Ebenda, Bl. 8.

³³¹ Grenztreffen in Vejprty am 15. August 1954, in: PAAA MfAA A 2292, Bl. 9.

³³² Ebenda, Bl. 10.

³³³ Ebenda.

³³⁴ Vgl. ebenda, Bl. 10–12.

noch verfrüht und hätte keine positive politische Wirkung. Die Lage auf der tschechischen Seite in den Grenzgebieten – verfallene, leere Häuser, dünne Besiedlung, brachliegende Äcker – „ist noch nicht so, daß man sagen kann, daß die [DDR-]Delegation positive Eindrücke mit nach Hause nimmt.“³³⁵

Im September 1956 fragten Mitarbeiter der DDR-Nationalen Front Funktionäre einer ČSR-Delegation: „Hat man immer noch Angst, Deutsche und Tschechoslowaken wirklich [...] zusammenkommen zu lassen?“³³⁶ In ungewohnter Offenheit sprach ein ostdeutscher Mitarbeiter einer Kreisorganisation der Nationalen Front das diffizile Problem der „Umsiedlungen“ an: „Liebe tschechoslowakische Freunde, Sie [...] hatten Gelegenheit mit ehemaligen Umsiedlern aus der ČSR ins Gespräch zu kommen. Wenn wir auch sagen können, daß das Umsiedlerproblem bei uns gelöst ist und diese Menschen in der DDR eine neue Heimat gefunden haben, so besteht doch bei vielen der Wunsch, einmal ihre ehemalige Heimat wiederzusehen. [...] Aber warum denn noch [immer] Mißtrauen gegenüber der DDR? Wir wissen, daß das Problem der Besiedlung der verlassenen Grenzgebiete von Ihrer Seite ein schwieriges Problem ist [...]“³³⁷ Leider ist eine Antwort der tschechoslowakischen Delegierten auf diese Fragen in den Akten nicht überliefert.

Die SED-Führung kritisierte in den 1950er Jahren mehrfach – ähnlich wie in Polen – die ihrer Überzeugung nach mangelnde propagandistische Aufklärungsarbeit der kommunistischen tschechoslowakischen Staatspartei, die Unterschiede zwischen Deutschen in der DDR und in der Bundesrepublik deutlicher herauszustellen. Schon 1948/49 sollte intensiver über „zweierlei Deutschland“ in der tschechoslowakischen Presse geschrieben werden, so meinte die SED-Führung.³³⁸

Die Frage nach dem Standpunkt der DDR/SED zur Umsiedlung der Sudetendeutschen tauchte in Gesprächen und bei Zusammenkünften von Ostdeutschen und Tschechoslowaken in den 1950er Jahren immer wieder auf.³³⁹ 1955 unterrichtete die SED-Spitzenfunktionärin Hanna Wolf³⁴⁰ auf einem ZK-Plenum ihre Parteifreunde über ihre Eindrücke einer Reise durch die ČSR: „Es gibt dort unter den [tschechoslowakischen] Genossen [...] sehr viele Fragen und Unklarheiten [...] über die Entwicklung in der DDR. Vor allen Dingen waren es die Fragen [...] über das Leben und Schicksal der Umsiedler in Deutschland, in der DDR und in Westdeutschland. Uns scheint es notwendig zu sein, daß man eine besondere Lektion über die Umsiedler in der DDR ausarbeitet und gegenüberstellt, wie die Umsiedler in Westdeutschland leben.“³⁴¹

Ein KPČ-Bericht vom Mai 1955 gab weitere Hinweise darauf, daß viele Tschechen ihre Distanz zum deutschen Nachbarn auch zehn Jahre nach Kriegsende nicht abgelegt hatten und keineswegs zwischen Ost- und Westdeutschen unterschieden. Die gängige Stimmung

³³⁵ Ebenda, Bl. 12.

³³⁶ Einige Argumente zum Erfahrungsaustausch mit der ČSR-Delegation, September 1956, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 5246.

³³⁷ Ebenda.

³³⁸ Vgl. Hausmitteilung an Otto Grotewohl: Übersicht, wie die tschechoslowakische Presse die Fragen Deutschlands behandelt, 5. Mai 1948, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/9.02/59.

³³⁹ Vgl. An Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht: Auskünfte an unsere tschechischen Freunde, 6. Januar 1950, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/193.

³⁴⁰ Hanna Wolf (1908–1999), KPD- dann SED-Spitzenfunktionärin, 1950 bis 1983 Direktorin der Parteihochschule beim ZK der SED. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 933.

³⁴¹ Protokoll der 24. ZK-Tagung, 1./2. Juni 1955, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/1/147, Bl. 118.

in der Bevölkerung lautete: „Die Deutschen bleiben Deutsche, und deswegen sei es unmöglich, ihnen zu glauben“.³⁴²

Die SED-Führung in Berlin und die DDR-Diplomaten in Prag registrierten ab 1955 und deutlicher ab 1956, in der Liberalisierungsphase nach dem „Entstalinisierungsparteitag“ der KPdSU, daß die Führung der KPČ der „Arbeit unter der deutschsprachigen Bevölkerung“ zumindest verbal mehr Aufmerksamkeit widmete. In SED-Kreisen wollte man von der Existenz KPČ-interner Beschlüsse zur Problematik der Deutschen in der ČSR von Ende 1956 erfahren haben. Offiziell schienen DDR-Regierung bzw. SED-Führung über keine bzw. nur sehr vage Informationen zu verfügen.³⁴³ Die neuen Beschlüsse der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei bestätigten die Assimilierungspolitik für die tschechoslowakischen Bürger deutscher Nationalität und wandten sich gegen möglicherweise vorhandene Ausreisewünsche. Eine nur ansatzweise gedachte Akzeptanz einer nationalen deutschen Minderheit in der ČSR zehn bis fünfzehn Jahre nach dem Ende des Krieges war nicht denkbar.

In der ČSR wurde der Begriff „nationale Minderheit“ bezüglich der Deutschen – anders als bei der ausdrücklich so benannten ungarischen, polnischen und ukrainischen Minderheit – weiterhin vermieden. Offizielle Stellen sprachen von der „deutschen Bevölkerung“.³⁴⁴ Die Argumentation der KPČ auf die Frage – „Sind die Deutschen in der ČSR als nationale Minderheit zu behandeln?“ – lautete: Die deutschsprachige Bevölkerung stelle keine nationale Minderheit dar, sie seien nur ein „Rest einer solchen Minderheit, die früher einmal bei uns lebte [...] Man dürfe sich nicht von der Zahl der Bewohner täuschen lassen [...] Die deutschsprachige Bevölkerung besiedelt nirgends ein Gebiet dichter, sondern lebt im Grenzgebiet verstreut, sie bildet nirgends die Mehrheit der Bevölkerung einer Ortschaft oder einer Stadt. [Die Deutschen] leben als gleichberechtigte tschechoslowakische Staatsbürger unter diesen“.³⁴⁵ Sowohl die ostdeutsche wie die tschechoslowakische Seite wußten von der Unglaubwürdigkeit dieser Argumentation. Die DDR äußerte sich nicht öffentlich dazu.

Die Deutschen in der ČSR stellten zahlenmäßig eine größere Gruppe als die ukrainische oder die polnische Minderheit dar. Die „deutsche Bevölkerung“ konzentrierte sich sehr wohl in den ehemals sudetendeutschen Gebieten, insbesondere in West- und Nordböhmen, an der Grenze zwischen ČSR und DDR bzw. ČSR und Bundesrepublik. Im Bezirk Chomutov (Komotau) lag der Anteil der „Bevölkerung deutscher Nationalität“ bei knapp über 10 Prozent und im Bezirk Sokolov (Falkenau an der Eger) bei über 25 Prozent. In der ČSR gab es noch 1961 21 Gemeinden mit einem Anteil der deutschen Bevölkerung von mehr als 50 Prozent. Diese Gemeinden lagen in den Bezirken Karlovy Vary (Karlsbad), Sokolov (Falkenau), Prachatice (Prachatitz), Přebus, Teplice (Teplitz-Schönau) und Chomutov (Komotau).³⁴⁶

³⁴² Zitiert bei Volker Zimmermann, Von Gegnern zu Verbündeten, S. 203.

Die „Deutschen werden global [noch 1959] als Schuldige der faschistischen Greuel angesehen. [...] Die verschiedenartige Entwicklung der beiden Teile Deutschlands [nach 1945] wird nicht ausreichend erläutert.“ Bericht über das Verhältnis der tschechoslowakischen Bevölkerung zur DDR, 25. Juni 1959, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/200.

³⁴³ Vgl. Brief: Vorsitzende des Deutschen Demokratischen Rundfunks Prag an das Staatliche Rundfunkkomitee Berlin: Deutschsprachige Bevölkerung, 12. März 1957, in: PAAA MfAA A 11828, Bl. 2.

³⁴⁴ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die tschechoslowakische Politik gegenüber der deutschen Minderheit, S. 971.

³⁴⁵ Brief: Vorsitzende des Deutschen Demokratischen Rundfunks Prag an das Staatliche Rundfunkkomitee Berlin: Deutschsprachige Bevölkerung, 12. März 1957, in: PAAA MfAA A 11828, Bl. 4.

³⁴⁶ Vgl. Einige Angaben über die Bürger deutscher Nationalität, 1. März 1961, in: PAAA MfAA C 1115/73, Bl. 49, 50.

Die KPČ-Beschlüsse über die Arbeit mit den Deutschen von Ende 1956 zielten offiziell darauf ab, „die deutschsprachige Bevölkerung als aktive Erbauer des Sozialismus zu gewinnen“. Diese Arbeit sollte von nun an systematisch und unter Einbeziehung tschechischer und deutscher KPČ-Funktionäre und Mitglieder erfolgen, indem in den einzelnen Bezirken und Kreisen des Landes, in denen die deutschsprachigen ČSR-Bürger lebten, spezielle, etwa achtköpfige Kommissionen bei der Partei – sogenannte Nationalausschüsse – gebildet wurden, die für die „Arbeit mit den Deutschen“ verantwortlich zeichneten. Zudem sollten alle deutschen KPČ-Mitglieder am Parteilehrjahr – einer obligatorischen monatlichen partei-internen Schulungsveranstaltung –, wenn nötig in deutschsprachigen Zirkeln, teilnehmen. Als Hauptschulungsthema war die Problematik der „Nationalitätenfrage und des proletarischen Internationalismus“ vorgesehen, Parteibeschlüsse und Materialien darüber erschienen in deutscher und tschechischer Sprache. Die zu gründenden Nationalausschüsse der KPČ hatten ihre Tätigkeit nicht nur auf die Kultur und Bildung auszurichten, sondern sich in die gesamte kommunalpolitische Arbeit einzubinden.³⁴⁷ Insgesamt aber, so schien es, waren die neuen KPČ-Beschlüsse vordergründig auf Agitation und Propaganda ausgerichtet, um sowohl beim tschechischen als auch beim deutschen Bevölkerungsteil zu erreichen, daß diese „einen endgültigen Strich unter die Vergangenheit“ zögen, um nach vorne zu schauen, um eine neue „sozialistische Gesellschaft der Tschechoslowakei“ zu errichten.³⁴⁸

Im Jahr 1956 fanden, wie auch in der VR Polen, in Rumänien und Ungarn, Gespräche und Verhandlungen zwischen dem (West)-Deutschen Roten Kreuz (DRK) und der Roten-Kreuz-Gesellschaft der ČSR über Familienzusammenführungen statt. Unklar war und blieb, wie viele von den etwa 160 000 bis 180 000 deutschsprachigen Bürgern der ČSR Anträge stellen würden, um in die Bundesrepublik oder in die DDR auszureisen. Dem DRK der Bundesrepublik sollen 1956 50 000 Repatriierungsanträge vorgelegen haben, die sich größtenteils aber nicht auf die „engste Familienzusammenführung“ erstreckten.³⁴⁹ Auch die DDR-Regierung ging Anfang 1957 von zirka 55 000 Ausreisewilligen aus.³⁵⁰ Nach Angaben der DDR verringerte sich die „Anzahl der Bürger deutscher Nationalität in der ČSR“ zwischen 1950 und 1960 um etwa 23 000, wovon aber nur 5 000 Deutsche in die Bundesrepublik bzw. in die DDR übersiedelten.³⁵¹

Über die 1956 geführten Verhandlungen des Roten Kreuzes der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei informierte die ČSR-Regierung die DDR-Führung nicht. Öffentlich wagte die SED nicht, dies zu monieren. Der tschechoslowakische Staat hatte politische und ökonomische Interessen, auch mit dem südwestlich angrenzenden zweiten deutschen Staat Bundesrepublik Deutschland halbwegs gute auswärtige Beziehungen zu unterhalten. Auch wenn die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sich noch bis 1973 hinzog – was die Zeitgenossen damals nicht wissen konnten –, hoffte die ČSR auf eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen zur Bundesrepublik. Trotzdem meinte die ČSR-Führung in den frühen 1950er Jahren keinen Grund zu haben, größere Gruppen ausreisewilliger Deutscher, deren Familienangehörige vorwiegend in der Bundesrepublik lebten, dorthin übersiedeln

³⁴⁷ Vgl. Brief: Vorsitzende des Deutschen Demokratischen Rundfunks Prag an das Staatliche Rundfunkkomitee Berlin: Deutschsprachige Bevölkerung, 12. März 1957, in: PAAA MfAA A 11828, Bl. 3.

³⁴⁸ Ebenda.

³⁴⁹ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die tschechoslowakische Politik gegenüber der deutschen Minderheit, S. 972.

³⁵⁰ Vgl. Vermerk: Unterredung mit dem Genossen Lenk, 4. Februar 1957, in: PAAA MfAA A 2551.

³⁵¹ Vgl. Einige Angaben über die Bürger deutscher Nationalität, Stand 1. März 1961, in: PAAA MfAA C 1115/73, Bl. 49.

zu lassen. Und als souveräner Staat hatte die ČSR keinen Anlaß, in der diffizilen „deutschen Frage“ die Ostdeutschen vorher zu konsultieren.

Die SED-ZK-Abteilung Staatliche Verwaltung wies die Botschaft in Prag an, in Erfahrung zu bringen, welche Vereinbarungen zwischen den Roten-Kreuz-Gesellschaften geschlossen worden waren. Aber die Botschaftsfunktionäre konnten dazu keine Auskünfte nach Berlin liefern.³⁵² Sie konnten nur berichten, „daß Anträge auf Familienzusammenführung, die aufgrund der Verhandlungen zwischen den Roten-Kreuz-Gesellschaften der ČSR und der BRD von Seiten Westdeutschlands an die entsprechenden Stellen der ČSR gestellt werden, innerhalb von wenigen Tagen bearbeitet und entschieden werden. Die Anträge jedoch, die unsere Botschaft stellt, werden sehr schleppend und mit großer Verzögerung bearbeitet. Auch die Anträge des Ministeriums des Innern [der DDR] [...] werden seitens der ČSR erst nach längeren Verzögerungen entschieden.“³⁵³ Hier trat das gleiche Problem zutage wie bei den Übersiedlungsanträgen Deutscher in der Volksrepublik Polen in die Bundesrepublik bzw. in die DDR.

Der seit 1953 amtierende DDR-Botschafter in der ČSR³⁵⁴, Bernard Koenen³⁵⁵, berichtete Ende Oktober 1956 an sein Außenministerium über die Stimmung unter der deutschsprachigen Bevölkerung: In Gesprächen „werde ich darauf hingewiesen, daß zur Zeit unter den Deutschen in der ČSR vor allem diskutiert wird: Wie kommen wir nach Westdeutschland?“³⁵⁶ Die Ursache für die Auswanderungsdiskussion sahen der DDR-Botschafter Koenen und der für die Deutschen verantwortliche Prager Gewerkschaftsfunktionär Josef Lenk in den Abwerbungsversuchen westdeutscher Unternehmer. Diese würden Werbebriefe an Facharbeiter in der ČSR versenden mit Angeboten für sehr gute Bezahlung, Vollbeschäftigung, Familiendoppelhaushälften zum Mieten usw. Die Zahl der Ausreiseanträge deutschsprachiger Bevölkerungsgruppen an die tschechoslowakischen Behörden seien, so Josef Lenk, sprunghaft angestiegen. In Orten mit größerem deutschsprachigen Bevölkerungsanteil, beispielsweise in Vejprty (Weipert), wären alle Koffer und Reisetaschen in den Geschäften ausverkauft. Im Braunkohleschacht Dukla im Sokolover (Falkenauer) Revier hätten fast alle 300 deutschen Bergarbeiter die Ausreise nach Westdeutschland beantragt. Auch ein bekannter Betrieb für Saiteninstrumente, „Cremona“ in Cheb (Eger), mit seinen über 300 deutschen Mitarbeitern meldete nach Prag, daß fast alle Deutschen Ausreiseanträge

³⁵² Vgl. Aktennotiz über Besprechungen mit den Genossen Hegen und Bergmann am 15. Oktober 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/392, Bl. 129, 130.

³⁵³ Ebenda, Bl. 129.

³⁵⁴ Von 1949 bis 1952 war Fritz Willibald Große DDR-Botschafter in Prag.

Fritz Willibald Große (1904–1957), Holzarbeiter, 1920/21 Übersiedlung in die SU, Angehöriger der Roten Armee, 1921 wieder in Deutschland, 1921 KPD-Mitglied, seit 1923 im KPD-Nachrichtendienst, KJVD-Funktionär, 1932/33 MdR, 1933/34 in Prag und Moskau, 1934 Verhaftung in Deutschland, bis 1945 Zuchthaus- und KZ-Haft, 1945/46 KPD/SED-Funktionär in Sachsen, persönlicher Referent von Anton Ackermann, dann Botschafter. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 278f.

Ähnlich wie in der VR Polen waren die DDR-Botschafter in Prag – Bernard Koenen von 1953 bis 1958 und Georg Stibi von 1958 bis 1961 – altbewährte kommunistische Funktionäre, die Jahre ihrer Emigration in der Sowjetunion verbracht hatten und Komintern-Mitarbeiter gewesen waren. Vgl. ihre Biographien, in: Wer war wer in der DDR?, S. 278f., 449, 826.

³⁵⁵ Bernhard Koenen (1889–1964), 1907 SPD, 1920 KPD, ab 1921 hauptamtlicher KPD-Funktionär, 1924–1929 Mitglied des Preußischen Staatsrates, 1933 in sowjetischer Emigration, 1937 und 1939 in NKWD-Haft, 1941–1945 Arbeit für das NKFD, 1946–1952 1. Sekretär der SED-LL von Sachsen-Anhalt, 1946–1946 ZK-Mitglied, 1953–1958 Botschafter in der ČSR. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 449.

³⁵⁶ Schreiben Bernard Koenen an das MfAA, 24. Oktober 1956, in: PAAA MFAA A 11470, Bl. 10.

gestellt hätten.³⁵⁷ Die Diskussionen über die Ausreise bzw. Übersiedlung hatten nach Meinung der Tschechen und Slowaken auch auf die „politisch bewußten Deutschen“ übergegriffen. Diese fragten jetzt öffentlich, „ob sie nicht auch in die DDR auswandern können, da sie sich sonst als einzige Deutsche so verlassen fühlen würden“.³⁵⁸

Der DDR-Botschaft fiel wieder nichts anderes ein, als eine umfassende Propagandakampagne vorzuschlagen, damit die „Ausreishysterie“ eingedämmt und die deutschsprachige Bevölkerung zum Verbleiben in der ČSR animiert werde. Die DDR bot dabei Unterstützung vor allem auf kulturellem Gebiet an, u. a. durch Bereitstellung von deutschsprachiger Literatur und Schulmaterialien, durch den Austausch von Theatergruppen, Chören, Kinofilmen und Radioprogrammen. Zugleich aber versicherte Botschafter Koenen der tschechoslowakischen Seite in fast unterwürfiger Weise, „daß die politische Aufklärung der deutschsprachigen Staatsbürger der ČSR im Sinne der Verbundenheit und des Patriotismus zur Tschechoslowakischen Republik erfolgen muß und daß dies vor allem eine interne [...] Angelegenheit der ČSR und ihrer Organe ist“ und bleibe.³⁵⁹

Weder die SED- noch die KPČ-Funktionäre kamen auf mögliche eigene Fehler im Umgang mit der deutschsprachigen Bevölkerung in der ČSR zu sprechen, die zu dieser Ausreisewelle geführt haben könnten. Nicht eine verfehlte Minderheitenpolitik gegenüber den Deutschen waren ein Grund für den Übersiedlungswillen der Deutschen, sondern allein die „Hetze und Propaganda Westdeutschlands“ und die „revanchelüsternen Kräfte der sudetendeutschen Revanchisten [sic!]“.³⁶⁰ Im ZK-Apparat der SED hieß es dazu: „Uns liegen [...] Informationen vor, denen zufolge die revanchistische Politik der westdeutschen Regierung bei einem Teil der tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität, und zwar besonders in Westböhmen, einen gewissen Boden findet.“³⁶¹ Der für die „Arbeit unter den Deutschen“ zuständige Gewerkschaftsfunktionär Josef Lenk, der auch KPČ-ZK-Mitglied war, formulierte dies noch drastischer: In Westböhmen seien die „reaktionären und faschistischen Auffassungen unter der deutschsprachigen Bevölkerung“ weit verbreitet. Es gäbe enge Verbindungen zu Westdeutschland, so z. B. in Karlovy Vary (Karlsbad), wo monatlich mehr als 50 Verwandtenbesuche aus oder nach Westdeutschland stattfänden. Auf diese Weise kämen viele westdeutsche Zeitungen, vor allem „revanchistische Zeitungen der Landsmannschaften“, in die ČSR. Auch empfangen man insbesondere in Westböhmen westdeutsche Fernseh- und Radiosendungen besonders gut.³⁶² Eine führende Rolle bei dieser „revanchistischen Politik und Propaganda“ spiele, so waren sich die SED- und KPČ-Funktionäre einig, die Sudetendeutsche Landsmannschaft in der Bundesrepublik.³⁶³

Einen weiteren Grund für die gescheiterte Integration sah die KPČ-Kreisleitung von Liberec (Reichenberg) in den Einstellungen der tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität. Ihr Verhältnis zum Staat und zur kommunistischen Partei bezeichneten

³⁵⁷ Vgl. ebenda, Bl. 10, 11.

³⁵⁸ Ebenda, Bl. 11.

³⁵⁹ Ebenda, Bl. 12.

³⁶⁰ Vgl. Hermann Matern, 20 Jahre Münchener Diktat – eine Warnung an die Kriegstreiber, 25. September 1958, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/200; Materialien für eine Kampagne gegen den „Sudetendeutschen Rat“, 10. April 1956, in: ebenda, DY 30 IV 2/20/199.

³⁶¹ Die Entwicklung der KP der ČSR seit der Moskauer Beratung vom November 1957, 19. November 1958, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/196.

³⁶² Vgl. Arbeit unter den tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität, 6. November 1958, in: PAAA MfAA A 10996, Bl. 1, 2.

³⁶³ Vgl. Information des Außenministers der ČSR für die sozialistischen Botschafter, 12. März 1959, in: SAPMO-BA DY 30/3614.

sie als „nicht gut“. Die „Deutschen sind entweder politisch völlig indifferent oder sogar [...] feindlich gegenüber der volksdemokratischen Ordnung in der ČSR eingestellt.“³⁶⁴ Die Stadt Jablonec (Gablonz an der Neiße) wurde als „drastisches Beispiel feindlicher Einstellung der Deutschen“ dargestellt. Ein Drittel der Einwohner der Stadt Jablonec (Gablonz) setzte sich aus Deutschen zusammen, die zum großen Teil ohne tschechoslowakischen Paß, also staatenlos, waren. Diese Deutschen würden auf die Möglichkeit zur Ausreise in die Bundesrepublik warten. Die Verbindungen der Deutschen aus Jablonec nach Westdeutschland wären über Privatbesuche, Rundfunk und Publikationen besonders intensiv.³⁶⁵

Erst ab 1958 waren auch kritische ostdeutsche und selbstkritische tschechoslowakische Stimmen zu hören, die Probleme und Fehlentwicklungen der tschechoslowakischen Minderheitenpolitik bezüglich der Deutschen im Land ansprachen bzw. zugaben. Während eines Zusammentreffens im März 1957 zwischen einer DDR-Volkskammerdelegation unter Leitung des ZK-Sekretärs Erich Mückenberger³⁶⁶ und dem Staatspräsidenten der ČSR, Antonín Zápotocký, sprach dieser über die „deutschsprachige Bevölkerung im Karlsbader Gebiet“. Dort lebten noch zirka 40 000 „Bürger deutscher Nationalität“, im Gebiet um Liberec (Reichenberg) zirka 30 000. Zápotocký äußerte, im Kreis Karlovy Vary (Karlsbad) sei viel vernachlässigt worden, besonders die Dörfer würden einen schlechten Eindruck machen. Die Menschen, die man dort neu ansiedelte, hätten sich nur die guten Häuser herausgesucht und die anderen verkommen lassen. „Das sei eine schlechte Reklame für die neue Ordnung [in der ČSR]“. Präsident Zápotocký gab zu, „daß die durch die Vernachlässigung vieler Gebäude entstandenen Schäden größer als die eigentlichen Kriegsschäden sind“.³⁶⁷

Die ČSR machte auf das Problem der Neu-Besiedlung der Grenzregionen, der ehemals sudetendeutschen Gebiete, aufmerksam. Die KPČ hatte 1956 den „Aufbau und die Besiedlung der Grenzgebiete als vordringliche Aufgabe“ beschlossen. Aber trotz aller Bemühungen war die tschechoslowakische Gesellschaft von der Erfüllung dieser Aufgabe am Ende der 1950er Jahre noch weit entfernt, obwohl es einzelne Erfolge gab. So stellte man auf DDR-Seite Ende 1958 fest, daß „mit großer Aufwendung von Mitteln und Material der Marktplatz in Cheb [Eger] wieder in der früheren Gestalt aufgebaut“ wird.³⁶⁸

Tschechoslowakische Funktionäre versuchten, auch die Schuld für das schwer zu lösende Problem der Grenzbesiedlung den „westdeutschen Imperialisten“ zuzuschieben. Diese würden in ihrer aggressiven Propaganda verbreiten, doch eines Tages wieder in die Sudetengebiete zurückzukehren. „Diese Parolen werden unter der tschechischen Bevölkerung in Umlauf gebracht, so daß [...] viele tschechische Bürger diese Gebiete wieder verlassen.“³⁶⁹

1958/59 abgegebene Reiseberichte von DDR-Diplomaten über Fahrten durch das tschechische Grenzgebiet beschrieben, daß die Städte „Karlovy Vary (Karlsbad), [...] Cheb (Eger),

³⁶⁴ Unterredung mit der Kreisleitung der KPČ-Liberec, 16. Juni 1959, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/200.

³⁶⁵ Vgl. ebenda.

³⁶⁶ Erich Mückenberger (1910–1998), 1927 SPD, nach 1933 Schlosser, Wehrmacht, 1950–1989 ZK-Mitglied, 1950–1989 Volkskammerabgeordneter, seit 1958 Politbüromitglied, 1961–1971 1. Sekretär der SED-BL Frankfurt/O., 1971–1989 Vorsitz der ZPKK des ZK der SED, 1990 SED/PDS-Ausschluß. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 593.

³⁶⁷ Aufzeichnung: Aussprache zwischen der Delegation der DDR-Volkskammer und dem Präsidenten der ČSR, Antonín Zápotocký, 27. März 1957, in: PAAA MfAA A 11828, Bl. 107.

³⁶⁸ Die Entwicklung der KP der ČSR seit der Moskauer Beratung vom November 1957, 19. November 1958, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/196.

³⁶⁹ Arbeit unter den tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität, 6. November 1958, in: PAAA MfAA A 10996, Bl. 6.

As (Asch), Litvinov (Oberleutendorf) und vor allem die kleineren Gemeinden einen sehr vernachlässigten Eindruck“ machten. Negativ äußerten sie sich auch über die Tatsache, daß die staatlichen tschechischen Organe versuchten, die durch die Nachkriegsaussiedlungen verringerte Einwohnerzahl in den früheren Sudetengebieten durch das „Ansiedeln und Seßhaftmachen von Zigeunern“ auszugleichen. Diese Ansiedlungsversuche waren mit großen Schwierigkeiten verbunden, die an die Sinti und Roma zugewiesenen Häuser und Wohnungen verkamen oft. Die DDR-Botschaftsmitarbeiter waren sich einig, „daß die Ansiedlung von Zigeunern in den Grenzgebieten nicht die beste Lösung ist, um die dortige Lage“ – auch unter der verbliebenen deutschsprachigen Bevölkerung – „zu verbessern“.³⁷⁰

Bis 1960 hatte sich am Zustand der Grenzregionen nicht viel verändert. Botschaftsfunktionäre übermittelten im Mai 1960 nach Ost-Berlin, daß z. B. der Ort Jáchymov (St. Joachimsthal) äußerlich einen schlechten Eindruck machte. In „Jáchymov stehen noch zahlreiche Gebäude leer und sind dem Verfall preisgegeben. Große Steinhäufen erinnern daran, daß [hier] [...] früher Häuser standen. Sie sind zwar eingerissen, aber nicht weggeräumt.“³⁷¹ Erste Anzeichen auf Besserung seien zu erkennen, hieß es weiter im Bericht. Die Stadt Jáchymov (St. Joachimsthal)³⁷² solle seine „alte, bekannte Stellung als Kurbad wiedererhalten.“ In den Orten Vejprty (Weipert) und Nejdek (Neudeck) schien der allgemeine und bauliche Zustand aus ostdeutscher Sicht „zufriedenstellend“. Die Botschaftsmitarbeiter berichteten auch, daß die Städte Ostrov (Schlackenwerth) und Mariánské Lázně (Marienbad) in „tadellosem Zustand“ wären, „jedoch mußten wir feststellen, daß es noch eine ganze Reihe von Häusern und Hotels gibt, deren Kapazität nicht ausgenutzt wird.“³⁷³

In den internen und öffentlichen Berichten und Dokumenten der tschechoslowakischen Seite wechselte ab 1958 die Bezeichnung für die „deutschsprachige Bevölkerung in der ČSR“ zu „tschechoslowakische Staatsbürger deutscher Nationalität“.³⁷⁴

Wie in den anderen osteuropäischen Staaten mit einer deutschen Minderheit, beispielsweise in Polen, begann auch in der Tschechoslowakei im Mai 1956 der fragwürdige Versuch der DDR, den nicht eingebürgerten Teil der deutschen Minderheit als Staatsbürger der DDR zu registrieren. Auch diese Maßnahme erfolgte vor dem Hintergrund der erwarteten Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik mit der ČSR. Die SED-Führung wollte mit der Registrierungsaktion verhindern, daß die Deutschen in der Tschechoslowakei ihren alleinigen Interessenvertreter in der Bundesrepublik sahen. Mit der Registrierung versuchte die SED, ihre ideologische Beeinflussung dieser Deutschen im marxistisch-leninistischen Sinne zu verbessern, ihrer „Ausreisepsychose“ entgegenzuwirken und sie dem „westdeutschen, revanchistischen Einfluß“ zu entziehen.³⁷⁵

³⁷⁰ Bericht über Besuche bei Bürgern der DDR, 2.–4. Dezember 1959, in: PAAA MfAA A 2552, Bl. 71, 72.

³⁷¹ Bericht über eine Fahrt nach den Kreisen Ostrov und Mariánské Lázně, 23. Mai 1960, in: PAAA MfAA A 12963, Bl. 7.

³⁷² Jáchymov (Sankt Joachimsthal) – eine Stadt im nordwestlichen Böhmen, gehört zur Region Karlovy Vary (Karlsbad); im 19. Jahrhundert Förderung von Silber-Erz, Nickel, Uran-Erz. Joachimsthal ist das älteste Radiumheilbad der Welt.

³⁷³ Bericht über eine Fahrt nach den Kreisen Ostrov und Mariánské Lázně, 23. Mai 1960, in: PAAA MfAA A 12963, Bl. 13.

³⁷⁴ Vgl. Arbeit unter den tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität, 6. November 1958, in: PAAA MfAA A 2303, Bl. 15.

³⁷⁵ Vgl. Zu einigen Staatsangehörigkeitsfragen im Blickpunkt der Registrierung, insbesondere in der VRP und in der ČSSR, 2. Juni 1961, in: PAAA MfAA C 1917/72, Bl. 100–105; Beate Ihme-Tuchel, Die tschechoslowakische Politik gegenüber der deutschen Minderheit, S. 973.

In der Tschechoslowakei existierten hinsichtlich der Staatsangehörigkeit drei verschiedene Gruppen: Staatsbürger, Staatenlose und Ausländer. Der größte Teil der Staatenlosen konnte seine deutsche Staatsangehörigkeit auf der Grundlage des alten Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913 nachweisen. In der ČSR erhielten jene Personen, die keinen gültigen tschechoslowakischen Paß besaßen, den Status eines Staatenlosen und ein entsprechendes Dokument ausgehändigt. Zu der Gruppe der Staatenlosen zählten auch jene Deutschsprachigen, die sich nach dem tschechoslowakischen Staatsangehörigkeitsgesetz vom Mai 1953 konsequent geweigert hatten, die Staatsbürgerschaft der ČSR wieder anzunehmen. Nach DDR-Angaben für das Jahr 1956 handelte es sich bei dieser Gruppe um eine Zahl von zirka 3000 Personen.³⁷⁶ Auch nahm die DDR an, daß eine größere Zahl dieser Staatenlosen einen vom Bundesverwaltungsamt in Köln ausgestellten sogenannten Heimatschein besaß und sich damit der Bundesrepublik Deutschland zugehörig betrachtete. Man mutmaßte, daß bei einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der ČSR und der BRD dieser Personenkreis einen Paß der Bundesrepublik beantragen würde.

Die SED-Führung war sich intern einig, daß sie die ausgestellten Heimatscheine der Bundesrepublik für jene „deutschen Staatsangehörigen, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit auf der Grundlage des alten Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913 erworben haben [also nicht durch die nationalsozialistischen Kollektiveinbürgerungen bei der Besetzung des Sudetengebietes und dann der gesamten Tschechoslowakei zwischen 1938–1945] als gültig anerkennt“.³⁷⁷ Zwar stellte die SED fest, „nur die DDR ist der einzig rechtmäßige deutsche Staat“, sie ging aber davon aus, daß entsprechend dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 beiden deutschen Staaten das Recht der Verleihung einer deutschen Staatsangehörigkeit zustände.³⁷⁸

Der DDR-Außenminister Lothar Bolz wies Anfang Mai 1956 seinen Botschafter in Prag, Bernard Koenen, an, mit der „Registrierung deutscher Staatsangehöriger in der Tschechoslowakischen Republik [...] sofort zu beginnen“.³⁷⁹ Die DDR mußte von einem öffentlichen Aufruf zur Registrierung in Presse und Rundfunk absehen, da der tschechoslowakische Staat aufgrund seiner Assimilierungspolitik dies nicht wünschte.³⁸⁰ Die Registrierung zum „deutschen Staatsbürger der DDR“ bzw. die „Registrierung im Sinne der Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit“ hatte sich auf die Deutschen ohne tschechoslowakischen Paß und ihre Nachkommen zu erstrecken, die bereits vor 1938/39 – also vor der Sammeleinbürgerung des NS-Deutschlands – deutsche Staatsbürger waren, und auf nach 1945 als deutsche Staatsbürger in die ČSR Eingereiste, die bisher noch nicht die ČSR-Staatsbürgerschaft erworben hatten. Nicht registriert werden sollten jene Deutschen, die „die deutsche Staatsangehörigkeit auf Grund faschistischer Sammeleinbürgerungsgesetze erhalten“ hatten, wobei hier individuelle Einzelfallprüfungen vorgesehen waren.

³⁷⁶ Vgl. Jahresbericht der Konsularabteilung der Botschaft Prag für 1959, 17. Juni 1960, in: PAAA MfAA A 2616, Bl. 28; Zu einigen Staatsangehörigkeitsfragen im Blickpunkt der Registrierung, insbesondere in der VRP und in der ČSSR, 2. Juni 1961, in: ebenda, C 1917/72, Bl. 104.

³⁷⁷ Zu einigen Staatsangehörigkeitsfragen im Blickpunkt der Registrierung, insbesondere in der VRP und in der ČSSR, 2. Juni 1961, in: PAAA MfAA C 1917/72, Bl. 105.

³⁷⁸ Ebenda, Bl. 100.

³⁷⁹ Schreiben an den Botschafter der DDR in der ČSR, 7. Mai 1956, in: PAAA MfAA C 1918/72, Bl. 41.

³⁸⁰ Ebenda.

Nachweislich deutsche Staatsbürger mit Heimatschein der Bundesrepublik wurden ebenso nicht registriert.³⁸¹

Die DDR-Registrierung von deutschen Staatsbürgern in der ČSR blieb bis 1960/61 ein aktuelles Thema. Die Aktion verlief, wie auch in der VR Polen, äußerst schleppend und zur Unzufriedenheit der DDR-Staatsorgane. Bis März 1960 hatten sich bei der DDR-Botschaft in Prag und beim Konsulat in Bratislava nur 846 Bürger als Staatsangehörige der DDR registrieren lassen. Botschaft und Außenministerium schätzten, daß noch zirka „2000 Personen früherer deutscher Staatsangehörigkeit, die zur Zeit als Staatenlose gelten“, sich registrieren lassen könnten.³⁸² Die registrierten Bürger der DDR, so meinten die Botschaftsangehörigen, beteiligten sich kaum am politisch-gesellschaftlichen Leben in der tschechoslowakischen Gesellschaft und lebten insgesamt sehr zurückgezogen.³⁸³

Worin lagen die Gründe dieser deutschsprachigen Personen in der ČSR, sich nicht als „deutsche Staatsbürger“ bei der DDR-Vertretung registrieren zu lassen und damit staatenlos zu bleiben? Die Mitarbeiter der Botschaft bezeichneten diesen Personenkreis als „Konjunkturbürger“, „die aus Berechnung eine abwartende Haltung einnehmen“.³⁸⁴ Die „deutschen Staatenlosen“ hofften auf eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen der ČSR und der Bundesrepublik und damit auf die Möglichkeit, sich als Deutsche der Bundesrepublik registrieren zu lassen.³⁸⁵

Die ostdeutschen Botschaftsvertreter glaubten bei ihren Reisen zu bzw. bei Gesprächen mit registrierten und staatenlosen Deutschen erkannt zu haben, „daß nur die wenigsten schon richtig begreifen, was es heißt, als Bürger eines sozialistischen Staates in einem anderen sozialistischen Land zu leben. Sie fühlen sich als ‚Reichsdeutsche‘ bzw. als Deutsche schlechthin [...]“³⁸⁶ Die Funktionäre der Botschaft empfahlen dringend, intensive politische Aufklärungsarbeit unter den zahlreichen Deutschen in der ČSR zu betreiben.

Die Botschaft der DDR in Prag kritisierte das mangelnde Interesse und die fehlende Unterstützung der tschechoslowakischen Staatsorgane für die Registrierungsaktion. So habe das tschechoslowakische Außenministerium zu keiner Zeit die von der DDR-Botschaft erbetenen Namenslisten mit noch „registrierungsfähigen Personen“ übergeben. Die ČSR hatte kein Interesse, eine größere Zahl von DDR-Bürgern unter ihren Bewohnern leben zu haben. Sie wünschte, daß diese sogenannten staatenlosen Deutschen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft annahmen.³⁸⁷ Die Mitarbeiter der DDR-Botschaft stellten zudem fest, daß registrierte DDR-Bürger in der ČSR in Fragen der Berufsausübung, der Zulassung zum Hoch- und Fachschulstudium, bei der Wohnungsvergabe und sogar bei der behörd-

³⁸¹ Vgl. Schreiben an den Botschafter der DDR in der ČSR, 7. Mai 1956, in: PAAA MfAA C 1918/72, Bl. 41–47; Besprechung mit dem Genossen Blazek, 4. Mai 1958, in: ebenda, Bl. 29, 30.

Die große Gruppe der 140 000 bis 160 000 tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität konnte sich also nicht als deutsche Staatsbürger registrieren lassen, da sie einen Paß der ČSR besaß.

³⁸² Vgl. Jahresbericht der Konsularabteilung der Botschaft Prag für 1959, 17. Juni 1960, in: PAAA MfAA A 2551, Bl. 76.

³⁸³ Vgl. Bericht über Besuche bei Bürgern der DDR vom 2.–4. Dezember 1959, in: PAAA MfAA A 12993, Bl. 20.

³⁸⁴ Ebenda, Bl. 20.

³⁸⁵ Ebenda; vgl. Jahresbericht 1959 über die konsularische Tätigkeit der Konsularabteilung Prag, 19. Januar 1960, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/201, Bl. 32–37.

³⁸⁶ Bericht: Besuche bei Bürgern der DDR vom 2.–4. Dezember 1959, in: PAAA MfAA A 12993, Bl. 20.

³⁸⁷ Vgl. Jahresbericht der Konsularabteilung der Botschaft Prag für 1959, 17. Juni 1960, in: PAAA MfAA A 2551, Bl. 77; Aufzeichnung über eine Unterredung im tschechoslowakischen Innenministerium, 3. April 1961, in: ebenda, MfAA C 1918/72, Bl. 11.

lichen Einwilligungserklärung zur Eheschließung wiederholt Benachteiligungen erfahren mußten.³⁸⁸ DDR-Funktionäre bemängelten auch, daß ČSR-Staatsorgane gegenüber Staatenlosen deutscher Nationalität und registrierten DDR-Bürgern politischen Zwang oder Druck ausübten, um diese zur Annahme der ČSR-Staatsbürgerschaft zu bewegen.³⁸⁹

Die DDR fügte sich dem bevölkerungspolitischen Anliegen der tschechoslowakischen Staatsorgane und ihren Ansichten über Staatsbürgerschaftsfragen und beendete die Registrierungen Mitte 1960 stillschweigend.³⁹⁰ Auch unterstrich die DDR-Seite, daß „die politische Arbeit mit den tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität [aus-schließlich] eine innere Angelegenheit der ČSSR“ sei.³⁹¹

In engem Zusammenhang mit der Registrierungsaktion zwischen 1956 und 1960 stand die Frage der Übersiedlung von deutschsprachigen, in der ČSR lebenden Personen in die DDR bzw. in die Bundesrepublik.³⁹² In den 1950er Jahren kam es zu keinen Massenübersiedlungen von „tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität“ sowie deutschsprachigen Staatenlosen oder registrierten DDR-Bürgern nach West- bzw. Ost-deutschland. Der vom tschechoslowakischen Staat verfolgten Assimilierungspolitik standen Ausreisewünschen von deutschsprachigen Bevölkerungsteilen entgegen. Nach Angaben der ČSR und der DDR reisten zwischen 1950 und 1961 nur rund 5 000 Personen deutscher Nationalität in die Bundesrepublik bzw. die DDR aus.³⁹³ Die Bundesrepublik hingegen sprach davon, daß zwischen 1950 und 1962 rund 24 000 Aussiedler die Tschechoslowakische Republik verlassen hätten, 1961 und 1962 je etwa 1 200 Deutsche.³⁹⁴

Da nach 1945 der weitaus größte Teil der Sudetendeutschen nach Westdeutschland vertrieben worden war³⁹⁵, hatte der überwiegende Teil der in der ČSR verbliebenen zirka 180 000 Deutschen Verbindungen mit Verwandten und Bekannten in der Bundesrepublik. Daher, so erklärte es der für die deutschsprachige Bevölkerung zuständige KPČ-Funktionär Josef Lenk, wäre es nachzuvollziehen, daß der größere Teil der tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität, und deutsche Staatenlose, die ein Ausreisegesuch gestellt hatten, in die Bundesrepublik und nicht in die DDR aussiedeln wollten. Ein Beispiel dafür führte Lenk gegenüber DDR-Funktionären im März 1960 an: „Im Okras As [Bezirk Asch] gibt es 80 Ausreisegesuche, darunter 72 für Westdeutschland und acht für die DDR, d.h. nur 10 Prozent wollen in die DDR. Insgesamt ist jedoch der Prozentsatz derer, die

³⁸⁸ Vgl. Konzeption über die politisch-rechtliche Stellung der registrierten Bürger der DDR in der ČSSR, 15. Juli 1960, in: PAAA MfAA A 2551, Bl. 53, 54.

³⁸⁹ Vgl. ebenda, Bl. 59.

³⁹⁰ MfAA am 17. Juni 1960: Unserer Einschätzung nach ist „die Registrierung im Sinne der Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit als Aktion abgeschlossen [...] Das bedeutet, daß keine besonderen Maßnahmen von uns mehr ergriffen werden, um die noch registrierungsfähigen Personen zur Registrierung als Bürger der DDR zu gewinnen.“ In: Jahresbericht der Konsularabteilung der Botschaft Prag für 1959, 17. Juni 1960, in: PAAA MfAA A 2551, Bl. 77.

³⁹¹ Konzeption über die politisch-rechtliche Stellung der registrierten Bürger der DDR in der ČSSR, 15. Juli 1960, in: PAAA MfAA A 2551, Bl. 62.

³⁹² Vgl. ein Beispiel Registrierung/Übersiedlung: Sehr geehrter Herr Neck, 15. März 1960, in: PAAA MfAA A 12981, Bl. 10.

³⁹³ Wie oben bereits erwähnt, verringerte sich – nach Angaben der ČSR – die Zahl der Bürger deutscher Nationalität in der ČSR von 1950 163 111 Personen auf 1961 140 403. Vgl. Einige Angaben über die Bürger deutscher Nationalität, Stand 1. März 1961, in: PAAA MfAA C 1115/73, Bl. 49.

³⁹⁴ Vgl. Hunderttausende warten noch auf Ausreise. Tschechoslowakei ist engherzig, in: Deutsche Zeitung mit Wirtschaftszeitung, 1. März 1963, in: PAAA MfAA C 521/76, Bl. 13.

³⁹⁵ Zur Erinnerung: 1945/46 gingen 1,8 Millionen Sudetendeutsche in die amerikanische Besatzungszone und 800 000 in die SBZ.

nach Westdeutschland aussiedeln wollen, noch höher.³⁹⁶ Die meisten von der insgesamt kleinen Zahl der als DDR-Bürger registrierten Deutschen hingegen wollten in der Tschechoslowakei bleiben und nicht aussiedeln.³⁹⁷ Ende 1959 bzw. Anfang 1960 hatten sich die tschechoslowakischen Staatsorgane entschlossen, „solchen ehemaligen Deutschen, die sich absolut nicht in die gesellschaftliche Ordnung der ČSR einfügen wollen, die Umsiedlung nach Westdeutschland [zu] gestatten“.³⁹⁸

Die SED-Führung sah es insgesamt als politisch vorteilhafter an, wenn so wenig wie möglich Ausreisen in die Bundesrepublik stattfanden, und die Deutschsprachigen als Staatsbürger der ČSR im Lande verblieben. Die DDR selbst war nicht daran interessiert, größere Gruppen von Deutschen aus der Tschechoslowakei im eigenen Land aufzunehmen. Sie äußerte Verständnis dafür, daß die ČSR permanent politisch renitente deutschsprachige Bürger nicht mit Zwang im Land halten wollte. Insgesamt aber kritisierte die SED-Spitze in Berlin – allerdings nur intern – die zu schnelle und zu umfangreiche Bewilligung von Ausreiseanträgen in die Bundesrepublik.³⁹⁹ So tauchten auch immer wieder Gerüchte unter der deutschsprachigen Bevölkerung im Grenzgebiet zur DDR bzw. zur Bundesrepublik auf, „wonach alle tschechoslowakischen Bürger deutscher Nationalität und deutsche Staatsbürger ausgesiedelt werden sollen“.⁴⁰⁰ DDR-Botschaftsvertreter meinten, daß diese Aussiedlungserüchte besonders in den Gebieten von As (Asch) und Cheb (Eger) verbreitet seien. Als Ursachen benannten sie die zu lasche Ausreisepolitik der tschechoslowakischen Behörden. Diese hätten in der letzten Zeit „einer Reihe von Bürgern deutscher Nationalität die Ausreise nach Westdeutschland genehmigt“.⁴⁰¹

Die tschechoslowakischen Staatsorgane brachten gegen Ende der 1950er Jahre wiederholt ihre Enttäuschung zum Ausdruck, „wie stark noch der Einfluß der revanchistischen Hetze aus Westdeutschland auf einen Teil der Staatsbürger deutscher Nationalität sei“.⁴⁰² Die eigene Minderheitenpolitik gegenüber der deutschsprachigen Bevölkerung zu hinterfragen, mögliche Fehler zu erkennen und zu korrigieren, stand hingegen nicht zur Debatte.

b. Wirkung der sozialistischen Verfassung der ČSSR von 1960 auf die „tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität“

Eine Zäsur im Umgang mit der deutschsprachigen Bevölkerung in der Tschechoslowakei bildete die Annahme der neuen „sozialistischen Verfassung“ in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) im Juli 1960.⁴⁰³ In der Verfassung wurden im Artikel 25 im Gegensatz zur Verfassung von 1948 die nationalen Minderheiten aufgezählt, nicht aber die

³⁹⁶ Besprechung beim Genossen Lenk, März 1960, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/201, Bl. 70.

³⁹⁷ Vgl. Konzeption über die politisch-rechtliche Stellung der registrierten DDR-Bürger in der ČSSR, 15. Juli 1960, in: PAAA MfAA A 2551, Bl. 58.

³⁹⁸ Besprechung beim Genossen Lenk, März 1960, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/201, Bl. 69.

³⁹⁹ Vgl. Konzeption über die politisch-rechtliche Stellung der registrierten DDR-Bürger in der ČSSR, 15. Juli 1960, in: PAAA MfAA A 2551, Bl. 64; Arbeitsberatung der Konsularabteilung, 28. August 1957, in: ebenda, MfAA A 11470, Bl. 2.

⁴⁰⁰ Bericht: Besuche bei Bürgern der DDR vom 2.–4. Dezember 1959, in: PAAA MfAA A 12993, Bl. 18.

⁴⁰¹ Ebenda.

⁴⁰² Einige Hinweise zur Hetze und Provokationstätigkeit gegen die ČSR, 11. Juni 1959, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/200.

⁴⁰³ Abdruck der Verfassung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vom 11. Juli 1960, in: Siegfried Lammich, Die Verfassung der Tschechoslowakei.

deutsche Minderheit. Der Artikel lautete: „Den Bürgern ungarischer, ukrainischer und polnischer Nationalität sichert der Staat alle Möglichkeiten und Mittel zur Bildung in der Muttersprache und zu ihrer kulturellen Entwicklung.“⁴⁰⁴ Obwohl die Deutschen mit zirka 140 000 Einwohnern die zweitgrößte Minderheit darstellten, also zahlenmäßig vor den Ukrainern und Polen rangierten, wurden sie als Minderheit nicht erwähnt. Der tschechoslowakische Staat behielt seine Assimilierungsstrategie unverändert bei.

Die SED-Führung in Berlin war über das Nicht-Erwähnen der Deutschen als eine Minderheit in der neuen ČSSR-Verfassung negativ überrascht, die DDR-Diplomaten vor Ort sogar vollkommen konsterniert. Der DDR-Botschafter in Prag, Georg Stibi⁴⁰⁵, schrieb unverzüglich an den Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht: Die Behandlung der Nationalitätenfrage wird „auf die tschechoslowakischen Bürger deutscher Nationalität keine positive Wirkung ausüben, und es ist auch nicht ausgeschlossen, daß die im letzten halben Jahr verstärkt hervorgetretenen Bestrebungen solcher Deutscher, nach Westdeutschland auszuwandern, dadurch gefördert werden.“⁴⁰⁶ Irritiert und leicht vorwurfsvoll formulierte Botschafter Stibi noch an den SED-Chef, daß eine solche politische Frage, die die „Deutschlandpolitik der sozialistischen Gemeinschaft“ beträfe, doch vorherige Konsultationen auf höchster Parteiebene zwischen der SED und der KPČ erfordern hätte.⁴⁰⁷ Offensichtlich aber hatte die KPČ-Führung dies nicht für nötig gehalten.

An die SED-ZK-Abteilung für Außenpolitik und Internationale Verbindung übersandten die Prager Botschaftsfunktionäre Ende April 1960 eine erste Analyse zum Verfassungsentwurf, insbesondere zum Minderheiten-Artikel.⁴⁰⁸ Sie referierten: Die neue sozialistische Verfassung sichere allen Bürgern in der Tschechoslowakischen Republik gleiche Rechte und Pflichten zu. Die ungarische, ukrainische und polnische Nationalität werde besonders erwähnt und Personen dieser Nationalitäten werden „alle Möglichkeiten und Mittel zur Bildung in ihrer Muttersprache und zu ihrer kulturellen Entwicklung“ zugesagt. „Die deutsche Nationalität wird nicht erwähnt.“⁴⁰⁹ Konkret hieß das u. a., daß für die Kinder der tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität keine Rechte zur Bildung in ihrer Muttersprache und zu ihrer kulturellen Entwicklung wie bei denen ungarischer, ukrainischer oder polnischer Nationalität bestanden. Es existierten keine deutschen Schulen⁴¹⁰, und es durften beispielsweise auch keine deutschen Kulturvereine gegründet werden.⁴¹¹

⁴⁰⁴ In: ebenda; Beate Ihme-Tuchel, Die tschechoslowakische Politik gegenüber der deutschen Minderheit, S. 973.

⁴⁰⁵ Georg Stibi (1901–1982), 1922 KPD, Redakteur verschiedener kommunistischer Zeitungen, 1932–1936 Emigration in Moskau, 1936–1939 in Spanien, dann Frankreich und ab 1941 in Mexiko, nach 1945 wieder Redakteur, u. a. 1955/56 Chefredakteur des ND, 1958–1961 Botschafter in der ČSR/ČSSR, dann bis 1974 Stellvertretender DDR-Außenminister. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 826.

⁴⁰⁶ Botschafter der DDR in der ČSR an den Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, 22. April 1960, in: SAPMO-BA NY 4182/1228, Bl. 160, 161.

⁴⁰⁷ Vgl. ebenda, Bl. 161.

⁴⁰⁸ Vgl. Exposé der Botschaft zur Frage der Einordnung und Behandlung der deutschen Nationalität in der ČSR, 28. April 1960, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/201, Bl. 216–220.

⁴⁰⁹ Ebenda, Bl. 216.

⁴¹⁰ Ein Reisebericht von DDR-Diplomaten beschrieb im Mai 1960: „Der Anteil der Bevölkerung [...] in diesem Gebiet [Kreis Ostrov – Schlackenwerth und Mariánské Lázně – Marienbad] ist verhältnismäßig groß. [...] Er beträgt [...] z. B. in Vejprty [Weipert] etwas über 50 Prozent. Im gesamten Gebiet wird die deutsche Sprache sehr umfangreich angewendet. Auch die Kinder der Deutschen beherrschen [...] die deutsche Sprache. [...] Alle Kinder beherrschen [...] die deutsche Sprache im Wort [...], jedoch außerordentliche Mängel bestehen in der Beherrschung der schriftlichen Sprache. Sie

Die Botschaftsmitarbeiter rekapitulierten für den ZK-Apparat nach Berlin die öffentlich geäußerten Argumente des Generalsekretärs der KPČ, Antonín Novotný,⁴¹² warum die „deutsche Nationalität“ in der Verfassung unerwähnt blieb. Novotný sagte wörtlich: „Wir sehen hierzu keine Veranlassung, weil wir die Frage der deutschen Nationalität bei uns schon in den Jahren 1945 und 1946 auf Grund des Potsdamer Abkommens“ gelöst haben.⁴¹³ Mit vorsichtiger Kritik merkten die DDR-Diplomaten in Prag an, „die Frage der deutschen Nationalität wird [also als] gelöst betrachtet, was in einem gewissen Widerspruch zur Statistik steht“.⁴¹⁴ Zugleich verwiesen sie auf die gegenwärtig praktizierte Prager Vorgehensweise, den ČSR-Bürgern deutscher Nationalität, die seit Jahren beharrlich auf einer Aussiedlung bestehen, die Ausreise in die Bundesrepublik zu genehmigen. Das sei insofern auch nicht verwunderlich, meinten die ostdeutschen Botschaftsangehörigen, da die Haltung der DDR immer noch darin bestehe, keiner „Umsiedlung dieser Bürger in die DDR“ zuzustimmen. Ein weiteres wesentliches, aber nicht neues Argument gegen die Erwähnung der Deutschen als Minderheit in der neuen Verfassung der Tschechoslowakei lautete, „daß die Bürger deutscher Nationalität keine geschlossenen Siedlungsgebiete haben, in keinem Ort stellen sie die Mehrheit [der Bevölkerung] dar“.⁴¹⁵

Die Funktionäre der DDR-Botschaft gaben in ihrer Stellungnahme zum Verfassungsentwurf weiterhin zu bedenken, daß mit der Annahme dieser neuen Verfassung „in einem noch weit größerem Umfang als bisher der Drang zur Aussiedlung unter diesen 164 000 Bürgern deutscher Nationalität zu verzeichnen sein wird“.⁴¹⁶ Tatsächlich befürchteten die SED-Leute, „daß die Auswanderung von mehreren tausend oder 10 000 Menschen nach Westdeutschland, das heute den Hauptkriegsgefahrenherd in Europa und das Zentrum der faschistischen und revanchistischen Hetze darstellt, nicht günstig ist [...]“⁴¹⁷

Dringend rieten die Diplomaten in Prag ihrer Staats- und Parteiführung in Berlin, den bisherigen Standpunkt eines Einreiseverbots für ČSR-Bürger deutscher Nationalität in die DDR zu revidieren, um eine Alternative zu den Ausreisen dieser Bürger in die Bundesrepublik zu bieten und unterbreiteten folgenden Vorschlag, „der der tatsächlichen Lage in der Tschechoslowakei besser entsprechen würde“. Die SED-Spitze solle beschließen, „daß Bürgern deutscher Nationalität, die zur Zeit in der ČSR ansässig sind und denen die zuständigen tschechoslowakischen Organe die ständige Ausreise genehmigen, der sofortige

gehen alle in tschechische Schulen und haben in der Woche eine Stunde in deutscher Sprache. Leider würden aber wiederholt diese Stunden ausfallen [...]“ Bericht über eine Fahrt nach den Kreisen Ostrov und Mariánské Lázně, 23. Mai 1960, in: PAAA MfAA A 12963, Bl. 13.

⁴¹¹ Vgl. Jahresbericht der Konsularabteilung der Botschaft Prag für 1959, 17. Juni 1960, in: PAAA MfAA A 2551, Bl. 78.

⁴¹² Antonín Novotný (1904–1975), 1921 KP-Mitglied, 1941–1945 inhaftiert im KZ Mauthausen, 1953 Erster Sekretär der KPČ (Nachfolger von Klement Gottwald), 1957–1968 auch im Amt des Staatspräsidenten (Nachfolger von Antonín Zápotocký), harter stalinistischer Repressionspolitiker der 1950er Jahre.

⁴¹³ Exposé der Botschaft zur Frage der Einordnung und Behandlung der deutschen Nationalität in der ČSSR, 28. April 1960, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/201, Bl. 216.

⁴¹⁴ Ebenda, Bl. 218.

⁴¹⁵ Information des Genossen Lenk, verantwortlich für die Arbeit unter den Bürgern deutscher Nationalität, 4. Mai 1960, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/201.

⁴¹⁶ Exposé der Botschaft zur Frage der Einordnung und Behandlung der deutschen Nationalität in der ČSR, 28. April 1960, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/201, Bl. 219.

⁴¹⁷ Ebenda.

Zuzug in die DDR und die Eingliederung in den Arbeitsprozeß [...] ermöglicht wird“.⁴¹⁸ Dieser Empfehlung folgte die SED-Führung nicht.

Das SED-Politbüro und das DDR-Außenministerium beurteilten die „Behandlung von tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität“ in der neuen Verfassung anders als die Diplomaten vor Ort. Ganz offensichtlich wollte die DDR-Führung in der Frage der staatsrechtlichen Stellung der verbliebenen Deutschen in der ČSR keinen Konflikt mit dem tschechoslowakischen Staat aufkommen lassen. Die SED schwenkte auf die Linie und die Argumentation der KPČ-Führung ein.⁴¹⁹ Die Außenpolitische Kommission des SED-Politbüros und das MfAA wiesen ihre Botschaftsfunktionäre in Prag an, nicht in Frage zu stellen, daß die „Behandlung der ehemaligen Deutschen“ eine innere Angelegenheit der Tschechoslowakischen Republik sei.⁴²⁰ Die Botschaftsmitarbeiter hätten anzuerkennen, daß die neue tschechoslowakische Verfassung auch den tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität jede rechtliche Gleichstellung mit allen anderen Bürgern garantiere.⁴²¹ „Die Entscheidung des Politbüros des ZK der KPČ, die tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität nicht im [Verfassungs-]Artikel 24⁴²² als deutsche nationale Gruppe zu erwähnen“, so setzte die SED-Führung nach, „geht vor allem vom Sicherheit[sbedürfnis] der ČSR aus, welches durch die Politik der Militaristen und Revanchisten in Westdeutschland erneut bedroht wird.“⁴²³ Die SED-Spitze schien davon überzeugt, jedes Zugeständnis in Richtung der Anerkennung einer deutschen nationalen Minderheit werde „den Bonner Bestrebungen neuen Nährboden für ihre aggressiven Ziele geben“.⁴²⁴

Auch unterstrich die SED die ihrer Meinung nach richtige Linie der Tschechoslowakischen Republik zur Assimilierung der Deutschen und wiederholte ihren politischen Standpunkt: „Eine Umsiedlung dieser Personen in die DDR liegt nicht in unserem Interesse und würde nur den Bonner Revanchisten neue Möglichkeiten bieten, ihre Hetze gegen die ČSR und DDR zu verstärken und die ehemaligen Deutschen gegen die ČSR und DDR auszuspielen.“⁴²⁵

Tatsächlich stieg nach der Veröffentlichung des neuen Verfassungsentwurfs die Zahl der Ausreiseanträge von Bürgern deutscher Nationalität sowohl in die Bundesrepublik als auch in die DDR beträchtlich an.⁴²⁶ In den Gebieten mit deutschsprachiger Bevölkerung machte sich im Frühjahr und Sommer 1960 die Stimmung breit, daß das Problem mit den Deutschen in der ČSR durch Aussiedlungen nun endgültig geklärt werden soll. Auffällig waren dabei auch Veranstaltungen von KPČ-Mitgliedern über den neuen Verfassungsentwurf in den Stadtbezirken von Prag.⁴²⁷ Hier soll von kommunistischen Funktionären mehrfach die

⁴¹⁸ Ebenda, Bl. 220; Brief ZK-Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindung an Minister Rau, 4. Mai 1960, in: ebenda, DY 30 IV 2/20/201, Bl. 215.

⁴¹⁹ Vgl. Stellungnahme zum Exposé der Botschaft Prag zur Frage der Behandlung der deutschen Nationalität in der ČSR, in: PAAA MfAA A 2551, Bl. 86–91.

⁴²⁰ Einordnung und Behandlung von tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität, Juni 1960, in: PAAA MfAA A 2551, Bl. 154.

⁴²¹ Vgl. ebenda, Bl. 151.

⁴²² In der in Kraft gesetzten Verfassung war es dann Artikel 25.

⁴²³ Einordnung und Behandlung von tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität, Juni 1960, in: PAAA MfAA A 2551, Bl. 153.

⁴²⁴ Ebenda.

⁴²⁵ Ebenda.

⁴²⁶ Vgl. Ständige Übersiedlungen aus der ČSSR nach der DDR bzw. nach Westdeutschland, 4. November 1960, in: PAAA MfAA A 2551, Bl. 27–30.

⁴²⁷ Es wird erinnert, daß in den 1920/30er Jahren rund 20 Prozent der Prager deutschsprachig waren.

Frage nach der Stellung der deutschen Nationalität aufgeworfen worden sein, und zwar: Warum der neue Verfassungsartikel 24 nicht auch die Deutschen als Minderheit erwähne, und „ob jetzt keiner mehr die Möglichkeit habe, sich zur deutschen Nationalität zu bekennen“.⁴²⁸

Um dieser Stimmung entgegenzuwirken, organisierten die Behörden unter Leitung des KPČ-Funktionärs Josef Lenk im Mai und Juni 1960 Informationsveranstaltungen über die neue sozialistische Verfassung in jenen Bezirken, die Lenk selbst als Gebiete bezeichnete, in denen „hauptsächlich Bürger deutscher Nationalität“ lebten. Dabei handelte es sich um die vier Bezirke Plzeň (Pilsen), Ústí (Aussig), Ostrava (Ostrau) und České Budějovice (Böhmisch Budweis). Hier gab es 21 Gemeinden mit einem über 50-prozentigen Anteil deutschsprachiger Bevölkerung.⁴²⁹ Im Gebiet Ústí (Aussig) beispielsweise lebten 15 000 Bürger deutscher Nationalität. Damit widersprach das Mitglied des ZK der KPČ de facto der Argumentation seiner Partei, es existiere keine deutsche Minderheit mehr in der ČSR, da sie in keinen geschlossenen Siedlungsgebieten lebte.

Auf den Diskussionsveranstaltungen in diesen vier Bezirken stand die Argumentation im Vordergrund, daß sich durch die neue Verfassung in der Stellung der Bürger deutscher Nationalität nichts verändere.⁴³⁰ Der KPČ-Funktionär Lenk versuchte auch, für die neue Welle von Ausreisewünschen nicht die neue Verfassung, sondern „politisch-zurückgebliebene“ und „reaktionäre Kreise“ unter den Deutschen verantwortlich zu machen. Lenk benannte als politisch schwieriges Gebiet den Kreis Jablonec (Gablonz an der Neiße). Unter den dort lebenden Bürgern deutscher Nationalität gäbe es – so Josef Lenk wörtlich – „mehrere hundert ehemalige Mitglieder der NSDAP und [...] eine große Anzahl von Kleinunternehmern, z. B. Gürtler“⁴³¹. Das sind Unternehmer, die früher sieben bis zehn, mitunter auch 50 Arbeiter beschäftigten, Bijouteriewaren⁴³² herstellten und [...] 1946 bzw. 1948 enteignet wurden und seitdem als Angestellte [in ihren Betrieben] arbeiten. In diesem Kreis sollen sich auch noch eine große Anzahl SS-Mitglieder [sic!] aufhalten.“⁴³³ Der KPČ-Funktionär versuchte tatsächlich, die steigende Zahl an Übersiedlungsanträgen im Frühjahr 1960 „alten“ NS-Anhängern und kapitalistischen Kleinunternehmern unter der deutschsprachigen Bevölkerung zuzuschreiben. Lenk wiederholte ein weiteres Argument seiner Parteiführung gegen die Nennung der deutschen Bevölkerungsteile in der Verfassung. Jeglicher Bezug auf die Existenz einer deutschen Minderheit rufe die „Bonner Revanchisten hervor“, die versuchten, „die Ausgesiedelten als 5. Kolonne [gegen den tschechoslowakischen Staat] neu zu organisieren“.⁴³⁴

Der tschechische Funktionär Lenk informierte die DDR-Botschaftsangehörigen über unklare Auffassungen innerhalb seiner Partei in bezug auf die tschechoslowakischen Bürger

⁴²⁸ Informationen zu der gegenwärtig stattfindenden Diskussion über den Entwurf der neuen sozialistischen Verfassung der ČSR, 20. Mai 1960, in: PAAA MFAA A 2551, Bl. 132.

⁴²⁹ Vgl. Informationen zu der gegenwärtig stattfindenden Diskussion über den Entwurf der neuen sozialistischen Verfassung der ČSR, 20. Mai 1960, in: PAAA MFAA A 2551, Bl. 129; Einige Angaben über die Bürger deutscher Nationalität, 1. März 1961, in: ebenda, MFAA C 1115/73, Bl. 50.

⁴³⁰ Vgl. Informationen zu der gegenwärtig stattfindenden Diskussion über den Entwurf der neuen sozialistischen Verfassung der ČSR, 20. Mai 1960, in: PAAA MFAA A 2551, Bl. 129.

⁴³¹ Gürtler: Bearbeiter von Metallen zur Herstellung von Gebrauchs- und Schmuckgegenständen.

⁴³² Bijouteriewaren: Edelsteinbearbeitung, Schmuckhandwerk, auch Modeschmuckherstellung.

⁴³³ Informationen zu der gegenwärtig stattfindenden Diskussion über den Entwurf der neuen sozialistischen Verfassung der ČSR, 20. Mai 1960, in: PAAA MFAA A 2551, Bl. 131.

⁴³⁴ Ebenda, Bl. 132.

deutscher Nationalität. Die sogenannte linke Meinung, die vor allem Intellektuelle und Wissenschaftler in der KPC vertreten würden, bestände darin, daß nun auch für die Bürger deutscher Nationalität Schulen und andere kulturelle Einrichtungen geschaffen werden müßten. Die sogenannten Rechten würden dagegen denken, daß jegliche Arbeit mit den Bürgern deutscher Nationalität einzustellen sei.⁴³⁵

Die DDR-Botschaft unterstützte die Aufklärungsveranstaltungen der tschechoslowakischen Organe zur neuen Verfassung. Die Mitarbeiter der diplomatischen Vertretung unternahmen Dienstfahrten in die Bezirke mit hohem Anteil deutschsprachiger Bevölkerung mit dem Ziel, Bürger deutscher Nationalität, die einen Aussiedlungsantrag in die Bundesrepublik gestellt hatten, zu bewegen, die Anträge zurückzunehmen, in der ČSR zu bleiben oder alternativ in die DDR überzusiedeln.⁴³⁶ Von großem Erfolg waren diese Fahrten nicht gekrönt. Die Diplomaten mußten einsehen, daß sie kaum einen Deutschen, der nach Westdeutschland ausreisen wollte, von seinem Vorhaben abbringen konnten. Der Grund dafür war, so meinten sie, daß die Angehörigen der Ausreisewilligen durchweg in der Bundesrepublik lebten und sie deshalb in Form einer Familienzusammenführung in die Bundesrepublik übersiedeln würden. Einen weiteren Grund sahen die Botschaftsangehörigen in der wachsenden Zahl schneller Genehmigungen der tschechoslowakischen Behörden, „Bürgern deutscher Nationalität – tschechoslowakischen Staatsbürgern und Staatenlosen – die Umsiedlung nach Westdeutschland zu erteilen“.⁴³⁷ Sie waren ärgerlich darüber, daß auch als DDR-Bürger registrierten Deutschen die Ausreise in die Bundesrepublik genehmigt wurde, und die ČSR-Behörden diesen Deutschen suggerierten, ein Übersiedlungsantrag in die DDR wäre mit größten Schwierigkeiten verbunden.⁴³⁸

Die Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik handhabte die Ausreisewilligungen für ihre Bürger deutscher Nationalität in die Bundesrepublik und in die DDR insgesamt rigide. Zu Beginn der 1960er Jahre kritisierten die DDR-Botschaftsfunktionäre in der ČSSR, daß die Zahl der Übersiedlungen von tschechoslowakischen Staatsbürgern und Staatenlosen deutscher Nationalität in die Bundesrepublik steige und insgesamt zu hoch sei.⁴³⁹ Die SED-Funktionäre des Außenministeriums hingegen verwiesen ihre Mitarbeiter in Prag mit Nachdruck darauf, daß die Erteilung von Ausreisegenehmigungen eine souveräne Angelegenheit der ČSSR sei. Des weiteren argumentierte das MfAA, daß nach seinen Kenntnissen die tschechoslowakischen Organe nur solche Personen in die Bundesrepublik ausreisen ließ, „die nicht zu positiven Bürgern des sozialistischen Staates erzogen werden können“. Wörtlich dazu: „Es ist der ČSSR doch nicht zumutbar, sich ständig mit unverbesserlichen Reaktionären oder zumindest negativen Elementen fremder Nationalität herumzuärgern und sich die Festigung der moralisch-politischen Einheit der Bevölkerung ihres Staates durch solche Elemente hemmen zu lassen.“⁴⁴⁰ Damit stellte sich das Ministerium ganz auf die Seite seiner tschechoslowakischen Amtskollegen.

⁴³⁵ Vgl. ebenda, Bl. 131.

⁴³⁶ Vgl. Aktenvermerk über eine Fahrt in die Kreise Broumov und Nachod vom 3.-5. April 1960, in: PAAA MfAA A 12963, Bl. 14-16.

⁴³⁷ Ebenda, Bl. 14.

⁴³⁸ Ebenda.

⁴³⁹ Vgl. Antwortschreiben des MfAA zum Jahresbericht der Konsularabteilung der Botschaft Prag für 1959, 17. Juni 1960, in: PAAA MfAA A 2551, Bl. 82.

⁴⁴⁰ Ebenda.

Die SED-Führung wünschte in der Frage des Umganges mit den ČSSR-Bürgern deutscher Nationalität keinerlei politische Konflikte mit der KPČ-Führung.⁴⁴¹

Die klare Order an die Mitarbeiter der Konsularabteilung der Botschaft in Prag hieß, auch die DDR wünsche keine Einreise dieser „reaktionären deutschen Elemente“. Überhaupt war man in Berlin der Ansicht, daß 15 Jahre nach Kriegsende kaum noch tatsächlich Familienzusammenführungen stattfänden, und die Übersiedlungen von tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität in die DDR [endlich] „auf ein normales Maß beschränkt werden“ müßte.⁴⁴² Die SED-Spitze zeigte insgesamt kein gesteigertes Interesse an Übersiedlungen tschechoslowakischer Staatsbürger deutscher Nationalität in die DDR.

Auffällig war für den gesamten Zeitraum, daß weder die Botschaft in Prag noch das Außenministerium in Berlin konkrete Angaben über die Zahl der Übersiedlungen in die DDR oder die Bundesrepublik machten. Auch die Angaben über die Größe der Bevölkerungsgruppe von tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität schwankte. Nach der Volkszählung vom 1. März 1961 lebten noch 140 402 Personen deutscher Volkszugehörigkeit in der ČSSR. Verglichen mit 1950 bedeutete dies eine Abnahme um 15 Prozent.⁴⁴³ Allerdings hatte man im Januar 1958 noch von 183 867 Deutschen in der Tschechoslowakischen Republik gesprochen.⁴⁴⁴ Und im Januar 1963 berichtete die Botschaft aus Prag nach Ost-Berlin, daß sich ihre konsularische Betreuung „praktisch auf drei Kategorien von Bürgern deutscher Nationalität“ erstrecke: 1. auf tschechoslowakische Staatsbürger deutscher Nationalität – zirka 160 000 Personen, 2. auf Staatenlose deutscher Nationalität – zirka 1 000 Personen, und 3. auf registrierte Staatsbürger der DDR, die ständig in der ČSSR leben, – zirka 700 Personen.⁴⁴⁵

Zusammenfassend ist zu sagen, daß in den 1950er und zu Beginn der 1960er Jahre mehrere sich ablösende Phasen der tschechoslowakischen Politik gegenüber der deutschen Minderheit zu beobachten waren. Nach Vertreibung und Aussiedlung der Sudetendeutschen bis 1948 folgte bis 1952/53 die Phase, möglichst große Teile der deutschsprachigen Bevölkerung wegen des akuten Arbeitskräftemangels im Land zu halten. Daran schloß sich die Zeit der tschechoslowakischen Doppelstrategie gegenüber den Deutschen an: Zum einen gab es die völkerrechtswidrige Sammeleinbürgerung (Mai 1953) von großen Teilen der deutschsprachigen Bevölkerung und zum anderen erste kulturelle, nationale Zugeständnisse. In der Liberalisierungsphase ab 1956 versuchte die ČSR, die tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität für den „Aufbau des Sozialismus“ zu gewinnen und mit der Zulassung zur Registrierung als Staatsbürger der DDR die positive Haltung dieser Deutschen zur Bundesrepublik abzuschwächen. Die ČSR-Bürger und die Staatenlosen deutscher Nationalität, die unbeirrt und hartnäckig ihre Ausreise betrieben, konnten mehrheitlich in die Bundesrepublik und auch in die DDR ausreisen. Ein Rückschritt in der Politik gegenüber der deutschen Minderheit manifestierte sich in der neuen sozialisti-

⁴⁴¹ Vgl. Die ČSSR und der Friedensvertrag mit Deutschland, November 1961, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/202.

⁴⁴² Übersiedlung von tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität, 2. März 1961, in: PAAA MfAA A 2551, Bl. 9.

⁴⁴³ Vgl. Einige Angaben über die Bürger deutscher Nationalität, Stand 1. März 1961, in: PAAA MfAA C 1115/73, Bl. 49.

⁴⁴⁴ Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die tschechoslowakische Politik gegenüber der deutschen Minderheit, S. 977.

⁴⁴⁵ Vgl. Jahresbericht 1962 der Konsularabteilung der Botschaft der DDR in Prag, 28. Januar 1963, in: PAAA MfAA A 2108, Bl. 1-8.

schen Verfassung der Tschechoslowakei 1960, die alle Minderheiten des Landes, außer die deutsche, aufzählte. Das beförderte Ausreisen von Deutschen in die Bundesrepublik und DDR. Auch die SED-Führung war über diesen verfassungspolitischen Schritt der KPČ irritiert und ohne Verständnis, akzeptierte öffentlich aber Zwangsassimilationen und großzügigere Ausreisen in die Bundesrepublik. Ein Engagement der DDR für die deutsche Minderheit in der ČSSR endete dort, wo höherrangige politische Ziele – der gemeinsame politisch-ideologische Kampf gegen die „westdeutsche Bundesrepublik“ – wichtiger schienen.

c. Weg zur deutschen Minderheit in der ČSSR – 1960er und beginnende 1970er Jahre

Die Politik der ČSSR gegenüber der deutschen Volksgruppe im Land blieb auch in der sozialistischen Ära, ab den 1960er Jahren, von der Furcht vor „Deutschland und den Deutschen“ bestimmt. Die Angst vor einem „zweiten München“ war ein nationales Trauma, dem die Politik gegenüber der Bevölkerungsgruppe deutscher Nationalität im Lande sehr lange Zeit, eigentlich bis 1989 und darüber hinaus, untergeordnet blieb.⁴⁴⁶ Die „Angst vor den Deutschen“ führte in der tschechoslowakischen Politik dazu, daß diese lange nicht als Minderheit anerkannt wurden. Die deutsche Bevölkerungsgruppe war – obwohl sich ihr Status ab 1948/49 kontinuierlich verbesserte – gegenüber den übrigen Minderheiten in der ČSSR benachteiligt. Dies änderte sich erst mit dem „Prager Frühling“ 1968 und einer Verfassungsreform vom Oktober 1968, die eine Föderalisierung der ČSSR in die neuen Gliedstaaten Tschechische und Slowakische Sozialistische Republik festschrieb. Zur Reform zählte auch das Verfassungsgesetz Nr. 144 vom 28. Oktober 1968 „Über die Stellung der Nationalitäten in der ČSSR“, welches nun auch die rechtliche Stellung der Bürger deutscher Nationalität der anderer Minderheiten gleichstellte.⁴⁴⁷ Das neue Verfassungsgesetz garantierte explizit allen Nationalitäten – „den ungarischen, deutschen, polnischen und ukrainischen nationalen Minderheiten“ – „alle Möglichkeiten und Mittel für eine umfassende und gleichberechtigte Entwicklung“ sowie eine vollkommene „Gleichberechtigung mit dem tschechischen und slowakischen Volk“.⁴⁴⁸ Erstmals seit 1945 erhielten auch die ČSSR-Staatsbürger deutscher Nationalität 1968 die Stellung einer Minderheit und jede Form von Minderheitenschutz.

Nach der endgültigen Abriegelung der Grenzen zwischen der DDR und der Bundesrepublik sowie zwischen Ost- und West-Berlin durch den Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 versuchte die SED-Spitze mit größerer Intensität, die KPČ-Führung auf einen gemeinsamen politisch-ideologischen Kampf gegen die „Gefahren des westdeutschen Revanchismus und Militarismus“ einzuschwören. Beide Parteiführungen, das Politbüro des ZK der SED und das Politbüro des ZK der KPČ, gestanden sich ein, daß man noch nicht alle Möglichkeiten einer breiten Aufklärungstätigkeit unter der jeweiligen Bevölkerung über die „Aggressionsabsichten des Bonner Revanchismus“ ausgenutzt habe. SED- und KPČ-Spitze versicherten sich gegenseitig, daß in der „Entlarvung des westdeutschen Milita-

⁴⁴⁶ Vgl. exemplarisch: Miloš Havelka, *Gedächtnis und Geschichte*, S. 13–19; Pavel Kolář, *Vertreibung zwischen nationaler Meistererzählung und Deutungspluralität*, S. 925–940.

⁴⁴⁷ Vorgehen gegenüber den tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität, 10. Mai 1974, in: PAAA MfAA C 1343/77, Bl. 4.

⁴⁴⁸ Zu den Rechten der nationalen Minderheiten in der ČSSR: Verfassungsgesetzentwurf, 3. Oktober 1968, in: PAAA MfAA A 13861, Bl. 1.

rismus und Revanchismus [...] die vier sozialistischen Staaten, Sowjetunion, DDR, VR Polen und ČSSR, [...] eine engere Zusammenarbeit“ pflegen müßten.⁴⁴⁹ Die SED wurde nicht müde, auf die Gefahren der „revanchistischen Politik des Bonner Staates“ zu verweisen, „die Drohungen der westdeutschen Revanchisten, die erneut Gebietsforderungen gegen die Tschechoslowakische Sozialistische Republik erheben und ihre Zerschlagung planen“, zu beschwören.⁴⁵⁰

Einigkeit zwischen DDR und ČSSR herrschte immer, wenn es um die offizielle politische Bewertung des Auftretens von Landsmannschaften in der Bundesrepublik, hier insbesondere der Sudetendeutschen Landsmannschaft, ging. Besondere Empörung erregten z. B. 1964 in der DDR und insbesondere in der ČSSR die „revanchistischen Forderungen Minister Seehoßs“, die er auf dem „Sudetendeutschen Tag“ am 17. Mai 1964 in Nürnberg vorgetragen hatte. Bundesminister Hans Christoph Seehoß⁴⁵¹, der zugleich Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft war, habe u. a. behauptet, so die Ideologen des SED-Politbüros, „daß Hitlers Münchner Abkommen zur Zerstücklung der Tschechoslowakei nach wie vor gültig sei und das [...] Sudetenland ‚an das sudetendeutsche Heimatvolk zurückgegeben werden‘ muß“.⁴⁵² Da Seehoß auch im Kabinett der Bundesregierung saß, schlußfolgerten die SED-Funktionäre sofort öffentlichkeitswirksam: „Die Rechtfertigung der Hitlerschen Aggressionspolitik gegenüber der Tschechoslowakei und die Forderung auf Abtrennung tschechoslowakischen Staatsgebietes sind offizielle Politik der Bonner Regierung! Die Bonner Regierung hat sich Hitlers Forderungen zu eigen gemacht.“⁴⁵³

Der Bundesverkehrsminister mußte übrigens auf Druck seiner Regierung noch im Mai des Jahres öffentlich von seinen Äußerungen zum rechtlichen Status des Sudetengebietes Abstand nehmen.⁴⁵⁴

Obwohl die SED in offiziellen außenpolitischen Verlautbarungen hervorhob, daß „in den Beziehungen zwischen der ČSSR und der DDR [...] der gemeinsame Kampf gegen den westdeutschen Militarismus und Revanchismus eine bestimmende Rolle spiele“⁴⁵⁵, begann die SED-Führung zu Beginn der 1960er Jahre auch zu kritisieren, daß die tschechoslowakische Staats- und Parteiführung die „ganze Härte des Kampfes gegen [...] den west-

⁴⁴⁹ Richtlinien des Politbüros der ČSSR über Maßnahmen zur Verstärkung des Kampfes gegen den westdeutschen Revanchismus und Militarismus, 7. Juni 1961; ZK der KPČ: Abschluß des Friedensvertrages wird der beste Dienst am europäischen Frieden sein, 11. August 1961, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/196.

⁴⁵⁰ ZK der KPČ: Abschluß des Friedensvertrages wird der beste Dienst am europäischen Frieden sein, 11. August 1961, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/196.

⁴⁵¹ Hans Christoph Seehoß (1903–1967), geboren in Kattowitz/Oberschlesien, 1932 Dr.-Ing., 1931–1946 Geschäftsführer verschiedener Bergbaugesellschaften, 1949–1967 MdB (DP, 1960 CDU), 1949–1966 Bundesminister für Verkehr, 1959–1967 Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Obwohl Seehoß kein Sudetendeutscher war, fühlte er sich diesen verpflichtet, da seine Eltern lange Zeit in Falkenau (Sokolov) gelebt hatten.

⁴⁵² Westkommission beim SED-Politbüro: Seehoßs Revancheforderungen – offizielle Bonner Politik, 15. Oktober 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/2028/15, Bl. 6.

⁴⁵³ Ebenda; vgl. Reaktionen der tschechoslowakischen Presse auf die revanchistische Forderung Seehoßs, 2. Juni 1964; Vermerk über ein Gespräch mit Genossen Dr. Nový, 2. September 1965, beide in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/396; Ota Václavík, Alte bekannte Gesichter und die neue Taktik des Revanchismus, 22. Mai 1962, in: ebenda, DY 30 IV 2/20/203.

⁴⁵⁴ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Christoph_Seehoß.

⁴⁵⁵ Einige Probleme der Außenpolitik der ČSSR, 3. Dezember 1962, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/203; vgl. Gemeinsame Erklärung der Partei- und Regierungsdelegationen der ČSSR und der VRP, 30. September 1961, in: ebenda, DY 30 IV 2/20/202.

deutschen Revanchismus und Militarismus [...] noch nicht völlig verstanden“ habe⁴⁵⁶ und auch die Auswirkungen der „westlichen revanchistischen Propaganda auf die ČSSR-Staatsbürger deutscher Nationalität“ unterschätze. So sprachen leitende KPČ-Funktionäre gegenüber DDR-Botschaftsmitarbeitern im September 1961 davon, daß in ihrer Partei und unter der tschechoslowakischen Bevölkerung der „Unterschied zwischen Deutschen und Deutschen“ noch nicht klar genug herausgearbeitet worden sei. Man neige oft dazu, so die tschechoslowakischen Kommunisten, „in jedem Deutschen einen Gegner“ zu sehen, was auch zu „Überspitzungen gegenüber den tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität“ geführt habe und die „Arbeit der Partei mit den deutschsprachigen Bürgern“ erschwere.⁴⁵⁷

In den Jahren ab 1962 häuften sich die Berichte und Stellungnahmen der DDR-Botschaftsfunktionäre und Mitarbeiter des MfAA über die, wie sie meinten, starke Unterschätzung der westlichen Propaganda auf die tschechoslowakische Gesellschaft im allgemeinen und die deutschen Bevölkerungsteile in der ČSSR im besonderen.⁴⁵⁸ Wiederholt dokumentierte beispielsweise das Außenministerium für den zuständigen ZK-Apparat Meinungen von tschechoslowakischen Journalisten, wonach „es in der Bundesrepublik mit dem Revanchismus gar nicht so schlimm sei“ und es „breite Kreise in Westdeutschland gebe, die sich von den revanchistischen Forderungen distanzieren“.⁴⁵⁹ Oder die Ost-Berliner SED-Bezirksleitung meldete „fehlerhafte politische Auffassungen“ von Mitgliedern des Prager KPČ-Stadtkomitees, die bei einem Treffen in Ost-Berlin die Meinung vertreten hatten, „daß durch Westdeutschland keine ernste friedensgefährdende Politik betrieben werde. Begründet wird das mit vielen Gesprächen, die mit westdeutschen Touristen geführt werden [...] Revanchistische Äußerungen einzelner Personen könnten nicht zum Maßstab für die Beurteilung der gesamten [westdeutschen] Politik gemacht werden.“⁴⁶⁰

Aus dem Bezirk Ústí nad Labem (Aussig) informierte die KPČ-Bezirksleitung im Juli 1965 über die „Arbeit mit den deutschsprachigen Bevölkerungsschichten“ die DDR-Botschaft in Prag. In diesem Bezirk waren 62 000 tschechoslowakische Bürger deutscher Nationalität ansässig, die überwiegend in den Kreisen Teplice (Teplitz), Jablonec (Gablonz) und Chomutov (Komotau) lebten und als Facharbeiter in der Glasindustrie und in der Bijouterie-Produktion arbeiteten.⁴⁶¹ Große Teile dieser Deutschsprachigen wurden von den tschechoslowakischen Funktionären als „politisch indifferent“, nur ein kleinerer Teil als „offen feindlich gegen die ČSSR“ eingeschätzt. Ihre „Pflichten als Bürger und als Facharbeiter“ würden sie zwar erfüllen, jedoch „unterliegen sie den negativen Einflüssen aus Westdeutschland“. Die Verbindungen zwischen den Deutschsprachigen im Bezirk Ústí (Aussig)

⁴⁵⁶ Kurzinformation der Botschaft Prag vom 1.-7. September 1961, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/202.

⁴⁵⁷ Vgl. ebenda; Deutsche Problematik in der Auslandssendung, Dezember 1961, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/203.

⁴⁵⁸ Vgl. Zu den Einflüssen westlicher Propaganda (Rundfunk und Fernsehen) in der ČSSR, 18. Dezember 1962, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/9.02/59 (und DY 30 IV 2/20/203); Volker Zimmermann, Von Gegnern zu Verbündeten, S. 208-210.

⁴⁵⁹ Über die Reise einer tschechoslowakischen Journalistendelegation nach Westdeutschland, 13. Januar 1965, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/396.

⁴⁶⁰ SED-Bezirksleitung Berlin an das ZK der SED, Abteilung Internationale Verbindungen, 21. Dezember 1966, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/391; vgl. auch Informationsbericht über eine Reise in die ČSSR, 2. Juni 1968, in: ebenda, DY 30/3617.

⁴⁶¹ Vgl. Vermerk über Aussprachen bei der Bezirksleitung der KPČ in Ústí am 13. Juli 1965, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/399.

und Bundesdeutschen, so meinten die KPČ-Regionalfunktionäre, käme über umfangreiche Briefkontakte, Verwandtenbesuche und über westdeutsche Sendungen von Rundfunk und Fernsehen zustande. Seit die DDR ihre Grenzen geschlossen hätte, konzentrierten sich Abwerbungsversuche von Fachkräften auf die deutschsprachige Bevölkerung in der ČSSR. Der Einfluß der Bundesrepublik zeige sich zudem an der Häufung von Übersiedlungsanträgen. Im Monat Juni 1965 seien 2000 Anträge auf Übersiedlung nach Westdeutschland allein aus der Stadt Jablonec (Gablonz) bei den örtlichen Behörden eingegangen.⁴⁶² Die Bezirksfunktionäre der KPČ und ihre Gesprächspartner aus der DDR-Botschaft stimmten überein: „Man muß mit der deutschsprachigen Bevölkerung intensiver politisch arbeiten, um [...] die Mehrheit der zuverlässigen und qualifizierten Fachkräfte [...] beim sozialistischen Aufbau in der ČSSR“ zu halten.⁴⁶³ KPČ und SED waren sich einig, die tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität unbedingt dem Einfluß der Bundesrepublik entziehen und ihnen gleichzeitig die Vorzüge des Sozialismus in der DDR vor Augen führen zu müssen.

Im gemeinsamen Kampf gegen den „westdeutschen Revanchismus“ stellte die ČSSR-Führung gegenüber der DDR hingegen auch klar, daß sie es nicht wünschte, mit der Propagandatätigkeit über die Anerkennung der gegenwärtigen deutschen Grenzen, d. h. mit der Oder-Neiße-Grenze und der VR Polen, auf eine Stufe gestellt zu werden. Solche von der SED verlautbarten Parolen wie, zwischen der DDR und der ČSSR beständen keinerlei Gebietsansprüche,⁴⁶⁴ befand die ČSSR-Regierung als befremdlich und unangebracht. Die tschechoslowakische Seite brachte gegenüber der SED nachdrücklich zum Ausdruck, „daß die Grenze der Tschechoslowakei mit Deutschland keine Grenze ist, die als Folge des Zweiten Weltkrieges festgelegt worden sei. Deshalb ist es nicht richtig, die Frage der tschechoslowakisch-deutschen Grenzen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg hervorzuheben, oder sie in irgendeiner politischen Argumentation mit der Ostgrenze Deutschlands – der Oder-Neiße-Grenze – auf eine Ebene zu stellen.“⁴⁶⁵ Auf „Äußerungen westdeutscher Revanchisten“ zum „Recht der Heimat“ usw. solle darauf verwiesen werden, „daß die tschechoslowakische Grenze gegenüber Deutschland die Grenze des alten tausendjährigen böhmischen Staates ist.“⁴⁶⁶ Diese Stellungnahme der ČSSR zur „tschechoslowakisch-deutschen Grenze“ ging im Februar 1962 von der Prager DDR-Botschaft über den DDR-Außenminister Otto Winzer direkt an den Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht.⁴⁶⁷

Seit Beginn der 1960er Jahre befand sich die ČSSR in einer ökonomischen und gesellschaftlichen Krise: Das bürokratisch-zentralistische Plansystem hatte zu einer dramatischen Stagnation der Wirtschaft – auch im Vergleich zu den anderen RGW-Staaten – geführt. Die KPČ wurde von einer Führung dominiert, die sich einer Aufarbeitung der politischen Prozesse der späten 1940er und frühen 1950er Jahre nur sehr widerstrebend stellte.

Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise 1963 wurden die reformerischen Stimmen innerhalb und außerhalb der kommunistischen Partei lauter, und unter Führung der ZK-Mit-

⁴⁶² Vgl. ebenda.

⁴⁶³ Ebenda.

⁴⁶⁴ Vgl. Die ČSSR und die Friedensfrage mit Deutschland, November 1961, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/202.

⁴⁶⁵ Die tschechoslowakisch-deutsche Grenze, Februar 1962, in: SAPMO-BA NY 4182/1228.

⁴⁶⁶ Ebenda; vgl. Wolfgang Schwartz, *Brüderlich entzweit*, S. 212ff.

⁴⁶⁷ Vgl. Schreiben Otto Winzers an Walter Ulbricht, 22. Februar 1962, in: SAPMO-BA NY 4182/1228.

glieds und Wirtschaftsfachmannes Ota Šik⁴⁶⁸ bildete sich eine technokratische Opposition, die grundlegende Wirtschaftsreformen forderte.⁴⁶⁹ Nach fortdauernden Auseinandersetzungen mit der kritischen Intelligenz und nach der gewaltsamen Unterdrückung von Studenten-Protesten 1967 entluden sich zu Jahresbeginn 1968 die jahrelangen Spannungen zwischen dem konservativen und dem reformerischen Flügel der KPČ. Das führte auf der ZK-Tagung der KPČ am 4. Januar 1968 zur Wahl Alexander Dubčeks⁴⁷⁰ zum Ersten Sekretär der KPČ. Programmatische Grundlage für die Reformen in der ČSSR war das Aktionsprogramm der KPČ vom 5. April 1968, das insbesondere auf Wirtschaftsreformen, Meinungs- und Informationsfreiheit, eine Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit und eine allgemeine Neuausrichtung der Rolle der KP in der Gesellschaft zielte. Die Sowjetunion hatte den Machtwechsel zu Alexander Dubček zunächst gutgeheißen, dann aber, angesichts des Reformprogramms, begonnen, Druck auf die Prager Regierung auszuüben, die Reformen deutlich einzuschränken bzw. abzubrechen. Als dies nicht geschah, marschierten in der Nacht zum 21. August 1968 Truppen der Sowjetunion, Polens, Ungarns und Bulgariens in die ČSSR ein. Die Truppen der NVA waren zwar mobilisiert worden, am Einmarsch in die ČSSR dann aber nicht direkt beteiligt. Trotzdem gab es erhebliche Aversionen der tschechoslowakischen Bevölkerung gegenüber DDR-Bürgern.⁴⁷¹ Dubček und andere hochrangige Regierungsmitglieder wurden festgenommen und nach Moskau gebracht. Der KPČ-Chef wurde im April 1969 entmachtet und durch den linientreuen Kommunisten Gustáv Husák⁴⁷² ersetzt. Noch Ende August 1968 wurde auf Weisung Moskaus mit der Aufhebung fast aller Reformprojekte begonnen. Zum Ende des Jahres 1968 war klar, daß der „Prager Frühling“ mit dem 21. August sein Ende gefunden hatte. Als Folge der Besetzung der ČSSR durch Truppen des Warschauer Vertrages verließen zehntausende Menschen, in erster Linie Facharbeiter und Intellektuelle, darunter auch viele Deutsche, die ČSSR in Richtung Österreich und Bundesrepublik.⁴⁷³

Die SED beobachtete die beginnenden Liberalisierungsbestrebungen in Gesellschaft und Wirtschaft der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik ab etwa 1964 argwöh-

⁴⁶⁸ Ota Šik (1919–2004), zweisprachig (tschechisch und deutsch) aufgewachsen, Kunstmaler, 1940 KPČ-Mitglied, inhaftiert im KZ Mauthausen, nach 1945 Studium der Wirtschaftswissenschaften, 1962 ZK der KPČ, Wirtschaftsreformer, 1968 Emigration in die Schweiz, Schweizer Staatsbürgerschaft, Professur für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in St. Gallen.

⁴⁶⁹ Nach Ota Šik – Leiter des Wirtschaftsinstituts an der Prager Akademie der Wissenschaften – sollte die Planwirtschaft durch eine „sozialistische Marktwirtschaft“ (Abbau der Bürokratie, privat geführte Kleinbetriebe, autonome Gewerkschaften, Arbeiterselbstverwaltung, Joint Ventures mit westlichen Firmen) abgelöst werden.

⁴⁷⁰ Alexander Dubček (1921–1992), 1939 Mitglied KP der Slowakei, KPČ-Funktionär, 5. Januar 1968 bis 17. April 1969 Parteichef der KPČ, kurze Zeit Botschafter in der Türkei, 1970 Parteiausschluß, dann Waldarbeiter, 1989 rehabilitiert, dann Parlamentspräsident.

⁴⁷¹ DDR-Historiker Werner Rosenberg im Prager Institut für Internationale Politik und Ökonomie, 25. Juli 1968: „Die Sympathien für die DDR seien in den letzten Tagen [in der ČSSR] auf den Nullpunkt zurückgegangen. [...] Den Deutschen stehe es am wenigsten an, die ČSSR zu kritisieren.“ In: SAPMO-BA DY 30/3619; vgl. Stimmungen zum Einmarsch der verbündeten Truppen in die ČSSR, 22. August 1968, in: ebenda, DY 30/3621 und DY 30/3620 und DY 30/3624.

⁴⁷² Gustáv Husák (1913–1991), Jurist, 1933 Mitglied der KPČ, hauptamtlicher Parteifunktionär, 1950 unter dem Vorwurf „bourgeois Nationalismus“ aller Ämter enthoben, bis 1960 in Haft, dann rehabilitiert, 1969–1987 Erster Sekretär des ZK der KPČ, ab 1975 Staatspräsident, Dezember 1989 Rücktritt.

⁴⁷³ Vgl. Jost Dülffer, Europa im Ost-West-Konflikt, S. 64; http://de.wikipedia.org/wiki/Prager_Frühling; Stellungnahme in der ČSSR-Presse nach dem Januarplenum der KPČ, 19. Februar 1968, in: SAPMO-BA DY 30/3616.

nisch. Im Focus ihrer Aufmerksamkeit stand unter anderem auch Politik und Umgang der KPČ mit den ČSSR-Bürgern deutscher Nationalität.

Der tschechoslowakische Staat hatte auch wegen seiner ökonomischen Probleme den Tourismus, die Reisen von und nach der Bundesrepublik und Österreich, seit 1960/61 ausgeweitet. Die Deviseneinnahmen durch einen verstärkten Touristenverkehr mit dem westlichen Ausland sollten helfen, die ökonomische Krise im Land aufzufangen. Die Einreisen von westlichen Ausländern hatten sich zwischen 1960 und 1964 vervierfacht, die Deviseneinnahmen stiegen in dem Zeitraum ebenso um knapp das Vierfache, von 24,9 Millionen Devisen-Kronen auf 92,0 Devisen-Kronen.⁴⁷⁴ Waren 1963 zirka 12 000 Touristen aus Österreich und Westdeutschland in die südböhmischen Bezirke gekommen, so betrug diese Zahl 1964 schon 80 000.⁴⁷⁵

Die SED neidete und kritisierte die Ausweitung des Reiseverkehrs mit dem westlichen Ausland. Dabei ging es ihr nicht nur um die Deviseneinnahmen, sondern auch um ihr internationales Ansehen. Die DDR hatte nach dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 mit der totalen Abriegelung des Landes und Isolierung seiner Bürger Negativ-Schlagzeilen hervorgerufen, während parallel dazu die Tschechoslowakische Sozialistische Republik die Lockerung von Ost-West-(Reise)Kontakten förderte und propagierte. Vor diesem Hintergrund war die SED-Spitze verstimmt über die Argumentation des ČSSR-Staatspräsidenten und Ersten Sekretärs der KPČ, Antonín Novotný, der Mitte April 1964 zur Frage der Öffnung der Grenzen für Westdeutsche sagte: „Wenn wir für die friedliche Koexistenz sind, dann müssen wir den Menschen auch Gelegenheit geben, die friedliche Koexistenz zu verstehen, dann müssen wir die Grenzen öffnen, damit sich die Menschen den Sozialismus ansehen können.“⁴⁷⁶ Auf eine Kritik der SED-Führung an der neuen Reise-Politik der ČSSR soll der KPČ-Chef Novotný aufgebracht entgegnet haben, „[ausgerechnet] die Deutschen heben schon wieder den Finger“.⁴⁷⁷

Eine Botschaftsinformation aus Prag unterrichtete den SED-ZK-Apparat Mitte 1964 über den touristischen und privaten Reiseverkehr der ČSSR mit der Bundesrepublik und West-Berlin. Als Grund für die starke Ausweitung des Tourismus nannten auch die Botschaftsmitarbeiter die bestehenden ökonomischen Schwierigkeiten des Landes. So hieß es: „Die ČSSR-Regierung hofft, durch eine Reihe von Maßnahmen auf dem Gebiet der Touristik schnellstens den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden.“⁴⁷⁸ Und zum Reiseverkehr allgemein weiter: „Es kann praktisch jeder Bürger aus dem kapitalistischen Ausland in die ČSSR innerhalb von 48 Stunden einreisen, wenn er nicht in der Sperrkartei der tschechoslowakischen Organe (Funktionäre der Revanchistenverbände, Strafverfolgte usw.)“ steht.⁴⁷⁹ Nicht ohne kritischen Unterton machte der Botschaftsbericht vom Juni 1964 darauf aufmerksam, daß jeder tschechoslowakische Staatsbürger grundsätzlich die Möglichkeit habe, touristische Reisen in jedes Land zu unternehmen, sofern er oder der Staat ausreichende Devisen vorweisen bzw. bereitstellen könnte.

⁴⁷⁴ Vgl. Bericht über die Entwicklung des Reiseverkehrs in der ČSSR, 12. Februar 1965, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/399.

⁴⁷⁵ Vgl. Touristik, 1965, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/399.

⁴⁷⁶ Information Max Spangenberg an Walter Ulbricht, 14. April 1964, in: SAPMO-BA NY 4182/1230.

⁴⁷⁷ Ebenda; vgl. auch Auszug aus der Rede Novotnýs vom 4. März 1964: Stellungnahme zum Westen allgemein, in: SAPMO-BA NY 4182/1230.

⁴⁷⁸ Bericht über Maßnahmen der ČSSR auf dem Gebiet der Touristik und des Privatreiseverkehrs mit Westdeutschland und Westberlin, 9. Juni 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/396.

⁴⁷⁹ Ebenda.

Da die Diplomaten nicht wagten, an der allgemeinen Tourismus- und Reisepolitik der ČSSR Kritik zu üben, argumentierten sie mit der „verheerend politisch-negativen Auswirkung“ des Touristenverkehrs aus den westlichen Ländern auf die deutschsprachigen Bürger der ČSSR. Sie meinten zu wissen, daß es sich bei den westdeutschen Touristen vorwiegend „um Gewerbetreibende, Unternehmer und Intellektuelle“ handelte, die zu 70 Prozent die Westgebiete der ČSSR besuchten, „da sie als ehemalige Umsiedler aus diesen Gebieten stammten“.⁴⁸⁰ Die Versicherung des ČSSR-Außenministeriums – dieser Touristenverkehr verlaufe ruhig und ohne Provokationen – stellten die DDR-Botschaftsleute als unglaubwürdig in Frage, indem sie ausführten: „Es gibt unsererseits Informationen, wo gerade Westdeutsche und Österreicher sehr häufig ins Grenzgebiet fahren, dort ihre ehemaligen Besitzungen aufsuchen, durch ihr Verhalten Unruhe unter der Bevölkerung stiften.“⁴⁸¹

Die SED-Ideologiekommission des ZK thematisierte Anfang 1965 die Tourismuspolitik der ČSSR. Auch sie war überzeugt, daß der größte Teil der Touristen in der ČSSR Vertriebene waren, die „frech auftraten und versuchten, die tschechoslowakische Bevölkerung einzuschüchtern. Sie waren oftmals gekommen, um vergrabene Gegenstände abzuholen.“⁴⁸² Die ZK-Funktionäre verwiesen zudem auf eine „gezielte ideologische Diversion“, die mit dem Touristenverkehr einherginge und sprachen davon, daß die „Abkapselung vieler deutschsprachiger tschechoslowakischer Bürger vom sozialistischen Leben in der ČSSR dem Gegner diese Möglichkeit [böte], ideologische Diversion zu betreiben“.⁴⁸³

Verständnislos reagierten die SED-Organen auf die Untätigkeit der KPČ-Organen bei offensichtlich „revanchistischen Treffen“ im tschechoslowakischen Grenzgebiet. Im Frühjahr 1964 erhielt das ZK der SED davon Kenntnis, daß im Kreis Sokolov (Falkenau), in dem alten Wallfahrtsort Maria Kulm, die alljährliche Pfingst-Wallfahrt stattfinden würde und die tschechoslowakischen Behörden mit der Teilnahme von zirka 10 000 westdeutschen Touristen rechneten. Auf die SED-Anfrage, warum dieses „Revanchistentreffen“ nicht verboten werde, antwortete die KPČ-Bezirksbehörde, daß die „Verträge mit Westdeutschland über den Reiseverkehr keine Möglichkeit böten“, das Treffen zu verhindern.⁴⁸⁴ Die tschechoslowakischen Organe sahen diese Ereignisse sehr viel gelassener.

Zusammenfassend werteten die Funktionäre der DDR-Botschaft in Prag und die zuständigen ZK-Funktionäre in Berlin die praktizierte Touristik- und Reisepolitik der ČSSR negativ: Diese neuen Maßnahmen würden nur dem einen Ziel dienen, „in möglichst kurzer Zeit die Einnahmen von Devisen zu erhöhen“. Der Touristenverkehr aus dem westlichen Ausland in die ČSSR und die unkomplizierte Möglichkeit für tschechoslowakische Staatsbürger, ins „kapitalistische Ausland“ fahren zu können, habe zu einem merklichen Anstieg von

⁴⁸⁰ Ebenda.

⁴⁸¹ Ebenda. Mit zahlreichen Einzelbeispielen untermauerten die DDR-Funktionäre ihren Bericht, z.B.: „So waren Ostern 1964 in Eger/Cheb ehemalige Umsiedler, die jetzt in der Musikinstrumenten-Industrie im west-deutschen Grenzgebiet arbeiten, mit Omnibussen [...] dort und beherrschten den ganzen Ort, so daß die tschechoslowakischen Bewohner es vorzogen über die Feiertage nicht ihre Häuser zu verlassen. Von den tschechoslowakischen Einwohnern wurde verärgert festgestellt, daß die 1945 mit 50 kg Gepäck ausgesiedelten Deutschen heute mit großen Wagen und viel Geld als Touristen dort auftauchten.“ Ebenda.

⁴⁸² Touristik, 1965, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/399.

⁴⁸³ Ebenda; Protokoll der Parteiversammlung Botschaft Prag, 14. Februar 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/414.

⁴⁸⁴ Vgl. SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt über die Partnerbezirke Ústí nad Labem und Plzeň, 16. April 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/391.

Anträgen tschechoslowakischer Staatsbürger deutscher Nationalität auf Übersiedlungen nach Westdeutschland geführt. Davon waren die DDR-Funktionäre überzeugt. Zudem machten sie auf eine neue Gefahr aufmerksam, die die tschechoslowakische Seite aber nicht interessierte: „Durch den verstärkten Reiseverkehr von der DDR und nun auch von Westdeutschland und Westberlin nach der ČSSR werden künftig häufiger organisierte Treffen westdeutscher und West-Berliner Bürger mit DDR-Bürgern auftreten, die nicht kontrolliert oder unterbunden werden können.“⁴⁸⁵

Die Botschaftsberichte aus Prag verwiesen immer wieder auf das „anmaßende Auftreten vieler westdeutscher Touristen“ in den Grenzgebieten der ČSSR, mußten aber auch zugeben, „daß leider auch viele DDR-Bürger, die als Touristen diese Bezirke [Plzeň (Pilsen) und České Budějovice (Budweis)] besuchen und vorwiegend früher in diesem Gebiet beheimatet waren, sich ebenfalls sehr überheblich verhalten und sich nicht von dem Verhalten westdeutscher Touristen unterscheiden“.⁴⁸⁶

Die tschechoslowakische Bevölkerung stellte Mitte der 1960er Jahre häufiger Fragen an DDR-Touristen und DDR-Delegationsreisende, die mit den Vorgängen von Vertreibung und „Umsiedlung“ der sudetendeutschen Bevölkerung in Zusammenhang standen. Man wollte u.a. wissen: „Wie wurde in beiden deutschen Staaten das Problem der Umsiedler gelöst? [...] Wie haben sich die Umsiedler in der DDR eingelebt, gibt es bei ihnen keine revanchistischen Überbleibsel im Denken? [...] Und – bilden die Landsmannschaften in Westdeutschland wirklich eine Gefahr für den Frieden?“⁴⁸⁷

Das DDR-Außenministerium wies ihre Botschaft in Prag im Juli 1966 an, eine genaue Analyse zu erstellen über die „Entwicklung der Übersiedlungen aus der ČSSR nach der DDR und nach der westdeutschen Bundesrepublik“.⁴⁸⁸ Die zuständigen Funktionäre mußten nach Berlin berichten, daß konkrete statistischen Übersichten nicht geliefert werden könnten, da die ČSSR-Behörden ihnen keine Auskünfte erteilten. Die DDR-Diplomaten wurden von der tschechoslowakischen Seite darauf verwiesen, daß diese Angelegenheit allein zwischen den Abteilungen „Internationale Verbindungen“ des ZK der SED und der KPČ diskutiert würde.⁴⁸⁹ So informierte die Prager DDR-Botschaft ihr Ministerium „nur über einige Aspekte der Übersiedlungen nach der DDR und Westdeutschland“, die sie durch Unterredungen und offizielle Angaben in Erfahrung bringen konnten. Ende 1965 lebten nach Angaben des tschechoslowakischen Staates 134 000 Bürger deutscher Nationalität im Land, die Mehrheit davon in den nord- und westböhmisches Bezirken.⁴⁹⁰ Die DDR rechnete mit einer Zahl von rund 140 000 tschechoslowakischen deutschsprachigen Staatsbürgern.⁴⁹¹

⁴⁸⁵ Bericht über Maßnahmen der ČSSR auf dem Gebiet der Touristik und des Privatreiseverkehrs mit Westdeutschland und Westberlin, 9. Juni 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/396; Touristik, 1965, in: ebenda, DY 30 IV A 2/20/399; Wolfgang Kießling, Bericht über seine Reise durch die ČSSR, 10. März 1964, in: ebenda, NY 4182/1230.

⁴⁸⁶ Bericht über die Entwicklung des Reiseverkehrs in der ČSSR, 12. Februar 1965, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/399.

⁴⁸⁷ Erfahrungsaustausch SED-Bezirksleitung Suhl mit KPČ-Bezirksleitung Budweis 1966, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/391; Fragen von ČSSR-Bürgern, Sommer 1964, in: ebenda, DY 30 IV A 2/20/394.

⁴⁸⁸ Vgl. DDR-Botschaft Prag an das MfAA, 11. November 1966, in: PAAA MfAA C 521/76, Bl. 23–27.

⁴⁸⁹ Vgl. ebenda, Bl. 23.

⁴⁹⁰ Vgl. Botschaftsinfo aus Prag, 13. Dezember 1966, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/402.

⁴⁹¹ Vgl. Information über Fragen der Nationalitätenpolitik der KPČ, September 1967, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/1177.

Ein Beschluß des ZK der KPC von Januar 1966 hatte für private Besuchsreisen und für Übersiedlungen tschechoslowakischer Bürger insbesondere in die Bundesrepublik „in großem Umfang Erleichterungen“ gebracht – so referierte die DDR-Botschaft an ihr Ministerium in Ost-Berlin. Wörtlich hieß es im Bericht dazu: „Genosse Novotny [KPC-Chef] hat zwei Mal öffentlich (1965 und 1966) zu diesem Problem Stellung genommen und [...] erklärt, daß die ČSSR niemanden zurückhält, der nach 20jährigem Aufenthalt keine Bindung zum tschechoslowakischen Staat gefunden hat, gleichgültig ob er deutscher, tschechischer oder slowakischer Nationalität sei.“⁴⁹² Mit Unverständnis verwiesen die DDR-Botschaftsmitarbeiter auf die gängige Meinung unter den tschechoslowakischen Staats- und Parteifunktionären, daß die Übersiedlungen in die Bundesrepublik als „wichtiger Schritt zur weiteren Konsolidierung in der ČSSR“ betrachtet werde.

Die Zahl der Übersiedlungen in die „westdeutsche Bundesrepublik“ steige laufend an, 1964 seien es rund 3000 und 1965 schon rund 4000 gewesen, wobei der Grund „Familienzusammenführungen“ bei der Bewilligung von Ausreisen von der tschechoslowakischer Seite sehr weit ausgelegt werde, meinten die DDR-Funktionäre. Aus den Prager Redakteurskreisen der deutschsprachigen „Volkszeitung“ hatten die DDR-Leute sogar erfahren, daß bis November 1966 „annähernd 60000 Anträge auf Übersiedlungen nach der westdeutschen Bundesrepublik bei den tschechoslowakischen Organen eingereicht worden“ wären.⁴⁹³

Die so hohe Zahl an Übersiedlungen in die Bundesrepublik erklärte sich die DDR-Seite mit der „aktiven und gezielten Diversionstätigkeit Westdeutschlands“, die durch die „Westreisen“ und den westdeutschen Tourismus gefördert werde. Zudem würden tschechoslowakische Bevölkerungsteile deutscher Nationalität mit „verlockenden Angeboten – Wohnungen, höhere Löhne, Altersversorgung, Entschädigungen, Lastenausgleich usw.“ – zur Übersiedlung in die Bundesrepublik animiert. Besonders die deutschsprachigen Bürger aus den westböhmisches Gebieten um Most (Brüx), Luby (Schönbach), Sokolov (Falkenau), Cheb (Eger), die in der Musikinstrumenten-, Lederhandschuh-, Bijouterie-Industrie arbeiteten, wurden nach Meinung der Ostdeutschen aus der Bundesrepublik als interessante Arbeitskräfte abgeworben.⁴⁹⁴

Ganz im Gegensatz zu den hohen Aussiedlungszahlen von ČSSR-Bürgern deutscher Nationalität in die Bundesrepublik stand die niedrige Anzahl von beantragten und genehmigten Übersiedlungen in die DDR. 1965 waren nur 313 Personen dauerhaft in die DDR gekommen, 1966 waren es sogar nur 199.⁴⁹⁵

Die Prager Botschaftsangehörigen aus der DDR befanden nach wie vor, daß es in der ČSSR bei der „Eingliederung deutschsprachiger Bürger in die tschechoslowakische sozialistische Gesellschaft“ Schwierigkeiten gäbe,⁴⁹⁶ nur bei den Kindern und Jugendlichen der Deutschsprachigen würde der Assimilierungsprozeß voranschreiten. Die Hindernisse einer besseren Integration lägen z. T. in ihrer wirtschaftliche Lage begründet. Die Landwirtschaft

⁴⁹² DDR-Botschaft Prag an das MfAA: Entwicklung der Übersiedlungen aus der ČSSR nach der DDR und nach der westdeutschen Bundesrepublik, 11. November 1966, in: PAAA MfAA C 521/76, Bl. 24.

⁴⁹³ Vgl. ebenda, Bl. 24, 27.

⁴⁹⁴ Vgl. ebenda, Bl. 25, 26.

⁴⁹⁵ Vgl. ebenda, Bl. 27.

⁴⁹⁶ Bericht aus dem Bezirk Ostrava vom Mai 1967: „Viele ehemalige Deutsche sind vor allem im [...] Hultschiner Ländchen vertreten, die auch heute noch [...] starke innere Beziehungen zu ‚Deutschland‘ haben.“, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/401.

in den von deutschen Bürgern besiedelten Grenzgebieten hatte noch nicht wieder den Vorkriegsstand erreicht, die Industrieanlagen waren veraltet und unrentabel.⁴⁹⁷

Im Herbst 1967 stellte die DDR-Botschaft „Informationen über die Nationalitätenpolitik der KPČ“ zusammen. Erstmals registrierte die DDR-Seite, daß ČSSR-Bürger deutscher Nationalität gleichrangig mit den anderen anerkannten nationalen Minderheiten – den Ungarn, Polen und Ukrainern – behandelt wurden. Faktisch, so hieß es 1967, werden nun auch die Deutschen als eine Minderheit gesehen.⁴⁹⁸ Nach wie vor aber betrachteten die SED-Botschaftsfunktionäre die Übersiedlungszahlen von tschechoslowakischen Bürgern deutscher Nationalität in die Bundesrepublik mit Argwohn. Im Jahr 1967 sollen es nach ČSSR-Angaben 9933 Personen gewesen sein.⁴⁹⁹ Wieder verwiesen die DDR-Botschaftsangehörigen auf das „feindliche ideologische Einwirken aus Westdeutschland und Österreich“. Die Kontakte zwischen den nun in der Bundesrepublik und den in der ČSSR lebenden „ehemaligen Sudetendeutschen“ kämen fortlaufend über direkte persönliche Verbindungen durch den steigenden Tourismusverkehr, über Briefverbindungen und das Versenden von Zeitungen und anderen Druckerzeugnissen zustande.⁵⁰⁰ Nach wie vor würden die tschechoslowakischen Staatsorgane den westdeutschen Einfluß auf ihre Bürger unterschätzen und ihn nicht unterbinden.

Die rasant einsetzenden Liberalisierungs- und Demokratisierungsbestrebungen in der tschechoslowakischen Gesellschaft im Frühjahr und Sommer 1968 begrüßten auch große Teile der deutschen Bevölkerung in der ČSSR. In der deutschsprachigen Sendung von „Radio Prag“ vom 23. Mai 1968 hieß es dazu: „Die tschechoslowakischen Bürger deutscher Nationalität äußerten ihre volle Zustimmung zu dem Demokratisierungsprozeß in der ČSSR. Sie begrüßen die Entwicklung auf dem Weg der bürgerlichen Freiheiten und der gerechten Lösung der Nationalitätenfrage, wird in einer Resolution betont, die Bürger deutscher Nationalität in Varnsdorf [Varnsdorf] in Nordböhmen dem ZK der KPČ und der tschechoslowakischen Regierung übersandten. Sie erinnerten daran, daß in der ČSSR 120 000 Bürger deutscher Nationalität leben, die ihre Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß jetzt auch die Frage dieser Nationalitätengruppe gerecht gelöst und in der neuen Verfassung verankert wird. Sie ersuchen um die Errichtung ihres kulturellen Instituts in Prag, um die Vertretung eines Repräsentanten der deutschen Nationalitätengruppe auch beim Zentralrat der Gewerkschaften. Die Bürger deutscher Nationalität stellen sich [...] hinter den Vorschlag der ungarischen Werktätigen in der ČSSR [...] in bezug auf die Gründung eines Nationalitätenausschusses bei der Nationalversammlung, in dem auch die deutsche Nationalitätengruppe vertreten wäre.“⁵⁰¹

Im Mai 1968 sprach der tschechische KPČ-Funktionär Josef Lenk mit DDR-Diplomaten über seine Sicht auf die Nationalitätenfrage.⁵⁰² Für ihn stand nach wie vor fest, „daß sich

⁴⁹⁷ Vgl. Übersicht über einige Probleme der Entwicklung der sozialistischen Demokratie in der ČSSR, 18. Mai 1965, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/399.

⁴⁹⁸ Vgl. Information über Fragen der Nationalitätenpolitik der KPČ, September 1967, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/1177.

⁴⁹⁹ Vgl. Übersicht der tschechoslowakischen Staatsbürger, die in die Bundesrepublik 1967/1968 übersiedelten, in: PAAA MfAA C 521/76, Bl. 38.

⁵⁰⁰ Vgl. Information über Fragen der Nationalitätenpolitik der KPČ, September 1967, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/1177.

⁵⁰¹ Radio Prag, 23. Mai 1968, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/1179.

⁵⁰² Vgl. Vermerk über ein Gespräch zwischen Genossen Bienert und Josef Lenk, 27. Mai 1968, in: PAAA MfAA C 678/72, Bl. 25, 26.

die deutsche Nationalität assimiliert habe oder ausgewandert ist“.⁵⁰³ Er befand es immer noch für richtig, daß keine deutschen Schulen in der ČSSR existierten. „Genosse Lenk bezeichnete die Politik der KPC gegenüber dem Deutschunterricht in den Schulen [...] für richtig. Ein Parteibeschluß von 1956 ließ die Bildung von Deutsch-Zirkeln an den Schulen zu. Diese Zirkel wurden jedoch von den Kindern deutscher Nationalität in zu geringem Umfang genutzt, weil deren Eltern kein besonderes Interesse zeigten.“⁵⁰⁴

Der KPC-Gewerkschaftsfunktionär wollte die Ursachen für die „Unzufriedenheit der Deutschen“ und ihre Bestrebungen auszusiedeln darin sehen, daß sie sich in der Öffentlichkeit und auf Ämtern und Behörden nicht ihrer Muttersprache bedienen durften. Auch gab er zu, daß die Nicht-Erwähnung der Deutschen als Minderheit in der Verfassung von 1960 ihr „Abseitsstehen in der Gesellschaft“ begünstigt hätte.⁵⁰⁵ Dies würde aber in einer künftigen Verfassung korrigiert werden.

Kritisch äußerte sich Lenk über die Bestrebungen der Redaktion der „Deutschen Volkszeitung“, die Gründung eines deutschen Kulturinstituts in Prag voranzutreiben. Josef Lenk berichtete, daß das ZK der KPC die Verantwortlichen der „Volkszeitung“⁵⁰⁶ gewarnt habe, die Gründung einer solchen deutschen Kulturinstitution zu forcieren. Lenk in der Unterredung wörtlich: „Die Parteiführung und andere Genossen halten sich gegenwärtig im [...] diffizilen Prozeß der Nationalitätenfrage zurück [...], obwohl [...] viele gegen ein solches [...] Kulturinstitut sind. Gegen diese Gründung würden keine Einwände erhoben, wenn es nur ein Deutschland, nämlich die DDR, gäbe. Bei dem zweigeteilten Deutschland sei dies jedoch kompliziert, und man wisse nicht, wohin diese Institution geht – wahrscheinlich nicht in Richtung des progressiven, sozialistischen Deutschland [...].“⁵⁰⁷ Einige der führenden konservativen KPC-Funktionäre fürchteten den Einfluß der Bundesrepublik auf eine solche deutsche Kulturinstitution, die die liberaleren Funktionäre längst für die deutsche Minderheit einforderten.

Die dramatischen Ereignisse vom August 1968 in der ČSSR, die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch Truppen des Warschauer Vertrages unter Führung der Sowjetunion, wirkte sich auch auf die Gruppe der ČSSR-Bürger deutscher Nationalität aus. Es kam zu einer großen Ausreisewelle in die Bundesrepublik und nach Österreich. Die Bundesrepublik sprach von 11 000 ČSSR-Deutschen, die 1968 in der Bundesrepublik aufgenommen worden waren. „In den Ulbricht-Staat wollte niemand“, schrieb die Hamburger Tageszeitung „Die Welt“ am 10. Januar 1969.⁵⁰⁸ Von den ČSSR-Organen nach den Auswanderungsgründen gefragt, gaben 35 Prozent den „höheren Lebensstandard in Westdeutschland“ an, 32 Prozent „den politisch ungünstigen Ausgang der Augustereignisse“, 14 Prozent die „völlige politische Unsicherheit“ in der ČSSR, und neun Prozent nannten als Umsiedlungsgrund die Familienzusammenführung. Die ausgesiedelten wie die verbliebenen ČSSR-

⁵⁰³ Ebenda, Bl. 26.

⁵⁰⁴ Ebenda.

⁵⁰⁵ Vgl. ebenda, Bl. 26, 27.

⁵⁰⁶ Wegen der Berichterstattungen der Prager „Volkszeitung“ über die politische Entwicklung und die Demokratisierungsbestrebungen in der ČSSR verbot die SED zum 1. Juni 1968 Verkauf und Verteilung der Zeitung in der DDR. Vgl. Radio Prag am 16. April und am 31. Mai 1968, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/1179.

⁵⁰⁷ Vermerk über ein Gespräch zwischen Genossen Bienert und Josef Lenk, 27. Mai 1968, in: PAAA MFAA C 678/72, Bl. 28.

⁵⁰⁸ Vgl. Immer mehr Deutsche verlassen die Tschechoslowakei. 11 000 siedeln jährlich in die Bundesrepublik um, in: Die Welt, Hamburg, 10. Januar 1969; (auch in: PAAA MFAA A 13861, Bl. 5).

Deutschen meinten allerdings zu 80 Prozent auch, daß es in der tschechoslowakischen Gesellschaft keine Diskriminierung der Bürger deutscher Nationalität mehr gäbe, nur 20 Prozent fühlten sich auf den Gebieten des Schulwesens und der Kultur benachteiligt.⁵⁰⁹

Die SED-Botschaftsfunktionäre aus Prag meldeten nach Ost-Berlin, daß von August 1968 bis Ende März 1969 knapp 24 000 tschechoslowakische Bürger deutscher Nationalität dauerhaft in die Bundesrepublik gegangen waren.⁵¹⁰ Im Bericht hieß es: Nach Angaben des Statistischen Jahrbuchs der ČSSR „lebten 1968 124 000 tschechoslowakische Bürger deutscher Nationalität in der ČSSR. [...] Nach aktuellen Angaben kann jedoch als sicher gelten, daß auf Grund der Abwanderung nach Westdeutschland und anderen westlichen Ländern die Zahl der tschechoslowakischen Bürger deutscher Nationalität etwa noch knapp über 100 000 beträgt.“⁵¹¹ Bis 1974 verringerte sich ihre Zahl auf zirka 80 000.⁵¹²

Die SED-Analyse besagte, daß diese ČSSR-Deutschen sich weiterhin in Nord- und Westböhmen konzentrierten, und daß zirka 40 Prozent von ihnen bereits im Rentenalter waren. Die Facharbeiter unter ihnen arbeiteten in der Glas- und metallverarbeitenden Industrie und im Bergbau. Arbeiter in der Landwirtschaft und Angehörige der Intelligenz waren wenig vertreten. Die SED ging davon aus, daß durch die offizielle tschechoslowakische Assimilierungspolitik die Verbundenheit mit der deutschen Sprache und Kultur bei der Altersgruppe der unter 40-Jährigen schwach entwickelt sei.⁵¹³ In politischer Hinsicht unterschied sich nach SED-Sicht die Gruppe der Deutschen nicht von denen der anderen Bevölkerungsteile in der ČSSR. Nur eine sehr kleine Gruppe der Bürger deutscher Nationalität seien „aktive Antifaschisten und Kommunisten“ bzw. positiv zum sozialistischen Aufbau in der ČSSR eingestellt. Eine relativ große Gruppe hingegen stehe „unter dem Einfluß der politischen Manipulierung nach dem Januar 1968 und langandauernder und intensiver ideologischer Beeinflussung aus Westdeutschland“ und sei „mehr oder weniger empfänglich für antisozialistische Gedanken“.⁵¹⁴ Eine dritte Gruppe der ČSSR-Bürger deutscher Nationalität wäre politisch desinteressiert und daher auch anfällig für einen möglichen „Einfluß rechter Kräfte und westdeutscher Propaganda, [...] die durch gelenkte materielle Unterstützung verstärkt“ werde. Eine sehr kleine Anzahl von ČSSR-Deutschen bildeten nach Überzeugung der SED ein „antisozialistisches Zentrum, um konterrevolutionäre Ziele“ zu verfolgen.⁵¹⁵ Insgesamt gesehen glaubte die SED-Führung, nach den Prager Ereignissen von 1968 kein bzw. nur sehr wenig politisches Vertrauen in die tschechoslowakischen Bürger deutscher Nationalität setzen zu dürfen.

Während und im Gefolge des „Prager Frühlings“ hatten zuständige SED- und KPČ-Funktionäre über „Fehler in der Vergangenheit auf dem Gebiet der Nationalitätenpolitik“ in der ČSSR gesprochen:⁵¹⁶ Übereinstimmung herrschte in der Feststellung, daß es nach der

⁵⁰⁹ Vgl. ebenda.

⁵¹⁰ Vgl. Konzeptionelle Überlegungen zur Zusammenarbeit der DDR mit der Kulturorganisation ČSSR-Bürger deutscher Nationalität, 20. März 1969, in: PAAA MfAA C 1115/73, Bl. 73.

⁵¹¹ Ebenda; Gespräch im Mdi der ČSSR, 15. Oktober 1968, in: SAPMO-BA DY 30/3624.

⁵¹² Vgl. Vorgehen gegenüber den tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität, 10. Mai 1974, in: PAAA MfAA C 1343/77, Bl. 3.

⁵¹³ Vgl. ebenda; Konzeptionelle Überlegungen zur Zusammenarbeit der DDR mit der Kulturorganisation ČSSR-Bürger deutscher Nationalität, 20. März 1969, in: PAAA MfAA C 1115/73, Bl. 74.

⁵¹⁴ Konzeptionelle Überlegungen zur Zusammenarbeit der DDR mit der Kulturorganisation ČSSR-Bürger deutscher Nationalität, 20. März 1969, in: PAAA MfAA C 1115/73, Bl. 74.

⁵¹⁵ Ebenda.

⁵¹⁶ Vgl. Entstehung, Entwicklung, Perspektiven des Kulturverbandes der Bürger deutscher Nationalität in der ČSSR, Prag, 22. Juni 1971, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/1180.

Annahme der Verfassung von 1960 zur Verschlechterung, ja sogar zur Aufgabe der politischen Arbeit unter den Deutschen in der ČSSR gekommen war, und daß es Bestrebungen zu einer zwangsweisen Assimilierungspolitik gegeben hatte. Die tschechoslowakischen Parteifunktionäre bedauerten nun, daß die Nichterwähnung der Deutschen als eine Minderheit in der Verfassung zur Entlassung Duzender hauptamtlicher deutschsprachiger KPČ-Mitarbeiter in der Gewerkschaft und anderen Organisationen geführt hatte. Wörtlich weiter: „Im Jahre 1964 z. B. führte man [in der ČSSR] bereits einen Kampf gegen den Gebrauch der deutschen Sprache; [Es kam] zur Entlassung von tschechischen Funktionären, die sich mit der Arbeit unter den Deutschen befaßten [und zur] Liquidierung deutscher Bücherabteilungen in den Volksbibliotheken; [Es kam zum] Kampf gegen Versammlungen, wo deutsch gesprochen wurde usw. Auch laufende deutsche Sprachzirkel an den Schulen wurden behindert und teilweise mit fadenscheinigen Begründungen – kein Geld, keine Lehrkräfte – im Sokolover Bezirk eingestellt. Natürlich merkten die deutschen Bürger unseres Landes diese für sich sehr zum schlechteren veränderte Situation. Die Aussiedlungswelle, teilweise noch von tschechischer Seite gefördert – Redensarten wie: ‚alle Deutschen können aussiedeln‘ oder ‚warum siedelt ihr nicht aus?‘ – förderten diese Entwicklung, und so kam es zur Massenabwanderung.“⁵¹⁷ Dieses tschechoslowakische Eingeständnis einer verfehlten Politik bezüglich der deutschen Minderheit gab den Blick frei auf die tatsächliche Situation der Deutschen in der ČSSR in den 1960er Jahren.

Nach dem Ende des „Prager Frühlings“ wurde zur Stabilisierung der politischen Lage in der tschechoslowakischen Gesellschaft und unter dem Bevölkerungsteil der ČSSR-Deutschen – auch um die Zahl der Aussiedlungen einzudämmen – am 28. Oktober 1968 das neue Verfassungsgesetz Nummer 144 „Über die Stellung der Nationalitäten“ in der ČSSR angenommen. Mit diesem Gesetz erhielten die tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität den Status einer Minderheit, gleich den anderen Minderheiten in der ČSSR. Von da an konnte auch von offizieller staatlicher Seite von einer deutschen Minderheit in der ČSSR gesprochen werden.⁵¹⁸

Dieses neue Verfassungsgesetz sah eine prozentuale Vertretung der Nationalitäten in den politischen, den repräsentativen und allen anderen staatlichen Organen vor. Auch die ČSSR-Bürger deutscher Nationalität hatten von nun an Anspruch auf Bildungsmöglichkeiten in deutscher Sprache, auf die Benutzung der deutschen Sprache im Umgang mit staatlichen und anderen Behörden, auf die Entwicklung ihres eigenen kulturellen Lebens, auf eine Mitgliedschaft in einer gesellschaftlich-kulturellen Organisationen ihrer Nationalität und auf die Herausgabe von eigenen Presseerzeugnissen sowie auf die Nutzung von Massenkommunikationsmitteln.⁵¹⁹ Der Wunsch der deutschen Minderheit nach einer eigenen Kulturorganisation, um über politische und kulturelle Probleme in deutscher Sprache informiert zu werden, die deutsche Kultur und Bildung zu pflegen sowie ein noch immer starkes Gefühl der Verbundenheit untereinander⁵²⁰ erfüllte sich erst im Juni 1969.

⁵¹⁷ Ebenda.

⁵¹⁸ Vgl. Vorgehen gegenüber den tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität, 10. Mai 1974, in: PAAA MfAA C 1343/77, Bl. 4.

⁵¹⁹ Vgl. Zu den Rechten der nationalen Minderheiten in der ČSSR, 4. Oktober 1969, in: PAAA MfAA A 13861, Bl. 2.

⁵²⁰ Vgl. Sendung „Osteuropa und wir“, München, 21. September 1968, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/ 1169; Pläne zur Gründung einer deutschen Kulturorganisation, 16. September 1968, in: PAAA MfAA A 13861, Bl. 16, 17.

Die tschechoslowakischen Staatsbehörden und auch die SED-Spitze mißtrauten solch einer deutschen Vereinigung. Die ČSSR-Behörden hegten insgesamt politische Bedenken – basierend auf den Erfahrungen von 1938 bis 1945 – gegen eine rein deutsche Organisation; die SED fürchtete einen starken Einfluß der Bundesrepublik auf diese Kulturorganisation.

Der konstituierende Kongreß des „Kulturverbands der Bürger deutscher Nationalität der ČSSR“ – kurz „Kulturverband“ – fand am 14. Juni 1969 statt.⁵²¹ Die neue Organisation konnte im Rahmen der Nationalen Front wirken. Eine Legitimierung des Verbandes durch die staatlichen Organe der ČSSR fand zunächst nicht statt.⁵²²

SED-Apparat und Außenministerium nahmen im Vorfeld der Gründung des „Kulturverbandes“ sehr distanziert zu diesen Plänen Stellung. Zunächst unterstrichen sie, daß die Bildung einer Kulturorganisation der deutschsprachigen Minderheit in der ČSSR als „innerstaatliche Angelegenheit“ der Tschechoslowakei gewertet werde. Die SED warnte anschließend die KPČ-Spitze eindringlich: Die DDR-Regierung „weist angesichts des Echos, das die Aktivitäten zur Bildung der Kulturorganisation [...] bei den herrschenden Kreisen Westdeutschlands und insbesondere auch bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft und bei anderen Revanchistenverbänden hervorgerufen hat, auf die Gefahr hin, die von diesen Kräften droht. Der westdeutsche Imperialismus wird bemüht sein, diese Kulturorganisation zu einer [...] Trägerinstitution seiner aggressiven Einmischungspolitik in die inneren Angelegenheiten der ČSSR zu machen und sie zur Befriedigung seines Vormachtstrebens in Europa zu mißbrauchen. [...] Die zwischen der [...] westdeutschen Revanchistenbewegung und Kreisen der deutschsprachigen Minderheit in der ČSSR bestehenden persönlichen Kontakte werden von westdeutscher Seite systematisch intensiviert.“⁵²³

Die SED sah in der deutschen Minderheit in der ČSSR und ihrem neuen Kulturverband ein nicht zu unterschätzendes Sicherheitsrisiko, da zwischen den Angehörigen der deutschsprachigen Minderheit in der ČSSR nicht nur viele enge persönliche Kontakte in die Bundesrepublik, sondern auch in die DDR bestanden. Die SED-Führung wünschte konkrete Absprachen mit der KPČ darüber, wie der Einfluß bundesdeutscher Kreise auf die deutschsprachige ČSSR-Bevölkerung und die zu gründende Kulturorganisation möglichst gering gehalten werden könne, und welche konkrete Unterstützung die DDR für den Aufbau des Kulturverbands leisten sollte.⁵²⁴ Dabei dachte man an den Austausch von Kulturgruppen und Theaterensembles, an das Bereitstellen von deutschen Zeitungen, Zeitschriften, belletristischer Literatur sowie Kinofilmen und Sendungen des DDR-Fernsehens und Rundfunks. Zudem bot die DDR an, „um dem zweifellos vorhandenen Interesse an der deutschen Sprache“ Rechnung zu tragen, dem Germanistik-Institut „Johann Gottfried Herder“ in Leipzig und dem Verlag Volk und Wissen Aufträge zu erteilen, Lehrmaterialien für den Deutschunterricht für die ČSSR-Bürger deutscher Nationalität zu erarbeiten.⁵²⁵

⁵²¹ Vgl. Statuten des Kulturverbandes der Bürger deutscher Nationalität der ČSSR, 28. April 1969, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/1180.

⁵²² Das ZK der KPČ wechselte am 20. November 1970 die Zentralleitung des Kulturverbandes in Prag aus, säuberte – wie es zeitgenössisch hieß – die „Zentrale von rechten, parteifeindlichen Kräften und setzte neue Genossen ein“. Entstehung, Entwicklung und Perspektiven des Kulturverbandes der Bürger deutscher Nationalität in der ČSSR, 22. Juni 1971, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/1180.

⁵²³ Stellung der DDR zur Bildung einer Kulturorganisation der deutschsprachigen Minderheit in der ČSSR, 5. November 1968, in: PAAA MfAA C 1115/73, Bl. 83.

⁵²⁴ Vgl. ebenda, Bl. 84.

⁵²⁵ Vgl. Konzeptionelle Überlegungen zur Zusammenarbeit der DDR mit der Kulturorganisation ČSSR-Bürger deutscher Nationalität, 20. März 1969, in: PAAA MfAA C 1115/73, Bl. 77–80.

Die SED gab der tschechoslowakischen Seite zu verstehen, daß sie es nicht wünschte, daß der „westdeutsche Imperialismus“ sich ähnlich wie 1968 in die ČSSR-Gesellschaft in den im Aufbau befindlichen Kulturverband der Deutschen einmischen werde.⁵²⁶ Die DDR wollte unbedingten politischen Einfluß auf die Kulturorganisation gewinnen mit dem Ziel, „die tschechoslowakischen Bürger deutscher Nationalität für den sozialistischen Aufbau in der ČSSR“ zu motivieren.⁵²⁷ Andererseits würde sich die DDR einer Zusammenarbeit und Unterstützung des Kulturverbandes verweigern.

In den folgenden Jahren, bis zirka Mitte der 1970er Jahre, entwickelte sich der „Kulturverband der Bürger deutscher Nationalität der ČSSR“ und dessen Zusammenarbeit mit der DDR nicht nach den Vorstellungen der SED. Als politisch dramatisch schätzte der SED-Apparat diese Entwicklung nicht ein, denn es hatten sich bis Mitte 1974 nur knapp 17 Prozent vorwiegend ältere ČSSR-Bürger deutscher Nationalität dort organisiert. Es existierten 66 regionale Organisationen mit zirka 8800 Mitgliedern.⁵²⁸

Ein drängendes Problem blieb für die DDR nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der ČSSR und der Bundesrepublik Deutschland im Juni/Dezember 1973 die kontinuierliche, wenn auch zahlenmäßig nicht große Auswanderung von ČSSR-Deutschen in die Bundesrepublik. 1972 siedelten 655, 1973 520 Personen in die Bundesrepublik über.⁵²⁹ Die Zahlen blieben bis zum Ende der 1980er Jahre konstant.⁵³⁰ Übersiedlungen in die DDR fanden kaum statt, ausgenommen einzelne Fälle von Familienzusammenführungen.

Der Anfang 1972 zahlenmäßig stark zunehmende (paß- und visumfreie) Touristenverkehr zwischen der DDR und der ČSSR brachte keine Probleme, die auf verstärkte Besuchsreisen von „ehemaligen sudetendeutschen Umsiedlern“ aus der DDR in ihre früheren Heimatregionen zurückgingen. Die Berichte des Staatssicherheitsdienstes über diesen Reiseverkehr enthielten keine Vermerke über etwaigen negativen „Vertriebenentourismus“.⁵³¹

Die SED-Führung sah in der Stellung der deutschen Minderheit in der ČSSR eine latente politische Gefahr. Die fast unbeschränkten Reisemöglichkeiten der ČSSR-Deutschen in die Bundesrepublik und in die DDR, und die Möglichkeit West- und Ostdeutscher – in diesem Falle vor allem vertriebener Sudetendeutscher – sich in ihren Heimattorten in den nord- und westböhmisches Grenzregionen zu treffen und damit nicht zu kontrollierende deutsch-deutsche Kontakte zu pflegen, schien der SED ein gewisses Sicherheitsrisiko zu

⁵²⁶ Vgl. Gespräch mit dem Chefredakteur der Prager Volkszeitung, 24. Oktober 1968, in: PAAA MfAA C 1115/73, Bl. 89.

⁵²⁷ Vgl. Konzeptionelle Überlegungen zur Zusammenarbeit der DDR mit der Kulturorganisation ČSSR-Bürger deutscher Nationalität, 20. März 1969, in: PAAA MfAA C 1115/73, Bl. 77.

⁵²⁸ Vgl. Vorgehen gegenüber den tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität, 10. Mai 1974, in: PAAA MfAA C 1343/77, Bl. 4; Entstehung, Entwicklung und die weiteren Perspektiven des Kulturverbandes der Bürger deutscher Nationalität in der ČSSR, Prag, 22. Juni 1971, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/1180.

⁵²⁹ Vgl. Vorgehen gegenüber den tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität, 10. Mai 1974, in: PAAA MfAA C 1343/77, Bl. 5.

Die Bundesrepublik erwartete nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der ČSSR 25 000 aussiedlungswillige tschechoslowakische Bürger deutscher Nationalität. Vgl. ebenda.

⁵³⁰ 1988 waren es 949, 1989 2027. Vgl. Klaus J. Bade, Aussiedler – Rückwanderer über Generationen hinweg, S. 129.

⁵³¹ Vgl. Beschluß zur Analyse über die Erfahrungen des paß- und visumfreien Reiseverkehrs DDR/VRP und DDR/ČSSR, 1972, in: BAB DC 20 I/4 2652, Bl. 140–156; Material für das SED-Politbüro: Problem Reiseverkehr DDR-ČSSR, 22. Februar 1972, in: BStU MfS AS Nr. 155/74, Bd. 26, Bl. 295–207.

sein – auch wenn es insgesamt gesehen so hoch nicht bewertet wurde: Ein SED-Bericht von Mai 1974 hielt fest: „Der politische Einfluß der BRD auf die tschechoslowakische Bevölkerung deutscher Nationalität wirkt sehr differenziert, mit unterschiedlichsten Mitteln, durch relativ breit vorhandene Verwandtschaftsbeziehungen, touristische Kontakte, über westdeutsche [Fernseh- und Rundfunk-]Sender [...] Die qualitative Einschätzung dieses Einflusses ist sehr kompliziert. Generell kann gesagt werden, daß trotz latenter Wirkung dieser Einflußmöglichkeiten die überwiegende Mehrheit der ČSSR-Bürger deutscher Nationalität gegenüber dem sozialistischen tschechoslowakischen Staat loyal auftritt und ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllt.“⁵³²

Eine politisch-kulturelle Einflußnahme der DDR auf die deutsche Minderheit in der ČSSR fand nur sehr zurückhaltend statt. Sie war von der ČSSR nicht sonderlich erwünscht. 1974 lautete der Standpunkt im SED-Apparat: „Grundsätzlich erfolgen Aktivitäten nur auf Initiative der tschechoslowakischen Seite in Abstimmung mit den zuständigen Organen der KPČ und den staatlichen Organen der ČSSR. Sie betreffen [...] Vortragstätigkeiten, das Vorführen von Filmen und den Literaturvertrieb.“⁵³³

Die SED-Staatspartei wurde auch in den 1970er und 1980er Jahren nicht müde, die „Revanchismusgefahr“ der Bundesrepublik zu beschwören, insbesondere den Einfluß der Sudetendeutschen Landsmannschaft auf die ČSSR-Bürger deutscher Nationalität und alle „ehemaligen sudetendeutschen Umsiedler“ in der DDR.⁵³⁴

Ein im SED-Auftrag erstellter MfS-Sachstandsbericht über „die besonders gefährliche Organisation ‚Sudetendeutsche Landsmannschaft‘“ von 1971/72 besagt: Der grenzüberschreitende Post- und Reiseverkehr der Sudetendeutschen Landsmannschaft werde benutzt, „um organisierte Treffen auf dem Gebiet der DDR zwischen [...] Angehörigen der ‚Sudetendeutschen Landsmannschaft‘ und Personen in der DDR, die in dem ehemaligen ‚Sudetengau‘ wohnhaft waren, zu organisieren“.⁵³⁵ Die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ arbeitet weiterhin zielgerichtet daraufhin, bei Personen und Personengruppen in der DDR [und ČSSR] alte revanchistische Einstellungen zu erhalten und weiter zu entwickeln sowie solche Einstellungs- und Verhaltensweisen [...] auch bei jungen Menschen neu hervorzurufen und zu entwickeln“.⁵³⁶

Die SED-Führung in Ost-Berlin interessierte sich zu Beginn der 1970er Jahre relativ wenig für die deutsche Minderheit in der ČSSR und ihre Belange. Sie hegte kein großes politisches Vertrauen in die verbliebenen zirka 80 000 tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität. Sie befürwortete keine Übersiedlungen in die DDR, zumal die ČSSR-Deutschen auch nicht in die DDR gehen wollten. Die DDR-Führung hätte es gerne gesehen, wenn sich diese Deutschen in die tschechoslowakische Gesellschaft assimiliert hätten, um sich, wie es hieß, „aktiv am Aufbau der sozialistischen ČSSR-Gesellschaft“ zu beteiligten. Wegen der vielfältigen verwandtschaftlichen Kontakte und Verbindungen der ČSSR-Deutschen in die Bundesrepublik wollte die SED-Führung diese Bevölkerungsgruppe zur eigenen Bevölkerung auf Distanz halten, insbesondere zu den „ehemaligen Umsied-

⁵³² Vorgehen gegenüber den tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität, 10. Mai 1974, in: PAAA MfAA C 1343/77, Bl. 6.

⁵³³ Ebenda.

⁵³⁴ SED, MfS, Landsmannschaften und „Umsiedler“ in der DDR sind Thema des folgenden Kapitels.

⁵³⁵ MfS-Sachstandsbericht 1971/72, in: BStU MfS Rep. 2/225, Bl. 4.

⁵³⁶ Ebenda, Bl. 6; vgl. Der BdV und die konterrevolutionären Vorgänge in der ČSSR, in: MfS-Dossier: Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1982), in: BStU MfS ZKG Nr. 3520, Bl. 114–124.

lern“ aus den sudetendeutschen Gebieten. In den Grenzgebieten zwischen der DDR zur ČSSR gelang dies kaum, was aber zu keinen politischen Zwischenfällen führte.

3. Deutsche in der Sowjetunion⁵³⁷

Vor Beginn des Zweiten Weltkrieges lebten rund 2 Millionen Deutsche auf dem Territorium des Deutschen Reiches, das nach 1945 Staatsgebiet der Sowjetunion wurde. Das waren Deutsche aus dem nördlichen Ostpreußen und dem Memelgebiet⁵³⁸ sowie die Baltendeutschen aus Estland, Lettland, Litauen.

Des weiteren lebten seit ein bis zwei Jahrhunderten einige Hunderttausend deutsche Kolonisten im russischen, dann im sowjetischen Vielvölkerstaat. Dazu zählten vor 1941 die rund 400 000 bis 600 000 Wolgadeutschen, die etwa 120 000 Wollhyniendeutschen, die 93 000 Deutschen aus Bessarabien und die zirka 48 000 Kaukasiendeutschen.⁵³⁹ Diese deutschen Siedler waren russische bzw. sowjetische Staatsbürger deutscher Nationalität. Die Siedlungsgeschichte der sogenannten Wolgadeutschen im zaristischen Rußland begann unter der Zarin Katharina II. in den Jahren 1763 bis 1767, die der Wollhyniendeutschen, der Bessarabien- und der Kaukasiendeutschen erst zwischen den 1820er und 1830er Jahren. Die Wolgadeutschen lebten seit 1924 in einer Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik. Nach dem Überfall des nationalsozialistischen Deutschland auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wurden die Wolgadeutschen und die Kaukasiendeutschen sowie alle Sowjetbürger deutscher Nationalität, insgesamt zirka 1,1 Millionen Menschen, kollektiv der Kollaboration mit NS-Deutschland beschuldigt und auf Erlaß des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941 nach Zentralasien (Kasachstan) bzw. Sibirien deportiert, dort zwangsangesiedelt⁵⁴⁰ und unter Polizeiaufsicht gestellt. Sie wurden ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt und z. T. zur Zwangsarbeit eingesetzt. Erst 1956 rehabilitierte die KPdSU-Führung die Sowjetbürger deutscher Nationalität. Diese erhielten ihre staatsbürgerlichen

⁵³⁷ Die Thematik „Deutsche in der Sowjetunion“ nach 1945 wird in einem kurzen Exkurs behandelt, da die besondere Beziehung bzw. die politische Abhängigkeit zwischen der „sozialistischen Führungsmacht“ UdSSR und (dem besiegten und besetzten) Teil Deutschlands, der SBZ/DDR, dies für sinnvoll erscheinen läßt.

Auf das Schicksal der Deutschen, ihre Flucht, Vertreibung, „Umsiedlung“ aus oder ihr Verbleiben in Rumänien (vor dem Zweiten Weltkrieg zirka 750 000), Ungarn (zirka 600 000) und Jugoslawien (zirka 550 000) wird hier nicht eingegangen. SED-Archivunterlagen über die Stellung der DDR zur deutschsprachigen Minderheit in Rumänien finden sich z. B. in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/191; DY 30 J IV 2/2J/3378; vgl. auch Heinz Günter Steinberg, *Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland*, S. 126–131; Marion Frantzioch, *Die Vertriebenen*, S. 28–43.

Vgl. Manfred Weinhold, *Deutschlands Gebietsverluste 1919–1945*. Handbuch und Atlas, Kiel 2001.

⁵³⁸ Zur Erinnerung seien einige deutsche Städte in diesem Gebiet genannt: Königsberg (Kaliningrad) mit 1939 zirka 372 000 Einwohnern; Eydtkau (Tschkalow), Gumbinnen (Gussew), Insterburg (Tschernjachowsk), Memel (Klaipeda), Pillau (Baltisk), Tilsit (Sowjetsk). Vgl. Ortsbezeichnungen: Frühere deutsche Ostgebiete, März 1982, in: BStU MfS HA XX/4, 1787, Bl. 23.

⁵³⁹ Vgl. Lothar Wieland, *Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte*, S. 13f.; Klaus J. Bade, *Aussiedler – Rückwanderer über Generationen hinweg*, S. 128ff.; Ute Schmidt, *Die Deutschen aus Bessarabien*, S. 13ff.

<http://de.wikipedia.org/wiki/Wolgadeutsche>; <http://de.wikipedia.org/wiki/Wollhynien>;

<http://de.wikipedia.org/wiki/Kaukasiendeutsche>:

⁵⁴⁰ Diese Zwangsansiedlung erfolgte in der Kasachischen, Kirgisischen, Tadschikischen und Usbekischen Sozialistischen Sowjetrepublik sowie in den Gebieten Nowosibirsk und Tjumen.

Rechte zurück, einschließlich der Möglichkeit der Pflege ihrer deutschen Sprache und Kultur. Der Kollektivvorwurf der Kollaboration wurde erst 1964 offiziell zurückgenommen. In ihre angestammten Siedlungsgebiete durften die Sowjetbürger deutscher Nationalität nicht zurückkehren.⁵⁴¹

Anders verlief die Geschichte der Wolhyniendeutschen oder der Bessarabiendeutschen sowie der Baltendeutschen. Im Gefolge des Hitler-Stalin-Paktes vom August 1939 und den darauf beruhenden bilateralen Verträgen zwischen dem Deutschen Reich einerseits und Estland (15. Oktober 1939), Lettland (30. Oktober 1939) bzw. der Sowjetunion (16. November 1939 und 5. September 1940) andererseits wurden in NS-Aktionen unter dem Motto „Heimkehr ins Reich“ größere Teile der Baltendeutschen (bis 1941 zirka 130 000 Deutsche), der Wolhynien- und Bessarabiendeutschen (1940 insgesamt zirka 150 000 Deutsche) ins damalige „Reich“ umgesiedelt und damit wieder zu Staatsbürgern des Deutschen Reiches. Vorwiegend siedelte man sie im sogenannten Reichsgau Wartheland und in Westpreußen an, bevor sie im Gefolge der Kriegsergebnisse im Laufe der Jahre 1943 und 1944 vor der heranrückenden Front und der Roten Armee flohen oder in die SBZ bzw. in die drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands vertrieben wurden.⁵⁴²

Über eine große Evakuierungs- und Fluchtbewegung noch während des Krieges bzw. durch eine umfassende Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ostpreußen und dem Memelgebiet bis 1949/50 verblieben nur geschätzt einige Tausend „Reichsdeutsche“ in dieser Region unter sowjetischer Herrschaft.⁵⁴³ Die Hunderttausende nach Zentralasien und Sibirien zwangsdeportierten Sowjetbürger deutscher Nationalität galten in den Augen der sowjetischen Staatsmacht nicht als deutsche Staatsbürger.

Die sowjetische Partei- und Staatsführung erklärte die „Umsiedlungen“ von Deutschen aus ihrem neuen Staatsgebiet 1949 für abgeschlossen.⁵⁴⁴ Mitte 1951 wurde zum ersten Mal aktenkundig, daß sich die SED-Führung in Moskau um die „Ausreise einzelner deutscher Bürger“ aus der Sowjetunion bemühte. Der DDR-Missions-Mitarbeiter in Moskau Markus Wolf⁵⁴⁵ besprach am 19. Juli 1951 in Moskau dieses Thema mit seinem aus Ost-Berlin angereisten Vorgesetzten Anton Ackermann⁵⁴⁶, Staatssekretär im DDR-Außenministerium. Ein Vermerk über diese Unterredung hielt fest: „Zu den in den baltischen Republiken, in Wolhynien und Bessarabien gebürtigen Deutschen, die 1939/40 die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben, erklärte der Staatssekretär [Ackermann], die Mission könne von

⁵⁴¹ Vgl. Zu einigen Fragen der deutschen Minderheit in der UdSSR, Moskau, 9. September 1968, in: PAAA MfAA C 1122/71, Bl. 15–19.

⁵⁴² Vgl. Heinz Günter Steinberg, Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, S. 111–113; Klaus J. Bade, Aussiedler – Rückwanderer über Generationen hinweg, S. 130f.; Marion Frantzioch, Die Vertriebenen, S. 28–35.

⁵⁴³ Vgl. Heinz Günter Steinberg, Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, S. 113–115.

⁵⁴⁴ Vgl. Kurze Zusammenfassung der wichtigsten Probleme der Übersiedlung von Deutschen aus der UdSSR in die DDR, April 1963, in: PAAA MfAA C 520/76, Bl. 283.

⁵⁴⁵ Markus Wolf (1923–2006), 1933 SU-Emigration mit seinen Eltern, 1942 Eintritt in die KPD, Moskauer KI-Schule, 1945–1949 beim Berliner Rundfunk, Oktober 1949–August 1951 1. Rat der DDR-Mission in Moskau, dann im Außenpolitischen Nachrichtendienst, seit September 1953 Leiter der DDR-Aufklärung im MfS, ab 1956 HV A, 1954–1986 im MfS Stellvertretender Minister. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 935f.

⁵⁴⁶ Anton Ackermann (1905–1973), ab 1920 KPD-Funktionär, 1929–1933 Leninschule in Moskau, illegale Tätigkeit in Berlin, Prag und Paris, ab 1940 wieder in Moskau, ab 1945 ZK-KPD, dann PV der SED, 1949–1953 StS im MfAA, Leiter der Auslandsspionage, 1953/54 ZK-Ausschluß, Verlust aller staatlichen und Parteiämter, 1956 rehabilitiert, 1960 invalidisiert. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 13.

sich aus solchen Personen einen provisorischen Reiseausweis zustellen, ohne vorherige Genehmigung durch Berlin, wenn es sich dabei um eine Zusammenführung Verwandter 1. Grades in die DDR handle. In anderen Fällen und bei beabsichtigter Reise nach Westdeutschland solle die Mission die Gesuche, mit einer [...] Stellungnahme nach Berlin schicken. Man sei nicht grundsätzlich gegen eine Reise nach Westdeutschland, werde aber [...] jeden einzelnen Fall überprüfen.“ Und weiter: „Dasselbe gilt für frühere Einwohner Ostpreußens, die sich aus irgend einem Grunde noch in der Sowjetunion befinden. In jedem Fall müsse man sich der Zustimmung der sowjetischen Stellen vergewissern.“⁵⁴⁷

Deutschen Staatsbürgern aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches bzw. denen, die nach den Verträgen des Deutschen Reiches mit der Sowjetunion 1939/40 wieder zu Staatsbürgern des Deutschen Reiches geworden waren, sollte nach SED-Ansicht im Rahmen der Familienzusammenführung eine schnelle Ausreise in die DDR bzw. auch in die Bundesrepublik gestattet werden.

In den folgenden Jahren war es die absolute Ausnahme, daß die sowjetischen Behörden auch nur Einzelübersiedlungen von Deutschen genehmigten. 1951 und 1952 soll es nach Angaben des DDR-Außenministeriums keine „Übersiedler“ gegeben haben, 1953 kamen 25 Deutsche aus der Sowjetunion in die DDR, 1954 siedelten 161 in die DDR und 65 in die Bundesrepublik über,⁵⁴⁸ 1955 kamen 1 051 Deutsche aus der Sowjetunion in die DDR und 595 in die BRD und 1956 waren es 596, die in die DDR, und 86, die in die Bundesrepublik ausreisten.⁵⁴⁹ Diese „Übersiedlungen von Deutschen aus der UdSSR“ fanden als Einzelübersiedlungen statt. Nur im Dezember 1955 und im Januar 1956 gingen zwei Transporte mit Deutschen in die DDR, ein Teil von ihnen wurde regulär in die Bundesrepublik weitergeleitet.⁵⁵⁰

Anders als mit der VR Polen und mit der ČSR verhandelte die SED-Spitze mit der sowjetischen Parteiführung in der ersten Hälfte der 1950er Jahre nicht über Fragen der „Ausreise von deutschen Staatsbürgern“ aus der UdSSR. Diese Problematik schien ein Tabu in den bilateralen Gesprächen gewesen zu sein. Auch läßt sich nicht nachweisen, daß die DDR-Botschaft in Moskau sich der Übersiedlungsfrage angenommen hätte – ganz im Gegensatz zu den Aktivitäten der DDR-Botschaft in Warschau oder Prag.⁵⁵¹ Das mag an den im Vergleich zu Polen und der ČSR geringen Zahlen von nachweislich deutschen Staatsbürgern in der UdSSR, die nach Deutschland konnten bzw. wollten, gelegen haben. Auch kann angenommen werden, daß die negative Haltung der sowjetischen Behörden bei der SED bekannt war, und man es wegen geringer Erfolgchancen unterließ, in Sachen Übersiedlung vorzusprechen.

Die „Frage der Ausreise deutscher Bürger“ bzw., wie es auch zeitgenössisch hieß, die „Rückführung deutscher Staatsbürger aus der UdSSR nach Deutschland“, wurde erst wieder im Herbst 1955 Gesprächsgegenstand zwischen der SED- und KPdSU-Führung. Bundeskanzler Konrad Adenauer und seine Regierungsdelegation hatten im September 1955 bei ihrem Staatsbesuch in Moskau das Thema angesprochen.⁵⁵² Das DDR-Außenministeri-

⁵⁴⁷ Aktenvermerk, Moskau, 23. Juli 1951, in: PAAA MfAA A 015569, Bl. 7.

⁵⁴⁸ Vgl. Einzelübersiedlungen aus der Sowjetunion, 1954–1956, in: PAAA MfAA A 505, Bl. 8.

⁵⁴⁹ Vgl. Kurze Zusammenfassung der wichtigsten Probleme der Übersiedlung von Deutschen aus der UdSSR in die DDR, April 1963, in: PAAA MfAA C 520/76, Bl. 283.

⁵⁵⁰ Vgl. ebenda.

⁵⁵¹ Die Quellen – sprich Aktenüberlieferung im Archivbestand des DDR-Außenministeriums und im Bestand der SED-ZK-Abteilung Internationale Verbindungen im SAPMO-Archiv ist sehr gering.

⁵⁵² Vgl. Heike Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961, S. 196–205.

um, die Abteilungsleiterin Aenne Kundermann und der Vize-Außenminister Otto Winzer, wurde im nachhinein über die Stellungnahme der sowjetischen Delegation gegenüber der bundesdeutschen Delegation „zu Fragen der Ausreise einzelner deutscher Bürger“ informiert.⁵⁵³ Wladimir Semjonow⁵⁵⁴, zu dieser Zeit Stellvertretender UdSSR-Außenminister, soll sich mündlich gegenüber der westdeutschen Seite zur Ausreise-Thematik wie folgt geäußert haben: Die Sowjetunion werde die „Anträge über Ausreise einzelner deutscher Bürger, die zum 21. Juni 1941 die deutsche Staatsbürgerschaft hatten, sowie ihrer Gatten und Kinder, soweit [...] sie sich noch auf dem Territorium der UdSSR befinden, aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik behandeln und positiv entscheiden“.⁵⁵⁵ Semjonow setzte eine Frist für die Abwicklung der Umsiedlungen bis zum Jahr 1959.

Die DDR-Botschaft in Moskau teilte in diesem Zusammenhang ihrem Außenministerium in Ost-Berlin mit, daß die Sowjetregierung inzwischen beschlossen habe, die Genehmigung zur ständigen Ausreise aus der UdSSR zu erteilen „a) an Personen, die in den Gebieten von Königsberg und Memel geboren sind und dort ihren Wohnsitz hatten und b) an Personen, die entsprechend den deutsch-sowjetischen Vereinbarungen während der Jahre 1939-1941 die deutsche Staatsbürgerschaft annahmen und die nach Kriegsende in die Sowjetunion zurückgekehrt sind“.⁵⁵⁶ Um wieviel Personen es sich dabei insgesamt handelte, war der DDR nicht bekannt. Das MfAA hielt fest, man müsse „bei den sowjetischen Freunden Rückfrage halten“. Ergänzend fügte das Außenministerium hinzu, daß bisher von der DDR genehmigte Anträge auf Familienzusammenführung aus der Sowjetunion für 2185 Personen vorlagen, für 1550 sei noch keine Einreiseerlaubnis erteilt worden. Für weitere 507 Personen, die aber Sowjetbürger seien und keine oder nur weitläufige Verwandte in der DDR hätten, seien Anträge eingegangen. Insgesamt kämen Anfang 1956 rund 4250 Personen zur Übersiedlung aus der UdSSR in die DDR in Frage.⁵⁵⁷

Die tatsächlichen „Übersiedlungen von Deutschen aus der UdSSR in die DDR und die BRD“ zogen sich zeitlich hin. Zwischen 1952 und 1962 kamen nach Angaben des DDR-Außenministeriums 4335 Deutsche aus der Sowjetunion in die DDR und 13079 Deutsche in die Bundesrepublik. Die zahlenmäßig größten Gruppen siedelten in den Jahren 1958, 1959 und 1960 über. Die Bundesrepublik sprach für denselben Zeitraum von 18091 übergesiedelten Deutschen.⁵⁵⁸

Nicht die Sorge um die in der Sowjetunion zurückgebliebenen deutschen Staatsbürger oder die Frage der Familienzusammenführung zu bereits in der DDR lebenden „Umsiedlern“ aus diesen nun sowjetischen Gebieten ließ die SED-Führung handeln, sondern allein der politische Konkurrenzdruck mit Westdeutschland. Die Bundesrepublik bemühte sich seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur UdSSR Ende September

⁵⁵³ Vgl. Mündliche Erklärung des Leiters der sowjetischen Delegation Genosse Semjonow zu Fragen der Ausreise einzelner deutscher Bürger, 1955, in: PAAA MfAA A 505, Bl. 73-75.

⁵⁵⁴ Wladimir S. Semjonow (1911-1992), Studium der Geschichte, Philosophie, Literatur, 1938 KPdSU, ab 1939 im diplomatischen Dienst, u. a. 1940/41 an der SU-Botschaft in Berlin, 1945-1949 Politischer Berater des Obersten Chefs der SMAD, dann bis 1953 Politischer Berater des SKK-Vorsitzes, 1954/55 Hoher Kommissar der UdSSR in Deutschland, 1955-1978 Stellvertretender SU-Außenminister, 1978-1986 SU-Botschafter in der BRD. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 792f.

⁵⁵⁵ Mündliche Erklärung des Leiters der sowjetischen Delegation Genosse Semjonow zu Fragen der Ausreise einzelner deutscher Bürger, 1955, in: PAAA MfAA A 505, Bl. 73.

⁵⁵⁶ Ebenda, Bl. 75.

⁵⁵⁷ Vgl. ebenda.

⁵⁵⁸ Vgl. Kurze Zusammenfassung der wichtigsten Probleme der Übersiedlung von Deutschen aus der UdSSR in die DDR, April 1963, in: PAAA MfAA C 520/76, Bl. 283, 284.

1955 offiziell mit Nachdruck um die Rückführung deutscher Staatsbürger aus der Sowjetunion.

Zur Frage der Rückführung gewährte der DDR-Botschafter in Moskau, Johannes König⁵⁵⁹, einem ADN-Korrespondenten ein Interview. Vermutlich kam es Ende 1955 bzw. Anfang 1956 zustande,⁵⁶⁰ ob es veröffentlicht wurde, ist ungewiß. Die zentrale Frage des DDR-Journalisten bezog sich auf eine wiederholt erhobene Behauptung der Bundesregierung, „daß die angeblich zurückgehaltenen Deutschen in der Sowjetunion [...] nicht einmal die Möglichkeit hätten, eine [...] sogenannte neutrale Macht zum Schutze ihrer Interessen in Anspruch zu nehmen“. Botschafter König widersprach vehement. Er wies den Vorwurf der Rechtlosigkeit deutscher Staatsbürger in der UdSSR zurück und behauptete, die Regierung der DDR würde bereits „seit Jahren [sic!]“⁵⁶¹ die Repatriierung deutscher Staatsbürger aus der UdSSR“ betreiben.⁵⁶² Der Botschafter scheute sich nicht, auf die doch peinlich geringe Zahl von deutschen Übersiedlern für das Jahr 1955 von 358 in die DDR und 160 nach Westdeutschland hinzuweisen. Hinzu kam, daß er versuchte, der Bundesregierung diskreditierend vorzuwerfen, sich für die Übersiedlung jener Sowjetbürger deutscher Nationalität einzusetzen, die ihre deutsche Staatsbürgerschaft der „faschistischen Einbürgerungspolitik Hitlers in den Jahren 1939–1945“⁵⁶³ verdankten. Mit dieser Argumentation meinte der DDR-Botschafter König öffentlich den „haltlosen Anspruch [...] der Regierung der Bundesrepublik, als [...] alleinberechtigte Repräsentantin für ganz Deutschland“ aufzutreten, widerlegen zu können.⁵⁶⁴

Im Jahr 1956 begann man in der DDR wie auch in der VR Polen, in der ČSR bzw. in anderen Staaten mit deutschen Bevölkerungsteilen (Ungarn, Rumänien, Jugoslawien) mit der Aktion der „Registrierung deutscher Staatsangehöriger“ in der UdSSR. Auch das geschah in Konkurrenz zur Bundesrepublik. DDR-Außenminister Lothar Bolz konkretisierte dies Mitte Januar 1956 in einem Schreiben an seinen Botschafter in Moskau, Johannes König: „Die Registrierung der deutschen Staatsangehörigen durch die Vertretung der DDR wäre schon deswegen zweckmäßig, weil die Botschaft der Bundesrepublik in der UdSSR Anstrengungen machen wird, alle deutschen Staatsangehörigen bei sich zu registrieren.“⁵⁶⁵ Von den sowjetischen Behörden war der DDR signalisiert worden, daß keine Einwände

⁵⁵⁹ Johannes König (1903–1966), 1919 Eintritt in die KPD, Redakteur verschiedener KP-Zeitungen, zeitweise KZ-Haft, 1939 Emigration nach Shanghai, TASS-Mitarbeiter, 1950 MfAA, 1950–1955 Botschafter in China, dann bis 1959 in der SU, 1959–1965 Stellvertretender Außenminister. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 458.

⁵⁶⁰ Vgl. Interview des DDR-Botschafters in Moskau zur Frage der Rückführung deutscher Staatsbürger aus der UdSSR nach Deutschland (ohne Datum), in: PAAA MfAA A 001053, Bl. 13–15.

⁵⁶¹ Wie angemerkt, betrug die Zahl der Übersiedlungen aus der UdSSR nach Deutschland zwischen 1950 und 1954 nur 251 Personen. Vgl. Kurze Zusammenfassung der wichtigsten Probleme der Übersiedlung von Deutschen aus der UdSSR in die DDR, April 1963, in: PAAA MfAA C 520/76, Bl. 283.

⁵⁶² Interview des DDR-Botschafters in Moskau zur Frage der Rückführung deutscher Staatsbürger aus der UdSSR nach Deutschland (ohne Datum), in: PAAA MfAA A 001053, Bl. 13.

⁵⁶³ Bei diesen Menschen handelte es sich um sowjetische Staatsbürger deutscher Nationalität, die während der Kriegereignisse (1941–1944) im von den Deutschen besetzten sowjetischen Territorium lebten (z. B. Schwarzmeerdeutsche) und damit den NS-Sammeleinbürgerungen des Deutschen Reiches als sogenannte Volksdeutsche unterlagen. Vgl. dazu auch Klaus J. Bade, Aussiedler – Rückwanderer über Generationen hinweg, S. 130.

⁵⁶⁴ Interview des DDR-Botschafters in Moskau zur Frage der Rückführung deutscher Staatsbürger aus der UdSSR nach Deutschland (ohne Datum), in: PAAA MfAA A 001053, Bl. 14.

⁵⁶⁵ Schreiben des DDR-Außenministers an den DDR-Botschafter in Moskau, 20. Januar 1956, in: PAAA MfAA A 001049, Bl. 2.

gegen diese Registrierungen beständen, „daß aber die sowjetischen Stellen [auch] einem gleichen Verlangen der Bundesrepublik keine Schwierigkeiten bereiten würden“.⁵⁶⁶

Registrieren konnten und durften sich nur deutsche Staatsbürger in der UdSSR. Als solche galten aus sowjetischer Sicht Personen, die auf Grund des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913 Deutsche waren, Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung vor 1933 erhalten hatten, und „Personen, die von 1933 bis 1945 eingebürgert wurden und bei denen feststeht, daß sie nicht im Zuge der faschistischen Expansion (das heißt auf Grund der von 1938 bis 1945 erlassenen Gesetze und Verordnungen in den von den Faschisten überfallenen Ländern) die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten“.⁵⁶⁷ Ein öffentlicher Aufruf zur „Registrierung deutscher Staatsbürger“ durfte weder in der Presse noch im Rundfunk erscheinen. Es ist zu vermuten, daß die Registrierungsaktion hier genauso wenig erfolgreich war wie in der VR Polen und in der ČSR und Ende der 1950er Jahre abgebrochen wurde. Man kann nur von einigen Hundert Personen ausgehen, die sich als „deutsche Staatsbürger der DDR“ in der Sowjetunion registrieren ließen.

Auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU und nach der Rehabilitierung der Sowjetbürger deutscher Nationalität änderte sich an der rigiden sowjetischen Ausreisepolitik für die Deutschen in der UdSSR nichts.⁵⁶⁸

Am 7. Januar 1957 verständigten sich Regierungsdelegationen der UdSSR und der DDR erstmals direkt über die – wie es verklausuliert hieß – „Lösung von Fragen im Zusammenhang mit den Veränderungen der Staatsangehörigkeit und der ständigen Ausreise von Personen deutscher Nationalität [...] in die DDR“.⁵⁶⁹ Den Vereinbarungen folgten allerdings nur wenige Taten. Das DDR-Außenministerium monierte im Juli 1957, daß für 950 Personen im Rahmen der engsten Familienzusammenführung die Zustimmung für die ständige Einreise in die DDR vorlägen, daß aber „teilweise seit sehr langer Zeit die Genehmigungen zur ständigen Ausreise aus der UdSSR“ noch immer fehlten. Zudem gäbe es „keine endgültige Stellungnahme, wie von Seiten der UdSSR eine Verwirklichung der getroffenen Vereinbarungen erreicht werden wird, obgleich eine entsprechende Ankündigung bereits im Februar 1957 erfolgte“.⁵⁷⁰

Von sowjetischer Seite wurden für Verzögerungen bei der Übersiedlung von Personen deutscher Nationalität aus der UdSSR in die DDR immer wieder die „unteren sowjetisch-staatlichen Gremien“ verantwortlich gemacht. Diese Ausflüchte glaubte die DDR nicht.⁵⁷¹ Nur intern wagten Funktionäre der DDR-Botschaft in Moskau und aus dem DDR-Außenministerium in Ost-Berlin, die fehlende Bereitschaft der sowjetischen Staats- und Parteiorgane, die Übersiedlungen von Deutschen schnell und reibungslos abzuwickeln, anzusprechen. Unter interner Kritik stand insgesamt die sowjetische Nationalitätenpolitik gegenüber den Deutschen in der UdSSR. SED-Funktionäre der Botschaft aus Moskau formulierten im März 1957 dazu: „Trotz der von unserer Seite gegebenen Hinweise auf die Frage der deutschen Nationalität ist über [...] eine Arbeit [...] nichts bekannt geworden. Es gibt

⁵⁶⁶ Registrierung deutscher Staatsbürger, 6. März 1956, in: PAAA MfAA A 001049, Bl. 6.

⁵⁶⁷ DDR-Außenminister an den DDR-Botschafter in Moskau, 20. März 1956, in: PAAA MfAA A 001049, Bl. 12, 13.

⁵⁶⁸ Vgl. Rückführung von deutschen Bürgern – Aide-mémoires, 17. Mai 1956, in: PAAA MfAA A 001053, Bl. 7–9.

⁵⁶⁹ Entwurf eines Aide-mémoires, 29. Juli 1957, in: PAAA MfAA A 505, Bl. 18.

⁵⁷⁰ Ebenda, Bl. 18, 19,

⁵⁷¹ Vgl. Gespräch mit dem Stellvertretenden Außenminister Sorin, Moskau, 11. Februar 1957, in: SAPMO-BA DY 30/3497.

auch bisher keinerlei Anzeichen dafür, daß sich die Partei [KPdSU] oder Regierung [der UdSSR] mit diesem Problem beschäftigen. Man kann im Gegenteil davon sprechen, daß sich [...] noch immer ‚Deutsche‘ an uns und [...] in stärkerem Maße an die westdeutsche Botschaft wenden, die nach Deutschland übersiedeln möchten und ihre [...] schlechte [...] wirtschaftliche Lage zum Vorwand für diesen Wunsch nehmen. Würde gegenüber diesen Menschen, die sich ja nicht mehr in irgendwelchen Straflagern befinden, aber oft an den Aufenthalt in bestimmten Gebieten gebunden sind, eine Nationalitätenpolitik eingeleitet, [...] dann würde sehr schnell eine Beruhigung in diesen Kreisen eintreten.“⁵⁷²

Bundeskanzler Konrad Adenauer und der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes der Bundesrepublik, Dr. Heinrich Weitz⁵⁷³, hatten Anfang 1957 mehrfach öffentlich die „Repatriierung von Sowjetbürgern deutscher Nationalität“ gefordert. Die Rede war von 85 000 zurückgehaltenen Deutschen in der Sowjetunion.⁵⁷⁴ Noch im September 1955 hatte Adenauer in Moskau über „die Anwesenheit von 130 000 deutschen Bürgern in der Sowjetunion, die ... von der UdSSR festgehalten werden“⁵⁷⁵ und nach Westdeutschland gehen wollten, gesprochen. Wladimir S. Semjonow, Stellvertretender Außenminister der Sowjetunion, wies im Juli 1957 diese Behauptung der Bundesrepublik zurück. Er argumentierte, daß es sich bei dem genannten Personenkreis in der Mehrzahl nicht um deutsche Staatsbürger handelte, sondern um sowjetische Staatsbürger deutscher Nationalität – wie beispielsweise die Wolgadeutschen. Zu keiner Zeit habe und werde die Sowjetunion, so Semjonow, sowjetische Bürger als deutsche Staatsbürger ansehen, die die deutsche Staatsbürgerschaft durch die „deutsche Besatzungsbehörde [...] auf der Grundlage der Hitlerschen Gesetze der Jahre 1939–1945“ erhalten hatten. „Wie bekannt“, so Semjonow wörtlich weiter, „leben in der Sowjetunion neben Personen anderer Nationalitäten nicht wenige Menschen deutscher Nationalität. Das aber sind keine deutschen Staatsbürger, sondern ständig in der Sowjetunion wohnende Bürger der UdSSR. Natürlich kann daher auch keine Rede sein von irgend einem Abkommen mit der BRD über den Wechsel der Staatsbürgerschaft bezüglich dieser Personen.“⁵⁷⁶ Semjonow unterstrich zudem, daß die Sowjetunion – die Tatsache des Bestehens zweier souveräner deutscher Staaten anerkennend – die Versuche der bundesdeutschen Regierung, „in Fragen der Staatsbürgerschaft und der Repatriierung deutscher Bürger als einziger Vertreter der Interessen der deutschen Seite aufzutreten“, nicht anerkannte.

Im September 1957 unterrichtete der sowjetische Vize-Außenminister Semjonow den DDR-Botschafter König in Moskau, daß die Bundesrepublik ein Aide-mémoires übergeben habe, welches gemäßigte Repatriierungsforderungen beinhaltete. Der westdeutsche Appell nannte nun den Personenkreis, der auch in den Verhandlungen vom Januar 1957 zwischen der UdSSR und der DDR⁵⁷⁷ festgelegt worden sei. So bezöge sich die Bundesrepublik „auf die ‚Ostpreußen‘ und die ‚Memeldeutschen‘, sowie auf Personen deutscher

⁵⁷² Nationalitätenproblem in der UdSSR, Moskau, 21. März 1957, in: PAAA MfAA A 505, Bl. 17.

⁵⁷³ Dr. Heinrich Weitz (1890–1962), Jurist, 1927–1933 OB von Trier, ab 1947 Finanzminister von NRW, 1952–1961 Präsident des DRK. In: <http://www.drk.de/generalsekretariat/weitz.htm>.

⁵⁷⁴ Vgl. Nationalitätenproblem in der UdSSR, Moskau, 21. März 1957, in: PAAA MfAA A 505, Bl. 16.

⁵⁷⁵ Rede des Leiters der SU-Delegation, W. S. Semjonow, in der Sitzung vom 30. Juli 1957, in: SAPMO-BA DY 30/3497.

⁵⁷⁶ Ebenda.

⁵⁷⁷ Im Verhandlungsprotokoll DDR – UdSSR wurden folgende Kategorien von Personen für die Repatriierung aufgezählt: „Personen deutscher Nationalität, die Verwandte in der DDR haben, Personen deutscher Nationalität, die aus dem ehemaligen Königsberg und Memelgebiet, dem Baltikum und der Westukraine stammen“. Aktenvermerk Verhandlungen Sowjetunion – Westdeutschland, 26. September 1957, in: PAAA MfAA A 505, Bl. 43, 44.

Staatsangehörigkeit, die auf Grund zwischenstaatlicher, 1939–1940 auch mit der Sowjetunion abgeschlossener Verträge, umgesiedelt wurden und [...] die deutsche Staatsangehörigkeit erwarben“.⁵⁷⁸

Vom 25. bis 28. November 1957 verhandelte eine Delegation des Außenministeriums der UdSSR unter Leitung des Stellvertretenden Außenministers Walerian A. Sorin⁵⁷⁹ mit dem DDR-Außenminister Otto Winzer in Ost-Berlin nochmals auch zu Fragen der Repatriierung und Familienzusammenführung. Hier wurden erneut die bekannten Positionen über die Aussiedlung von Deutschen⁵⁸⁰ ausgetauscht. Über die Verhandlungsergebnisse informierte Außenminister Winzer das SED-Politbüro detailliert.⁵⁸¹ Bis zum März 1958 sollte die Aktion der Familienzusammenführungen und Rückführungen, die die Übersiedlung in die DDR wie auch in die Bundesrepublik betrafen⁵⁸², abgeschlossen sein. Auch dieser Termin konnte nicht eingehalten werden, da die sowjetischen Organe die durch die DDR wie auch durch die Bundesrepublik genehmigten Einreisen nie gestattete. Für Ende 1959 vermerkte das DDR-Außenministerium, daß es noch 2500 offenstehende Übersiedlungen für die DDR und sogar 15000 für die Bundesrepublik gebe.⁵⁸³

Immerhin aber führten die intensiven Verhandlungen zwischen der DDR und der UdSSR wie auch zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR im Jahr 1957 dazu, daß zwischen 1958 und 1960 die meisten Übersiedlungen von Deutschen aus der UdSSR in die DDR bzw. in die BRD stattfanden – das hieß: 2043 in die DDR und 11985 in die Bundesrepublik.⁵⁸⁴

Obwohl die Sowjetunion ab 1960 regelmäßig wiederholte, daß die Frage der Übersiedlungen von Deutschen in die DDR und in die Bundesrepublik geklärt sei, blieb das Thema aktuell. Es war weder 1960, 1961 und auch 1963 nicht tatsächlich gelöst.⁵⁸⁵ „Trotz aller Vereinbarungen [mit der Sowjetunion]“ – so resümierte das MfAA im April 1963 – „zeigte sich bisher noch keine Beschleunigung in der Familienzusammenführung.“⁵⁸⁶ Im Juli 1966 verlangte das Außenministerium von seiner Botschaft in Moskau Auskünfte über die „Entwicklung der Übersiedlungen aus der UdSSR nach der DDR und nach der westdeutschen Bundesrepublik“. Die Antwort der Botschaft aus Moskau, die bis Mitte Oktober 1966 nach Berlin gehen sollte, ließ sich heute nicht ausfindig machen.⁵⁸⁷

⁵⁷⁸ Ebenda, Bl. 43.

⁵⁷⁹ Walerian A. Sorin (1902–1986), sowjetischer Diplomat, 1922 Eintritt in die KPdSU, ab 1941 im Außenministerium, 1945 SU-Botschafter in Prag, 1947–1955 und 1956–1962 Stellvertretender Außenminister, 1955 kurzfristig Botschafter in Bonn, 1960–1962 im UNO-Sicherheitsrat, 1965–1971 Botschafter in Frankreich. Vgl. Munzinger Internationales Biographisches Archiv 16/1986.

⁵⁸⁰ „Die Regierung der UdSSR nimmt Anträge auf Ausreise von Personen deutscher Nationalität, die aus dem ehemaligen Königsberger und Memeler Gebiet, aus dem Baltikum oder der West-Ukraine stammen, entgegen. Sie prüft die Anträge wohlwollend [...]“. Bericht über die Verhandlungen mit der Delegation des Außenministeriums der UdSSR, 5. Dezember 1957, in: SAPMO-BA DY 30/3380.

⁵⁸¹ Vgl. Umlauf für Politbüromitglieder, 5. Dezember 1957, in: SAPMO-BA DY 30/3380.

⁵⁸² Vgl. Aktenvermerk des Botschafters König über eine Unterredung mit W. A. Sorin, 11. Januar 1958, in: PAAA MfAA C 520/76, Bl. 17, 19.

⁵⁸³ Vgl. Familienzusammenführung, 1959, in: PAAA MfAA A 505, Bl. 86; Übersiedlungen von Deutschen aus der UdSSR in die DDR, April 1963, in: ebenda, MfAA C 520/76, Bl. 285.

⁵⁸⁴ Vgl. Übersiedlungen von Deutschen aus der UdSSR in die DDR, April 1963, in: PAAA MfAA C 520/76, Bl. 283.

⁵⁸⁵ Vgl. ebenda, Bl. 287.

⁵⁸⁶ Fragen, die sich im Rahmen der Familienzusammenführung ergeben, 9. April 1963, in: PAAA MfAA C 520/76, Bl. 57.

⁵⁸⁷ Vgl. MfAA an die Botschaft der DDR, Moskau, 25. Juli 1966, in: PAAA MfAA C 1122/71, Bl. 94.

Ab Mai 1968 läßt sich erneut das Interesse des Außenministeriums an der Übersiedlungsfrage nachweisen. Es bat die Botschaft in Moskau um eine „Analyse zum Problem der Übersiedlungen“ bzw. um Auskunft zu „Fragen der deutschen Minderheit in der UdSSR“. Anlaß dafür waren vermutlich die wieder vermehrt in der Konsularabteilung der Moskauer Botschaft eingehenden Anträge auf Übersiedlung in die DDR. Seit Beginn des Jahres 1966 hatte es in der DDR eine konsular-rechtliche Änderung gegeben. Die DDR-Botschaft war ausdrücklich angewiesen, alle Anträge von Übersiedlungen entgegenzunehmen und zur Entscheidung nach Ost-Berlin weiterzuleiten.⁵⁸⁸ Das stand auch im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des neuen DDR-Staatsbürgerschaftsgesetzes vom Februar 1967.⁵⁸⁹ Bis 1965 mußten sich die übersiedlungswilligen Personen deutscher Nationalität in der UdSSR zuerst an die sowjetischen örtlichen Milizorgane wenden, wo diese Anträge in den allermeisten Fällen sofort abgewiesen wurden.⁵⁹⁰

Und noch eine Veränderung war eingetreten: Gab es bis zum Ende der 1950er Jahre zumeist Anträge und Übersiedlungen von deutschen Staatsbürgern der UdSSR aus dem Königsberger Raum, dem Memelgebiet und der Westukraine im Rahmen von Familienzusammenführungen, so beantragten nun immer mehr Sowjetbürger deutscher Nationalität die Übersiedlung, obwohl sie keine Verwandten in der DDR hatten.⁵⁹¹

Die SED-Botschaftsfunktionäre in Moskau verfaßten ein Exposé über die deutsche Minderheit in der UdSSR, ihre Stellung und ihre problematische Geschichte, indem es hieß: Nach statistischen Angaben der sowjetischen Zentralverwaltung lebten 1967 1 620 000 Sowjetbürger deutscher Nationalität in der UdSSR. Der größere Teil von ihnen waren, wie bereits erwähnt, Nachkommen der um 1765 auf Ersuchen der Zarin Katharina II. eingewanderten Deutschen, die bis zum Zweiten Weltkrieg im europäischen Teil der Sowjetunion, in der Ukraine und in den Gebieten um Saratow, die Wolgadeutschen, in und um Odessa und Dnjepropetrowsk, die Schwarzmeerdeutschen, siedelten. Zumeist lebten sie in der Autonomen Republik der Wolgadeutschen, bis sie 1941 unter den Generalverdacht einer „5. Kolonne des faschistischen Deutschland“ gerieten und nach Zentralasien und Sibirien zwangsdeportiert wurden.⁵⁹² Die DDR-Botschaft stellte diesen Teil der Geschichte der deutschen Minderheit in der UdSSR einseitig und unkritisch dar. Eine auch nur z.T. überdenkenswerte sowjetische Minderheitenpolitik sahen sie nicht – wenn es u.a. hieß: „Durch den Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion 1941 [...] wurde [...] die deutsche Minderheit im Lande zwangsläufig zu einem Unsicherheitsfaktor.“⁵⁹³

Im Ergebnis der „Umsiedlungen“ lebte die deutsche Minderheit mehrheitlich in den zentralasiatischen Republiken – in der Kasachischen, Kirgisischen, Tadshikischen und Usbekischen Sozialistischen Sowjetrepublik – sowie in den sibirischen Regionen um Nowosi-

⁵⁸⁸ Vgl. Analyse zum Problem der Übersiedlungen, 20. Mai 1968, in: PAAA MfAA C 1122/71, Bl. 29, 35.

⁵⁸⁹ Gesetz über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik, 20. Februar 1967, in: Gesetzblatt der DDR 1967, Teil I, S. 3.

Hier § 1: Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik ist, wer [...] b) zum Zeitpunkt der Gründung der DDR deutscher Staatsangehöriger war [nach dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913], seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt außerhalb der DDR hatte, danach keine andere Staatsbürgerschaft erworben hat und entsprechend seinem Willen durch Registrierung bei einem dafür zuständigen Organ der DDR als Bürger der DDR geführt wird.“ Ebenda.

⁵⁹⁰ Vgl. Analyse zum Problem der Übersiedlungen, 20. Mai 1968, in: PAAA MfAA C 1122/71, Bl. 35.

⁵⁹¹ Vgl. Ebenda, Bl. 31.

⁵⁹² Vgl. Zu einigen Fragen der deutschen Minderheit in der UdSSR, 9. September 1968, in: PAAA MfAA C 1122/71, Bl. 15.

⁵⁹³ Ebenda.

birk und Tjumen.⁵⁹⁴ Wie bereits erwähnt, verwehrten die KPdSU-Organen der deutschen Minderheit eine Rückkehr in ihre angestammten Siedlungsgebiete. Auch erhielten sie weder ihr Eigentum zurück noch wurden sie für erfolgte Enteignungen entschädigt. Das hatte zur Folge, daß 1967/68 die meisten Übersiedlungsanträge von Sowjetbürgern deutscher Nationalität aus diesen zentralasiatischen bzw. sibirischen Regionen kamen.⁵⁹⁵

Für die Aussiedlungsgründe zeigten die DDR-Botschaftsfunktionäre vorsichtig Verständnis. Obwohl, so formulierten sie, die Rehabilitierung der deutschen Minderheit 1956 erfolgt sei, trete die sowjetische Mehrheitsbevölkerung ihnen gegenüber „mißtrauisch und abweisend“ auf und stigmatisiere sie weiter als „deutsche Faschisten“. Die örtlichen Sowjetbehörden verweigerten auch nach 1956 der deutschen Minderheit die Möglichkeit zur Pflege ihrer Sprache und Kultur. DDR-Botschaftsberichte informierten nach Berlin, daß aus Gesprächen und Briefen mit übersiedlungswilligen Antragstellern bekannt sei, „daß nicht nur die Schulen mit muttersprachlichem Deutschunterricht nicht ausreichen, sondern es aufgrund [...] bürokratischer Haltungen örtlicher Organe große Schwierigkeiten gibt, Kinder deutscher Nationalität in Schulen anzumelden, in denen Deutsch gelehrt wird.“ Hinzu kämen Nachteile in der beruflichen Entwicklung für Personen deutscher Nationalität, ihnen wurde oft der Besuch von Oberschulen, Universitäten und Hochschulen erschwert bzw. ganz verwehrt.⁵⁹⁶ Die DDR-Funktionäre schätzten zudem ein, daß ein nicht kleiner Teil der Sowjetbürger deutscher Nationalität in den mittelsibirischen Gebieten „nie heimisch geworden ist und offensichtlich seit langem auf eine Gelegenheit zur Übersiedlung nach ‚Deutschland‘ warte“.⁵⁹⁷ Die SED-Funktionäre in Moskau vergaßen nicht, auf die politischen Gefahren hinzuweisen, die diese Art sowjetischer Nationalitätenpolitik hervorrief: „Die angeführten Probleme beeinflussen im starken Maße das Denken der Sowjetbürger deutscher Nationalität und bieten einen Nährboden für die Einflußnahme der westdeutschen Propaganda auf diesen Personenkreis.“

In den letzten Jahren, das beobachteten die DDR-Diplomaten auch⁵⁹⁸, seien unterdessen in der Kasachischen Republik vermehrt staatliche Aktivitäten zu beobachten, um den Interessen der deutschen Minderheit besser gerecht zu werden. Es gebe inzwischen deutschsprachige Rundfunk- und Fernsehsendungen, deutsche Klubs und Laienspielgruppen sowie Wochen- und Tageszeitungen wie „Neues Leben“ und „Freundschaft“.⁵⁹⁹ Eine Unterstützung dieser kulturellen Arbeit seitens der DDR wünschten die Sowjetorgane allerdings nicht.

Die DDR-Botschaftsfunktionäre faßten Mitte 1968 die Situation zu Übersiedlungsfragen von Sowjetbürgern deutscher Nationalität zusammen und berichteten nach Ost-Berlin: „In den Anträgen dieser Bürger kommt zum Ausdruck, daß die Übersiedlung aus Gründen der Erhaltung der deutschen Sprache und Kultur für die Kinder oder auch wegen der kli-

⁵⁹⁴ Vgl. ebenda, Bl. 16.

⁵⁹⁵ Vgl. Analyse zum Problem der Übersiedlungen, 20. Mai 1968, in: PAAA MfAA C 1122/71, Bl. 35; Zur Frage Sowjetbürger deutscher Nationalität, 18. Juni 1969, in: PAAA MfAA C 1122/71, Bl. 2.

⁵⁹⁶ Vgl. Analyse zum Problem der Übersiedlungen, 20. Mai 1968, in: PAAA MfAA C 1122/71, Bl. 36, 37.

⁵⁹⁷ Information über den Stand der Übersiedlungen UdSSR-DDR, 15. Oktober 1968, in: PAAA MfAA C 1122/71, Bl. 10.

⁵⁹⁸ Analyse zum Problem der Übersiedlungen, 20. Mai 1968, in: PAAA MfAA C 1122/71, Bl. 37.

⁵⁹⁹ Vgl. Zu einigen Fragen der deutschen Minderheit in der UdSSR, 9. September 1968, in: PAAA MfAA C 1122/71, Bl. 17.

matischen Bedingungen in diesen Gebieten gewünscht wird.⁶⁰⁰ Aber den SED-Funktionären in Moskau und in Berlin war klar: „Auf Grund [unserer] bisherigen Erfahrungen sind die realen Möglichkeiten zur ständigen Ausreise aus der UdSSR für diesen Personenkreis sehr gering.“⁶⁰¹ Im Jahr 1968 belief sich die Zahl der Übersiedlungsanträge bei der Konsularabteilung der DDR-Botschaft auf rund 5000. Die sowjetischen Behörden genehmigten die Ausreise nur für wenige Personen. Von 284 in einem Monat gestellten Übersiedlungsanträgen für umsiedlungswillige Sowjetbürger deutscher Nationalität ohne Verwandte in der DDR wurden nur 64 genehmigt.⁶⁰²

Die DDR-Seite befolgte in ihrem Verhalten gegenüber den Sowjetbürgern deutscher Nationalität gewisse Grundsätze. Generell ging die DDR davon aus, daß es sich bei der deutschen Minderheit um sowjetische Staatsbürger handelte. Anders als die Bundesrepublik, die die sowjetischen Bürger deutscher Nationalität als deutsche Staatsbürger ansah, hielt sich die DDR uneingeschränkt und kritiklos an die Sicht der UdSSR. Die Bürger der deutschen Minderheit in der UdSSR, so die ostdeutsche wie die sowjetische Denkweise, lebten seit ihrer Geburt in der Sowjetunion. Diese deutsche Minderheit siedelte seit vielen Generationen in Rußland bzw. in der Sowjetunion. Hinzu käme, daß die Bürger der deutschen Minderheit mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Sowjetunion vertraut seien, die Übersiedlung eine tiefgreifende Veränderung in ihrem Leben bedeuten würde, und ihre Vorstellungen über das Leben in der DDR den Realitäten nicht entspräche. Außerdem äußerte die DDR-Seite Verständnis dafür, daß dem sowjetischen Staat an einer Auswanderung seiner Bürger, vor allem an ausgebildeten Arbeitskräften, nichts gelegen war.⁶⁰³

Die SED-Führung zeigte kein Interesse an der Übersiedlung von Personen der deutschen Minderheit aus der Sowjetunion in die DDR. Sie setzte sich gegenüber der „sozialistischen Bruderpartei“ KPdSU zu keiner Zeit für eine Verbesserung der Minderheitenrechte für die Deutschen in der UdSSR ein.

Die DDR-Diplomaten in Moskau schlugen Mitte 1968 ihrem Ministerium vor, eine neue konsularische Regelung zu finden, wonach die Sowjetbürger der deutschen Minderheit nicht weiterhin die Möglichkeit hatten, sich wegen Übersiedlungswünschen direkt an die DDR-Botschaft zu wenden. Die DDR-Vertretung in Moskau wünschte nicht, mit dieser Problematik auch künftig beschäftigt zu werden. Zur politischen Klärung der Übersiedlungsproblematik hoffte die Botschaft auf Vereinbarungen auf höherer Partei- und Regierungsebene zwischen der DDR und der UdSSR.⁶⁰⁴

Ab Beginn der 1980er Jahre konnten größere Gruppen von Sowjetbürgern deutscher Nationalität in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen.⁶⁰⁵ Zu Massenübersiedlungen von sowjetischen Bürgern deutscher Nationalität nach (Ost- wie West-)Deutschland kam es nach der Selbstauflösung der Sowjetunion 1991. Jedes Jahr siedelten rund 200 000 Personen in die Bundesrepublik über. Erst seit Ende der 1990er Jahre ist diese Zahl rückläufig. 2005 kamen noch 35 000 sogenannte Spätaussiedler aus den Ländern der GUS, den

⁶⁰⁰ Ebenda, Bl. 18.

⁶⁰¹ Analyse zum Problem der Übersiedlungen, 20. Mai 1968, in: PAAA MfAA C 1122/71, Bl. 38.

⁶⁰² Vgl. Information über den Stand der Übersiedlung UdSSR-DDR, 15. Oktober 1968, in: PAAA MfAA C 1122/71, Bl. 9, 10.

⁶⁰³ Vgl. Zu einigen Fragen der deutschen Minderheit in der UdSSR, 9. September 1968, in: PAAA MfAA C 1122/71, Bl. 19.

⁶⁰⁴ Vgl. Analyse zum Problem der Übersiedlungen, 20. Mai 1968, in: PAAA MfAA C 1122/71, Bl. 38–40.

⁶⁰⁵ 1988 kamen aus der Sowjetunion 47 500 Aussiedler in die Bundesrepublik, 1989 waren es 98 000. Vgl. Klaus J. Bade, Aussiedler – Rückwanderer über Generationen hinweg, S. 129.

Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die letzte Volkszählung in der Russischen Föderation fand 2002 statt und wies aus, daß noch zirka 800 000 Rußlanddeutsche – d. h. Wolga-, Wolhynien-, Bessarabien-, Kaukasien-, Schwarzmeer-, Sibiriendeutsche – in der Russischen Föderation lebten.⁶⁰⁶

⁶⁰⁶ Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Russlanddeutsche> .

